

Streikwelle an Hochschulen

Streiks, Demos, Besetzungen, Go-ins, Vollversammlungen, Vorlesungssprengungen, freie Sender, autonome Arbeitsgruppen — die Bildungswüste lebt auf, die Monotonie des Hochschulalltags ist gebrochen. Verblüfft registrierten die InitiatorInnen der ersten, anfangs noch schüchternen Initiativen das Echo, das sie fanden. Binnen weniger Tage multiplizierten sich dezentrale Versammlungen unzufriedener StudentInnen zu riesigen VVs, traten die Fachbereiche serienweise in Streik. Die Streikenden fanden für sich basisdemokratische Strukturen, tagten nahezu in Permanenz, produzierten Transparente, Flugblätter, Zeitungen und klemmten sich hinter die Telefone, um die KommilitonInnen andernorts zu informieren. Die Aktionswelle ging quer durch die BRD und Westberlin. Überall gleichen sich die Anlässe: Überfüllte Hörsäle, ausfallende Lehrveranstaltungen, Stellenkürzungen, Wohnungsnot. Aber es geht um mehr als die materiellen Verschlechterungen, verschärft durch rigide staatliche Sparpolitik bei stark wachsenden Studentenzahlen. Die Studierenden lehnen sich gegen den Anpassungsdruck der modernen Lernfabriken auf. Sie wehren sich gegen den herrschenden Sozialdarwinismus, der den sog. Stärksten eine bürgerliche Karriere verspricht, während die Arbeitslosigkeit winkt. Sie akzeptieren nicht die kritiklose Aneignung reaktionärer Inhalte, sie wollen mit der Dummheit des akademischen Patriarchats brechen. Für diese Ziele haben sie in den kapitalistischen Bildungsinstitutionen keine Chance. Sie nutzen sie.

Berichte von den Unis Westberlin und Frankfurt auf den Seiten 4 und 5.



Biblis, Stade — Beinahe-GAU im Atomskandal

Fast genau mit einem Jahr Verspätung erfährt die Öffentlichkeit von einem Beinahe-GAU im Atomreaktor Biblis A und das auch nur durch einen Artikel der US-Fachzeitschrift „Nucleonics Week“. Die inländische Geheimhaltung funktioniert perfekt. Immer noch blendet die Medienöffentlichkeit die konkrete politische Situation aus, in der sich der Störfall in Biblis am 16./17. Dezember 1987 ereignete. Damals steuerte der Atomskandal Hanau/Mol seinen ersten Höhe-

punkt an: ständig neue Meldungen über falsch deklarierte und über die gesamte Republik verstreute radioaktive Abfallfässer. Biblis war der Beinahe-GAU mitten im Atomskandal. Zur Erinnerung: Am 18. Dezember mußte Töpfer die Hanauer Transnuklear mit dem Entzug der Transportgenehmigung stilllegen. In dieser Situation hätte eine Bekanntmachung, in Biblis habe sich gerade ein schwerer Störfall ereignet, nur zur Stilllegung des Reaktors führen können.

Reportage
Günter Zint
besuchte
kurdische
Flüchtlingslager
und berichtet
über Aktionen
für politische
Gefangene
S. 27

GRÜNE: Tunnel am Ende des Lichts

„Die zunächst nur politische, jetzt auch moralische Ausgrenzung der Linken in der eigenen Partei geht Hand in Hand mit der Öffnung hin zu den Rechten anderer Parteien. Der Unterschied zwischen Realos und Aufbruch ist dabei nur: Die einen verfassen Glückwunsch-Telegramme an die SPD; die anderen Kandidaturvorschläge an die CDU.“ Christian Schmidt schrieb dies in einer auf dem Karlsruher Parteitag nicht gehaltenen Rede, die wir dokumentieren. Er kündigte auch an: Wird der Stil der Abwahldebatte mehrheitsfähig, dann hau ich ab. Doch abhauen will „nach Karlsruhe“ niemand von den linken Grünen. Aber die Diskussion um die linksgrünen Perspektiven hat ernst begonnen.

Nicht in Lethargie verfallen, sondern den bevorstehenden Durchmarsch der Rechten in der Partei stoppen will Jutta Dittfurth. Sie hofft auf einen „Neuanfang“ als Signal zur Vernetzung der Linken und Radikalkölogiken. Die nicht-grüne

Linke sei zur Verantwortung gegenüber der weiteren Entwicklung der Partei herausgefordert.

Ist die grüne Tendenz nach rechts unannehmbar, fragt Thomas Ebermann. Eine definitive Antwort will er nicht geben, doch überwiegt der Pessimismus. So freudlos das grüne Innenleben auch sei, so wenig könne man außerhalb der Grünen auf bequeme, rasche Erfolge hoffen. Beide Möglichkeiten will Ebermann verfolgt wissen.

Christian Schmidt befürchtet, komme nicht frischer Wind von außen, die Vermiefung in der Partei. Programmatisch müsse ein gemeinsamer, gangbarer Weg zwischen Systemopposition und ernsthafter Reformpolitik diskutiert werden. Auch er hofft auf ein Eingehen der nicht-grünen Linken auf die Möglichkeiten, mit den Grünen zu arbeiten.

Verena Krieger sieht keinen qualitativen Bruch, der die Perspektive weg von den Grünen begründen könnte. Für die Linke sei jetzt auch

eine Chance zum Neuanfang gegeben, wenn sie sich aus der Polarisierung zwischen ihrem rechten und dem Fundi-Flügel lösen könne.

Der Schock war größer, sagt Ellen Olms, als es die nüchterne Einschätzung der Situation in den Grünen zulasse. In neun von elf Landesverbänden sieht sie eine nicht-linke Mehrheit. Ein vermeintlicher Neuanfang hätte den definierten Bruch mit der bisherigen Politik erfordert, der sei jedoch nirgends zu entdecken. Im Bundestag machten sich die Grünen tendenziell als Opposition überflüssig, die Widerstandswirkung der Partei lasse nach.

Linke Grüne diskutieren nach Karlsruhe

Beiträge und Interviews von und mit

Jutta Dittfurth, Thomas Ebermann, Christian Schmidt, Verena Krieger, Ellen Olms S. 6

PALÄSTINA

Ein Volk gründet seinen Staat

Zu Beginn des zwölften Monats der Intifada proklamierte der Palästinensische Nationalrat die Gründung des Staates Palästina. Dieser Staat solle „ein arabischer Staat“ sein, heißt es in der Gründungs-

klärung, und er solle ein „parlamentarisches, demokratisches Regierungssystem“ erhalten. „Das auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung und der Gründung von politischen Parteien beruht“.

Die vom Nationalrat zu erwartende und auch erfolgte indirekte Anerkennung Israels wurde schon im Vorwege von Israel für irrelevant erklärt. Nicht ohne Grund, ist doch die Nichtanerkennung des jüdischen Staates durch die arabische Welt im allgemeinen und die PLO im besonderen ein wesentliches Mittel des realen Zionismus, die faktisch von tiefgreifenden sozialen, ethnischen und religiösen Widersprüchen zerrissene jüdisch-israelische Gesellschaft zusammenzukitteln. In diesem Sinne wäre eine direkte und für alle jüdischen Israelis verständliche Anerkennung ohne den Umweg über UNO-Resolutionen zweckmäßiger und wirkungsvoller gewesen.

Der Schlüssel zur Realisierung der palästinensischen Nationalrechte liegt nun in Israel, liegt bei der jüdischen Bevölkerung dieses Landes, die für eine friedliche Lösung gewonnen werden muß. Seite 24



DKP
Wählt die
Parteimehrheit
durch? Die
Sorgen der
„Erneuerer“ sind
berechtigt.
S. 34

Baltikum
Massen-
bewegung
für
Perestroika
und
Glasnost
S. 29

§ 129a
gegen
Veranstaltungs-
anmelder,
Anwälte,
linke Aktivisten
und Presse
S. 16

Niedersachsens neuer Innenminister Josef Stock hat sein Debüt gegeben. Er machte klar, daß er da weiter machen will, wo Hasselmann aufgehört hatte. In einer aktuellen Stunde im niedersächsischen Landtag am 19.10.88 zum Thema „Rechtsverletzungen durch die Polizeiführung“, bei der es um die Methoden der „Sonderkommission Zitrone“ (siehe Arbeiterkampf 299), ging, da erklärte Stock vor dem Plenum: Es ist fraglich, „ob es tatsächlich Rechtsverletzungen gegeben hat“.

Im Rahmen der „Soko Zitrone“ hatte die Polizei zusammen mit dem Geheimagenten Werner Mauss Dritte zu Brandanschlägen anzusetzen versucht. Dabei wurde so massiv gegen geltendes Recht verstoßen, daß selbst der Ausschußvorsitzende des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Heiner Herbst (CDU), gegenüber der „Nordsee-Zeitung“ erklärte: „Die niedersächsische Polizei habe wohl erneut rechtliche Grenzen eindeutig überschritten.“

Während Stock von der Polizei begangene Rechtsverletzungen öffentlich nicht zugeben mag, da wartet just zu dem Moment der Sonderermittlung des Innenministeriums, der Oberstaatsanwalt Hans-Dieter Jeserich, mit seinem Zwischenbericht auf, den er für das Innenministerium anläßlich des Celler Bombenausschusses erstellt. Indirekt stellt Jeserich seinem neuen Innenminister eine deutlich Rüge aus.

Ermittlungen auch gegen hohe Polizeibeamte

Jeserich, der eine interne Arbeitsgruppe im Innenministerium leitete, kommt in einem 75seitigen Bericht zu dem Ergebnis, daß eine Vielzahl von Polizeibeamten, bis

Celler Bombenausschuß: Zwischenbericht deckelt weiter

hoch in die Spitzen des Landeskriminalamtes und des Innenministeriums sich „in einer Vielzahl von Fällen offenbar strafbar gemacht oder gegen das Disziplinarrecht verstoßen haben“. (HAZ, 28.11.88) Das den Polizeibeamten und auch einem Staatsanwalt zur Last gelegte Sündenregister geht über Strafrechtsverletzungen im Amt, Freiheitsberaubung, versuchte Aussageerpressung, Unterschlagung bis hin zur Falschaussage und Gefangenentötung.

Jeserich, der die Zusammenarbeit der niedersächsischen Behörden mit dem Geheimagenten Werner Mauss untersuchen soll, hat sich dabei bisher fast ausschließlich mit den Vorgängen um die „Soko Zitrone“ beschäftigt. Damals wollte die Polizei zusammen mit Mauss die mafiasähnlich arbeitende „Piazza-Gang“ durch den Einsatz von verdeckten Ermittlungen dingfest machen. Große Erfolge konnte das LKA damals nicht verbuchen. Was man hatte, daß waren „Täter“, die ohne Tat unschuldig jahrelang in griechischen Gefängnissen einsitzen mußten, weil das LKA mit Mauss eine angeblich versuchte Brandstiftung inszenierte.

Der Oberstaatsanwalt Jeserich steht auf dem Rechtsstandpunkt, daß die Tätigkeit eines „Agent Provocateurs“ bei der Strafverfolgung an sich erlaubt ist, aber für ihn hat sich das LKA und Mauss „offenbar nicht an die anerkannten Regeln (...) gehalten.“ (HAZ, 28.11.88).

Durch den Einsatz einer Vorzeigegeldes von 380.000 DM sollten zwei angebliche „Berufsverbrecher“ dazu gebracht werden, eine Luxusyacht in Griechenland anzuzünden. Wie Jeserich ermittelte, „sahen die griechischen Behörden nicht über die vorausgegangene „agent-provoca-

teur“-Tätigkeit informiert worden. Dies habe der oberste Polizeichef Griechenlands über die griechische Botschaft mitgeteilt“ (Neue Presse, 29.11.88). Dadurch könnte u.a. der Straftatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt sein, weil so „die Vorgeschichte der Tat bei der Verurteilung der beiden Täter durch griechische Gerichte nicht strafmildernd berücksichtigt werden konnte“ (HAZ, 28.11.88).

Weiter stellt Jeserich fest, daß „Rechtshilfeersuchen in dieser Angelegenheit beim Niedersächsischen Minister der Justiz nicht feststellbar“ sind (Bericht, S. 29). D.h. es wurde „gegen Regelungen bestehender Rechtshilfeabkommen verstoßen“ (Bericht, S. 30).

Stattdessen wurde der kleine Dienstweg a la Mauss beschritten, die sogenannte Athen-Connection. Mauss übergab „dem Leiter Interpol Athen (...) — in Gegenwart von KD Müller und wohl auch KHK a.D. Hoffmann — ein Fernsehgerät und einen Staubsauger, womit der griechische Polizist „geschmiert“ werden sollte“ (Bericht, S. 26).

In dem Bericht geht Jeserich auch der Frage nach, daß einer der sogenannten „Berufsverbrecher“, V. Püleri, während der Untersuchungshaft „schwer mißhandelt worden“ sein soll. „Ihm sollen Knochenbrüche an der Hand zugefügt und Zähne ausgeschlagen worden sein.“ (Bericht, S. 24) Mißhandelt wurde der Untersuchungsgefangene von zwei griechischen Beamten. Ob dies auf Veranlassung des Kriminaldirektors Müller geschah, ist, konnte bisher nicht geklärt werden. „Ein Ermittlungsverfahren ist nicht eingeleitet worden“, stellt Jeserich in seinem Bericht fest. (Bericht, S. 25). Offenbar hat die Staatsanwaltschaft Han-

nover aber total luschig untersucht, denn gegenüber Jeserich hat der ehemalige Polizeibeamte Hoffmann ausgesagt, daß eine Vernehmung von bestimmten Zeugen, die er namentlich benennt, „weiterführende Erkenntnisse erbringen könnte“ (Bericht, S. 25).

Ein PKW-Händler, den Mauss unter seinem damaligen Decknamen „De Truch“ durch Bedrohungen zum „Kronzeugen“ aufbauen wollte, hatte 1982 Anzeige bei der Polizei erstattet. Er sei „folgendermaßen bedroht worden: (...) do mir mein Bauch lieb wäre —“) und „sie hätten Möglichkeiten“ (Bericht, S. 44). Es kommt nach Jeserich Strafrechtsverletzungen im Amt gegen diejenigen Beamten in Betracht, die von dem Sachverhalt Kenntnis hatten.

Weiter legt Jeserich dar, daß sich der Kriminalhauptkommissar Linkögel vor dem II. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß offenbar „einer falschen ungedachten Aussage schuldig gemacht hat“. Linkögel hatte dem Ausschuß verheimlicht, trotz mehrmaliger Nachfrage durch die Abgeordneten, daß er für Mauss in Sachen Seveso-Giftfässer mit der französischen Polizei in Paris zusammengearbeitet hat. (Bericht, S. 74).

Keinen Schritt weiter

Das, was Jeserich in seinem Bericht präsentiert, enthält im Grunde nichts neues, jedenfalls von den Fakten her. Jeserich wandelt im Grunde auf den Spuren des Celler Bombenausschusses und zieht dessen Bilanz im strafrechtlichen Sinne.

Eigene Erkenntnisse kann Jeserich nicht vorweisen, und da wo der Untersu-

chungsausschuß nicht weiterkommt, da stockt — wie man heute wohl sagen muß — Jeserich auch. So z.B. bei dem „Todesermittlungsverfahren „Conny Freund““. Freund wurde 1973 in Hannover verhaftet. Nach der Vorführung vor dem Richter am 26.10.73 wurde Freund wegen angeblichen Konsums von Valium-Tabletten in das Clementinenkrankenhaus eingeliefert. Zwei Polizeibeamte waren mit der Bewachung von Freund betraut und trotzdem, oder gerade deswegen, stürzte er aus einem Fenster zu Tode. Am 2.3.88 sagte der ehemalige Polizeibeamte Hoffmann vor Jeserich aus, daß sich wohl selbst im LKA „eine Legende gebildet“ hat, „daß Freund angeblich aus dem Fenster gestoßen worden sei. Auch Mauss sei in jener Sache wohl tätig gewesen. Genaueres müsse der Kollege Harald Müller (Abt. 3, LKA) angeben können.“ Das hat der Kollege Müller aber offenbar nicht gemacht. Für Jeserich „besteht kein Anlaß, dieser Angelegenheit weiter nachzugehen.“ (Bericht, S. 69/70)

Das niedersächsische Innenministerium scheint seine bisherige Taktik ein wenig geändert zu haben. Das sture, end- und ziellose Aussitzen der Affären soll geändert werden. Nun wird wohl direkt den Affären nachgegangen. D.h. die größten Skandalfiguren werden nicht mehr um jeden Preis gehalten, sondern werden bei Vergehen, die öffentlich rufschädigend geworden sind, zur Verantwortung gezogen. Nach zwei verschlungenen Innenministern in 5 Jahren Untersuchungsausschüssen wg. Mauss, hat man sich für die Spielart des gewöhnlichen Vertuschens und des Bauernopfers entschlossen.

Jeserich will seinen Abchlußbericht im März 1989 vorlegen und der neue Innenminister hat verkündet, daß er die Polizei umstrukturieren will und daß ab sofort die Privatwirtschaft die Verbrechensbekämpfung der Polizei nicht mehr mit Prämien und „Kopfgeldern“ beeinflussen darf. Ob es das bringt?

He./KR Göttingen

Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin

Opposition davon nur in geringem Maße profitieren können.

Die Westberliner SPD tut nach wie vor alles, um in der Opposition zu bleiben. Ihr selbstgestecktes Wahlziel lautet bescheiden, die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern. Von Reformaufbruch und Konfrontation gegen die CDU keine Spur, dafür modische Anbiederungsversuche an die FDP und wirtschaftspolitische Modernisierungsvorschläge für einen attraktiven „Standort Berlin“, die sich überhaupt nicht von der Politik der CDU/FDP unterscheiden. SPD-Spitzenkandidat Momper wurde vor einigen Monaten öffentlich vom Westberliner DGB-Vorsitzenden Pagel als „nicht wählbar“ bezeichnet, als er die Lohnverzichtsthesen von Oskar Lafontaine zu popularisieren versuchte. Und gegenüber der AL probiert es die SPD mit einer Tuschweige-Taktik.

Auch die AL hat ihre Krise...

Ob die AL die chronische Schwäche der SPD, die bei den letzten Wahlen 32,4 % erzielte, für sich nutzen kann, wird selbst in den eigenen Reihen eher skeptisch beurteilt. Daß eine rot-grüne Option selbst rein rechnerisch nicht ansteht, weiß auch sie. Den Zustand der SPD bezeichnet die AL als „ermüdet“, die Ablösung des

derzeitigen Senats habe sie „längst aufgegeben“. Unter den gegebenen Verhältnissen bleibe den Wählern nur, eine Oppositionspartei zu wählen, die auch Oppositionspolitik mache, die AL — so steht's im verabschiedeten Kurzwahlprogramm.

Ihr ins Reich der Phantasien gehören die rot-grünen Pflichtübungen der AL, die im Wahlprogramm auftauchen. Die Ablösung des amtierenden Senats solle an der AL „nicht grundsätzlich scheitern“, im Falle rot-grüner Mehrheiten sei die AL zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereit, wenn „dies mit konkreten Schritten zur Einleitung einer ökologischen und sozialen Politik verbunden ist“ — was immer das auch heißen mag. Dabei kommt es der AL jedoch nicht auf die „Teilhabe am Regierungsgeschäft“ an, sondern darauf, ob die SPD bereit sei, Reformschritte durchzusetzen. Da schimmert ganz vage ein biseri unpäzise „Tolerierung“ neben einem Hauch der Stammschen Null-Lösung durch, wobei die Diskussionen um die berühmte Bündnisaussage der AL vor dem Hintergrund der „mathematischen“ Aussichtslosigkeit eine nur untergeordnete Rolle spielt.

Auch ansonsten zeigten die letzten Mitgliederversammlungen der AL, wo über Programm und Kandidaten gestritten wurde, daß die tiefgreifende, latente Krise der Grünen auch die Spree-Alternativen erfaßt hat. So lockten die einst gut besuch-

ten und berückichtigten Programm-Mara-thons in diesem Jahr, obwohl auf eine Wochenend-VV zusammengestrichen, nur noch 150 AL-Mitglieder am ersten, gar 60 am zweiten Tag an, wobei es dem Real-Flügel sogar gelang, seinen Programm-Entwurf zum Leitartikel zu erheben.

Nach erheblichen Einwänden der linken IGellinnen, u.a. an der allzu laschen Kritik an der SPD-Politik und dem Koalitions-Freibrief, zogen sich die Kontrahenten zurück und legten der nächsten Mitgliederversammlung ein Kompromißpaket vor, das bezeichnenderweise erst nach der Kandidatenwahl für das Abgeordnetenhaus ohne große Diskussion verabschiedet wurde.

Das Programm selbst beschränkt sich auf Aussagen zu acht Themen vom obligatorischen „ökologischen Umbau“ bis zur Kultur.

Auch zur heiligen Säule der Grünen, der Gewaltfreiheit, wird Stellung genommen. Im verabschiedeten Programm findet sich der Versuch einer differenzierten Sichtweise dieses Problems, in der auch die Kompromisse zwischen strikt gewaltfreien und eher linken Positionen durchschimmern. Protest und Widerstand, heißt es da, ließen sich „nicht auf staatlich festgeschriebene Legalität festlegen“ und eine „prinzipielle Ablehnung von gewaltförmigem Widerstand würde außer-

acht lassen“, daß Staaten schon immer Gewaltanwendung nach innen und außen betrieben haben. In den „Leitlinien“ für künftige Aktionen möchte die AL „autonome Gruppen“ nicht grundsätzlich von gemeinsamen Aktionen ausschließen, da es u.a. Situationen geben könnte, „in denen auch die friedlichsten BürgerInnen zur Notwehr greifen“. Im jeweiligen Einzelfall müsse geprüft werden, ob Bündnisse und Aktionen mit militanten Teilen der Linken möglich sind oder nicht. Auf „Distanzierungsrituale“ möchte sich die AL nicht einlassen, wohl aber „Gegenposition“ beziehen, ohne andere Gruppen auszuschließen.

„Berlin rüstet ab“ heißt für die AL „vor allem, daß die Gewaltanwendung des Staates abgebaut werden muß.“

Die KandidatInnen der AL für das Abgeordnetenhaus wurden ohne größere Konflikte gewählt. Mit Heidi Bischoff-Pfanz ist eine profilierte AL-Linke, die sich in der Flüchtlingsbewegung („Aktion Fluchtburg“) engagiert, zur Spitzenkandidatin gekürt worden. Insgesamt überwiegen bei den künftigen Parlamentarierinnen Personen aus dem „Mitte-Links“-Spektrum der AL.

In den Bezirken gibt es zuhauf Probleme, die Listen für die Bezirksparlamente aufzufüllen, denn parallel zu den Grünen ist auch die AL von einem inneren Auszehrungsprozeß betroffen. Am eher rechten Rand werfen AL-Aktivistinnen das Handtuch oder ziehen sich klammheimlich zurück, weil ihnen die Liste nach wie vor zu „fundamentalistisch“ ist, sich nicht deutlich von den Autonomen abgrenzt, aber auch viele linke AL-Mitglieder verließen die Partei, gefrustet von parlamentarischer Langeweile, verschlissen von abstoßenden parteiinternen Querelen. Abgesehen von einigen wenigen Bereichen wie dem Ausländerbereich mit einer prononciert linken, beispielhaften Flüchtlingspolitik, einer neu aufgenommenen Anti-Arbeit und diversen Kampagnen, die vom Geschäftsführer Ausschluß in Zusammenarbeit mit wenigen anderen Aktivistinnen betrieben werden, beschäftigen sich die personell ausgedünnten Bereichsgruppen vorwiegend mit parlamentarischen Alltagskram, während die Bezirksgruppen mit Mühe und Not die jeweilige, ziemlich unbedeutende und aufreibende Parlamentsarbeit aufrechterhalten.

Politisch gewinnen Realos und die sogenannten „unabhängigen Linken“ in den Grünen aus Ex-GIM-Mitgliedern plus anderen AL'ern deutlich an Boden, während die versprengten AL-Linken sich zum Teil angesichts der allseits beschworenen Krise der Partei mehr und mehr zurückziehen, teils punktuell bei sinnvollen Aktionen und Kampagnen eingreifen.

Und Wahlkampfstimmung, die in den zurückliegenden Wahlkämpfen zusätzliche MitgliederInnen mobilisieren konnte, kommt nicht so recht auf, weil es um nichts geht.

D./Westberlin

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abwerthung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift, Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Nicaragua darf nicht alleine stehen



Die breite Schneise des Hurrikans hat Nicaragua vollständig erschüttert.

Mehrere medico-Projekte lagen mitten im Zentrum des Sturms: Taba Pos, Santo Tomas & El Corral. Auch am Rio San Juan sind die Schäden beträchtlich: 400 Häuser ganz oder teilweise zerstört!

WIR SAMMELN DESHALB NICHT NUR GELD, SONDERN KÄMPFEN MIT TAUSEND GROSSEN & KLEINEREN PROBLEMEN DES WIEDERAUFBAUS:

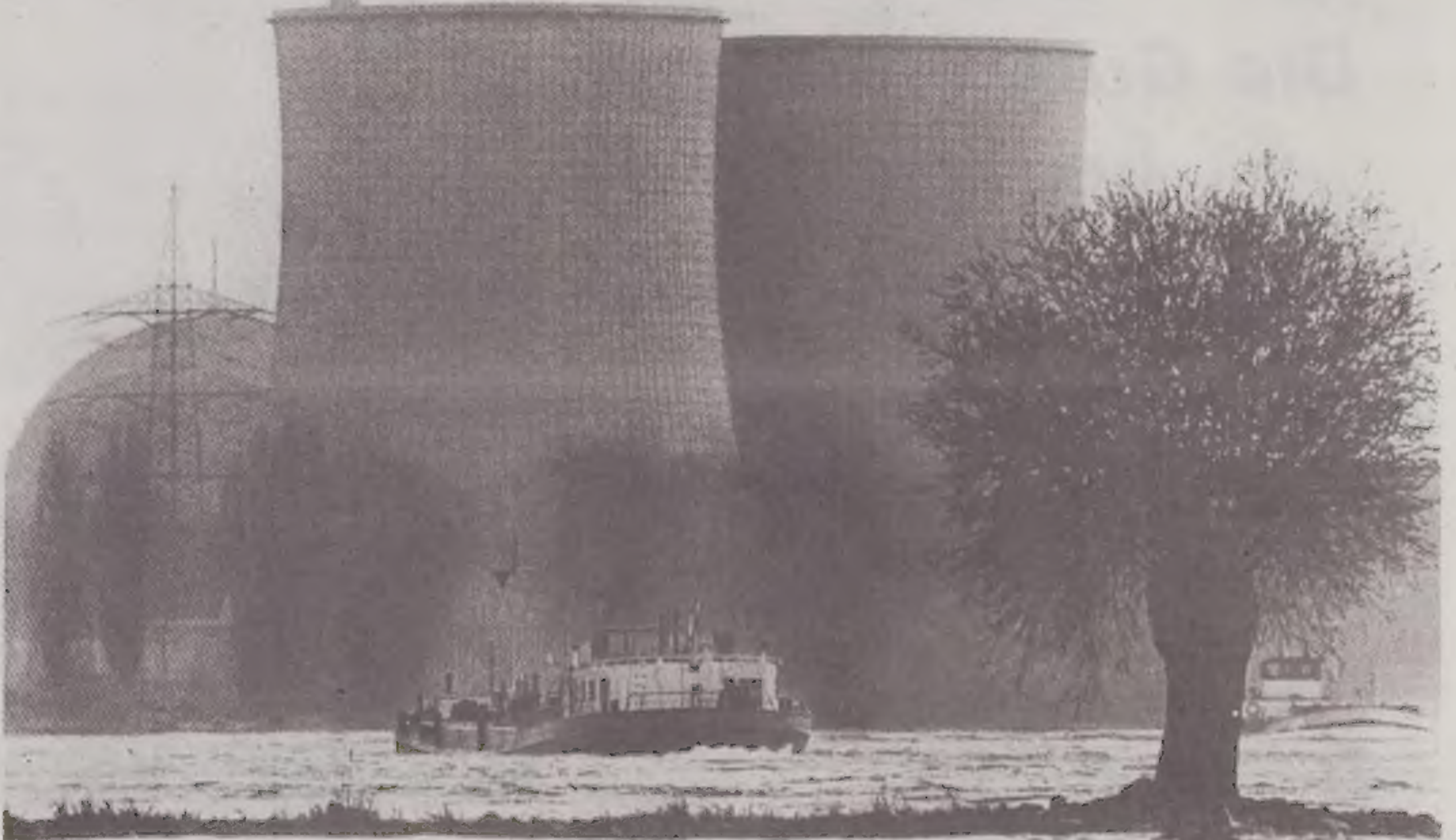
- Transportmöglichkeiten
- Zinkblechbeschaffung
- Motorsägen
- Notstromaggregate
- Dachstuhlbesorgung
- Medizinische Versorgung
- Trinkwasser

HELFEN SIE UNS BITTE BEI DIESER ARBEIT. SPENDEN SIE REICHLICH AUF UNSERE KONTEN:

1800 Stadtparkasse Ffm. BLZ 500 5012 oder Postgiro Köln 69 99-508. Stichwort: Hurrikanhilfe.

Kostenlose Infoblätter mit Schadensübersicht auch in größeren Mengen. (Rückporto in Marken beiliegen).

Medico international · Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Telefon 0 69 / 4 99 00 41 / 2



Biblis, Stade — Beinahe-GAU im Atomskandal

Fast genau mit einem Jahr Verspätung erfüllt die Öffentlichkeit von einem Beinahe-GAU im Atomreaktor Biblis A und das auch nur durch einen Artikel der US-Fachzeitschrift „Nucleonics Week“. Die inländische Geheimhaltung funktioniert perfekt. Immer noch blendet die Medienöffentlichkeit die konkrete politische Situation aus, in der sich der Störfall in Biblis am 16./17. Dezember 1987 ereignete. Damals steuerte der Atomskandal Hanau/Mol seinen ersten Höhepunkt an: ständig neue Meldungen über falsch deklarierte und über die gesamte Republik verstreute radioaktive Abfallflüsse. Biblis war der Beinahe-GAU mitten im Atomskandal. Zur Erinnerung: Am 18. Dezember mußte Töpfer die Hanauer Transnuklear mit dem Entzug der Transportgenehmigung stilllegen. In dieser Situation hätte eine Bekanntmachung, in Biblis habe sich gerade ein schwerer Störfall ereignet, nur zur Stilllegung des Reaktors führen können. Damit wäre Töpfer Krisenmanagement, eine wohl dosierte Schocktherapie, erheblich durcheinandergeraten. Womöglich wäre der Patient an einer Überdosis kollabiert. Der hessische Umweltminister Weimar saß mitsamt seinem Ministerpräsidenten Wallmann — der noch heute die behördeninterne Behandlung des Störfalles rechtfertigt — wohl schon auf dem Schleudersitz. Aber diese konkrete Situation, aus der die Geheimhaltung erfolgte, ist kein Thema.

Heute gibt es in der bundesdeutsche Presse einen kurzen Aufschen: „Bauwerk verheimlicht Atom-Störfall“ (faz, 5.12.88), und die zuständigen Minister, Töpfer und Weimar samt Staatssekretären, weisen den offen zutage liegenden Tatbestand der Geheimhaltung und Vertuschung mit Einrückung in der Stimme zurück. „Eine umfassende Unterrichtung der zuständigen Stellen sei der Beweis dafür, daß von Geheimhaltung nicht die Rede sein könne“ (FAZ, 8.12.88). Dann wird aufgezählt: Die Aufsichtsbehörden des hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit hätten „schon im Dezember an-

hand der Betriebsprotokolle ein „nicht ordnungsgemäßes Verhalten der Betriebsmannschaft“ festgestellt und eine „Aufklärung der Vorkommnisse eingeleitet“. Der Betreiber selbst habe „im Rahmen der Meldefristen die in der Bundesrepublik zentral für die Sammlung und Bewertung von Störfällen zuständige Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) informiert“. Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) habe „im Sommer den Vorfall dann eingehend überprüft“ und „auch die internationalen Behörden seien umfassend mit Informationen versorgt worden“ (FAZ, 6.12.88). Daß die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden diese Informationen als „Industriegeheimnis“ deklarierten, wie es in dem Artikel der „Nucleonics Week“ heißt, was bedeutet, daß die internationalen Atomenergiebehörden „den Störfall nicht öffentlich diskutieren oder das Land und den betroffenen Reaktor benennen konnten“ (FR, 7.12.88), wird dezent verschwiegen.

Doch die bundesdeutsche Presse gibt sich zufrieden. Von Geheimhaltung fortan kein Wort mehr. Eigentlich sei der Informationspflicht genüge getan worden. Allenfalls geht es noch darum, daß nicht auch noch die Öffentlichkeit informiert worden ist. Der Atomstaat hat sich informiert. Ein Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit besteht scheinbar nur neben dem Atomstaat. Ein Informationsbedürfnis gegen den Atomstaat steht nicht zur Debatte.

Aber auch in der Frage, wer, wann, wen im Atomstaat worüber informiert hat, wird gelogen, was das Zeug hält. Das hessische Umweltministerium ist als zuständige Aufsichtsbehörde am 22.12.87 über einen angeblichen „Normalstörfall“ informiert worden. Gleich am nächsten Tag wurde in aller Eile dennoch — obwohl es sich nur um ein normales Vorkommnis gehandelt haben soll — beim TÜV Bayern eine Studie über den Störfall in Biblis Block A in Auftrag gegeben. Ein außergewöhnlicher Vorgang angesichts „normaler Vorkommnisse“. Weimar will von all dem erst am 22. April 1988, also mehr als vier Monate später, erfahren haben (FR, 7.12.88). Sein Staatssekretär gibt dagegen an, bereits am 23. März informiert gewesen zu sein und Minister Weimar sofort — zunächst mündlich — von den Vorgängen unterrichtet zu haben (FAZ, 6.12.88). Andererseits heißt es, bereits „am 8. Januar 1988 informierte der hessische Umweltminister die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), eine private Gesellschaft, die zugleich oberamtliche Störfall-Meldestelle des Umweltministers in Bonn ist.“ (Zeit, 9.12.88) Minister Töpfer will allerdings, obwohl seine Meldestelle ebenfalls spätestens seit Ja-

nur auf Stand gesetzt war, auch erst am 28. April informiert gewesen sein (Stern, 8.12.88).

Auffällig ist, daß die führenden Atompolitiker Töpfer und Weimar, sowie dessen Atombürokrat Popp, behaupten, erst Monate nach dem Abkühlen des Atomskandals informiert worden zu sein, obwohl ihre Dienststellen bereits von Beginn an in forsche Aktivitäten darin verwickelt waren. Es hat den Anschein, daß auf jeden Fall dem Hindruck begegnet werden soll, daß man einen Beinahe-GAU mitten im Atomskandal bewußt verschwiegen hat.

Beinahe-GAU nach Vorschrift

Bezüglich des Störfalles selbst dominierten gleichfalls Lügen. Systematisch wird versucht, den Störfall auf menschliches Fehlverhalten zu reduzieren und die angeblich zu keinem Zeitpunkt bestehende Gefahr zu beschwören. Der Störfall sei, heißt es nach Darstellung des hessischen Umweltministeriums, „weniger durch das technische Versagen als vielmehr durch das dabei aufgetretene menschliche Fehlverhalten“ brisant und bedeutsam“ geworden. „Schwerwiegender als die Betriebsstörung“ seien die im Zusammenhang mit den damaligen Vorgängen aufgetretenen „Fehlentscheidungen“ und „fehlerhaften Konsequenzen“ der Reaktor-Bedienungspersonals“ zu bewerten (FAZ, 6.12.88).

Immer wieder wird der Blick auf die Tatsache gelenkt, daß hier drei Schichten des Reaktorpersonals offener Augen gegen und trotz roten Lichts den Reaktor angefahren hätten. Das wisse jedes Kind: bei Rot über die Ampel ist eine Ordnungswidrigkeit. Und so wurde denn auch verfahren. Im Januar seien „Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen neun Mitarbeiter des Reaktors eingeleitet“ worden, die „in den nächsten Wochen“ abgeschlossen würden. Die dabei mögliche Bußgeldhöhe bezifferte Popp auf rund 500 Mark (FR, 7.12.88). Als menschliches Fehlverhalten wird von den politisch Verantwortlichen auch der entscheidende Handgriff des Reaktorpersonals dargestellt, bei dem für Sekunden ein GAU einkalkuliert wurde. Das rote Licht zeigte ein offenes stehendes Ventil zwischen Primärkühlkreislauf und Nachkühlsystem an. Dieses Nachkühlsystem, das in Biblis die Brennstäbe bei abgeschaltetem Reaktor kühlen soll, ist nur für niedrigen Druck und niedrige Temperaturen konstruiert. Das heißt: Wenn das zartgebaute System den vollen Druck des mit Vollast arbeitenden Kraftwerks zu spüren bekommt, bricht es unweigerlich in Stücke. Bei dem offenstehenden Hauptventil trennte nur noch ein

zweites Absperrventil den unter Hochdruck stehenden Primärkreis von der Nachkühlung. Die Nachkühlung befindet sich aber außerhalb des stahlumhüllten Sicherheitsbehälters. Das heißt: Der Reaktor hätte, wenn das zweite Ventil ausgefallen wäre, sein Kühlwasser ins Freie ausgasen — samt aller darin enthaltenen Radioaktivität. Die Brennstäbe wären trockengelegt worden, und so hätte es zu einer Kernschmelze kommen können. Die zur Beruhigung immer wieder aufgeführten drei weiteren Notkühlsysteme wären in kürzester Zeit nichts mehr wert gewesen, weil das ins Freie verdampfte Kühlwasser zum Kühlen gefehlt hätte.

Im entscheidenden Handgriff versuchte die 3. Reaktorschicht, das Hauptventil zum Schließen zu bringen, indem sie das 2. Ventil kurzzeitig öffnete, was den Druck vom Hauptventil nehmen sollte. Das mißlang, und eine unbekannte Menge radioaktiven Kühlwassers wurde freigesetzt. Nur dem glücklichen Umstand, daß das 2. Ventil wieder geschlossen werden konnte und nicht wie das Hauptventil ebenfalls klemmte, ist zu verdanken, daß in Biblis die Eskalation des Störfalles zum GAU ausgeblieben ist. Für Sekunden war der Weg dorthin schon freigemacht.

Diese Operation des Betriebspersonals wird heute von Töpfer und anderen als „Fehlverhalten“ und „unvorschriftsmäßig“ dargestellt und kritisiert (FAZ, 6.12.88). Das stimmt mit dem Artikel der Fachzeitschrift „Nucleonics Week“ nicht überein. Dort wird dieses Vorgehen als „korrekt nach dem Betreiber-Handbuch“ beschrieben (FR, 7.12.88). Das heißt aber: Die Gefahr eines GAU war in Biblis sozusagen vorschriftsmäßig einkalkuliert. Es gab im Betreiberhandbuch den GAU auf Befehl. Letztlich wird konsequent der Blick vom eigentlichen Problem abgelenkt. Bei einer mangelhaften Auslegung des Nachkühlsystems für die Drücke und Temperaturen des Primärkreislaufs handelt es sich um einen Systemfehler — einen von vielen, die dieses System zum Fehler macht. Und wenn in Biblis oder anderswo Ventile klemmen und sich nicht schließen lassen, wenn es zu Leckagen an Schweißnähten kommt und Rohrleitungen platzen, liegt das nicht in erster Linie an mangelhafter Bedienung, sondern daran, daß Biblis A mit Baujahr 1974 genau wie Stade mit Baujahr 1972 Schrottreaktoren sind, die nur über unverantwortliche, verbrecherische Bedienungsanweisungen noch in Betrieb gehalten werden können.

Geradezu folgerichtig kam am 8.12. die Meldung, daß auch in Stade „ein gravierender Störfall der Kategorie ‚gilt‘ nicht wie vorgeschrieben umgehend gemeldet worden“ war. Auch dort handelte es sich

um ein defektes Ventil, durch das im nicht-atomaren Teil der Anlage am 27. Mai ein Lock in der Speisewasserleitung entstanden war. Gleichzeitig wurde eine Turbinenschnellabschaltung im September offenkundig. Es war zu gefährlichen Vibrationen an den Frischdampfleitungen des AKW gekommen nach Auskunft der Wissenschaftler von der hannoverschen Gruppe Ökologie auch das ein „Vorläufer für einen schweren Unfall“ (faz, 8.12.88).

Auf die heimlichen Störfälle in Stade hatte der schleswig-holsteinische Atomminister Jansen mit den Worten aufmerksam gemacht: „Wir können das nicht verdeckt halten, und wir können nicht Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit setzen“ (FR, 8.12.88). Mittlerweile zeigt sich, daß Jansen mit dem ausgestreckten Finger auf das niedersächsische Stade nur vom Dreck vor der eigenen Tür ablenkte. Wie anderswo hatte es im letzten Jahr auch in Krümmel und Brunsbüttel — letzterer im Baujahr 1974 wie Biblis ebenfalls ein Schrottreaktor — nachträglich hochgestufte Störfälle der Kategorie „gilt“ gegeben.

Zusammen zeigen die Störfälle in Biblis wie in Stade, daß sich neben den „gewöhnlichen“ zunehmend altersbedingt notwendige Störfälle häufen, die die Risiken dieser Technik über die systembedingten Gefahren hinaus, wie die eines mangelhaft ausgelegten Nachkühlsystems in Biblis, ins Immense steigern. Gleichzeitig wird das immer marodere atomare System mit einem immer ausgeklügelteren politischen Krisenmanagement auf den Beinen gehalten. Mit den Mitteln des Betrugs, der Lügen, der Geheimhaltung gewährleistet der Atomstaat den Betrieb der Atomindustrie, während die sich anhäufenden Skandale und Beinahekatastrophen wohl dosiert und selektiv abgearbeitet werden. Die Medien greifen die zugeworfenen Informationshilfen begierig auf, vernarben sie zum Skandal, und indem sie die Blicke auf die Details lenken, verhindern sie ein politisches Bewußtsein, das sich gegen dieses atomare System richtet.

rh.

Sonntag, den 18.12.88, 15 Uhr
Kundgebung
vor dem Atomkraftwerk
gegen das Atomkraftwerk Biblis
Veranstalter: Bürgerinitiativen, Grüne
u.a. der Region

FU Westberlin: Die Gummibärchen beißen zurück

Jugendliche Spritzigkeit wollte die Leitung der Freien Universität in Westberlin mit ihrem Emblem zum 40-jährigen Jubiläum ausdrücken — dem Ergebnis merkt man in erster Linie die Bemühung an: Zu dem reißerischen Slogan „Forschung — Spitze! Studieren — duft!“ wählte die FU-Bürokratie das passende Wappentier: ein tranges, bebrilltes Gummibärchen. Die Identifikation der StudentInnen mit dem Jubiläums-Aufkleber läuft genau wider die Absicht seiner Erfinder: „So hätten sie uns wohl gerne. Als Gummibärchen: klein, süß, beliebig verformbar, und man kann ihnen genüsslich den Kopf abheilen! Doch da haben sie sich geschnitten.“ (1)

Seit knapp zwei Wochen ist Bewegung in die Freie Universität gekommen. Der Steppenbrand, den der liberale „Tagespiegel“ befeuert hatte (2), ist ausgebrochen und weitet sich seit Anfang Dezember füllig aus. Was am 29.11. mit knapp 30 StudentInnen am Lateinamerika-Institut begann, hat mittlerweile auf die gesamte FU mit ihren 36 Fachbereichen, die Technische Universität, die Hochschule der Künste, diverse Fachhochschulen und auch auf den Schülerbereich übergriffen. Was hier passiert ist und warum es im einzelnen geht, läßt sich nur bei genauerer Betrachtung und — angesichts der sich überstürzenden Ereignisse, kursierenden Gerüchte und der allgemeinen Konfusion — auch dann nur schwer sagen.

Vorlesungen in der U-Bahn

Vorlesungen in der U-Bahn

Institute werden besetzt und bewohnt, der Lehrbetrieb bestreikt, StudentInnen organisieren autonome, selbstbestimmte Seminare und ziehen zu Tausenden von der Schöneberger Rathaus, um den Rücktritt von Wissenschaftssekretär Turner und FU-Präsident Dieter Heckelmann zu fordern. Seit langer Zeit wird in Westberlin wieder ein Haus besetzt, auf dem Wittenbergplatz und in U-Bahnhöfen halten die StudentInnen öffentliche Vorlesungen ab. Stimmung und Bild der Vollversammlungen an der FU entsprechen einem Konzert von Michael Jackson in der Olympiahalle, die Hörsäle quellen über.

Direkte Auslöser der plötzlichen Revolte waren Beschlüsse des Kuratoriums der Universität, die im November im Rahmen der sogenannten „Strukturreform“ gefaßt sind. Diese Reform, die Präsident Heckelmann im April 1987 als unumkehrbare „Entbürokratisierungsmaßnahme“ einleitete, entpuppte sich schnell „als geplanter letzter Akt einer Säuberungsaktion gegen die noch vorhandenen kritischen, emanzipatorischen Ansätze an der FU“ (3). Dementsprechend betreffen die Kuratoriumsbeschlüsse von November Institute mit linker Tradition, die nicht nur Heckelmann selbst, sondern auch einem Großteil des aus Senatoren, Parteien, Kapital, Gewerkschaften und Uni-Vertretern zusammengesetzten Gremiums nicht ins Konzept einer „zukunftsorientierten Universität“, eines „Wirtschaftsdiensleistungszentrums mit angeschlossener Lehrfähigkeit“, passen (4). Zwei psychologische Institute sollen wiedervereinigt werden, um in einer Wissenschaftseinheit Psychologie wieder eine rechte Mehrheit zu erreichen, die dann über Lehrinhalte und Stellenbesetzungen alleine entscheiden kann. Der Studiengang Lateinamerikanistik soll in den riesenfächbereich Romanistik eingegliedert werden, um den vom Lateinamerika-Institut praktizierten kritischen, interdisziplinären Ansatz (d.h., daß zur Literaturwissenschaft auch ökonomische, soziologische, historische und politische Aspekte hinzugezogen werden) zugunsten eines traditionsgemäß sendungsbewußten Eurozentrismus unmöglich zu machen.

Die StudentInnen der Lateinamerikanistik reagierten prompt. Am Tag nach der Kuratoriumsentscheidung bedachten sie den Romanistikprofessor Klaus Hempfer, Mitglied der rechtsradikalen „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ (NoFU) und Drahtzieher des Beschlusses, mit einigen Eiern und garnierten ihn anschließend mit Ketchup und Mehl. Daraufhin erklärten sie ihr Institut für besetzt und begannen, an anderen Fachbereichen für ihre Belange zu mobilisieren.

Sieg über die 70er Jahre

Vielleicht war es das bevorstehende Jubiläum zum 40-jährigen Bestehen der Universität, von vielen StudentInnen angesichts der miserablen Studienbedingungen als Provokation empfunden, das die rasende Ausbreitung der Protestwelle ermöglichte. Am 2. Dezember nahmen 2.000 StudentInnen an einer Vollversammlung teil, am Abend waren 17, am nächsten Tag 23 Institute besetzt. Während der offiziellen Feierstunde am Sonntag versammelten sich 4.000 Leute zum „Akademischen Schindler“ vor dem Audimax, das von der Polizei abgeriegelt war. Der ASiA-Vorsitzende, der als Alibi-Student am Jubiläum teilnehmen durfte, verzichtete auf die ihm zugewandene zehnmündige Redezeit und forderte die Honoratioren auf, sich draußen an der Kundgebung zu beteiligen. Dort sprach Professor Helmut Gollwitzer zu den StudentInnen und ermutigte sie, weiterzumachen und „noch viel politischer“ zu werden. Während Heckelmann sich drinnen zufrieden darüber äußerte, daß die Lage an der Hochschule sich heute im Vergleich zur „überzogenen Mißbestimmung und einseitigen Politisierung“ der 70er Jahre konsolidiert habe (5), ärgerten sich die StudentInnen draußen über die schrittweise Zurücknahme der einmal erkämpften Freiräume. „Außerhalb der Gründungsphase und der Modernisierungsphase nach 1968 liefen und laufen bisher noch alle Studieninstitutionsgenerationen gegen die Mauer faschistischer und obrigkeitstotalitärer deutscher Erbschaft und bürgerlicher Herrschaftstechnik an, wenn die Demokratie und nicht nur „Mißbestimmung“ forder(t)en. Die Autonomie der Hochschule, jener alte Un-Begriff, der nur allzu oft der nostalgischen Verkürzung der realen Vorgänge gedient hatte, (...) ist vor dem Hintergrund zahlloser Studieninstitute und der Hochschulen der nur dazu oft der nostalgischen Verkürzung der realen Vorgänge gedient hatte, (...) ist vor dem Hintergrund zahlloser Studieninstitute und der Hochschulen

der nur dazu oft der nostalgischen Verkürzung der realen Vorgänge gedient hatte, (...) ist vor dem Hintergrund zahlloser Studieninstitute und der Hochschulen

Nach der Kundgebung zogen die StudentInnen in die Innenstadt, um den Heckelmann das Buffet zu verweigern. Noch am selben Tag besetzte die studentische Wohnnot AG eine Villa im Diplomatenviertel Dahlem, Podbielskiallee 2. Die BesetzerInnen machten auf die Verschärfung der Wohnsituation in Westberlin seit der Aufhebung der Mietpreisbindung Anfang des Jahres aufmerksam, die 200.000 Wohnungssuchende und 10.000 Obdachlose hervorgerufen hat. Neben dem ASiA solidarisierten sich auch die AL und Teile der Kreuzberger Szene mit den BesetzerInnen, die sofort begannen, die seit fünf Jahren leerstehende Villa wieder herzurichten. Alle Wohnungslosen wurden aufgefordert, sich selbst Wohnraum zu verschaffen (6). Entgegen dem Versprechen von Innensenator Kewenig, keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden, hielten sich die BesetzerInnen 48 Stunden lang in der Podbielskiallee 2. Gegen 6.00 Uhr früh am Nikolaus tag rückte die Polizei zur Räumung an. Ca. 200 Leute wurden, zum Teil brutal, aus der Villa gezerrt, das Mobiliar zerstört, zwei Drittel der BesetzerInnen zur Personalienfeststellung mitgenommen und einige dem Hafttrichter vorgeführt (7). Daß sich draußen vor dem Haus nur

ein mageres Häuflein von 150 Personen zu einer Solidaritätskundgebung zusammenfand, ist ein Ausdruck dafür, wie unterschiedlich die Motive und Hintergründe der streikenden StudentInnen sind. Für viele liegt eine Hausbesetzung weit jenseits der Legitimitätsgrenze, die sie sich für ihre Aktionen gesetzt haben.

Auf einer überquellenden Vollversammlung am Nachmittag des 6. Dezember — mittlerweile waren an der FU alle Institute besetzt, an der TU begannen ArchitektInnen und InformatikerInnen, nachzuziehen — fand ein Forderungskatalog von 14 Punkten losenden Applaus. Neben der Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse wollten die StudentInnen mehr Geld vom Staat, die Revision der jüngsten Hochschulgesetze und vielparteitige Mitbestimmung in allen Uni-Gremien. In der Wissenschaft fordern sie kritische Interdisziplinarität, insbesondere die Zusammenarbeit von Geistes- und Naturwissenschaften, und keine Trennung von Forschung und Lehre bzw. die Abschaffung der Forschung aus Drittmitteln, also z.B. der Industrie. Die Gesundheitsreform mit ihren negativen Auswirkungen auf die studentische Krankenversicherung soll zurückgenommen werden. Frauen sollen bis zu einer Quotierung von 50% bevorzugt eingestellt, an allen Fachbereichen Frauenforschung durchgeführt werden. Auch Faschismusforschung, die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der einzelnen Institute, die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strömungen an der FU und die Gleichstellung von AusländerInnen in allen Lebensbereichen fordern die StudentInnen. Ergänzt wird der Katalog von der Rücktrittsforderung an Präsident Heckelmann und Wissenschaftssekretär Turner.

Ein kleiner Exkurs über die rechtsextremen Strömungen an der FU lohnt sich. Heckelmann, der 1983 zum Uni-Präsidenten ernannt wurde, wurde 1987 von der NoFU, die 1969 als reaktionäres Gegenstück zur Studentenbewegung gegründet wurde, wurde dadurch bekannt, daß sie „schwarze Listen“ von linken StudentInnen an Behörden und Betriebe im ganzen Bundesgebiet verschickte (8). Heute treffen sich dort z.B. der Historiker Nolte, der Politologe R. Löwenthal (SPD) und Herr Christians aus dem Vorstand der Deutschen Bank (9). Selbstverständlich sind auch Eberhard Zahn und Klaus Hempfer, Initiatoren der Strukturreformbeschlüsse von November, prominente Mitglieder in dieser illustren Riege.

Umarmungspolitik statt Räumung

Die Reaktion dieser Herren auf den plötzlichen Aufstand ihrer Gummibärchen war bisher moderat, während Innensenator Kewenig und so manchem Berliner Polizisten der Räumungsknüttel in der Handfläche juckte. Im Gegenteil, Präsident Heckelmann äußerte in mehreren Stellungnahmen vor der Öffentlichkeit vollstes „Verständnis für die Grundhaltung der StudentInnen, die gegen überfüllte Hörsäle, das Studium unter Überlastbedingungen, die Wohnungsnot und die Baufinanzierung demonstrieren“ (10). Hier wird Gemeinsamkeit beschworen, Verständnis geäußert, Betroffenheit geheuchelt. Alles in der Hoffnung, daß die mürrischen StudentInnen ganz von selbst wieder zu einer amorphen, lehrigen Masse von Gummibärchen werden, spätestens, nachdem sie an Weihnacht dem Konsum frönen konnten und bei Mami und Papi einer Gehirnwäsche unterzogen wurden.

Wie erfolgreich diese Umarmungspolitik letztendlich sein wird, muß sich noch erweisen. An manchen, vorwiegend naturwissenschaftlichen Fachbereichen sollen Vollversammlungen über die Fortsetzung der Streiks entscheiden. Bisher haben sich die StudentInnen geweigert, mit der Universitätsleitung zu verhandeln und sich in der Öffentlichkeit darauf beschränkt, ihre Forderungen vorzutragen. Einige dieser Forderungen sind inzwischen unter den StudentInnen selbst heiß umstritten: Das Verbot für Gen-, Rüstungs- und Nuklearforschung wurde mit den Summen der NaturwissenschaftlerInnen aus dem Katalog gekippt, die Forde-



Polizei räumt das von StudentInnen besetzte Haus in Berlin-Dahlem (6.12.88)

runge nach Abschaffung der Drittmittelforschung und nach Mindesteinkommen für alle (statt elternunabhängigen BaFöGs nur für Studierende) mülten einstweilen zurückgestellt werden.

StudentInnen, die eigene Frauenräume besetzt haben, Frauenvollversammlungen und Frauenräte zu bilden.

StudentInnen, die eigene Frauenräume besetzt haben, Frauenvollversammlungen abhalten und sich dagegen wehren, daß in den entstandenen Strukturen, wie z.B. dem Besetzungsrat, vorwiegend Männer sitzen und reden, werden Spaltungsabsichten vorgeworfen, an manchen Fachbereichen werden Frauenresolutionen von gemischten Plena abgelehnt.

Da der ASiA von undogmatischen Linken geführt wird und den Streikenden seine Infrastruktur zur Verfügung stellt, haben konservative Studentenvereinigungen wie der RCDS einige Tage gebraucht, bis sie richtig in Erscheinung traten. Mittlerweile tauchen ihre VertreterInnen jedoch in den Diskussionsforen und Vollversammlungen auf und bringen unter Hinweis auf die „schweigende Mehrheit“, als deren Abgesandte sie sich betrachten, Diskussionen zum Erlahmen. Auch sie wenden sich — ganz wie Heckelmann — bedauernd gegen die Form des Protestes, also Streik und Institutsbesetzungen. An konservativeren Fachbereichen laichen gefälschte Flugblätter mit dem offiziellen Kopf des ASiA auf, die rotzig-plump Anarchie und Revolution ausrufen. Mit solchen demagogischen Abschreckungsmaßnahmen „soll verhindert werden, daß Leute sensibilisiert werden und nachdenken, was an dieser Hochschule passiert“, so der ASiA in einer Stellungnahme. Als weiteren Sabotageakt hielten die beiden studentischen Vertreter des Kuratoriums — Angehörige des konservativen „sozialliberalen Hochschulverbandes“ und Befürworter der Strukturreform im Kuratorium — ohne jegliches Mandat eine Pres-

sekundenz im Namen der gesamten FU-Studentenschaft ab, wo sie Dialogbereitschaft und Gemeinsamkeiten mit Professoren und Universitätsleitung betonten.

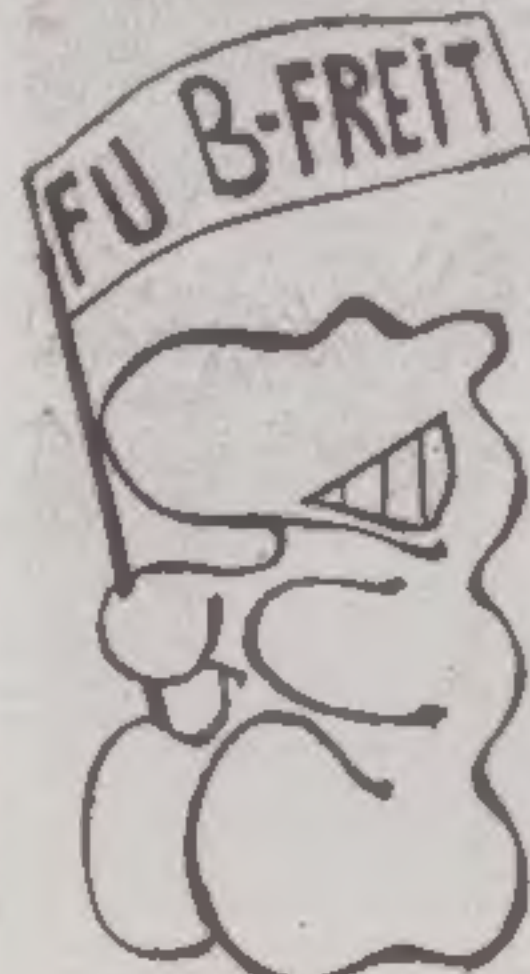
Wenn auch der Blick ins Innere ein etwas mulliges Gefühl hinterläßt, so haben die StudentInnen doch auch Fakten gesammelt.

Wenn auch der Blick ins Innere ein etwas mulliges Gefühl hinterläßt, so haben die StudentInnen doch auch Fakten gesammelt. Sie beschränken sich nicht auf passiven Streik, sondern an der FU finden in diesen Tagen bis zu 300 selbstorganisierte Seminare, Hearings und Veranstaltungen täglich statt. Autonome Strukturen wie ein Besetzungsrat, der die Beschlüsse der Plena in den Fachbereichen koordiniert, ein Kulturrat, ein Preserrat sind entstanden. Täglich erscheint die Streikzeitung „Besetzt“ mit aktuellen Berichten, Stellungnahmen und neuen Terminen. Da die Telefonverbindungen zum Teil von unbekannter Hand lahmgelegt werden, wird an einem uni-weiten Funknetz gearbeitet. Fast möchte man sich zu dem etwas pastoralen Schlußwort hinreißen lassen, dem Titel „Freie Universität“ sei, zumindest für einige Tage, ein wenig Substanz gegeben worden.

mir, Westberlin

Anmerkungen:

- 1) Aus einem Rodebeitrag auf der Spontandemo zum Schöneberger Rathaus am 6.12.88, an der sich ca. 5.000 StudentInnen beteiligten.
- 2) „Tagespiegel“, 6.12.88
- 3) „Besetzt“, Streikzeitung der StudentInnen an der FU Berlin, 6.12.88
- 4) ASiA-Sondererklärung des ASiA-FU, „Titano in voller Fahrt“, Dez. 88
- 5) „FAZ“, 5.12.88
- 6) Pressemitteilung des ASiA-FU vom 5.12.88
- 7) Pressemitteilung der BesetzerInnen vom 6.12.88
- 8) Uwe Wessel in der „Jaz“, 6.12.88
- 9) Flugblatt der Fachschaftsinitiative am Institut für Psychologie der FU, Dez. 88
- 10) „Tagespiegel“, 7.12.88



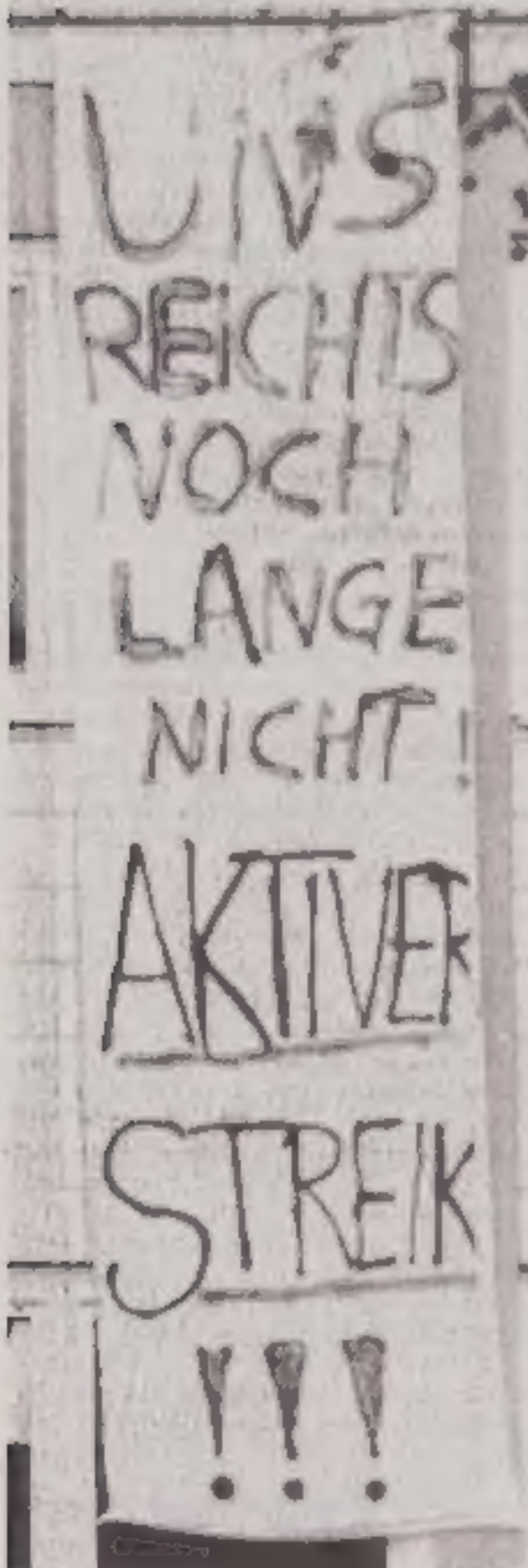
Ende der Gleichgültigkeit

„Allgemeiner Konsens: Die Lage ist beschissen, wir müssen was unternehmen“, berichtet eine Informationsschrift des Zentralen Fachschaftsrates an der Uni Frankfurt über die erste Aussprache von StudentenvertreterInnen am 14.11.88. Schon vorher allerdings waren Fachhochschulen in Hessen in Streik getreten. Am 30.11. hat der Ausstand praktisch die gesamte Uni erfaßt. 6000 bis 7000 Leute versammelten sich in der Frankfurter Kongreßhalle, angeleitet von der Universitätsleitung, um das sechsenstündig abgedruckte Forderungspaket „für eine neue Universität“ zu verabschieden. Nachdem der konservative ASFA (Gräff und RCDs) längst an den Rand gedrängt war und seine Räume den Streikenden zur Verfügung stellen mußte, gab auch der Universitätspräsident Ring die Illusion auf, die Kontrolle über das Streikgeschehen behalten zu können. Während Ring für Vernunft, Augenmaß und Streikabbruch plädierte, um die sog. Öffentlichkeit nicht zu verprellen, sprach ihm der Zentrale Fachschaftsrats ausdrücklich und per Massenflugblatt das Mandat ab, im Namen der StudentInnen zu verhandeln. Selbstbewußt wurde der Streik verlängert; auch im neuen Jahr soll unbefristet ein Tag in der Woche für studentische Aktionen freibleiben. Neben Demonstrationen und Straßentheater in der Innenstadt drangen StudentInnen in das Haus der „Frankfurter Rundschau“ ein, um mit der Redaktion zu diskutieren, es gab spontane Besuche in der Alten Oper und beim Schauspiel im Bockenheimer Depot, wo sich die Schauspieler solidarisierten, ein illegaler Sender brachte viermal täglich Streiknachrichten. Scheitern nebenbei — aber bedeutsam für die politische Orientierung der Aktionen — wurde ein Vortrag des ehemaligen Bundeswehrgenerals Graf Baudisch gesprengt, der sich heute als Friedensforscher vorstellt. Dabei geht es um ein Lieblingsprojekt von Unipräsident Ring und Suhrkamp-Verleger Uwe: Eine Veranstaltungsreihe „Beruf als Erfahrung“, für die ursprünglich auch Hermann J. Abs, deutscher Oberbanker, vorgesehen war, sollte der Jugend bewährte konservative Leitbilder vermitteln. Die „FAZ“, die zuvor noch den apolitischen Charakter des Streiks gepriesen und die Isolierung linker Hochschulgruppen beschwerten hatte, war enttäuscht. In rund hundert neu gebildeten Basisgruppen haben inzwischen intensive Diskussionen um das politische Selbstverständnis der StudentInnen begonnen. Die Kritik an Wissenschafts- und Lernbetrieb gibt sich nicht mehr mit der Rolle der Lückenbüßerin und des Abbi zufrieden.

Streik als Erfahrung

(...) Fragen, die bisher wenig in den Blick rücken, sind solche nach der Funktion von Hochschule in der Gesellschaft, den Forschungsinhalten und der sozialen Situation von Studierenden. Wir müssen bei der berechtigten Forderung, den Bildungsetat zu vergrößern, immer mitdiskutieren, welche Wissenschaft für wessen Interessen mit welchen Inhalten ausgebaut werden soll. Wenn beispielsweise der Unipräsident in einer Rede über „Universitäre Ausbildung für den europäischen Markt“ Studenten als „maßgeschneiderte Produkte, das heißt Absolventen, die für ganz bestimmte, mehr oder weniger eng begrenzte Aufgaben hoch qualifiziert ausgebildet sind“ bezeichnet,

muß die studentische Linke, die immer auf ein Moment universitärer Bildung besteht, das die Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse über den Tellerrand des Fachstudiums hinaus als notwendig erachtet, ihre Position so genau entwickeln, daß der Verdacht möglicher Gemeinsamkeiten mit solchen ökonomistischen Ansichten gar nicht erst entstehen kann. Daß sich Ring selbst diskreditiert, wird völlig offenbar, wenn seine Lage auf der letzten Vollversammlung, er selbst sei gegen den Numerus Clausus, in Rechnung gestellt wird. In seiner Rolle als Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz stimmte der Parteifreund Möllemann für die Einführung des NCs in Betriebswirtschaftslehre.



Resolution der studentischen Vollversammlung der Johann Wolfgang Goethe-Universität am 30.11.88 (die Reihenfolge bedeutet keine Rangfolge):

1. Bereitstellung von angemessener räumlicher, personeller und sachlicher Ausstattung entsprechend der gewachsenen Zahl der Studierenden.
2. Verbesserung der Studiensituation durch Einstellung von studentischen und akademischen TutorInnen mit angemessener Bezahlung und tariflich abgesicherten Verträgen. Anerkennung der erbrachten Leistungen durch die Möglichkeit der Vergabe von Scheinen.
3. Beseitigung der akuten Wohnungsnot durch Bereitstellung billigen, bedürfnisgerechten Wohnraums. Gleichberechtigung der ausländischen StudentInnen bei der Verteilung von Zimmern an Studierende.
4. Änderung des BAFOG-Gesetzes unter studentischer partizipativer Mitbestimmung.
5. Abschaffung sämtlicher Auswahlmechanismen:
 - Aufhebung der Regelstudienzeit
 - Abschaffung der Studiengebühren
 - Inhaltliche Veränderung der Zwischenprüfungen unter Mitarbeit der studentischen Vertreter
 - freier Zugang zu den Hochschulen.
6. Wir sprechen uns für die Bildung von Frauenräten in allen Fachbereichen und der Gesamtiuni aus und fordern, ausreichende Mittel zur besseren institutionellen Absicherung dieser bereitzustellen.
7. Der Ausbau feministischer Forschung und Lehre in allen Fachbereichen soll strukturell verankert werden.
8. Bevorzugte Einstellung von Frauen bei der Besetzung von Lehrstühlen und MitarbeiterInnenstellen, um dem männlichen Übergewicht auf diesen Stellen entgegenzuwirken.
9. Vermittlung von Forschung und Lehre in gegenseitiger Reflexion, so daß einerseits der Ausschluß der Studierenden aus dem Forschungsprozeß und andererseits ihre Herabsetzung zur passiven Ausbildungsmasse im Lehrbetrieb aufgehoben wird.
10. Entscheidende Mitbestimmung von StudentInnen an Lehrinhalten und Forschungsprojekten. Verteilung von Forschungsgeldern (insbesondere der Drittmittel) unter studentischer Kontrolle.
11. Wir fordern die Einrichtung eines studentischen Instituts zur Förderung kritischer Interdisziplinarität mit entsprechender Ausstattung. Gesellschaftlich relevante Forschungsfelder, die sich in diesem Zusammenhang anbieten, könnten sein:
 - Problematiken und Risiken der Genforschung
 - Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft
 - das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie
 - eine Technikfolgenforschung, die schon in den Prozeß der Technologieentwicklung selbst eingreift
 - Funktionsweise und soziale Auswirkungen von neuen Medien und Massenkommunikationsmitteln
 - feministische Wirtschaftskritik.
12. Gleichberechtigte Studienbedingungen auch für diejenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.
13. Schaffung von Kindertagesstätten an Hochschulen für alle Kinder, deren Eltern studieren wollen.
14. Schaffung von behindertengerechten Einrichtungen in der ganzen Universität.
16. Zurücknahme aller Verordnungen, die universitäre Verteilungskämpfe provozieren, insbesondere der Kapazitätsverordnung.



Vortragsreihe gesprengt: Vergeblich interveniert der Frankfurter Unipräsident für einen ehemaligen General

(...) Es bleibt einer der vielen Skandale dieser Gesellschaft, daß in einer Situation, in der die Folgen von Technologieproduktion immer bedrohlichere Ausmaße annehmen, die Reflexionswissenschaften und die Reflexion in den Wissenschaften konsequent abgebaut werden.

Die immer stärkere Trennung von Forschung und Lehre bedeutet einerseits den Ausschuß der StudentInnen aus dem Forschungsprozeß und degradiert sie andererseits zur passiven Ausbildungsmasse im Lehrbetrieb. Die Universität, die mehr und mehr als Wissenschaftsfabrik nach bildungsökonomischen Gesichtspunkten angelegt wird, macht den einzelnen Studenten zum Halbfertigprodukt, das durch den Qualifikationsprozeß in der Hochschule veredelt werden soll.

(...) Welches Ausmaß diese Objektivierung studentischer Subjekte im notwendig falschen Bewußtsein neokonservativer Reformstrategen angenommen hat, zeigt die Äußerung des CDU-Fraktionschefs im hessischen Landtag, Nassauer, vor wenigen Tagen, auf hochqualifizierten Nachwuchs in diesen Sparten aber sei die rohstoffarme Bundesrepublik im allgemei-

nen und Hessen mit seinem Streben nach der „Nummer eins“ in der Republik ganz besonders angewiesen. Zuvor expliziert Nassauer, an welche Sparten er denkt: Informatik, technische und andere naturwissenschaftliche Fächer, und behauptet, der stärkste Andrang und damit auch die schlechtesten Verhältnisse herrschten ausgerechnet in jenen Studienfächern, deren Absolventen nach allgemeiner Einschätzung die besten Beschäftigungsaussichten hätten. So kann er unvermittelt studentischen Protest entgegnen. Bedeutet Empörung über unerträgliche Studiensituationen immer, Anpassungswünsche technokratischer Modernisierer das Wort zu reden?

(...) Zum Jobben genöigte StudentInnen bieten gerade die Anspruchslosigkeit, die ein Dienstleistungszentrum wie Frankfurt verstärkt fordert: billig, allzeit bereit und jederzeit zu feuern. Wir arbeiten zu Minimallohnen, ohne Sozialversicherung und nehmen auch die absurdesten Jobs in Kauf. („Wohnungsengel, weiblich, unter 1,20 m“ oder auch „Bedienung für Privatparty, dunkelhäutig“ — Angebote des studentischen Schnelldienstes Pfu). Die Wirtschaft stellt sich darauf ein. Es gibt Gewerbezweige und Unternehmen, die ohne StudentInnen kaum noch vorstellbar sind (Taxi, Telefon-Marketing etc.).

Studieren und Arbeiten — das heißt, immer weniger die Möglichkeit zu haben, sich auf ein Studium einzulassen und seine Inhalte selbst zu finden. Studieninhalte können nur noch konsumiert werden, zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Verarbeiteten ist keine Zeit. Gleichzeitig werden uns an den Arbeitsplätzen nützliche „Tugenden“ wie Anpassungsfähigkeit, Fügsamkeit und „Zähnezusammenbeißen“ gelehrt.

„Tugenden“, die auch bei der Wohnungssuche gefragt sind: Dann etwa, wenn Studis sich auf beschissene Mietverträge einlassen, sich gegenüber Vermietern und Maklern verkaufen müssen, um an den überbezahlten Abstellkammern Frankfurts zu partizipieren. Einerseits wird Wohnraum vernichtet oder zweckentfremdet (so auch durch die Frankfurter Universität), andererseits orientiert sich die städtische Wohnungspolitik an „anspruchsvollen Ein-Personen-Haushalten“ (so OB Brück Juli 1988). Damit wird für die große Mehrheit der HochschülerInnen ein Leben in der Stadt unmöglich und nicht nur für sie: Arbeiterfamilien, Arbeitslose, Jugendliche, ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge

werden von den „konsumorientierten neuen Mittelschichten“ (Grünen-Jargon) verdrängt. Um ihre Arbeitsplätze in der City zu erreichen, müssen sie längere An-

zu erreichen, müssen sie längere Anfahrtswege, höhere Kosten und noch weniger freie Zeit in Kauf nehmen. Eine ganze Wohnkultur verschwindet aus der Innenstadt. Es bleiben Banken, Geschäftszentren, Versicherungen, Yuppies und Bonzen. (...)

Ob wir unsere beschissene Situation verändern können, muß ausgetestet werden.

Aus einem Flugblatt der Linken Liste an der Uni Frankfurt

„Unserer gegenwärtigen Streikbewegung ist es bisher nicht gelungen, eine ihren Aktionen adäquate Theorie zu formulieren. Selbst die sinnlichen Manifestationen vermögen nicht das abstrakte Unbehagen innerhalb der universitären Verhältnisse zu konkretisieren: Sie verpuffen im leeren Raum. Der Bewegung fehlt noch die unabdingbare politische Form, da sie ihre ökonomistischen Forderungen nicht konsequent weiterdenkt. Ihr fragmentiertes Bewußtsein ist die gedankliche Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Teilung der Arbeit innerhalb des wissenschaftlichen Produktionsprozesses. Es hat die Form akademischen Ständebewußtseins vereinzelter Spezialisten, die um ihre Marktchancen konkurrieren. Das Leiden an den Zuständen entspricht dem des jungen Werther: „Mir nich am meisten neckt, sind die fatalen bürgerlichen Verhältnisse. Zwar weiß ich so gut als einer, wie nötig der Unterschied der Stände ist, wie viel Vorteile er mir selbst verschafft: nur soll er mir nicht eben gerade im Wege stehen, wo ich noch ein wenig Freude, einen Schimmer von Glück auf dieser Erde genießen könnte.“

Wir können freilich der gleichen Melancholie verfallen wie Werther, dessen Schicksal allen bekannt sein dürfte, oder aber wir wagen den Versuch, die Verhältnisse zu ändern, die dem Glück entgegenstehen.“

Redebeitrag, Informationsschrift zum aktiven Streik, Streikausschuß Uni Frankfurt



Vidiotie an der Uni

War Karlsruhe die Rechtswende der Grünen?

Fast alle lieben die Grünen, weil diese ihren linken Flügel stützen; denn: wenn sie nicht prozentstärker werden, so doch reputierlicher und berechenbarer. „Spiegel“ sei dank haben die Grünen also ihre Finanzsünder geschäft und erhalten bürgerliches Lob da-

für: „Anderswo“, so der Kommentator der „Hamburger Morgenpost“, „bekommen die Steuersünder den Parteivorsitz, bei den Grünen verlieren sie ihn immerhin schon wegen 10.000 Mark“, die Moral der Partei stimme also noch.

„Schäbig und verlogen“ nannte der aus der Partei ausgestretete Schatzmeister Hermann Schulz die Debatte, die u.a. zu seinem Sturz geführt hat. Niemand, so betonten die Vorstandsstürmer vom „Aufbruch 88“, niemand habe irgendjemandem persönliche Bereicherung vorwerfen wollen. Nein, nein, das gerade nicht; die wenigen Anklagen (in Karlsruhe vorgetra-

gen von den Abgeordneten Angelika Beer und Verena Krieger) gegen den eigentlichen politischen Skandal — die individuelle Einbehaltung zehntausender DM Vorteilmehre aus parlamentarischer Tätigkeit — blieben bei der grünen Delegiertenmehrheit ohne Wirkung. Deshalb hat der „Morgenpost“-Kommentator auch unrecht: Daß von den grünen Berei-

cherern niemand sofort in den Vorstand kommen wird, liegt allein in einem Relikt aus Gründungszeiten der Partei begründet, dem Verbot der Verknüpfung von Wahlmandat und Parteiamt. Die neugrüner Mehrheitsmoral, massiv von den Bürgerlichen gefeiert, regt sich über Ab-

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentation

Grüne zwischen Glückwunschtelegrammen an die SPD und Kandidatenvorschlägen an die CDU

Eine (nicht gehaltene) Rede von Christian Schmidt in Karlsruhe

Es ist Wesenselement dieser Finanzaffäre, daß die zuerst erhobenen Anklagepunkte schon verdrängt wurden. Sie lauten: „Griff in die Parteikasse“, „Langfinger“, „gnadenlos freies Belegwesen“, „abgesaugt“. Nach bisherigen Untersuchungen bleibt davon: Rechtswidrige Verträge in Wittenstein, schlampige Abrechnung bei einem BuVo-Mitglied 1982-86 sowie einige andere, ich sag' mal, formale Verstöße buchhalterischer oder protokollarischer Art.

Als Falschmeldung oder Lüge erwies sich der überwältigende Rest:

Es gab keine gnadenlos freies Belegwesen, es gab keine persönliche Bereicherung; es bestätigte sich nicht einmal das gutbürgerliche Gerücht, daß wir schon Fundamentalist ist, mit Sicherheit auch klaut. Viele GRÜNE waren über diese Ergebnisse

schon erleichtert; einige waren ehrlich genug, ihre Enttäuschung zu bekunden. Christine Bernbacher(1) sagte, nachdem so wenig rausgekommen war, sie finde den Untersuchungsbericht fide.

Ich will auch dies betonen: Daß fast alles im Rechnungswesen der Bundesgeschäftsstelle professionellen Ansprüchen genügt, ist nicht Verdienst der Bundesvorstände, sondern der Mitarbeiterinnen in der Buchhaltung und von Herrmann Schulz(2). Ich darf ihnen jetzt, wegen Befangenheit, nicht danken. Aber ich danke Gott, daß sie verantwortlich waren und nicht diejenigen, die jetzt das Fehlen buchhalterischer Querverweise skandalös finden, aber bis gestern nicht einmal wußten, was das ist, und vorgestern noch in ihrem Landesverband Belege im Schuhkarton sammelten oder Bierdeckel abklafferten mit dem Vermerk „Für Fressen und Saufen“. Das sind jetzt die größten Schreihölzer.

„Finanzskandale fundamentalistischer Langfinger“

Einen der größten Saubermänner muß ich anführen, um die politische Berechtigung bestimmter formaler Verstöße zu veranschaulichen. Im Februar 1988 erhielten wir die Rechnung für ein Flugticket nach Maputo, Mosambik. Die Reise war im BuVo nie beantragt worden. Buchhalterisch korrekt also: Zahlung verweigern, der Antragsteller soll aus eigener Tasche zahlen. Sein Name war übrigens Lukas Beckmann. Er kriegte die fünfeinhalbtausend Mark, weil das Projekt politisch vernünftig war. Inzwischen wissen wir, daß jede Untersuchungskommission so was streng rügt — nur Lukas selbst hat diesmal den „tiefen Sumpf“ als „Feuchtbiotop“ akzeptiert.

Zweiter Vorwurf: Der BuVo ist mit dem Finanzskandal falsch umgegangen. Zweierlei ist daran richtig. Wir haben öffentlich einen Mitarbeiter als Schuldigen benannt. Weil er anwesend ist: Lothar, wir bedauern das und entschuldigen uns noch einmal in aller Form dafür. Der andere Fehler, wir haben nicht offensiv zu den Arbeitsverträgen mit Drogenabhängigen Stellung genommen. Auch der BHA hat das gerügt. Der BuVo hat's akzeptiert.

Was wir nicht akzeptieren können: Dieselben Leute, die im Juni geschrien haben: „BuVo in die Spitzel“, alles „teifer Sumpf“, nur die „Spitze des Eisbergs“, sagen jetzt, wo weder ein Sumpf noch ein Eisberg gefunden wurde: selbstverständlich war da nichts dran. Was wir allein kritisieren ist, daß ihr alles demonstriert habt. Z.B. sagen das heute auch Grösch(3) und Bernbacher. Im Juni haben die aber von uns nicht nur Dementis gefordert, sondern sofort „eidesstattliche Erklärungen“, daß die im Spiegel erhobe-

nen Vorwürfe der Wahrheit entsprechen. Das war die Forderung der Realos damals. Andererseits: Was wäre erst los gewesen, wenn nach der Spiegel-Veröffentlichung der BuVo gesagt hätte: Kein Dementi! Wir lassen alles im Raum stehen, monatlang, bis alles untersucht ist. Spätestens im September wäre der BuVo im Strudel undementierter Gerüchte abgesunken. Sagt ehrlich, daß Euch genau daran gelegen war.

Ich muß ein Wort sagen zum „Spiegel“: Enthüllungsjournalismus ist nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil. Die Frage ist nur: Hat der „Spiegel“ mit seinem Titel „Einmalig schweigsam“ einen GRÜNEN Finanzskandal enthüllt, oder betreibt er eine politische Kampagne? Über den angeblichen Finanzskandal könnt ihr

che Selbstanzeige dann ist, alle Fachleute wissen das, schlichter Rechtsschutz, also ein Mittel zur Strafvermeidung, hier zugunsten von Kämpfern. Das ist alles. Was die Entlassungen angeht: Tatsache ist, der BuVo hat von Anfang an befristet eingestellt. Kämpfer selbst bezeugt das in seiner Dokumentation, die Euch vorliegt. Ihr hat das auch als Bauleiter in einem Schreiben an den Betriebsrat 1986 selbst so bezeugt. Aber 1988 war von Befristung plötzlich keine Rede mehr. Und deshalb haben wir im Mai ihnen Klipp und klar gesagt: Nein, mit Bauende ist definitiv Schluss. Von „Spiegel“ und Finanzen war da noch gar keine Rede. Die These, die „Spiegel“-Enthüllungen hätten Entlassungen bewirkt, ist also absolut wahrheitswidrig. Vom Zeitablauf her

mal als einziger gegen Wittenstein gestimmt hat. Aber: hört auf mit der Heuchelei, in Theoriepapieren über soziale Experimente und Zukunftswerkstätten zu schwadronieren, um dann sofort nach der kapitalistischen Treuarbeit zu schreiben, wenn das Experiment Kosten verursacht!

Zusammenfassend: Wer nur sochlich prüft, muß zu dem Urteil kommen: Nein, es gab und gibt keinen GRÜNEN Finanzskandal. Das Dementi des BuVo vom Juni war vielleicht zu müde, aber in den Kernaussagen realitätskonform. Es wurden von früheren und dem jetzigen BuVo auch Fehler gemacht. Sie — wie der BHA — zu kritisieren, ist demokratische Selbstverständlichkeit. Aber laßt uns auch dies festhalten: Diejenigen, die seit dem Juni mit skandalträchtigen Gerüchten an die Presse gegangen sind, waren entweder

Preise gegangen sind, waren entweder mutige Aufklärer oder erbärmliche Verleumder. Auch darüber könntet ihr heute urteilen.

Damit komme ich zum politischen Teil. Als Leitmotiv nehme ich den verlogenen Satz der letzten Monate, er lautet: „Das Thema GRÜNE Finanzen eignet sich nicht zum Strömungsstreit.“ Er ist so wahr wie der Satz: „Verleumdungen eignen sich nicht zum Rufmord.“ Dabei will ich nicht alles, was an politischer motivierter Kritik kam, als Rufmord einstufen. Manche waren aufrichtig empört. Für die ist das so:

Wenn in Wittenstein Steuer und Sozialversicherung um einige Zehntausend Mark beschlagnahmt werden, reden sie von Finanzskandal, fordern Rücktritte und schweigen über soziale Gesichtspunkte. Wenn aber in der Bundestagsfraktion von Abgeordneten einige Hunderttausend Mark zu wenig an die Ökofonds fließen, dann ist nur die Rede von „sozialen Härtefällen“, aber keine Sau kommt auf die Idee, Rücktritte zu fordern. Da äußert sich ein Rechtsbewußtsein, das total verklärt ist vom staatlichen Gewaltmonopol.

Auf der Linie liegt auch, was der Sprecher der „Aufbruch“-Gruppe, Sellin, im BHA sagte: Für sein positiv ausformuliertes Staatsverständnis mache es keinen Unterschied, ob Landsdorf bei Pharma und Rüstungskonzernen abkassiert, oder ob GRÜNE die Steuer beschlagnahmt, um Ex-Junkies ein paar hundert Mark mehr zuzustecken. Das meint er ehrlich. Aber wie Trampert sagte, die sich darin äußernde bigotte Staatsräumerei — die ist der eigentliche politische Sumpf, in den GRÜNE geraten sind.

... Lieber rechtsgültige Werbeverträge mit Porsche

Ich weiß auch: Einige sind nur verängert über die rechtswidrigen Arbeitsverträge mit Junkies; politisch einhandeln werden sie sich aber die rechtsgültigen Werbeverträge mit Porsche.

Selbstverständlich geht es nicht nur um kontroverses Rechts- und Staatsverständnis. Andere GRÜNE, die Vergleiche gezogen haben, führten Schlimmeres im Schilde. Jenschka (Fischer) z.B. nahm Reginas (Michalik, BuVo-Mitglied) Ausrufung, wegen rund zehntausend Mark ungezahlter Sozialabgaben nicht zurücktreten zu wollen, zum Anlaß, das mit Flick-Schmierereien zu vergleichen. Da äußerte sich nicht des Ex-Ministers Staatsverständnis, sondern nur politische Niedertracht. Dasselbe bei Cohn Bendit und Kretschmann, die uns öffentlich als Barschels hinstellten. Merkt die Partei eigentlich noch, was da passiert? Innerparteiliche GegnerInnen werden mit Verböckern auf eine Stufe gestellt, und es geht kein Aufschrei durch die Partei! Verbielt den endlich das „Maul! Ich sage Euch:

Wenn das hier auch noch mit Mehrheit honoriert wird, dann hau ich ab, so schnell ich kann.

Die Methode des politischen Rufmords spielt (zwischen der Hauptrolle beim Kampf gegen die sog. Fundi-Strömung, nicht nur beim Thema Finanzen. Wer er-messen will, wie weit die „GRÜNE Streitkultur“ auf den Hund gekommen ist, muß darauf achten, wie Renkos und „Aufbruch“ ständig die Politik anderer Parteien als politische Partner klassifizieren, die sog. Fundis aber zu politischen Partnern abstempeln. Bei Antje Vollmer, die angeblich die GRÜNEN Flügel verdrängen will, geht das so:

Nach dem Oldenburger Parteitag schrieb sie: Wenn das, was Regina und Anne äußerten, Macht bekommt, dann geht sie ins Exil, egal wohin. Ein Jahr danach urteilt sie in einem Nachruf auf Strauß, der habe sich außenpolitisch zum Liberalen gewandelt; sei aber zu früh gestorben, um auch innenpolitisch liberales Profil zu entwickeln. Und dieses Freund/Feind-Schema war kein Einzelfall: 1987 forderte sie, als der BuVo neu zu wählen war: „Boykottiert das Hauptquartier!“ Jetzt, bei der Neuwahl zur Präsidentschaft des Bundestags, war sie zu jeder konstruktiven Zusammenarbeit bereit; schlug Biedenkopf vor und verstormte erst, als die CDU sie mit der Alternative Südmuth bis auf Hemd blamierte hatte.

Was ich sagen will: Die zunächst nur politische, jetzt auch moralische Ausgrenzung der Linken in der eigenen Partei geht Hand in Hand mit der Öffnung für den Rechten anderer Parteien: Der Unterschied zwischen Realos und Aufbruch ist dabei nur: Die einen verfassen Glückwunsch-Telegramme an die SPD; die anderen Kandidatenvorschläge an die CDU.

Last uns deshalb den Kern des Konflikts benennen: Das Thema GRÜNE Finanzen eignet sich nicht nur deshalb als politischer Dauerbrenner, weil damit die Chance eröffnet wird, die Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene umzudrehen. In einem Papier von Dietrich Wetzel wurde nachgedacht über zwei rechte Alternativen: Die einen sind der Meinung, daß neue Mehrheitsverhältnisse nur via Urstimmung herstellbar sind. Die anderen: Das geht schneller, schon auf der nächsten ordentlichen BDK. Jetzt haben sich Fischer und Vollmer geeinigt: Am schnellsten geht das über den erzwungenen Rücktritt auf dieser BDK.

Für den Fall, daß das Unternehmen nach dem Scheitern der Rücktrittsforde-rung in Offenburg 1985, der mißglückten Übernahme des BuVos 1987 auch diesmal wieder schief geht, ist das übliche Szenario bereits vorprogrammiert. Renzo Schlauch letztes Wochenende: Wenn die Abwahl mißlingt, werden wir uns „bewußt und spürbar von der Bundesebene abkoppeln“. Genau das ist die unerträgliche realpolitische Erpressung gegen GRÜNE Politik seit Jahren: Entweder die Mehrheit weicht den Forderungen der Schily's, Schlauchs etc. — oder sie spalten die Partei.

So ist die Lage. Ihr müßt heute entscheiden, ob ihr dem Druck nachgibt. Am Ende des Perspektivkongresses, auf dem Gott sei Dank politisch diskutiert wurde, war ich optimistisch: Der Versuch, aus den GRÜNEN eine Zerpflanzung in bürgerlichen Vorgarten zu machen, hat keine Chance. Wir bleiben das GRÜNE Unkraut. Ich bleibe dabei, ihr hoffentlich auch.

Anmerkungen:
1) Früheres Mitglied des Bundesvorstandes
2) Schatzmeister der Grünen seit 1981
3) Früheres Mitglied des Bundesvorstandes
4) Bauleiter Hans Wittenstein



selbst urteilen. Was die Kampagne angeht, folgende Fakten: Der „Spiegel“ hat 1987 in 27 Nummern über GRÜNE Politik berichtet, 1988 nur noch viermal; aber auch viermal über „Finanzskandale fundamentalistischer Langfinger“. Gleichzeitig hat der „Spiegel“ uns Vorstöße nie zur Sache befragt; seine Redakteure waren weder auf der Pressekonferenz noch auf dem BHA, als der Untersuchungsbericht vorgestellt wurde. Ich selbst habe um Gespräche in Hamburg nachgesucht — Fehlansage. Recherchieren ist nicht gefragt, gefragt ist nur Material für die Kampagne „Nieder mit den GRÜNEN!“.

Dritter Vorwurf: Wir haben versucht zu veruschen, die Kommission unter Druck gesetzt. Zu den Fakten: Zu allen angeblichen Skandalen hat der BuVo eingehend Untersuchungskommissionen eingerichtet, insgesamt bis heute fünf; obwohl wir die eine oder andere für überflüssig oder zu aufwendig hielten. Herrmann (Schulz) hat einmal sein Veto eingelegt aus haushälterischen Gründen, die inzwischen ausgetümt sind. Aber keine Kommission, kein Institut hat bisher selbst Klage geführt, daß ihnen nicht jeder Einblick gewährt, jede Akte zugänglich gemacht wurde. Der Veruschungsvorwurf kam immer von Dritten; teilweise mit dem absurden Appell an die Kommission: Gebt doch endlich zu, daß ihr vom BuVo unterdrückt wärt!

Vierter Vorwurf: Wir hätten Angestellte ins Messer laufen lassen und in Arbeitsgeber-Manier gefeuert. Zur Selbstanzeige Lothar Kämpfer(4), die ihm angeblich aufgeschwatzt worden ist: Erste Tatsache ist, mit der ausschlaggebenden Selbstanzeige hatte der BuVo überhaupt nichts zu tun. Die stand nämlich im „Spiegel“ vom 13. Juni. Kämpfer bestätigt darin: Ja, es gab rechtswidrige Verträge. Die ähnli-

chenbar ist nur das Umgekehrte: Die angekündigten Entlassungen waren Grund, „Spiegel“-Enthüllungen zu veranlassen.

Statt rechtswidriger Arbeitsverträge...

Fünfter Vorwurf: Der BuVo hat es in einem halben Jahr nicht geschafft, den „Finanzskandal“ vom Tisch zu kriegen. Ja, wer hat denn die Finanzgerüchte dauernd auf den Tisch gepackt? Im Juni waren es Frankfurter Realos, die tischen das „gnadenlos freie Belegwesen“ auf; ist jetzt vom Tisch. Lukas Beckmanns tische auf Alles ein tiefer Sumpf; auch eine Lüge (Charlotte Garbe: „Schluß mit dem Motto: Hilft Du mir, helf ich Dir“; ebenfalls Quatsch. Im September tischte Ute Stöffler auf, Kommission „unter Druck“ gesetzt. Die Kommission dementiert. Stawitzky tischte auf: „Wenn die meine Aktien kriegen, kommt noch viel mehr raus.“ Bisher: Fehlansage, Lukas Beckmann, mit der Untersuchungskommission unzufrieden, tischte sein Dossier auf, gerade rechtzeitig, um zu verhindern, daß mit dem Kommissionsbericht weitgehend reiner Tisch gemacht wird. Und so geht das weiter. Und jetzt kommen dieselben Leute, die ein halbes Jahr nichts anderes zu tun hatten, als die Presse mit Finanzgerüchten zu versorgen, und klagen: Der BuVo kommt nicht aus den Schlagzeilen. Das ist doch nur noch Heuchelei!

Zum sechsten Vorwurf, Umbau Wittenstein, der noch untersucht werden soll, nur soviel: Nach erstem Eindruck steht fest, die alternative Bauweise hat Mehrkosten verursacht. Die Millionen-Investition verursacht Bauchschmerzen. Viele sind geneigt, nachträglich (Rainer) Trampert Recht zu geben, der da-

Grünes Trauerspiel

von Ellen Olms

Auf dem Karlsruher Parteitag ist der mehrheitlich fundamentalistische Bundesvorstand der Grünen mit knapper Mehrheit gekippt worden, was von allen Linken in den Grünen zurecht als politische Niederlage begriffen wird.



Daß und wie der BuVo nach dem Stiefen der Vertrauensfrage zurücktrat, befragt mehr über den Zustand der Grünen als die etwas kurzatmig gebliebenen Analysen, die derzeit die Runde machen. Die Mehrheit der Delegierten erteilte dem BuVo eben nicht eine Absage allein wegen der „Schlammfahne“ um die sogenannte Finanzaffäre, auch wenn diese Debatte die ganze Verlogenheit, Heuchelei und Biedermannkultur bei den Grünen bloßlegte; es war ein Sieg der sich „realpolitisch“ nennenden Strömung — ein Erfolg, der diesem Flügel mit dem „Aufbruch“ im Schleppnetz Auftrieb für das strategische „Mitte“-Rechts-Bündnis zur

weiteren Transformation der Partei geben dürfte.

Es ist zu kurz gegriffen, wenn nun die linken Grünen einfach zur Tagesordnung übergehen und das Hauen und Stechen bei den BuVo-Neuwahlen fortsetzen wollen. Es reicht auch nicht aus, so zu tun, als handele es sich um die erste bedeutende Niederlage der Linken in den Grünen. Inhaltliche Niederlagen gab es beispielsweise in der Frage des Atomausstiegs anlässlich des Tschernobyl-Parteitags, wo an der „Sofortausstieg“-Forderung geknabbert wurde; Strammann und die „Müttermanifest“-Frauen erwarfen eine Verwässerung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 238 mit konservativen Lebensschutz-Positionen; vor den letzten Wahlen zum Bundestag setzte sich der ungeliebte „Brief an unsere Wählerinnen und Wähler“ von Antje Vollmer als Bündnis-aussage durch, während Tolerierungsforderungen scheiterten. Die Kette der Niederlagen ließe sich fortsetzen.

Kritisch zu hinterfragen wäre auch die Stellung des BuVo in der Partei selbst. Gegenüber den 43 Bundestagsabgeordneten misst der über 200 MitarbeiterInnen war er prinzipiell, da nicht hauptamtlich, immer unterlegen, trotz des demagogischen Cerdoes von der „Linkspolizei“ seitens der Realos. In der Frage des Straußes für Vergewaltigungen in der Ehe, in der Paktition-Debatte setzte sich die Realo-Mehrheit der Fraktion über die vergeblichen Interventionen des BuVo hinweg. Nicht nur gegenüber der Fraktion, auch gegenüber der Gesamtpartei gelang es dem BuVo in den letzten Jahren kaum noch, politisch gegenzusteuern oder gar für bestimmte Kampagnen zu mobilisieren. Dieser Trend wurde seit der ersten

„Spiegel“-Veröffentlichung im Juni dieses Jahres über angebliche Betrugsmanöver des BuVo noch verstärkt. Seit diesem Zeitpunkt war dieser BuVo fast ausschließlich mit der Nachprüfung von Quittungen und Belegen beschäftigt — also kurzerhand kalgestellt, zermürbt. Was soll ein „fundamentalistischer“ BuVo auch gegen eine Partei ausrichten, in der es nicht nur eine „schweigende“, sondern auch eine „strukturelle konservative Mehrheit“ in zumindest 9 der 11 Landesverbände gibt? Politisch war der BuVo, oder die Linie des BuVo, längst in der Minderheit, wenn es um die Beeinflussung der Widerspruchsentwicklung in den Grünen ging und darum, ob die Grünen in der alltäglichen Politik noch im Sinne der verschiedenen Protest- und Widerstandsbewegungen intervenieren, oder objektiv als Integrations- und Ordnungsfaktor auftreten. Der Aufruf Waltraut Schoppes an die Autonomen, „werft eure Zwillen weg“, entspricht weit eher dem spießbürgerlichen Milieu dieser Partei, als die kritische, aber solidarische Auseinandersetzung mit diesem Spektrum.

Die politischen Akzente, die wichtigsten Vorstöße und Interventionen auf die „Gestaltung“ grüner Politik kamen von den Realos, während die Linken in den Grünen zunehmend in die Defensive gerieten.

Mag sein, daß der „fundamentalistische“ BuVo sich selbst überschätzt, daß seine Rolle und Bedeutung in der Partei aber vor allem von vielen Linken überbetont wurde. Umso größer daher auch die unmittelbare Schockwirkung der Linken auf die Karlsruher Ereignisse.

Eine „Wende“ war es nicht, sondern eher Ausdruck des Zustands und der po-

litischen Kräfteverhältnisse in der Gesamtpartei. Der von allen Flügeln und Pseudo-Flügeln („Aufbruch“) nach dem BuVo-Rücktritt verkündete „Neuanfang“ bei den Grünen verkennt die Lage total, leugnet sie und kommt daher auch zu falschen Schlussfolgerungen. Einen „Neuanfang“ kann es nur geben, wenn es ein Ende einer bestimmten Entwicklung gab, einen Bruch. Auf beides können die Grünen in ihrer jüngsten Entwicklung nicht verweisen. Was hat sich denn so ausschlaggebend verändert, welche Faktoren begründen den nun vielbeschworbenen „Neuanfang“? Die Mehrheitsverhältnisse in den Grünen sind eindeutig und unumkehrbar. Wer sich realpolitische Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie Landesvorstände zulegt, die fast überall über stabile Mehrheiten verfügen, sollte sich keine weiteren Illusionen machen.

Wer im Deutschen Bundestag anlässlich der Haushaltsdebatte noch hinter sozialdemokratischen Kritiken an der Politik der Bundesregierung zurückfällt, an der Steuerreform nur noch die falsche Verwendung der Steuern, jedoch noch nicht einmal die gesellschaftliche Umverteilung anprangert, der hat ausgespielt, macht die Grünen „überflüssig“.

Nein, ein jetzt beschworener „Neuanfang“ ist nicht in Sicht und auch nicht möglich, wenn mensch sich ein realistisches Bild vom Zustand der Grünen macht. Die jetzige Phase der Grünen läßt eher erwarten, daß ein kräftiges Hauen und Stechen, die Mobilisierung der jeweiligen Bataillone zur Neubestimmung des BuVo und des späteren programmatischen „Umbaus“ der Grünen erfolgt. Die derzeitige „Ruhe“ ist trügerisch.

Die gesamte Diskussion der Linksgrünen kreist um die Frage der optimalen Interventionsmöglichkeiten in den Grünen.

Weder die Frage, was linke Politik in den Grünen noch bringt, noch die Frage, ob die Grünen sich nicht vielleicht schon mehr als Hemmnis linken Protests und Widerstands erwiesen haben und sich erweisen werden, wird ernsthaft diskutiert.

Eine nüchterne Bilanzierung der Möglichkeiten und entscheidenden Grenzen linker Politik in den Grünen müßte auch abwägen, ob ein taktischeres, nüchterneres, leidenschaftsloses Verhältnis, eine Reduktion auf punktuelle Interventionen in den Grünen an bestimmten Fragen und Kampagnen, wenn sie mit den Grünen möglich sind, den Linken mehr und erweiterte Handlungsspielräume eröffnen würde als die zeitraubende und ineffektive Taktikerei in dieser Partei. Das würde auch den Blick dafür öffnen, daß es außerhalb der Grünen genügend Widerstands- und Protestpotential gibt, bei dem es sich mehr als bei den Grünen lohnt, politischen Protest zu organisieren.

Ohnehin erschöpfte sich die eigentliche Stärke der Linken in den Grünen, abgesehen von einigen programmatisch-inhaltlichen Erfolgen auf Parteitagen, in ihrer Fähigkeit, im Bündnis mit anderen Strömungen der Linken Widerstand und Proteste zu organisieren. Beispiele hierfür in der letzten Zeit waren die Anti-TWF/Weltbank-Kampagne oder die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“, an denen die linken Grünen zusammen mit anderen Kräften mitgewirkt haben.

An diesen Polen und Strängen stärker zu intervenieren und dabei ein „entkräftigtes“ Verhältnis zu den Grünen zu entwickeln, wäre eine mögliche Perspektive für die Linken in den Grünen.

An den linken Rändern der Partei vollzieht sich dieser Prozeß, wenn auch schleichend und in geringem Umfang, bereits.

Nach den bisherigen Äußerungen der sogenannten „Undogmatischen Linken“, die um jeden Preis an die Grünen fixiert sind, den „Radikalkollegen“ um Jutta Dittfurth und Manfred Zieran, die ausgerichtet angesichts der latenten Krise der Grünen Optimismus ausstrahlen und auch dem Hamburger Trübspannen, die in äußerst zurückhaltender und vorsichtiger Weise leichte Absetzenden in die Diskussion brachten, steht jedoch zu befürchten, daß das grüne Trauerspiel weitergeht.

Fortsetzung von vorheriger Seite

rechnungs-Unregelmäßigkeiten und (kleine) Ungesetzlichkeiten auf, nicht über die individuellen Bereichsaktionen aus politischer Tätigkeit. In der Hamburger Schweinskampagne von Medien und GdL-Realos um den Rücktritt Thea Bockel ist sie, die der Finanzierung politischer Aktivitäten der Partei über 50.000 DM vorantreibt, das gequälte Opfer von Partei-Stalinisten.

Als am 2. Dezember eine (knappe) Mehrheit der Karlsruher Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen für die Debatte um den sogenannten Finanzskandal stimmte, verkündete die linke und „fundamentalistische“ Mehrheit im von der Auseinandersetzung des letzten halben Jahres sichtlich angeknacksten Bundesvorstand (BuVo) diese Debatte mit der Vertrauensfrage, 186 gegen 216 Stimmen ging diese schief. Der tiefe Fall, die innerparteiliche Thermidor-Stimmung der Linken, hat mit der Bedeutung des Bundesvorstands als Bastion („letzte Bastion einer austerbenden Position“, höhnte Klaus Hartung in der „taz“) gegen den kaum noch bestrittenen Anpassungsweg der Partei in den meisten Landesverbänden und der Alltagspolitik der Grünen zu tun. Fällt sie, und vorläufig ist sie das, bleibt für die Linken bei den Grünen nicht mehr viel an Machtpositionen, zumal „ihre“ Landesverbände Hamburg und Westberlin nur noch ein Schatten einstiger linksgrüner Blöcke sind.

Das Bündnis „Aufbruch“/Realos

Ein solches Bündnis gegen die Linken habe es nicht gegeben, behaupten Vertreter der Strömung um Vollmer/Füchs. Das ist gelogen. Schon seit langem steuern beide Strömungen getrennt das gleiche Ziel an. Was Antje Vollmer sehr frei nach Mao „Boykottiert das Hauptquartier“ nannte, war bei den Realos die Erneuerung der Partei „an Haupt und Gliedern“. Für die „Aufbruch“-Gruppe war zunächst das „strömungsneutrale“ Image Voraussetzung für die „Aufmischung der alten Fronten“ (Antje Vollmer). Obwohl die führenden Köpfe des „Aufbruch“ den Realos allemal näherstehen, als den Linken, wollten und wissen sie nur zu gut, daß sie nur in formaler Unabhängigkeit von diesen die Chance hatten, die Parteimehrheit zu repräsentieren. Das Projekt „Urabstimmung über Strömungsmanifeste“ in der Partei hat dem „Aufbruch“ in dem Moment einen Schub gebracht, als die Realos Ende Oktober aus taktischen Gründen den Schulterschluss mit der Abstimmungs-Unsinnigkeit vollzogen. Auf einem gemeinsamen Treffen signalisierte der hessische Realo Dietrich Wetzell die Unterstützung des Urabstimmungsprojekts, da dessen Nichtzustandekommen „das gesamte reformpolitische Lager innerhalb der Grünen schwächen würde“.

Im Tausch für diese Unterstützung würde man allerdings, so Wetzell, „ein positives Signal für enttäuschte Wähler“ durch „neue Mehrheitsverhältnisse in den Parteigremien“ erwarten. Die Gemeinsamkeit beförderte den Anstieg der Zahl der Kreisverbände (notwendig: 120, ein Drittel laut Satzung, 100 waren in Karlsruhe erreicht), die sich für die Urabstimmung aussprachen. Damit war die gemeinsam angestrebte Neubestimmung des Vorstands abgemachte Sache, die Betreuung, die Thematisierung des „Finanzskandals“ erfolgte jenseits des grünen Strömungsstreits, mehr oder weniger Tarnung für dieses Vorhaben gegen die Parteilinke. Vor Karlsruhe häuften sich die Rücktrittsforderungen an den BuVo: Prominenteste Befürworter waren Joschka Fischer, Lukas Beckmann, Antje Vollmer. Anfang Dezember verlangten sechs grüne Landesvorstände personelle Konsequenzen. Nichtsdestotrotz behauptete die Ausleger des „Aufbruch“ in die Parteilinke hinein, Ralf Fücks und Marieluise Beck-Oberdorf, in einer Erklärung, man habe „sich zu keinem Zeitpunkt an Allianzen zum Sturz des bisherigen Bundesvorstands beteiligt“.

Aus „prinzipiellen radikaldemokratischen Erwägungen“ sei „Aufbruch“ inhaltlich nicht festgelegt, wirbt Antje Vollmer erfolgreich für die grüne Gründungsparole EVI („Einheit in der Vielfalt“). Sicherlich ist die Gruppe heterogener und

strategisch weniger festgelegt als die Pressekrew der Realos um Schily und die Hessen. Doch so offen, wie diese für Bündnisse, sind „Aufbruch“-VertreterInnen allemal: sowohl Richtung SPD als auch der „dynamischen“ CDU-Teile (A. Vollmer: Biedenkopf als Bundestagspräsident; mehrere Grüne haben für Rita Süßmuth im Bundestag gestimmt). Vollmer und Christa Nickels stehen für Anbiederung an die katholische Kirche, Lukas Beckmann hatte schon vor Jahren dafür plädiert, der CDU ihr Monopol auf Christentum streitig zu machen. Vergegenwärtigt man sich, daß der Baden-Württemberg-Spitzen-Realo Fritz Kuhn (brandheißer Tip für den neuen Bundesvorstand; neben ihm werden noch Realo-Citoyen Udo Knapp und der strömungsunabhängige Realo Norbert Mann gehandelt) vor zwei Jahren tabubrecherisch das Bündnis mit Lothar Späth propagiert hat, so dürfte der größere Abstand der maßgeblichen Aufbrucher zu den Linken und die deutliche Nähe zu den Realos ins Auge fallen. Mit den Worten Hubert Kleinerts: zentrale Einigungsmomente seien die Gewaltfreiheit und die Bereitschaft, „unter bestimmten Umständen Regierungsverantwortung zu übernehmen“ (Bonner Rundschau, 6.12.).

„Aufbruch“ war Eisbrecher für die Niederlage der Linken und Katalysator für die Realos. Die Grünen als „ökologische Reformpartei“ sieht der Anhänger der „ökologischen Marktwirtschaft“, Hubert

Kleinert, in dieser neuen innerparteilichen Bündnisconstellation sehen. Eine „historische Zäsur“ erkennt Joschka Fischer mit der Karlsruher Personalentscheidung, die in eine „strukturelle Mehrheit ungesetzter werden müsse“. Modell Hessen/Frankfurt, das Ausschalten und Niedermachen der Fundis und Linken. Eine Spaltung der Grünen gäbe es nicht, „allerhöchstens eine Abspaltung. Aber auch da glaube ich aufgrund der hessischen Erfahrung nicht dran.“ Was die Karlsruher Minderheit betriebe, sei „lärmendes Getöse“.

Lärmendes Getöse?

Ob er da recht hat? Woher die neuen Bündnispartner ihren Optimismus für einen Neuanfang bis zu den entscheidenden Wahlen 1990 (dann erst lassen sich diese wahlarithmetisch beurteilen) nehmen, ist offenkundig: zusammen repräsentieren sie die Mehrheit der Parteibasis. Rätselhaft bleibt, woher Jutta Dittfurth den Optimismus für einen Neuanfang der Linken/Fundis nimmt, insbesondere nach den hessischen Erfahrungen. Zumal die Linke Fischers Kalkül des „lärmenden Getöses“ zu einem Teil in Karlsruhe bestätigt hat, als sie entgegen ihrer Erklärung den weiteren Verlauf des Parteitags nicht boykottiert hat. Fast 200 Personen beteiligten sich in Karlsruhe an den Beratungen der Linken nach der BuVo-Abwahl und während der Auszeit. Sie waren sich in der ersten Aufwallung fast alle einig, nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Allerdings erwies sich diese Einheit schnell als brüchig. Hieß es in der von Christian Schmidt vorgetragenen Erklärung noch, daß sich die grüne Linke auch die Frage stellen müsse, „ob und welche linke Politik mit dieser Grünen Partei aufgrund ihrer strukturellen Entwicklung noch möglich ist“, distanzieren sich die „Undogmatischen“ vom „Linken Forum“ nur wenige Stunden später mit ihrer Stellungnahme „Es ist nicht alles links, was jammert!“. Das Bündnis der Hamburger linken Mitte (Stamm/Reents) mit den Westberliner Ex-Trotzkisten stützt in bekannter stammscher Manier (wir vermuten, daß solcherart Gesülze auch den ehemaligen GIMlern nicht fremd ist) verbalradikal gegen die Widersprüchlichkeiten in der Fundilinken. Erneut — wie schon in der Wahlbündnisdebatte Grüne/SPD — wird eine Aqualistanz zu Fundis und Realos vorgegeben. Die Linke bei den Grünen sei in eine Sackgasse „hineingedrängt“ worden und habe „sich auch selbst mit hineinmanövriert“, heißt es ausgewogen. Zweck der Übung war es, sich von den vor allem von Thomas Ebermann vorgetragenen Überlegungen abzusetzen, wieweit es angesichts der realen grünen Entwicklung zukünftig für die Parteilinke eine ausschließliche auf die Grünen bezogene Perspektive geben dürfte. Die

Ablehnung des Realo-Durchmarschs dürfte nicht „in einer diskussionstötenden Schulterschmerzhaftigkeit erstirkt“ werden, so das „Linke Forum“. Statt dessen verfolge man weiterhin den Ansatz, „über inhaltliche Diskussionen aus der festgefahrenen Situation herauszukommen“, verweisen die „Undogmatischen“ auf ihre bisherigen Aktivitäten, mit denen die Partei „von unten“ aufgefressen werden soll. So kann man den derzeitigen Machtkampf in der grünen Partei auch verniedlichen.

Man geht vermutlich nicht fehl, daß das Absetzen der linken Mitte von Fundis und Ökosozialisten stark von der machtpolitischen Überlegenheit geleitet ist, potentiell vakante Plätze bei den Grünen einzunehmen — auch wenn das Forum in der Linken mit ähnlicher Biederkeit gegen parteiliche Intrigen wirbt, wie der „Aufbruch“ in der Gesamtpartei. Die Bonner Filiale des Forums im Büro Ludger Volmer hatte bereits vor Karlsruhe Gespräche mit „Aufbruch“-Leuten um die künftige BuVo-Besetzung geführt. In Karlsruhe ging das so weit, daß Volmer nach der Abwahl bereits um eine Interimslösung bis zur Neuwahl verhandelt hat (was dem Vernehmen nach auf Intervention von Stamm unterblieb). Eine eigenständige strategische und inhaltliche Position des „Linken Forums“ ist bislang eine bloße Fiktion. Es bezieht seine Möglichkeiten derzeit nur aus der Linksbegrenzung und der Scheinoption auf eine linksgrüne Perspektive jenseits von Fundis/Ökosozialisten, sozusagen Auffangbecken für all jene Linken bei den Grünen, die eine Frage nicht zu stellen wagen: die mögliche Erschöpfung der Grünen für linksgrüne Politikgestaltung. Diese Diskussion ist nach Karlsruhe eröffnet.

hr.

Wie geht's weiter?

Der Bundesausschuss (BHA) der Partei wird aus seinen Reihen einen kommissarischen Bundesvorstand wählen. Im BHA waren zwar Fundis/Linke bislang in der Mehrheit, doch hatten sich die Gewichte bereits nach „rechts“ verschoben. Der Trend wird nun dadurch befördert, daß die Mitglieder des alten Bundesvorstands nicht mehr stimmberechtigt sind. Sodann wird die nächste Bundesdelegiertenkonferenz im März vorbereitet, auf der der „Neuanfang“ personell durch Vorstandswahlen bestätigt werden soll.

Die Linken wollen — alle Strömungen gemeinsam — Ende Januar/Februar ein bundesweites Treffen (vermutlich) in Hamburg abhalten, auf dem die unterschiedlichen Positionen und ein mögliches gemeinsames Vorgehen diskutiert werden soll.



„Ich habe die Hoffnung, daß nun Leben in die Diskussion kommt“

Interview mit Verena Krieger

Verena, die linken Grünen haben in ihrer „Erklärung“ auf der BDK in Karlsruhe vom Beginn des „Durchmarsches der Rechten“ gesprochen. Trifft diese Einschätzung zu?

Darüber hat es bereits eine kontroverse Diskussion auf dem Linkentreffen gegeben. Ich glaube, daß die „Erklärung der Linken“, die Christian auf dem Parteitag vorgetragen hat, eher eine Beschreibung der Intention von „Aufbruch“ und Realos ist als eine Beschreibung dessen, was auf dem Parteitag real stattgefunden hat. Auf



der einen Seite gab es tatsächlich unpolitische Momente auf der BDK — einen Unmut, der vom Bundesvorstand ganz kraß unterschützt worden ist; der sich nicht aus-

schließlich gegen den Bundesvorstand selbst richtete, sondern vielmehr Ausdruck der allgemeinen Ohnmacht und Hilflosigkeit gegenüber allem, was „die in Bonn machen“, ist. Dieser Unmut ist am schwächsten Punkt, dem Bundesvorstand, zum Ausdruck gekommen und hat sich dort materialisiert. Ich glaube, wer das nicht dazu sagt, bewertet das Ergebnis nicht richtig und auch einseitig. Auf der anderen Seite glaube ich aber schon, daß auf dieser BDK eine neue Qualität der Auseinandersetzung stattgefunden hat — weniger im Hinblick auf die Schmierigkeit und Verlogenheit. Das hatten wir immer schon, wenn auch nicht so konsequent durchgehalten über mehrere Stunden hinweg. Neu war — meines Wissens das erste Mal in der Parteigeschichte —, daß sich die Mehrheit eines Parteitags dafür entschieden hat, sich an der von den Medien produzierten öffentlichen Meinung zu orientieren und gegen die eigenen Leute zu stimmen. Im Wissen, daß die Vorwürfe von den Fakten her nicht haltbar sind, und wissend, daß sie dabei von Realos und „Aufbruch“ instrumentalisiert werden für politische Ziele, die nicht unbedingt die ihren sind. Diese Bereitschaft, sich anzupassen an den Druck, der durch die öffentliche Meinungsmache entstanden ist, gab es bei den Grünen natürlich immer schon. Aber der Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und Anpassungsdruck ist bislang bei den Grünen sehr oft zugunsten der Inhalte aufgelöst worden. Und hier ist erstmals bei einer zentralen Frage radikal und in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Implikationen zugunsten der

„öffentlichen Meinung“ entschieden worden. Das ist meiner Ansicht nach rechte Politik, auf diese Art zu denken und zu entscheiden. Insofern kann man schon von einer Rechtswende sprechen, aber nicht in dem umfassenden Sinne, wie es in der „Erklärung“ benannt worden ist.

Kommen wir zur Frage der weiteren Perspektive der Linken in den Grünen. In der Karlsruher „Erklärung der Linken“ wird gesagt, ob und welche linke Politik in den Grünen noch möglich sein würde. Wären das Drohgebärden? Oder Anzeichen einer vorsichtigen Absetzbewegung? Wie siehst Du das?

Ich glaube, diese Formulierung war in erster Linie das Resultat des Erschrockens über den Verlauf der Debatte und des Ärgers über das Ergebnis, und viele, die dafür gestimmt haben, haben das zwei Tage später schon nicht mehr so gesehen. Ich möchte behaupten, daß sowohl diese Formulierung als auch der im übrigen mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß, man wolle sich nicht an der Europadebatte beteiligen, verständliche emotionale Reaktionen, aber eigentlich unpolitische Aussagen sind; verballradikale Phrasen, hinter denen nicht wirklich substantiell ernsthafte Überlegungen stecken. Es hat sich ja bei der Europadebatte sehr schnell gezeigt, daß sich innerhalb kürzester Zeit die Mehrheit der Linken doch daran beteiligt hat. Das heißt also genau das, was ich vorher befürchtet hatte, daß erst eine radikale Attitüde vorgeschoben und anschließend zur Tagesordnung übergegangen wird, hat sich bewahrheitet. Ich behaupte, daß

das gleiche für die Aussage gilt, wollen wir in den Grünen bleiben?

Ich bin der Meinung, daß wir den Kampf innerhalb der Grünen vorerst weiterführen — das heißt nicht, daß ich mich darauf festlegen und mich schicksalhaft an den Grünen festketten möchte. Aber das resultiert aus der Einschätzung, die ich vorher schon gesagt habe: daß in Karlsruhe gar kein so qualitativer Bruch stattgefunden hat.

Wie beurteilst Du insgesamt den Zustand der Linken in den Grünen?

Ich habe den Eindruck, daß dieser Parteitag auch für die Linke die Chance zu einem Neuanfang bedeutet. Man muß sehen, daß die Lage außerordentlich festgefahren war — abgesehen davon, daß es eine Spaltung innerhalb der Linken gegeben hat in „fundi-orientierte“ und sogenannte „undogmatische“ Linke. Das Fundi-Lager hat seit langem praktisch nur noch darüber funktioniert, daß es eine Festlegung auf eine Linke gab, die die einzig richtige war und jede auch nur kleinste Abweichung, selbst in taktischen Fragen, sofort als Verräterschaft gewertet und behandelt worden ist. Dadurch wurde eine Zwangsloyalität erzeugt — verstärkt durch entsprechende Reaktionen der Realos. Beispiel: Dieser dumme Spruch von Jutta von der Sehnsucht des Staates nach dem Terror, der von Linken eigentlich gar nicht unterstützt werden konnte, und wo dann die Reaktion der Realos mit der Forderung nach einem „positiv entwickelten formulierten Staatsverständnis“ eine Zwangsloyalität erzeugt hat, die überhaupt keine Substanz hatte. Und die meiner Ansicht nach in der Konsequenz, weil es mehrere solcher Fälle gab, für die Linke schädlich war — vor allem in Dingen auch für die innerlinke Demokratie.

Ich behaupte, daß im Fundi-Flügel überhaupt keine demokratischen Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozesse mehr stattgefunden haben, und ich vermute, daß ein Grund für die Niederlage des Bundesvorstands ist, daß er diese

Politik von der linken Basis aufs Butterbrot geschnitten bekommen hat. Das bedeutet auch, daß ich die sogenannten „unabhängigen Linken“ als Produkt der Fehler der Fundis sehe, die nun bestimmte Bedürfnisse und einen berechtigten Unmut artikulieren. Meine Kritik dieser „Unabhängigen“ besteht darin, daß sie — abgesehen davon, daß sie mit Leuten Bündnisse eingehen und Leute beteiligen, die rechte Politik machen wie zum Beispiel Eckhard Stratmann — die Frage: Inwiefern sind die Grünen für die Linke akzeptabel als eine Partei, die emanzipatorische Prozesse vorantreiben will, daß sie sich diese Frage gar nicht mehr stellen. Sie setzen ihre Bejahung immer als a priori gegeben voraus und stellen damit nicht nur sich, sondern die gesamte Linke in eine Situation des reinen Mehrheitsbeschlusses für die „Mitte“, begeben sich in die völlige Abhängigkeit von der Partei und sie werden damit auch das, was innerhalb der Grünen als „links“ gilt, letztendlich immer abhängig machen von dem, was als Durchschnitt jeweils konjunkturell bei den Grünen gerade angesagt ist.

Ich sehe nun die große Chance aufgrund der veränderten Situation darin, daß — was im letzten Jahr überhaupt nicht mehr möglich war — jetzt wieder möglich wird, daß erzwungen wird, daß die verschiedenen Flügel innerhalb der Linken nicht mehr daran vorbeikommen, sich wieder nacheinander auseinanderzusetzen und gemeinsam zu tagen — auch wenn es weiterhin getrennte Treffen geben wird, was ich überhaupt nicht als problematisch empfinde. Ich habe die Hoffnung, daß nun Leben in die Diskussion kommt, daß wieder Luft zum Atmen da ist, Luft, gemachte Fehler zu kritisieren und damit auch wieder nach vorne zu diskutieren. Diese Chance bietet sich jetzt und ich denke, die Hardliner der beiden Flügel, etwa Jutta Dithfurt auf der einen und Ludger Volmer auf der anderen Seite, sehen das sicherlich nicht gerne. Aber ich glaube, daß die Perspektive der Linken gerade darin liegt, die gemeinsame Diskussion wieder in Gang zu bringen.

„Ohne frischen Wind von draußen der Vermiefung innen ausgesetzt“

Interview mit Christian Schmidt, Ex-Vorstandssprecher der GRÜNEN

Was war los in Karlsruhe, Ausrutscher oder neuer grüner Trend?

Karlsruhe hat kenntlich gemacht, was sich an Veränderungen bei den Grünen vollzogen hat. Das heißt: das Trommelfeuer auf den Fundamentalismus mit dem Finanzskandal als I-Tüpfelchen obendrauf hat gesellschaftlich und in den Grünen Wirkung gezeigt, und mit der Abwahl des Bundesvorstands Erfolg gehabt. Wo bei ich mal offenlassen will, wieviel individuelle oder kollektive Fehler der BuVo gemacht hat, was dies befördert hat.

Warum aber hat die Delegiertenmehrheit diesmal so konsequent gegen euch gestimmt, während sie in vergleichbaren Situationen den BuVo als Korrektiv in der Partei betrachtete?

Wenn ich mich gedanklich in die Motive Delegierter hineinversetze, die vor einhalb Jahren einen linken BuVo gewählt und jetzt abgewählt haben, glaube ich zum ersten nicht, daß sie gänzlich andere Menschen geworden sind. Zweitens glaube ich, daß beim verurteilenden Charakter der Finanzdebatte was hängen geblieben ist und zum dritten — politisch am interessantesten —, daß diese linken Grünen seit zwei Jahren unter Trommelfeuer stehen, weil der „Fundamentalismus“ zur Ersatzdroge für den traditionellen Antikommunismus gemacht worden ist. Er ist auch als Schuldiger für den Durchmarsch der SPD denunziert worden. Die Niederlagen der Grünen in den letzten Monaten haben in vielen Köpfen einen Druck erzeugt, daß sich in der Partei etwas verändern müsse, um wieder zum Erfolg zu kommen. Der BuVo wurde zum Opfer solcher trügerischer oder „berechtigter“ Hoffnungen.

Was ist mit dem Eigenanteil der zerstrittenen Linken in den Grünen an einer Entwicklung, bei der die, die sie bislang gestützt, sie jetzt gestürzt haben?

Die Fehler und Pannen unserer Politik betrachte ich nicht als ursächlich für die jetzige Entwicklung; zumal unsere Politik innerparteilich über Jahre erfolgreich war; während unsere linken Kritiker in der Partei eher eine mosernde Randscheinung waren. Ich halte es für wichtiger zu analysieren, daß wir als Linke bei den Grünen unter extrem schwierigen Bedingungen Politik machen. Viele einstmals mitarbeitende Linke haben sich

von den Grünen abgewandt. Dazu hat beigetragen, daß sich die SPD in der Wählerresonanz parlamentarisch wieder durchgesetzt hat; beigetragen hat der abnehmende Schwung der oft beschworenen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaftslinken.

Europaprogramm über! Denn wir hätten wissen müssen, daß wenn man bei den Grünen weiter Politik machen will, gar nichts anderes übrigblieb als uns den unmittelbar folgenden Tagesordnungspunkten Europaprogramm und -Kandidaten zu stellen.



Eine solche Ursachenanalyse ist wichtiger als die Bewertung unserer Fehler, als da wären: die Kräfteverhältnisse überschätzende Verballradikalisierung — z.B. den Sofortausstieg ohne wenn und aber von der SPD zu fordern. Sicher war es auch ein Fehler, daß wir nach der Gemeinheit der Abwahl die Lösung ausgegeben haben: Wir gehen nicht zur Tagesordnung

Wie stabil schätzt du die Basis für die neue Parteitagmehrheit in den Grünen ein, hat sich da in den letzten Monaten nachhaltig etwas verändert?

Da bin ich vorsichtig in der Einschätzung, weil ich seit 1982 zu oft gehört habe, daß die Grünen rechts sind und nach links entwickelt werden müssen. Hätte das gestimmt, würden sie sich

heute demnach superrechts entwickeln. Das ist Unsinn. Sicherlich ist die Herausbildung der Realpolitik eine Rechtswentwicklung bei den Grünen. Auch die Kontroversen bei den Linken bedeuten ein Abrücken von bisheriger Politik. Alle Strömungen und alle Manifeste haben eine gemeinsame Grundidee: die bisherige grüne Programmatik noch rechts hin zu verändern. Das gilt auch für die „Undogmatische Linke“. Bei ihnen ist es zwar weniger in den inhaltlichen Programmaussagen feststellbar, wohl aber daran, daß ihre Texte dominiert werden von der Idee notwendiger Abgrenzung von Trampert/Ebermann/Dithfurt. Auch sie signalisieren insofern ein Abrücken von vermeintlich linksradikaler Politik bei den Grünen.

Wichtiger als der unsinnige Streit, wer am linken ist, sind Antworten auf folgende Fragen: Gibt es nach dem Scheitern der Tolerierungspolitik resp. dem Durchmarsch der SPD noch vertretbare parlamentarische Perspektiven? Und: Wie gehen wir damit um, daß im Unterschied zu 1982 keine Identität von Linke-Bewegung und GAL-Wahlbewegung da ist, sondern „Parteiladen“ und „Bewegungsumfeld“ beängstigend auseinanderdriften.

Wieweit ist das heute mit der GAL und den Grünen als Ganzes möglich?

Was numerisch möglich ist, lasse ich mal offen. Mehrheiten „irgendwie“ jenseits der Realos sind sicher möglich. „Die Mehrheit!“ als Leitmotiv führt allerdings zu völliger politischer Verflachung — nach dem Motto: Wen könnten wir noch einbinden? Ohne „Kampf um Mehrheiten“ bleiben wir zahllos; aber es macht keinen Sinn, z.B. Mehrheiten für Trampert herzustellen, ohne die Kriterien für eine linke grüne Politik geklärt zu haben. Das Problem ist also: Auch wenn wir die Mehrheit bekommen, können wir nicht sagen: Das heißt „Fortsetzung der erfolgreichen Tolerierungspolitik“ oder „Fortsetzung der gelungenen Symbiose von Bewegungs- und Parlamentarismus“. Beides ist nicht der Fall. Und derzeit gibt es kein Patentrezept, wie wir z.B. eine produktiven Bezug zu Linken und Bewegungen herstellen können.

Aber ihr könnt doch machen was ihr wollt: die nichtgrüne Linke wird nach Karlsruhe weniger und nicht mehr Bezug auf die Grünen haben. Was macht ihr konkret, wenn bei der Neuwahl der BuVo als Korrektiv einfließt, die Linken in der Minderheit sind?

Das ändert m.E. strukturell nichts an unseren Problemen. Denn so oder so halte ich die Grünen für ein wichtiges Arbeitsfeld linker Politik. Ich verstehe auch nicht die Schadenfreude mancher Linker: „Eendlich sind die linken Grünen am Ende!“ Gerade die sollten dreimal über-

legen, wie eine grüne FDP politische Arbeitsbedingungen im Fall Hafenmüll, Atomdebatte oder Sicherheitsgesetzgebung beeinflussen. In den Siebziger Jahren auf die Integration der APO in die sozialliberale Realpolitik Berufsverbote und Anti-Terror-Gesetze. Ich will keine Wiederholung. Egal ob wir Linke bei den Grünen ein Drittel oder 51 Prozent kriegen, besteht die Dramatik der Situation in der Tatsache, daß wir ohne frischen Wind von draußen der Vermiefung drinnen völlig hilflos ausgesetzt sind. Auch ich gehe davon aus, daß wir derzeit draußen keine attraktiven Gesprächspartner sind. Der Mangel der Erfolglosigkeit haftet uns an. Andererseits: Gibt es in Hamburg — oder im Ruhrgebiet — jenseits von Zirkeln „erfolgreiche Oppositionspolitik“; oder ist deren Fehlen die Misere der Gesamtlinke? Und wenn letzteres der Fall ist, muß Aufgabe sein die Rekonstruktion einer politischen Kraft, die diese Rolle ausfüllen kann. Ich will ausloten, ob und wo Bereitschaft dazu besteht, diesen Weg zu gehen. Wir müssen sehen, ob das mit einer innerparteilichen Aufgabenstellung, vor allem der programmatischen Integration von Systemopposition und ernstzunehmender Reformpolitik, in Einklang zu bringen ist.

Durch welche Prozesse könnte dieser Teufelskreis zwischen schwindendem linken Interesse an den Grünen und eurer öden Flügeldebatte überwunden werden, wie wollt ihr die Öffnung für Ökosozialismus erreichen?

Richtig ist: Wenn ein Flügel sagt: „Reform an Haupt und Gliedern — oder wir machen den Laden kaputt“, bist Du ziemlich machtlos. Die einzige Hoffnung ist dann, daß sich eine breite Parteimehrheit dagegen zur Wehr setzt und daß sie dabei von draußen unterstützt wird. Daran müssen wir arbeiten. Das ist nicht nur ökosozialistische Strömungspolitik, sondern verfolgt, z.B. in Hamburg, das Ziel, die „Durchgeknallten“ auf beiden Seiten zu bändigen. Denn die Abbruchmentalität findest Du ja nicht nur bei Thea Bock.

Zur Orientierung der Ökosozialisten: Wir wissen, daß wir ohne Impulse von draußen keinen Neuanfang hinkriegen. Also entweder es finden sich draußen Leute, die mit uns für ein linkes grünes Projekt kämpfen, oder wir müssen uns mittelfristig politischen Projekten jenseits der Grünen zuordnen. Und was wir dabei mit Linken draußen bereden müssen, ist erstrangig die Frage des Wertes einer linke politische Strömung bündelnden Partei und des begrenzten Nutzens einer parlamentarischen Option. Beides ist nach acht Jahren grüner Politik in Frage gestellt, und das will ich nicht beschönigen mit dem Satz: „Seit meiner Abwahl weiß ich endlich, wie es bergauf geht.“

„Bloß nicht in Lethargie verfallen“

von Jutta Dittfurth

Der Sturz des Bundesvorstands war eine inhaltliche Niederlage der GRÜNEN Linke, der Ökosozialistinnen, Radikalökologinnen und Feministinnen. Zum Rücktritt aufgefordert wurden Personen als TrägerInnen von politischen Positionen. Gekämpft wurde von der Parteirechten mit geschlossenem Visier; ihre bisherigen Niederlagen in inhaltlichen Fragen veranlaßten sie, mit den betrugenen Diffamierungen, mit Lug und Betrug zu arbeiten. Aber nur ein sehr geringer Teil der Delegierten wußte nicht, was gespielt wurde. Bei dieser Minderheit gab es die Bereitschaft, der öffentlichen Meinung die eigenen Positionen zu opfern, weil der Wille von einer bürgerlichen Öffentlichkeit gehänselt zu werden wichtiger war als vielleicht geteilte Positionen. Der Mehrheit ging es nicht um „gnadenlos freies Belegwesen“, sondern um gnadenlose Verschärfung der 218-Position. Vorwürfe wegen angeblicher Veruntreuung oder Unterschlagung sollten in Wirklichkeit die antikapitalistische Grundorientierung wegfallen, genau wie die Ablehnung der Nato oder eine radikale ökologische Position, die die Chemieproduktion umwälzen will. Diese Mehrheit auf der Bundesversammlung hat nachvollzogen, anstatt sich dagegenzustellen, was sich an gesellschaftlicher Entwicklung vollzieht: ob Memmingen oder die Terrorisierung von Gentechnik-KritikerInnen, ob die Verwässerung ökologischer Politik, die Hetze gegen gesellschaftliche Opposition oder die Neu-Rechtifizierung der Ausbeutung der Dritten Welt („Konkurrenzfähigkeit des bundesdeutschen Kapitals“).

Abgesehen von subjektiven Motiven vom „Endlich-nicht-mehr-kämpfen-wollen“ oder „auch-mal-dazu-gehören“ ist der strategische Hintergrund derer, die von Realos und „Aufbruch 88“ die Hetzkampagne gegen die Linke führen, der unbedingte Druck in die Koalitionsfähigkeit mit der SPD. Da die sich aber längst mindestens sozialliberal entschieden hat, geht das nur von rechts. Warum Fischer sonst nicht nur von einer „GRÜNEN FDP“ sondern jetzt nach Karlsruhe auch von einer „Wende“ der GRÜNEN? Ein horrendes Fehler wäre es jetzt, das



Feld kampflos zu räumen, Zorn und Wut, ja. Aber Rückzug würde den Durchmarsch der Rechten erst 100%ig vollziehbar machen.

Und der steht an. Wie die einzelnen Schritte aussehen, halte ich noch für offen. Brutales Durchknallen ist drin, genau wie zähe Salamitaktik. Man will vielleicht nicht so offen als Schlächter der bisherigen GRÜNEN Partei in die Geschichte eingehen. Es könnten Umwege genommen werden, z.B. dadurch, daß ein oder zwei Linke in den künftigen Bundesvorstand handlungsunfähig eingebunkert würden. Hessische Erfahrung heißt, damit zu rechnen, daß es sogenannte Linke gibt, die für die Realos die nützlichen Idioten spielen, weil sie glauben, sich bei diesem Deal überzubereiten. In Hessen gab es eine Gruppe um Ralf Ascheberg, der über die anderen Linke in Hessen dieselbe Mischung aus falschen Zitierten und opportunistischem Stuß verbreitete wie jetzt Harald Wolf, Michael Stamm und Jürgen Reents in ihrem Papier. Die Ascheberg-Gruppe (s.T. Stamm-Lewie) hat bei den Auseinandersetzungen um den Tod von Günter Sare den Handliner-Realos um Fischer mit wenigen Stimmen die Mehrheit zur Befriedung (!) des Konflik-

tes verschafft. Dafür kamen sie in den Landesvorstand. Aber die Gruppe um Stamm und die Trotzkisten ist klein, und ich denke, daß die Linke, die links reden und eine linke Praxis haben, linke Bündnisse schließen, bei aller Unterschiedlichkeit auf dem linken Treffen die große Mehrheit haben werden.

Für die Linke, die Radikalökologinnen, die Ökosozialistinnen, die Feministinnen usw. steht jetzt an: bloß nicht in Lethargie verfallen! Es muß klar sein, daß der Kampf um DIE GRÜNEN als ein widersprüchliches, aber in wichtigen Fragen linkes und radikales Projekt nicht von einigen wenigen geführt werden kann.

Ich möchte nicht, daß sich etliche in den Bundesarbeitsgemeinschaften abstrampeln und andere, vielleicht weil sie vor Ort vereinzelt rackern, individuell resignieren. Die hessischen, und ich glaube, auch die bayerischen und die baden-württembergischen Linke sind froh, daß es endlich einen Schub für eine bundesweite Vernetzung gibt. Denn unsere Verhältnisse waren bisher ungleichzeitig.

Wir müssen diskutieren: Wie schützen wir die gesellschaftliche Entwicklung ein? Welche Gegenstrategien stehen an?

Darüberhinaus jedoch — und das sehe ich als *zentral* — verstellen Momentaufnahmen den Blick auf eine schlechende, aber stetige Entwicklung der Grünen, die linke Politik in einer unbeherrschten Rolle

letzt im Bundestag vom Grafen Lamb-dorff als die guten und politikfähigen Grünen gelobt werden — jedenfalls solange sie den „Fundamentalismus“ in unseren

Sind DIE GRÜNEN in diesem gesellschaftlichen Zusammenhang ein Instrument der Befriedung und ein Filter für Unruhe und Revolte oder ist mit ihnen gesellschaftliches Terrain zu erweitern, in dem dann Menschen ihre Interessen mit anderen organisieren können, in dem Gegenkonzepte entstehen, sich eine Widerstandskultur entfalten kann, die politische Auseinandersetzungen erträglich oder sogar lustvoll macht?

„Neuanfang“ meint eigentlich nur: die Chance der Organisation wahrnehmen, die eigene Praxis in den GRÜNEN zu reflektieren, die Isolation vieler einzelner linker Menschen in den Grünen aufzuheben. Und während wir das machen, müssen wir gleichzeitig in sehr unterschiedlicher Weise die Herausforderung nach zwei Seiten richten: auch an die GRÜNEN, die unseren Inhalten nahestehen, ohne so ein artikuliertes linkes Selbstverständnis haben, aufgrund anderer Sozialisation und Biographien. Für viele sind DIE GRÜNEN die erste politische Erfahrung, und sie haben sich in Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre nach links hin entwickelt. Auch wir sind nicht als lupenreine Linke vom Himmel gefallen. Und die Herausforderung, die wir aussprechen sollten, ist die an die linken außerhalb der GRÜNEN, Autonome, Frauengruppen, Gentechnik-Kritikerinnen, radikale Gewerkschafter, 3. Welt-Gruppen usw.: damit sie ihre Verantwortung besser nutzen, auf die möglicherweise sehr schnellen, dramatischen Vorgänge in den GRÜNEN Einfluß auszuüben. Einige Linke haben zu sehr die bequeme Haltung: „das-haben-wir-doch-schon-immer-gewußt-daß-sich-DIE-GRÜNEN-nach-rechts-entwickeln“. Das könnten wir auch sagen: im ambivalenten Charakter der GRÜNEN ist das immer drin gewesen. Aber der Streit bei den GRÜNEN war lange offen, ist es zu einem großen Teil noch, der Prozeß ist widersprüchlich und empfindlich, d.h. äußerst beeinflussbar. Und die Linke in den GRÜNEN müssen vielerorts außerparlamentarische Praxis wieder entfalten und andererseits diese radikalen Inhalte und Formen in DIE GRÜNEN wieder einbringen.

Ich hätte gern, daß *allen*, egal, welche Konsequenzen sie daraus ziehen, eines sehr deutlich ist: eine bürgerliche GRÜNE Partei verschärft das politische Klima für die gesamte linke Opposition, beschleunigt Rechtsentwicklungen, legitimiert staatliche Repressionen, spaltet hier und dort, gibt zur Kriminalisierung frei.

D.h. fast das unwichtigste am Sturz des Bundesvorstandes ist der Bundesvorstand. Das wichtigste sind unsere Grundlagen für die notwendigen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in den kommenden Jahren. Und zentrale Entscheidungen fallen in den kommenden Monaten. So oder so.

Rechtsentwicklungen, legitimiert staatliche Repressionen, spaltet hier und dort, gibt zur Kriminalisierung frei.

D.h. fast das unwichtigste am Sturz des Bundesvorstandes ist der Bundesvorstand. Das wichtigste sind unsere Grundlagen für die notwendigen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in den kommenden Jahren. Und zentrale Entscheidungen fallen in den kommenden Monaten. So oder so.

Anzeige

Marxistische Kritik

Die Zeitschrift für einen anderen Fundamentalismus

NUMMER 5 ERSCHEINEN

1968: GLANZ UND ELENDE DES ANTI-AUTORITARISMUS. Das Alte an der Neuen Linke: Von der Scheinrevolte zur „Heimkehr in die Demokratie“.

DER UNSICHTBARE SOZIALISMUS. Georg Lukacs als Ahnherr neuer linker Harmlosigkeit: Von der Kritik zur Umbenennung der Wirklichkeit.

ZUSAMMENBRUCHSTHEORIE. Krisen-Archäologie: Henryk Grossmann als Leiche im Keller des Marxismus.

DIE ILLUSION DER „ARBEITERDEMOKRATIE“. Der lange Marsch von der Oktoberrevolution in den bürgerlichen Repräsentativstaat.

Verlag Marxistische Kritik Postfach 2111 8520 Erlangen vmk

Marsch von der Oktoberrevolution in den bürgerlichen Repräsentativstaat.

Verlag Marxistische Kritik Postfach 2111 8520 Erlangen vmk

„Was wäre gewesen, wenn wir die Mehrheit gehabt hätten?“

Thomas Ebermann

„Was wäre gewesen, wenn wir die Mehrheit gehabt hätten?“

Thomas Ebermann



Der Parteitag hätte anders ausgehen können. Der Vorstand hätte mit knapper Mehrheit im Amt bestätigt werden können. Wahrscheinlich hätten einige Sprecher der Parteilinken vor dem Parteitag nur in dramatischen Worten auf die drohende Abwahl des Vorstandes hinweisen müssen, und dreißig Delegierte unserer Strömung wären — mehr aus Pflicht und weniger aus Lust — zusätzlich gekommen. Vielleicht hätten auch zwei oder drei besonders gelungene Reden zur Verteidigung des Vorstands oder ersatzweise ein sogenannter „schwerer taktischer Fehler“ der Realos gereicht, das eingetretene Ereignis umzukehren. Solche und ähnliche Feststellungen lassen sich unendlich facettenreich variieren. Sie können münden in einer spezifischen Selbstberuhigung: Es habe sich eigentlich nichts oder nicht viel geändert, die Linke müsse sich besser organisieren, untereinander mehr und solidarischer diskutieren und so eine eingetretene Niederlage relativ rasch ausgleichen.

Ich halte das für ganz falsch. Praktisch hätte ein, der Abwahl knapp entgehender Vorstand bis zum Ende seiner regulären Amtszeit sich mit den denkbar gehässigten Attacken aus der Partei, denen grandiose Medienunterstützung sicher gewesen wäre, herumzuschlagen müssen. An politischer Initiative wäre so gut wie nichts möglich. Das war ja auch seine objektive Lage spätestens, seit dem Sommer '88, eigentlich schon länger.

Darüberhinaus jedoch — und das sehe ich als *zentral* — verstellen Momentaufnahmen den Blick auf eine schlechende, aber stetige Entwicklung der Grünen, die linke Politik in einer unbeherrschten Rolle drängt. Die Verlaufsform ist nicht erratisch, die programmatische Revision grüner Politik (diese erfolgt historisch bekanntlich immer als Schlüsselpunkt einer Entwicklung), sondern die alltäglichen Botschaften grüner Politik an die Gesellschaft erfüllen in wachsendem Maß die Funktion der Reintegration in das vorgefundene ökonomische und politische System, weniger die Deintegration und das Aufbrechen alter Sicht- und Handlungsweisen.

Die Gegnerschaft zur Nato ist programmatisch bei den Grünen festgeschrieben, öffentlich größere Aufmerksamkeit erlangen jedoch diejenigen, die die Nato zum Instrument des Friedens zu transformieren versprechen.

Lafontaines Offensive für Lohnverzicht und mehr Nacht- und Wochenend-arbeit wird von einem grünen Parteitag recht gut zurückgewiesen, öffentlich dominant sind die Grünen, die Lafontaine über alle Maßen loben. Es sind die gleichen, die den ökologischen Kapitalismus propagieren, ohne sich um die Programmatik der Grünen zu kümmern. Die gleichen haben zur Beendigung des Volkszählungsboykotts aufgerufen, gegen den Beschluß der Partei; fordern prinzipiell die Ablehnung jedes Bündnisses mit den Autonomen; auch stattdessen den konstruktiven Dialog mit der Spitze der katholischen Kirche; und sorgen sich, daß der neu zu wählende Bundestagspräsident eine *integre* christdemokratische Persönlichkeit sein möge. Einen wie Weizsäcker, der für uns alle spricht und uns ein wenig stolz sein läßt auf „unseren“ Staat, gedacht war da an Biedenkopf, aber auch Rita Süssmuth erhielt viele Stimmen aus der Bundestagsfraktion der Grünen.

Vieles von alledem ist nicht gerade brandneu. Was langsam aber merklich wächst, ist die Unlust oder das Unvermögen der Partei, gegen rechte Eskapaden ihrer berühmtesten Vertreter zu protestieren, geschweige denn diese politisch zu bestrafen. Für diesen Tiefstand gibt es mehrere Gründe: Politische Zustimmung zu den „Tabubrechern“, linke Ermüdung, sich immer wieder gegen die Rechtsentwicklung der Grünen zu stemmen, wahlpolitischer Opportunismus, nicht diejenigen allzu sehr beschuldigen zu wollen, die wenigstens noch in den Medien und zu-

letzt im Bundestag vom Grafen Lamb-dorff als die guten und politikfähigen Grünen gelobt werden — jedenfalls solange sie den „Fundamentalismus“ in unseren

Landen bekämpfen.

Ist diese *Tendenz* umkehrbar? Ich weiß es nicht ganz genau. Ich kann meinen Pessimismus leichter und schlüssiger begründen als meine Hoffnungen, durch verbesserte linke Arbeit die Grünen wieder mehr zu einem Instrument emanzipatorischer Politik zu machen. Die Linke haben am Rande des Karlsruher Parteitags beschlossen, Anfang '89 auf einer Konferenz zu diskutieren, ob und wie sie ihre Arbeit bei den Grünen fortsetzen wollen. Der Beschluß muß ernstgenommen, die ganze Fragestellung aufrechterhalten werden. Ich will kein Zerwürfnis mit Freunden, mit denen ich jahrelang um linke und linksradikale Positionen bei den Grünen gekämpft habe. Ich will diejenigen respektieren, die sehr stark betonen, daß insbesondere in kleineren Städten und auf dem Land fortschrittliche Arbeitszusammenhänge außerhalb der Grünen kaum möglich erscheinen. Ich will einen kollektiven Prozeß, keine individuelle Egozentrik, die einem „Promi“ leichter fällt. Und ich weiß, daß es außerhalb der Grünen keinen bequemen und rasch erfolgversprechenden Ort linker Politik gäbe. Ich sehe, wie sich diejenigen abstrampeln, die bei den „Autonomen“ für Politisierung und gegen blinde Aktionismus agieren; ich sehe, vor welchen Problemen oppositionelle Gewerkschafter stehen, die gegen Lafontaines Modernisierungen und Rappes andersartige Industrie-freundlichkeit Eigenständigkeit gewinnen wollen. Ich sehe wie politisch oft sehr gute Analytiker wie meine alten Freunde aus dem KB oft praktisch interventions-unfähig sind; wie schwer es diejenigen haben, die aus der Krise der DKP einen Weg gegen Betonköpfe und neue Sozialdemokraten suchen. Wie schwer es ist, politische Bürgerinitiativen aktivionsfähig zu halten, wenn nicht große Kampagnen wie gegen den IWF ins Haus stehen. Und ich schätze es, durch die Grünen oftmals die Möglichkeit zu haben, nicht überhört zu werden. Aber letzteres darf nicht dominant sein, wie auch nicht die Tatsache, durch die Grünen eine materiell recht gut ausgestattete linke Arbeitsblau, noch „alternder“ Juso kommen in Frage, entweder wir haben die Kraft, die grüne Partei deutlich mitzuprägen — oder wir nehmen eine neuen Anlauf.

Kalender

3. KB-Kongreß

Am 14. und 15. Januar veranstaltet der KB seinen 3. Kongreß in Hamburg. Mitglieder und Sympathisanten des KB sind dazu eingeladen, desgleichen Freunde und „Ehemalige“, die wir allerdings um Anmeldung bitten. Politische Organisationen werden gesondert eingeladen.

Zur Debatte stehen die Rechenschaftslegung und Bilanz der politischen Aktivitäten und organisatorischen Entwicklung des KB im Zusammenhang mit der innen- und außenpolitischen Entwicklung und der Situation der Linke in der Bundesrepublik. Anmeldung: KB, Lindenallee 4, 2000 HH 20, Tel. 040 / 43 53 20

Geschichte des KB

Die KB-Jugend lädt alle Interessierten jungen Genossinnen und Sympathisanten zu einem Seminar zur Geschichte des KB und der „Neuen Linke“ ein. Es findet statt von Freitag, 16.12. bis Sonntag, 18.12. in Northeim (liegt zwischen Göttingen und Hannover). Die Teilnahmekosten belaufen sich auf DM 20,- für die Übernachtung, dazu kommen die Kosten für Essen und Anfahrt (eventuell auch über Umlage zu finanzieren). Es soll darum gehen, sich einen Überblick über die politischen Diskussionen in den 70ern zu verschaffen, ohne deren Kenntnis die Entstehung und Politik des KB nicht gewürdigt werden kann. Weitere Informationen und Anmeldung: KB-Jugend o/o HSV, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040 / 68 17 02.

Revolutionäres Subjekt

„Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?“ — mit dieser Fragestellung wird sich ein *Schulungsseminar* des KB Baden-Württemberg in der Zeit vom 1. bis zum 11.1989 auseinandersetzen, bei dem neben der gemeinsamen Erörterung der aktuellen Fragestellungen zum Thema „Revolutionäres Subjekt“ auch der Urlaub nicht zu kurz kommen soll. Als Schulungsort ist ein Haus in schöner Umgebung mitten im Pfälzer Wald ausgewählt worden. Kostenbeitrag: 250,- für Verdienende, 180,- DM für Nichtverdienende. Anmeldung über die KB-Gruppen in Baden-Württemberg oder Jürgen Hammer, C 3, 19, 6800 Mannheim.

Neofaschismus

Das Bündnis „Bremerinnen und Bremer gegen Faschismus“ ruft zum 28./29. Januar 1989 zu einer bundesweiten Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus in Bremen auf. Anlaß zu der Initiative ist die Kandidatur faschistischer Organisationen zur Europawahl. Ziel der Konferenz ist es, zu „beratschlagen, was wir gegen die Kandidatur und die Gefahr des Einzugs alter und neuer Nazis in das Europaparlament tun können; wie man Rassismus — einer Grundlage faschistischer Politik — begegnen kann; ob wir uns über eine Kampagne gegen Rassismus und Neofaschismus verständigen können; ob und wie wir die Arbeit antifaschistischer Initiativen und Organisationen besser vernetzen können“ (aus dem Aufruf). Information und Anmeldung: Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 2800 Bremen, Tel. 0421/38 29 14

GAL-Realos und Counter-Journalismus

— Über einen politischen Vernichtungskampf —

Die GAL-Linken-feindliche Presse hatte kräftig mobilisiert. Etwa 500 Mitglieder, so viele wie seit Jahren nicht, kamen zur Beratung der GAL-Situation nach der Karlsruher Abwahl und der Kampagne zum „Fall Thea Bock“ am 11.12. auf die Mitgliederversammlung. Doch das vorbergesagte Schlachtfest gegen die Linke fand nicht statt. Im Gegenteil stellte eine überwältigende Mehrheit fest, daß die Vorwürfe gegen den GAL-Landesvorstand nicht stimmen. Der Vorstand sei im Umgang mit Thea Bock bis an die Grenzen der Solidarität gegangen. Die GAL fordere weiterhin das Geld zurück. Die Presse wolle keine Fakten berichten. Der Vorwurf des „Berufsverbots“ für Thea und der „politischen Erpressung“ sei falsch, niemand in der GAL habe den Anspruch auf Politik als Beruf. Dem Vorstand wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Alle Anträge aus dem Realolager auf Schuldenerlaß und Null- und Nichtigerklärung der sogenannten Nebenabsprache (Herstellung von Öffentlichkeit über die Schulden) scheiterten mit deutlicher Mehrheit; nicht zuletzt deswegen so deutlich, weil sich die GAL-Realos nicht von

den politischen Schmutzvorwürfen abgesetzt haben, die insbesondere ihre Vorstandsvertreter verbreitet hatten. Besonders krass war die Blamage für Vorstandlerin und Pressekorrespondentin Rosemarie Broderius, als ihre Beteiligung an der Formulierung des Schuldenerkenntnisverfahrens von Thea Bock bekannt wurde.

Im Anschluß an diese Debatte und Abstimmung verließen die Vorstandsmitglieder Kurt Edler und R. Broderius vorbereitete, umfangreiche Rücktrittserklärungen. Sie enthielten politische Rundumschläge mit deutlicher, medienwirksam vorgetragener Schwerpunktsetzung, der Vorstandsmitglieder ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt und mangelnde Abgrenzung vom „terroristischen Umfeld“ vorzuwerfen. Offenkundig war, daß diese eingeleitete Absetzung nicht aus der Debatte an diesem Tag entstanden war, und daß — vermutlich in Anlehnung an das Karlsruher „Erfolgsrezept“ — Thea Bock und die Finanzen für das Ziel Linke-Sturz benutzt werden sollten.

Ein Abstimmungssieg für die linke Mehrheitsströmung in der GAL, über dessen Bedeutung für die weitere Arbeit derzeit niemand eine Prognose wagt.

„Ihre unbedingte Ehrlichkeit“ (Janssen) erhielt dann einen Dämpfer durch die pietätlose BILD-Zeitung vom selben Tag. Die Schlagzeile nämlich: „Thea Bock: 50.000 DM Schulden bei der GAL“ und enthüllte öffentlich, was Insider schon seit Wochen wissen (und aufmerksame AK-Leser ohne Namensnennung in AK 300 „Von Mäusen und Sparschweinchen“ S. 13 nachlesen können). Thea Bock hatte zum Zeitpunkt ihres Rücktritts 52.000 DM Schulden bei der GAL. Jetzt begann das eigentliche Rollback. Eine Erklärung der linken Mehrheit im GAL-Vorstand, einen Tag später als Gesamtvorstandserklärung in Karlsruhe verübt, wird ab diesem Zeitpunkt zum Auslöser der Schuldenerhellung definiert. Gegen diesen Vorwurf des „Vertrauensbruchs“ würde auch nicht die Richtigstellung ankommen, daß BILD einen Tag vorher das Faktum öffentlich gemacht hatte. Wieder war es die GAL-Linke, die beim relativ gemäßigten Versuch der Schuldenerhellung in den Medien schlecht aussah. Zusätzlich noch dadurch, daß als Informant der BILD-Zeitungsredaktion ein aus Protest gegen die Behandlung des Schuldenfalles zurückgetretenes linkes Landesvorstandsmitglied (siehe AK 300) namentlich in BILD genannt wurde, das tatsächlich auf Nachfrage die Summe bestätigt hatte. Die Strafe folgte auf den Fuß, Tom Janssen war in der SPD-BILD MoPo entsetzt: „Ausgerechnet in der ‚Bild-Zeitung‘“ (S. 12.) Und Vorstandler Kurt Edler ließ erklären: „Die Fundis drehen durch.“ Und der unglückliche BILD-Informant mußte sich in der Hamburg-„taz“ auch noch nachsagen lassen, daß er „damals wegen der Finanzschwierigkeiten von seinem Posten zurücktreten mußte“ (S. 12.), obwohl er wegen der Nichtbereitschaft, die Schulden Thea Bocks zu decken, zurückgetreten war.

Am 7.12. meldet das „Abendblatt“, daß Erwin Jurschitz, ehemaliger GAL-Mitarbeiter, ausgetreten ist. Bei dem Namen muß man kurz innehalten. Realo Jurschitz war, bevor er zur GAL kam, „taz“-Mitarbeiter (ef). Aus dieser Zeit hat er enge Kontakte zu Tom Janssen, der damals — vor seinem Gastspiel bei der „Kleiner Rundschau“, wo er heroisch für Engholm-rot-grün gegen Fundis arbeitete — als th.j. jahrelang maßgeblich für die Überlebungs- und Wachstumsstrategie — als th.j. jahrelang maßgeblich für die Hamburg- und zeitweise auch für die Bundes-„taz“ gearbeitet hat. Das Pörschen th.j. war 1981-1984 besonders auf „taz“-Kampagnen gegen die Hamburger AL, vorzugsweise den KB, gedrillt (damals noch, o böse Episode?, in bester Zusammenarbeit mit Thomas Ebermann, der in der Wahl seiner Bündnispartner nicht immer zimperlich war; als Thomas Janssen war th.j. bis 1984 auch Autor der „Moderne Zeiten“). Th.j. trieb mit seiner

Heutze gegen links in der „taz“ zwischen Februar 1987 und der Hamburger Bürgerschaftswahl im Mai 87 einen exzessiven rot-grün Wahlkampf für die SPD (vergleiche AK 283, S. 23, „Mit einem Ohr und einem Bein im Kurt-Schumacher-Haus“).

Counter-Journalismus im SPD-Blatt

An linker Demagogie kaum zu überbieten, scheint er jetzt unter Chefredakteur Clement, Johannes Raus früherem und demnächst wieder Pressesprecher, sowie dem stellvertretenden Chefredakteur Busche (früher der Bukowski in der FAZ) seine Erfüllung zu finden. Nicht nur, daß er seinen Schweine-Journalismus dort direkt im Dienste der SPD unterbringen kann, er kann ihn erstmals auch im Boulevardstil aufmachen, was ihm in all den „taz“-Jahren versagt blieb. Tom Janssen ist nämlich steigerungsfähig. Wo „Abendblatt“-Redakteur Ernst-Gerhard Scholz, wie Janssen mit Thea Bock eng bekannt, noch ein Fragezeichen setzte („Würde Thea Bock von der GAL-Führung politisch erpreßt?“, 7.12.), machte th.j. Entschuldigung, Tom Janssen in der MoPo den Tatbestand der Erpressung in Tateinheit mit „Berufsverbot“ daraus. Thea Bock habe nicht nur einen Schuldschein bei der GAL unterschreiben müssen, sondern ebenfalls, daß sie so lange kein politisches Mandat bei den Grünen annehmen könne, solange sie ihre Schulden nicht zurückbezahlt habe. Kurt Edler gegenüber der MoPo und Erwin Jurschitz, mittlerweile Mitarbeiter bei „Spiegel-TV“, gegenüber „OK-Radio“ bestätigten die „politische Erpressung“.

Kurt Edlers Realo-Kollegin im GAL-Vorstand, Rosemarie Broderius, stellt nur eine „Kleinigkeit“ richtig, insofern als Thea Bock zwar ihr „Berufsverbot“ nicht unterschreiben mußte, „dennoch soll es eine provokatorische Notiz geben“, wie Schmier-Tom etwas weniger definitiv und klingedringend formuliert. Aussage Broderius: „Ich habe das entsprechende Protokoll und den Beschluß am 6.12.88 um 21.30 Uhr gesehen und kann mich genau an den Spiegelstrich ‚Thea übernimmt kein Mandat mehr bei den Grünen‘ erinnern.“ Kopf-

mehr bei den Grünen“ erinnern.“ Kopfnickend wird Kurt Edler zitiert. Das war am 11.12., zwei Tage vorher noch hatten Broderius/Edler eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß: „A. Mit dem Breitreten der persönlichen finanziellen Verhältnisse von Thea Bock wärmen die Fundis eine Sache wieder auf, die von Vorstand und Mitgliederversammlung längst einvernehmlich geregelt war.“ Wen von den nur der Wahrheitsfindung dienenden Journalisten interessieren solche offensichtli-

chen Widersprüche? Otto Schily, Waltraud Schoppa und Hubert Kleinert dürfen in derselben MoPo den moralischen Tiefpunkt der GAL beklagen. Porsche-Schily: „Die Partei hat kein originäres Zugriffsrecht auf die Diäten ihrer Abgeordneten.“ Der Schuldschein sei daher „verfassungswidrig und sittenwidrig“.

Am 10. Dezember der erneute Medien-schlag: Der „Spiegel“ genehmigt der „Hamburger Morgenpost“ (auf zwei Seiten groß aufgemacht) und der „taz-Hamburg“ den Vorabdruck der Erklärung Thea Bocks, die in seiner Ausgabe vom 12.12. erscheinen soll. Der Grund der Veröffentlichung ist genauso einsichtig wie die gewählten Medien. Einen Tag vor der GAL-Mitgliederversammlung sollte die GAL-Klientel noch mal aufbereitet werden. Tom Janssen hatte via MoPo mit Querverweis auf Karlsruhe den Wink mit dem Abwahl-Zaunplan gegeben und eine „spannende“ MV versprochen.

In ihrer sehr geschickten „Spiegel“-Erklärung, an der sie nicht ohne demagogisch geschulte Berater gearbeitet hat, erinnert Thea Bock an die Anfangsideale der GAL, um sie im Verlaufe des Textes in ihr Gegenteil zu verkehren. Ob das die Vergangenheit verkürrt wird oder nur auf diesem Wege noch einmal die Entwicklung vieler Grüner zur Realpolitik ungezogen reflektiert wird, Thea Bock hat unrecht, wenn sie der GAL von Anfang der achtziger Jahre den Wunsch nach „Austerität, politische Phantasie, wie zusammen mit der SPD eine bessere Politik gestaltet werden könnte“ unterstellt, der „schleichend mit Denkverbot belegt“ wurde. Dieser Absatz kennzeichnet besser als alles in ihrer Erklärung, aus welchem Grunde in der GAL heute nichts mehr zusammengeht, solange es Linke in ihr gibt. Einer ihrer treuesten Verbündeten von heute, Kurt Edler, stand 1982 für eine fundamentalistische Nullposition, nach der bereits der auf Abwegen war, der sich strategische Überlegungen zur Transformation von Wahlergebnissen in politische Druck machte (eine solche Überlegung war die Tolerierungspolitik). Edler beschwor gegen dieses politische Experiment „den kleinen Bürgermeister in uns allen“ und schämte heute, wo er in ihm und Freunden ist, daß er in uns (Linken) immer noch nicht ist. Das sind die Prozesse, die sich abgespielt haben. Wenn

zesse, die sich abgespielt haben. Wenn Thea die GAL von einst beschwört, mag das auch daran liegen, daß sie nie die Zeit hatte, diese Art der politischen Reife zu reflektieren. Vielleicht erinnern sie noch ihren Auftritt bei den ersten Tolerierungsverhandlungen mit der SPD. Dort hielt sie ein Schild in der Hand, das Ironie meinte, die Wirklichkeit wurde: „Vorsicht, wir reifen gerade!“

hr.

Cornelia Jürgens, GAL-Abgeordnete

Zu der Meldung, ein GAL-Landesvorstandsmitglied habe Flugblätter zur Demo gegen den Sabot-Prozess verteilt, auf denen eine gespaltene Thea Bock mit dem Zusatz „Das war der erste Streich...“ abgebildet war:

„Dies ist der Versuch, die GAL in ein Bündnis mit Leuten zu zwingen, die der Partei in der Vergangenheit nur geschadet und sie ausgenutzt haben. Nicht nur Cornelia Jürgens ist der Ansicht, daß derartige Versuche ihre Auswirkungen auf die für Sonntag geplante GAL-Mitgliederversammlung haben werden und sollen. So wird nicht ausgeschlossen, daß eine für Sonnabend geplante Pro-Palästina-Demonstration absichtlich einen unfriedlichen Verlauf nimmt, um möglichst viele GAL-Mitglieder in eine solidarische Haltung gegen Polizei und Staat zu drängen. Dies wiederum würde die Realos, die ja eher für eine Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien sind, in einem gewollt schlechten Licht erscheinen lassen. Cornelia Jürgens hat bei solchen Aus-sichten nur die Hoffnung, daß alle GAL-Mitglieder, die sich von uns schon zurückgezogen haben, am Sonntag kommen, um solchen Versuchen entgegenzuwirken.“ (Artikel von Ernst-Gerhard Scholz im „Hamburger Abendblatt“ vom 7.12.88. Versucht man jetzt vielleicht besser, warum Adrienne Goehlers werbender Dank ans „Abendblatt“ für „40 Jahre kritischer Begleitung“ — siehe AK 299, S. 40 — nicht nur ein Fauxpas war?)

Um was geht's konkret?

52.000 DM nicht an die GAL abgeführte Gelder aus Diäten. 21.000 DM sind dabei Altschulden, für die Thea Bock, die von 1982-1984, von Dezember 1986 bis Mai 1987 und von Mai 1987 bis Dezember 1988 im Parlament war, bereits im März 1987 einen ersten Schuldschein an die GAL unterschrieben hat. Das Problem nicht abgerechneter Diäten gibt es seit 1982. Bei wiederholten Mahnungen wurden mal kleinere Summen gezahlt, in aller Regel verströset. Mehrere GAL-Landesvorstände wußten von den Schulden. Sie — wie auch die für Finanzen Zuständigen — ließen sich verströsen. Bei zwei Kandidaturen wurde Thea Bock bereits mit einem Schuldenberg im Rücken aufgestellt, ohne daß dies die Mitglieder wußten, ohne daß eine einvernehmliche soziale Regelung oder ein Entschuldigungsabkommen getroffen wurde.

„Ich konnte dem GAL-Zwang, sämtliche Abgeordneten Einkünfte der Partei zu spenden, nicht voll nachkommen. Es war für mich nicht möglich, mit einem erwachsenen Kind ohne Einkommen mit weniger als 2000 Mark im Monat auszukommen. Die Möglichkeit, parteiöffentlich einen Offenbarungseid zu leisten, hielt ich für unzumutbar — und habe das Problem vor mich hergeschoben“, heißt es in Thea Bocks Erklärung. Ich sehe die MoPo-Leser voll Mitleid, den Tränen nahe die Unmenschlichkeit der (stalinistischen?) GAL-Apparate verfluchen. In Karlsruhe wurde ja deutlich, daß gegen die bürgerliche Mo-

ral, daß die Diäten das Verdienst der Abgeordneten sind (als wenn es der Linken nie bekannt war, daß diese Art Parteienfinanzierung eine beträchtliche Bestechungskomponente enthält), schwer anzukommen ist. Das gerfide an Theas Text ist aber, daß er den LeserInnen zwei entscheidende Dinge verschweigt: 1. daß der größere Teil der Summe sein Frühjahr 1987 aufgelaufen ist und 2. daß Thea Bock gar nicht für die GAL freigestellt ist, sondern seit Dezember 1986 im öffentlichen Dienst, der Kulturbehörde Elmsbüttel, arbeitet, wohin sich die Lehrerin auf eigenen Wunsch hat versetzen lassen. Das heißt: Die einbehaltenen 30.000 DM müssen zu ihrem Verdienst hinzugerechnet werden. Eine ungewöhnliche Kleinigkeit?

Schließlich die „Erpressung“, das „grüne Berufsverbot“, wie sie selber schreibt: Der derzeitige Landesvorstand hat ihr gegenüber erklärt, daß er im Falle einer erneuten Kandidatur ohne Schuldenerhellung die grüne Mitgliedschaft innerhalb wie außerhalb Hamburgs darüber informieren müßte. Noch könnte dies in Hamburg tatsächlich dazu führen, daß Thea Bock deswegen nicht ein weiteres Mal in die Bürgerschaft einziehen dürfte. In Hessen wäre sie mit ihrer Praxis der Einbehaltung der Gelder anerkannte „Individualistin“ und im Kreise der konsumfreundlichen Citoyens willkommen. In Bonn würde sie mit einer solchen Summe nicht auffallen. Nicht nur die Demagogie Berufsverbot, auch das grüne Berufsverbot ist eine Absurdität angesichts der Realität dieser Partei.



Foto: argus

Steht die GAL Hamburg vor dem Zerfall? Seitdem die Abgeordnete Thea Bock aus der GAL aus- und der Bürgerschaft zurück- und dem Vernehmen nach in die Grünen Hessen eingetreten ist, wird diese Frage öffentlich debattiert. Zuvor war schon die Nachrückerin Eva Brandes vorgeblich wegen des schlimmen Klimas in der GAL ausgetreten. Im November hatten Thea Bock und Adrienne Goehler gegen das Landesvorstandsbegehren, stufenweise die Rotation (die die Frauenfraktion geschlossen im Februar 1989 vollziehen will) durchzuführen, einen Parlamentsstreik gemacht; d.h. sie haben die SPD-/CDU-/FDP-Abgeordneten damit bestraft, sich keine GAL-Rede anhören zu müssen. Die mutig Streikenden sahen durch das Anstehen ihres Vorstands, in Fraktionsrechte einzugreifen, die „Machtfrage“ innerhalb der GAL gestellt. Der Vorstand wiederum hatte mit ziemlicher Sicherheit das — vermutlich dementierte — Motiv, den Übergang auf eine befürchtete 8:0-Realo-Mehrheit bei den Nachrückerinnen durch Halten einiger Fundi-Frauen zu verzögern. Ja, so un-nachvollziehbar, un-sinnig, nervig und un-politisch geht es in der GAL zu. Im Bezirk Altona sind sechs Jugendliche von insgesamt sieben Vorstandsmitgliedern aus Protest gegen die dortigen Realos zurückgetreten. Politisch ist die GAL zunehmend profillos und skandalgeprägt.

Dabei bräuhete sie dringend ein vernünftiges Agieren der Linken; denn Realos in der Partei und ihre Freunde in den Medien, vom „Spiegel“, der offenkundig exklusiv Thea Bocks Austrittserklärung reserviert hat (was ihr zehnjähriges Schweigen erklärt), über die „Hamburger Morgenpost“ bis hin zur „taz“, führen einen politischen Vernichtungsfeldzug gegen die einstmalig linksgrüne, heute desolaten und blockierte Hochburg GAL.

Entscheidend am „Fall Thea Bock“ ist allerdings die Chancenlosigkeit einer dermaßen geschwächten GAL gegenüber einer Schweinekampagne in den „linken“ Medien, die Feldzüge der Springerpresse alle Ehre macht. Es lohnt, Medien und Akteure dieser Counter-Aktion genauer vorzustellen.

Am 1. Dezember, hervorragend vor der Karlsruher Abwahl des grünen Vorstands platziert, trat Thea Bock spektakulär aus. Anlaß war eine Aktion vom Vortag in der Bürgerschaft, bei der 40 Leute wegen des Sabot-Prozesses gegen Fritz Störin im Rathaus gegen den Prozeß und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen demonstriert haben und anschließend vor der Polizei in die GAL-Fraktionsräume geflüchtet sind. Das Geheule der Parlamentarier, die nicht selten unter zu wenig Aufmerksamkeit leiden, war fast einhellig: Mit Vergleichen wie „Nazis“, „SA-Horden“ (SPD-Busse) demonstrierten sie Geschichtsbewußtsein. Der GAL wurde der Vorwurf gemacht, diese Aktion gedeckt, möglicherweise eingefädelt zu haben. Thea Bock hat sich distanziert und für den Fall, daß sich die Mithilfe von GALern erweise, in der „Hamburger Morgenpost“ (MoPo) — abgesprochen mit Lokal-Polit-Redakteur Tom Janssen — Konsequenzen gefordert.

Als dies in der GAL kritisiert wurde, erfolgte einen Tag später ihr Rück- und Austritt, vermeldet in der MoPo, verkündet von dem Journalisten Tom Janssen, einen engeren Bekannten von Thea Bock, von ihm wird noch die Rede sein. Aus dem GAL-Innenleben wird das Vorstandsmitglied Kurt Edler, selbstklärter Basisdemokrat und einer von jenen ca. zwanzig GALern, die seit deren Gründung 1982 immer einen Posten in der Partei hatten, zum mediengefragten Kronzeugen der Opferthese: Thea Bock, das Opfer der GAL-Linken. Von „taz“ („Verwerungsruch“) über MoPo, „Hamburger Abendblatt“ bis FR erscheinen Nachrufe auf die Politikerin Thea Bock („Abendblatt“). Neben Inge Meyzel und Heidi Kabel gehört sie zu den bekanntesten Hamburger Frauen) und die GAL. CDU-Perscha nennt sie „ein gerades und anständiges Mädchen“. Tom Janssen setzt in der SPD-MoPo sein Rührstück fort: stundenlang habe Thea Bock sich gequält. Er schildert seine Jeanne d'Arc „imvergesen, wie sie auf einer Demonstration zur Hafenstraße zitternd und voller Angst, aber ungemein mutig zwischen einer schlachtbereiten Demonstration- und Polizeireihe stand, Frieden forderte — und erhielt“ (S. 12.).

Insgesamt zielen die Vorschläge Gorbatschows auf eine Stärkung der UNO. Hier könnte die Sowjetunion vielleicht an die Zeit vor ihrer Intervention in Afghanistan anknüpfen. Damals galt in aller Regel, daß die Länder der „3. Welt“ in der UNO gemeinsam mit der Sowjetunion abstimmen

15.000 demonstrieren gegen Aufrüstung und NATO

Größte Friedensaktion in diesem Jahr in Hamburg

Vom 13. bis 18.11. fand in Hamburg eine NATO-Parlamentarierversammlung statt. Zweimal im Jahr werden derartige NATO-Showveranstaltungen durchgeführt. Diesmal hatte sie Alfons Pawelzyk gegen angeblich scharfe Konkurrenz nach Hamburg gebracht. (1) Die NATO brachte in Hamburg einiges auf die Beine: 500 Menschen kamen zu einem Kongress „Abrüstung! Alternativen zur Politik der NATO“. Über 10.000, nach Angaben der Veranstalter 15.000, der Polizei zufolge aber nur 7.000 und wenn man der „Bild“-Zeitung glauben will, sogar nur 6.000 Menschen demonstrierten am 17.11. unter dem Motto „Abrüstung statt NATO-Aufrüstung“ durch die Hamburger Innenstadt zum Rathausmarkt.

Der Staatsapparat demonstrierte mit über 5.000 Polizisten und BGS eine Woche lang Staatschutz für 180 Parlamentarier und für über 100 militärische Objekte der Stadt. Anschläge von IRA und RAF seien zu befürchten, hatte das „Hamburger Abendblatt“ als Rechtfertigung geschrieben. Der Hamburger Innenstadtkommando „des revolutionären“ geschickten.

Der Hamburger Innenstadtkommando hat das zwar als unangenehm bezeichnet, aber für die Öffentlichkeit mußte er es anders darstellen. Mit Knüttelpeitschen und Gewaltparolen schrieen schließlich gegen die Demonstration auf dem Rathausmarkt. Die letzte die NATO-Flaggen am Rathausmarkt die BRD, ihr Ansehen und der Erfolg der NATO. Knüttelpeitschen und Gewaltparolen schrieen schließlich gegen die Demonstration auf dem Rathausmarkt. Die letzte die NATO-Flaggen am Rathausmarkt die BRD, ihr Ansehen und der Erfolg der NATO.

In der Tat war es ein ungewöhnliches Bündnis. Für das Hamburger Forum, das vor allem von Sozialdemokraten und DKP-Kräften gebildet wurde, war die Demonstration zuletzt noch (Schoenbo) und ansatzweise noch einmal bei den Solidaritätsdemonstrationen mit der Hafenstraße.

Die Polizei beschrieb vor der Demonstration deren Zusammensetzung folgendermaßen: (2)

„Nach () Erkenntnissen und polizeilichen Erfahrungen ist im Einzelnen mit der Teilnahme folgender Gruppen zu rechnen:

1. traditioneller Bereich der Friedensbewegung
2. Anti-NATO-Block
3. revolutionärer Block

Während die traditionellen Friedensbewegung darstellenden Gruppen (von Teilen der SPD bis hin zu orthodox-kommunistischen Gruppen) ohne Vorbehalte als gewaltfrei anzusehen sind, so wird zur Bildung eines Anti-NATO-Blocks in links-extremistischen Kreisen, so vom KB, der FRIEKO, undogmatischen Gruppen usw. aufgerufen. Der Anti-NATO-Block wird damit von Gruppen aufgestellt, die zwar grundsätzlich gewaltfrei agieren, bei denen jedoch eine latente Akzeptanz hinsichtlich der Gewaltanwendung zumindest durch Dritte besteht. Dies wird dadurch deutlich, daß aus diesem Bereich für die Teilnahme von Autonomen und Antimilitaristen, die dem Gewaltspektrum zugerechnet werden müssen, geworben wurde. () Der Anti-NATO-Block wird nach polizeilichen Schätzungen 300 bis 500 Personen zählen.

Das Angebot an die Autonomen und Antimilitaristen, sich dem Anti-NATO-Block anzuschließen, wurde von diesen zwar nicht angenommen. () jedoch werden sie nach polizeilichen Erkenntnissen einen eigenen „revolutionären Block“ aufstellen, der erfahrungsgemäß 300 bis 500 Personen umfassen wird. Eine ziemlich korrekte Beschreibung des Bündnisses, wobei sich die Polizei notorisch in den Zahlen für den Anti-NATO-Block und den revolutionären Block verschätzte. Denn der Anti-NATO-Block und darin eingeschlossen der revolutionäre Block stellen weit mehr als die Hälfte der Demonstrationen, wobei die Autonomen den größten Block ausmachten. Trotzdem blieb die Polizei auch nachher bei ihren vorher behaupteten Zahlen.

Und die Polizei behauptete vorweg „Aufgrund der Beteiligung der oben be-

zeichneten Gruppen und der wahrscheinlich zu erwartenden Demonstrationen, die auf dem Rathausmarkt mit Gewalttätigkeiten und insbesondere Beschädigungen des Rathauses zu rechnen.

Die Demonstration

Die Demonstration verlief in mehreren Phasen. Es gab einen gemeinsamen Auftakt, aber gleichzeitig die Aufkündigung an alle, auch mit eigenen Vorstellungen und Aufreufen für die Demonstration zu werden. So gab es vorher eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost von Sozialdemokraten für die Demonstration und Gegenkongress, der Demonstration zu Ehren zu Ehren. Über der NATO. Es gab einen Aufmarsch des Anti-NATO-Blocks und schließlich ein Flugblatt der Autonomen. Eine gemeinsame Demonstration war besprochen, eine Demonstration, die von den Jungs bis zu den Autonomen gebildet und gemeinsame Absprachen waren getroffen worden, niemanden ausgrenzen, gemeinsam zu protestieren und Maßnahmen gegen Polizeiangriffe wegen des Versammlungsverbot und gegen eventuelle mobile Polizeikessel zu ergreifen. Verlangt wurde in dem Polizeipapier vermerkt: „Von diesem revolutionären Block hat sich der Veranstalter bisher nicht distanziert bzw. dazu aufgefordert, einen solchen Block nicht zu bilden oder sich friedlich zu verhalten.“ Letzteres war natürlich gelogen. Gemeinsam hatte man erklärt, daß von den Demonstranten keine Gewalt ausgehen werde. Denn auch den Autonomen war vollkommen klar, daß nach den vergangenen Demonstrationen in Hamburg — regelmäßig massive Vorkontrollen und Angriffe der Polizei nicht ausgerechnet die NATO-Parlamentarierversammlung mit dem riesigen Polizeiaufgebot in der Stadt nun zum Anlaß für eine Demonstration mit militärischen Aktionen werden könnte. Und so gab es erstmals seit langer Zeit für dieses Spektrum wieder eine Demonstration mit sehr wenigen Vorkontrollen (Durchsuchungen von Tüten und Rucksäcken), auf der man mit Vermummung und ohne Späher laufen konnte. Denn nur die Scheiben der Nobeleschäfte im Neuen Wall in der Innenstadt waren durch eine Polizeikette geschützt. Die Polizei hatte dort sogar ihre Helme unter den Arm genommen. Anti-NATO-Block und Autonome hatten vorher dazu aufgerufen, diesmal Palästinaerstützer mitzubringen und schon vorher war klar, daß die Polizei diese Art der Vermummung laufen lassen würde. Entsprechend gab es wieder einmal eine großartige Demonstration.

Zahlreiche „Haßkappen“ nahm die Polizei zum Vorwand, während des gesamten Demonstrationen im Hintergrund einen Nervenkrieg mit der Demonstration zu veranstalten. Es begann damit, daß sie noch vor Kundgebungsbeginn von den Veranstaltern verlangte, für eine Entmummung zu sorgen und es steigerte sich zu der drohenden Ankündigung, daß man die Autonomen nicht auf den Rathausmarkt werden kommen lassen. Doch friedlich und ohne Zwischenfälle ist die Demonstration auf den Rathausmarkt gelangt. Den Bericht über die Auflösung der Kundgebung auf

dem Rathausmarkt entnehmen wir der Dokumentation zur Demo, dem „Anti-NATO Info Nr. 4“ (3)

Der Rathausmarkt wird geräumt

Auf dem Rathausmarkt bedauert sich gar der Polizeivertreter erst einmal bei seinen Demo-Ansprachpartnern und entschuldigt sich, daß man es nicht geschafft hat, laut zu lassen. In der Tat ist der Rathausmarkt im abgegrenzten Teil des Rathausmarktes ist abgegrenzt. Das war vorher umstritten. Eigentlich wollte die Polizei sogar mehr als die Hälfte des Platzes abtrennen, aber ein Gerichtsbescheid am Vorabend versagte diesen Wunsch. Hinter den Kulissen stehen zwei Polizeiketten, auf dem noch ohne die Polizei und die Polizei.

Das Rathausmarkt als Auflage jeder Zeit freien Zugang zum (abends leeren) Rathaus und die Freihaltung der beiden Flaggenmasten auf dem Platz, wahrscheinlich um während der Demo einen Flaggenapell des Senats abhalten zu können. In einem Polizeipapier hatte es sogar geheißen, daß jede „Beschädigung“, jeder Wurf auf das Rathaus, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und den Erfolg der NATO-Konferenz gefährden könnte.

Auf dem Rathausmarkt spricht als erster Redner Willy Pieczyk, ehemaliger Jusosvorsitzender und damals in der Friedensbewegung aktiv. Heute zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein aufgestiegen. Es gibt dagegen zum Teil Geplätsche, und ein kleines Feuerwerk beginnt 60 Sylvesterraketen, die Polizei hat offenbar mitgezählt. Werden in Richtung Rathaus und in Richtung NATO-Flaggen geschossen. Auf die Polizei wird auch nicht gezielt. Die Flaggen bleiben alle heil, nur der Plastikschilder über dem Hamburg-Wappen wird ein wenig angesengelt.

Der Polizeimeister stimmt zur Demonstration und läßt sich mit dem Hinweis, daß auch beim Fußball und selbst auf dem Dom ein solches Feuerwerk nur wenige Minuten dauert, nicht beruhigen. Es fährt ein Kommando der Polizei auf jeder zweite Polizist holt für sich und seinen Kollegen Helm, Schild und fangen Knüttel. Die Mützen werden auf den Boden und in den U-Bahn-Eingang geworfen und nachher eingesammelt — in großer Panik, lesen wir später in den Medien. Das MEK und eine Polizeieinheit sind noch schneller und machen einen ersten Ausfall in die Demonstrationen. Zwei Menschen schleifen sie raus. Eine behelmte Hundertschaft bleibt länger im Kundgebungsstiel und wir haben nachher mindestens 19 Verletzte zu beklagen. Es sind Knüttel und Sprühgas eingesetzt worden. Willy Pieczyk muß seine Rede unterbrechen, die Moderation fordert keine Raketen mehr abzuschießen und ihn reden zu lassen. Dabei wird die Polizei aufgefordert, sich zurückzuziehen. Pieczyk kann seine Rede zu Ende halten. Aber es ist zu spät. Auf eine vor den Demonstrationen aufgebauten Polizeikette werden

Rathausplatz umgebildete. () Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist. Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist. Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist.

In den Medien wird später der ganze Abend durch den Abendgewalt und die Sache sogar vollkommen drucklos. Al waren in der Nacht und zwei Stunden vor der Auflösung der Kundgebung gewarnt. Wir können das ja. Das Militär hat nicht eine einzige Wunde. Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist.



Das sticht uns Haß hat ein Redner von der Bühne gerufen, als die Polizei in die Demonstrationen eintrat. Es wird mehrfach zur Ruhe aufgerufen und es heißt: „Wir fordern die Polizei auf ihre Pflichten zu beenden.“ Die Redner wurden, unter diesen Bedingungen, die Polizei zu halten. Die Polizei wird jetzt unter allen Umständen die Kundgebung auflösen. Unmittelbar nach dem Steinhagel fangen ihre Lautsprecheransagen zur Auflösung der Kundgebung an. Die Demonstration ruft über ihren Lautsprecher die Polizeieinsatzleitung heran. Auch hier wieder: die Kundgebung ist aufgelöst. Daraufhin wird der Obereinsatzleiter Artheker verlangt. Die Einsatzleitung hatte mitten durch die Kundgebung eine Kette stürmen lassen: von allen Seiten kommt die Polizei heran und schließt die Kundgebung ein. Hier werden die Angst des Hamburger Kessels mobilisiert: ein Begriff, der später auch noch mehrfach auftaucht. Es war nach dem ersten Steinhagel wieder alles ruhig geworden, aber die Einsatzleitung bleibt bei ihrem Spruch: die Kundgebung ist wegen der drohenden Straftaten aufgelöst. Mehrmals fordert die Polizei durch ihren Lautsprecher zum Verlassen des Platzes. Der Demosprecher rät, ruhig zu bleiben und abzuwarten, er weist auf die Verhandlungen mit der Polizei hin. Artheker kündigt eine „saubere Räumung“ an. Aber wir kennen diese „saubere“ Polizei, die auch hier, so müssen wir später lesen, wieder „maßvoll“ und „besonnen“ gehandelt haben soll. Die Polizei soll ihre Truppen

abziehen, wir fordern freien Abmarsch. Die Mönckebergstraße sei dicht (sie wurde abgegrenzt), man könne nur über den Ballindamm wegziehen, sagt die Polizei. Das wird auch auf der Bühne verkündet. Aber weil der Abzug der Polizei sich verzögert, wird noch einmal Thomas Ebermann (GAL) das Wort erteilt. Die Polizei reagiert hektisch und droht wieder mit gewaltsamer Räumung. Nach wenigen Sätzen von Thomas Ebermann wird die Kundgebung beendet. Der Demosprecher spricht von einem Abmarsch. Wer auch immer sich auf die Straße stellt, der ist ein Feind. Die Demonstranten marschieren noch mit drei Scheiben gegen am Ende der Kundgebung zu Brück. In den umliegenden Straßen fahren Hundertschaften noch einmal drohend auf. Nachdem schließlich die Polizei die Kräfte wieder abgezogen hat, löst sich die Demo vor dem Hauptbahnhof auf.

Hetze und Distanzierungsdruck

Während und nach der Demo herrschte unter den Teilnehmern eine gute Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensaktivisten Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensaktivisten Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensaktivisten Stimmung und Empörung über die Polizei. Doch bei vielen Friedensaktivisten Stimmung und Empörung über die Polizei.

Der Aufruf für die Demo den Polizeieinsatz und verlangte, daß Sozialdemokraten keine Bündnisse mehr mit „gewaltfreien Autonomen“ schließen dürften. In seiner Rede Hackmann machte die Verantwortung für die Vorfälle verantwortlich. Sie hätten „Wert auf die Teilnahme Autonomen und Militanten in ihrem Demonstrationen unter Hinnahme der Verantwortung gelegt.“ () Der Veranstalter hat nur sehr zaghaft zur Friedfertigkeit aufgerufen. Er hat im Gegenteil die Stimmung aufgeführt und trotz andauernder Gewalt die Polizei zum Abzug aufgefordert. () Ich verurteile die Gewalttaten scharf. Ich verurteile auch scharf das Verhalten des Veranstalters, der nicht dazu beigetragen hat, sich ungewissenheit von den unfriedlichen Demonstrationen zu trennen. Sondern die Arbeit der Polizei erschwert hat. () dem er den Gewalttätigen ein Aktionsfeld ermöglicht hat. Im Interesse der Demonstrationen und Meinungsfreiheit für den dringend alle Veranstalter zukünftiger Demonstrationen auf sich entscheiden. Von Gewalt abzugrenzen. Diesen Grundrecht wird sonst schwerer Schaden zugefügt.“ (Erklärung vom 18.11.)

Und einen Tag nach der Demo legten Hackmann und Bürgermeister Fischer die Forderung auf den Tisch, das Brandmeldegesetz Hamburgs, das erst vor wenigen Jahren ein Stück weit liberalisiert worden war, jetzt wieder zu verschärfen und militante Demonstrationen fernhalten zu können.

Anmerkungen

1. Über Alfons Pawelzyk muß man wissen: daß er seit 1982 als Berater von Helmut Kohl in der Hamburger Regierung tätig ist und dabei in alle Ecken der Stadt hat. Siehe dazu etwa AK 271, 272 oder AK 273, 274.
2. Am 16.11. stellte die Polizeiführung der Demonstration ein vor. Auf dem Rathausmarkt wurde ein „revolutionärer Block“ aufgestellt, der die Demonstrationen organisieren sollte. Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist.
3. Der Anti-NATO-Block, bestehend aus GAL, Graswurzel, Friedenskoordination, KB, VSP und anderen, wurde als „revolutionärer Block“ aufgestellt. Die Polizei hat die Ruhe, die nicht schnell zu bekommen ist.

Das Agieren der Parteien im Aktionsbündnis:

Einmalig oder Lernbeispiel?

Die Demonstration ist sehr langfristig vorbereitet worden, erste Absprachen dazu es gab im Januar dieses Jahres. Sie ist dann in erstaunlicher Geschlossenheit durchgeführt worden, was aber leider eben nicht heißt, daß sich geradlinig weiter daran anknüpfen läßt. Für eine Bewertung ist es wichtig, das Verhalten der verschiedenen Strömungen vor und nach der Demonstration zu betrachten.

Spagat der SPD

Die SPD in Hamburg hat zur NATO-Parlamentarversammlung einen denkwürdigen politischen Spagat versucht. Auf der einen Seite war sie bester Gastgeber der NATO, auf der anderen Seite haben sich Sozialdemokratinnen aus Spitzenebenen der Partei in Hamburg darum gedringt, zur Demo und zum Gegenkongreß aufzurufen und sogar entsprechend vertreten zu sein. Es war der größte Streitpunkt in der Vorbereitung, weil das Hamburger Forum darauf bestand, daß unbedingt ein sozialdemokratischer Parteisprecher auf der Demo reden müsse, während wir das auf keinen Fall wollten. Aber ohne SPD-Redner war kein Bündnis zu haben.

Nach der Demonstration war keiner der prominenten SPDler bereit, öffentlich auch nur einen Finger für die Soli darzulegen mit der Demonstration oder gar den Pol. zeilepfen zu rühren. Ganz anders als nach dem Hamburger Kessel gab es diesmal nach der Demonstration einen gewissen Schulterschuß in der Partei. Zur Nachbereitungssitzung des Hamburger Forums sind gleich rund zwei Dutzend Mitglieder der SPD gekommen — darunter zwei Abgeordnete der Bürgerschaft. Die SPD-Nord legte hier ein Papier vor, das die „Gewalt“ der Demonstrationsteilnehmer für die Auflösung der Demo verantwortlich macht und vom „Schaden der Friedensbewegung“ spricht. Die SPD-Nord will für die Zukunft nur noch Bündnisse des Forums mit Gruppen zuweisen, „die sich von Gewalt gegen Menschen und Sachen unter allen Umständen also auch als wir immer verstandene „Gegen-gewalt“ distanzieren.“ (Anmerkung: Sitzblockaden sind keine Gewalt.) Das geht noch über den Landesvorstand der SPD in Hamburg hinaus, der „nur“ die Distanzierung von „gewaltbereiten Autonomen“ verlangt hatte. Man soll es nicht unerwähnt lassen, daß dieser Vorstoß der SPDler im Forum auch mit einem Vorschlag eines neuen inhaltlichen Mini-Mini-Konzeptes verbunden war, was wiederum auch einen Vorstoß der SPDler im Forum auch mit einem Vorschlag eines neuen inhaltlichen Mini-Mini-Konzeptes verbunden war, was wiederum auch einen Vorstoß der SPDler im Forum auch mit einem Vorschlag eines neuen inhaltlichen Mini-Mini-Konzeptes verbunden war.

Jungsozialisten

Aus dieser Bewertung muß man die Jungsozialisten ausdrücklich ausnehmen. Sie haben zwar einerseits in der Vorbereitung sogar erklärt, daß sie in der Friedensfrage keine Doppelstrategie mehr verfolgen, sondern dem SPD-Programm beipflichten, daß es Positionen der Friedensbewegung enthalte, wie es auch die DKP vertritt. Andererseits haben sie die Demonstration und die Politik der Nichtausgrenzung voll entwickelt und mitgetragen. Dies hat in der Hamburger Demogeschichte eine gewisse Tradition (z.B. bei der großen Hafenstraßendemonstration). Die Jusos haben sich nach der Aktion auch keineswegs distanziert, sie sind aber so gut es geht und weil das Hamburger Forum die Aktion nachher nicht mehr geschlossen trug, weitgehend untergetaucht, um sich nicht noch größeren Ärger in der Partei einzuhandeln.

DKP

Die DKP ist heute ein denkwürdiger Zweiter in ihren Positionen. Auf der einen Seite beteiligt sich die DKP in Hamburg seit einiger Zeit ohne weiteres an linken Bündnissen. Hier unterschreibt die DKP auch mal großzügig autonome Aufrufe (z.B. zur IWF Demo oder Palas am Demo um im Geschäft zu bleiben. Man konnte sogar vom Hamburger Bezirksvorsitzenden kürzlich lesen, daß der Kern des Widerstands in Hamburg offenbar bei den Autonomen zu finden sei. Auf der anderen Seite vertritt die DKP im Friedenskampf dogmatisch die Linie von der Verbreiterung der Bewegung unter Ein-schluß von SPD und DGB. So hat die



DKP einerseits in der Vorbereitung alles getan, um Sozialdemokraten im Bündnis den roten Teppich auszubreiten, andererseits hat sie die Demonstration selbst rassistisch mitgetragen und nachher öffentlich gegen die Angriffe verteidigt. Ihre Mitglieder im Hamburger Forum waren fast alle über den Distanzierungskurs der SPD schockiert, haben sich aber alle zurückhaltung aufgelegt, um das Bündnis dort nicht zu gefährden.

Hamburger Forum

Das Hamburger Forum wird heute im wesentlichen von DKP- und SPD-Kräften getragen, um die sich eine Reihe von Friedensinitiativen gruppieren, soweit sie heute noch existieren und aktiv sind.

Anfangs in den Verhandlungen wollte das Hamburger Forum eine norddeutsche Friedensversammlung, um überregional mobilisieren können. Es wollte sogar am Wochenende demonstrieren, wenn die NATO-Parlamentarier entweder noch gar nicht angekommen oder schon wieder nach Hause gegangen wären. Es trat im Bündnis so auf, als würden es die große Masse der Teilnehmer mobilisieren können, während die GAL, der Anti-NATO-Block und die Autonomen eine verschwindende Minderheit bei einem Ostermarsch blieben würden. Das Forum hat seine Mobilisierungsfähigkeit völlig überschätzt und über unsere Prognose, daß es bestenfalls die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer stellen würde, nur gelacht. Erst unter massivem Druck haben sie sich zu einer Demo am 17.11., dem Höhepunkt der Tagung, aber eben mitten in der Woche bereitgefunden.

Weder für die Jusos noch für die DKP aber für das Hamburger Forum war ein Bündnis unter Ein-schluß von Autonomen etwas neues. Als dann nach langwierigen und recht nervigen Verhandlungen das Bündnis einmal stand, konnten die Verhandlungen über unser Vorgehen auf der Demo in bester Eintracht geführt werden. Die große Mehrheit im Forum hat die Aktion in vollem Umfang mitgetragen.

Der Distanzierungsdruck nach der Demonstration auf das Forum kam einzig und allein aus der SPD und aus Initiativen aus Hamburg-Nord. Dort agieren DKPler, SPDler und einzelne GALer einträchtig und fern jeder sonstigen linken Politik zusammen. Ihre Papiere sind so geschrieben, daß sie eher zu einer Prügelei anstatt zu sonderbarem Handeln herausfordern. (2) Diese Initiativen stellten nach der Demonstration „großverderblichen Schaden“ für die Friedensbewegung fest. Der Vertreter der Nordinitiativen im zentralen Forumsgremium, ein Mitglied der DFG, hatte für alles, was die Polizei wollte, vollstes Verständnis, und beschleunigte wie Innenminister Hackmann der Demo-leitung eine „aggressive und aufreizende Taktik“. Den Forumsvertretern in der Demo-leitung wurde die öffentliche Verteidigung ihrer Position untersagt, obwohl sie unter scharfen öffentlichen Angriffen

standen. Die von der Demo-leitung nach der Aktion beschlossene gemeinsame Demonstration Dokumentation kam nicht mehr zustande. Einzelne Forumsinitiativen ergriffen selbst die Initiative. In Rahlstedt z.B. einigten sich verschiedene Gruppen auf ein gemeinsames Flugblatt, in dem die Demonstration gegenüber den öffentlichen Angriffen verteidigt wird. (3)

Distanzierer und Verteidiger der Demonstration im zentralen Forumsgremium machten dann den denkwürdigen Versuch, trotz ihrer Widerspruch ein gemeinsames Positionspapier zur Bewertung der Demonstration herauszubringen. (4) Statt einer einheitlichen Position ist daraus logischerweise ein reiner Eiertanz geworden. Die Verfasser der gemeinsamen Stellungnahme verwarfen sich einerseits gegen die Diffamierung durch große Teile der Hamburger Presse und der CDU (nicht der SPD). Andererseits wollten sie aber zukünftig und am liebsten im nachhinein das Zünden von Feuerwerkörpern als Gewalt abstempeln und unterstellen den anderen Demonstrations-teilnehmern einen Verstoß gegen die Ab-

stempelung als Gewalt abstempeln und unterstellen den anderen Demonstrations-teilnehmern einen Verstoß gegen die Absprachen. Bei zukünftigen Aktionen möchten sie einen großen Tabukatalog vorher verabschieden. Dieses Kompromißpapier interessierte in der Nachbereitungsdiskussion des Forums niemanden. Das Forum ist in der Bewertung der Ereignisse vollkommen gespalten, und was seine politische Handlungsfähigkeit angeht, lahmgelegt. Wohl erstmalig ist in diesem Bündnis eine so heftige Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten geführt worden, wobei die Sozialdemokratie einerseits mit ihrem Vorgehen sehr erfolgreich waren, aber genauso erfolgreich dafür gesorgt haben, daß die Mehrheit in Erinnerung behält, was man von ihnen zu halten hat.

Autonome

Es kommt wohl selten vor, daß man an die Autonomen eine Aktion herantragen kann, an der sie sich dann in vollem Umfang beteiligen. In der Regel ist es umgekehrt: sie legen ein Aktionsprogramm und Konzept vor, der sich alle unterzuordnen haben. Wenn wir als KB nicht ihre Position unterschreiben, gehören wir schon eher zum gegnerischen Lager.

Von vornherein bestand die Einschätzung in den Vorbereitungen des Anti-NATO-Blocks, an der sich nur einzelne Personen aus dem autonomen Spektrum beteiligten, daß die Autonomen sich an einer Demonstration gegen die NATO beteiligen könnten und einbezogen werden sollten. Aber solange sich die Autonomen auf den IWF-Gipfel vorbereiteten fand das dortige Vorbereitungsplemum unsere Versuche, auch über die NATO zu reden, einfach nervig. Erst nach den IWF-Aktionen kam ihre Diskussion über eine Beteiligung an der Demo in die Gänge.

Anfangs traten nur wenige autonome Gruppen für eine Beteiligung ein, Haupt-

sprecher der Aktion im autonomen Lager waren Einzelpersonen und vor allem G.A.L., die heute in das autonome Lager hineingezogen wurden. Die Vorbereitung ein Stück Mittlerfunktion (inhalten) zunächst wurde sogar noch eingewandt, ob man nach den IWF-Erfahrungen, etc. mit dem KB oder der GAL überhaupt noch Bündnisse schließen sollte. Später wurde diese Frage wegen der Beteiligung und des Einflusses von Sozialdemokraten auf die Demonstration gelöst.

Der Anti-NATO-Block war von vornherein dafür eingetreten, daß auch die Autonomen einen Redner und eine Vertretung in der Demo-leitung bekommen mußten. Wenige Tage vor der Demonstration gab es dann doch noch einen Aufruf der Autonomen zur Demonstration. Wie die Beteiligung gezeigt hat, hatte schließlich die Demonstration im autonomen Lager eine große Anziehungskraft und die Demonstration bewies einmal mehr, daß gemeinsame linke Bündnisse für Repressionen des Staates viel schlechtere und für uns viel bessere Bedingungen schaffen

gemeinsame linke Bündnisse für Repressionen des Staates viel schlechtere und für uns viel bessere Bedingungen schaffen

Daß ein solcher Erfolg an der Politik der Autonomen gegenüber anderen linken Parteien nichts ändern muß, zeigen die parallel und nach der Aktion laufenden Verhandlungen über die Palästina-Demo in Hamburg, wo die übliche Unterordnung unter ihre Vorstellungen (Boykottforderung) verlangt wird.

GAL

Die GAL hat die Politik des Anti-NATO-Blocks bis hin zum gemeinsamen Anti-NATO-Aufruf von Anfang an entscheidend mitgetragen. Es gibt mit uns und der Friedenskordinat in Hamburg auch traditionell eine Zusammenarbeit. Im Friedensbereich der GAL gibt es nur noch so wenige aktive Personen (und bei der GAL kommt es nur erwele auf Personen an, die sich um etwas kümmern), daß sie es gerade schaffen, eine solche Politik in der GAL abzusichern. Das hat dazu geführt, daß diesmal trotz öffentlichen Distanzierungsdrucks nach der Demonstration in der GAL keine Gewaltdiskussion geführt werden mußte, was ansonsten bei öffentlichem Druck die Regel ist.

Bedauerlicherweise läßt sich in der GAL diese Politik nicht auf andere Felder und Ebenen übertragen. Derselben Personen, die für die Politik des Anti-NATO-Blocks gegenüber den Autonomen bei ihrer gleichzeitigen Einbeziehung ins Bündnis eingetreten waren, konnten sich bei der nächsten Demo in Hamburg, der Palästina-Demo, zu einer eigenständigen Politik nicht aufrufen. Es gab immerhin noch einen eigenen Aufruf der GAL, weil sie die Boykottforderungen der Autonomen nicht mittragen kann. (6) Darüber hinaus ging nichts mehr, mit dem aus drücklichem Argument, daß man es sich mit den Autonomen nicht verschmerzen wolle.

Karl-Heinz Roth:
Über autonome
Bündnispolitik

„Der Antisemitismus und Antikommunismus des Kalten Krieges verblüßte vor den ernsthaften Demokratisierungs- und Abrüstungsinitiativen der Gorbatschow-Ära. Wenn wir keine schwerwiegenden Fehler machen, haben wir durchaus Chancen, durch einen glaubwürdigen wie kumpromißlosen Widerstand eine breite Massenbewegung gegen die Unterdrückungs- und Weltmachtstrategien der NATO-Technokraten zu entfachen. Deshalb müssen wir aus der Vergangenheit lernen. Vor allem müssen wir bei der Planung unseres Widerstands alle Aspekte des neuen NATO-Kurses zu berücksichtigen von der nuklearen Nachrüstung bis zu den neuen Strukturen des binnen-europäischen Staatsterrorismus. Es war fälschlich, daß wir bei der vergangenen Kampagne gegen die Wehrberliner IWF und Weltbanktagung die neuen militärischen Programme zur Abschwächung der globalen Schuldenpolitik ausgeklammert haben. Wir müssen den Kampf gegen den Staatsterrorismus aufnehmen, oder wir dürfen die Opposition gegen die gleichzeitige atomare wie konventionelle Nachrüstung nicht dem Monopol der pazifistischen Gruppen überlassen. Aber auch in die umgekehrte Richtung müssen wir Lernprozesse einleiten, die pazifistische Bewegung darf nicht länger zum innenpolitischen Staatsterrorismus schweigen. Auch wenn wir entschieden bereit sind zur Verbreiterung des antimilitaristischen Bündnisses werden noch genug innere Widersprüche übrig bleiben. Aber wir haben einen übermächtigen Feind. Nur gemeinsam können wir ihn niederringen.“

Gerade im Bewußtsein von der Bedeutung eines breiteren Bündnisses dürfen wir uns aber auch keine Illusionen machen. Die Geschichte des antimilitaristischen Widerstands ist geprägt von sozialdemokratischen Vereinnahmungen. Die SPD — und in ihrem Schlepptau der sogenannte Realflügel der Grünen — spekuliert darauf, den Kampf gegen die NATO zu spalten, indem die begrenzte Abrüstungsvorschläge macht, ohne die zugrundeliegende NATO-Struktur in Frage zu stellen. Eine Verbreiterung des antimilitaristischen Bündnisses ist nur möglich, wenn sich alle Beteiligten daran einig sind, die sozialdemokratische Taktik des imperialistischen Pfandes gemeinsam zu vermeiden.

Der Kampf für Abrüstung und Frieden muß zum Teil unseres Kampfes werden. Aber er hat nur eine Perspektive, wenn er auf die Zerschlagung der NATO zielt. (5)

Und wir?

Und wir?

Last not least läßt sich in aller Bescheidenheit feststellen, daß der KB in einer solchen Bündiskonstellation mit anderen Kräften der GAL, der Friedenskoordination, den Gewaltfreien und anderen, wieder einmal eine nicht ganz unbedeutende Rolle gespielt haben. Aber sooo einfach ist es eben nicht. Die Auswertung und gerade die Nachbereitung macht wohl deutlich, daß man auf diesem Wege leider nicht einfach fortführen kann. Es zeigt sich einmal mehr, daß nicht die gemeinsame Linie der beteiligten Bündnispartner sondern mehr ein besonderes Ereignis, hier die NATO-Parlamentarversammlung, die Voraussetzungen geschaffen hat, eine gemeinsame Aktion der gesamten Hamburger Linken trotz großer politischer Differenzen zustandezubringen.

Hin

- Anmerkungen
1. Stellungnahme des SPD-Kreises Nord zur Demonstration am 17.11.1988, vorgelegt auf der Forumssitzung vom 8.12.88
2. Stellungnahme der Friedensinitiative Langenhorn, vom 3.12.88. Dirk Schlie: Gedanken zur NATO-Demonstration und zur weiteren Arbeit des Hamburger Forums
3. 7000 Exemplare eines Flugblattes mit dem Titel „Polizei-Chaoten greifen die Demonstrationen recht an“ verteilt in Rahlstedt gemeinsam, die FI Rahlstedt, die Gewaltfreie Aktionsgruppe, Handwerker für den Frieden, der Motorclub Kühle Wampe, DKP, SDAJ und GAL-Gruppen der umliegenden Bezirke
4. Entwurf für eine Diskussionsgrundlage für eine Auswertung der Friedensaktionen zur Nordatlantischen Versammlung, vorgelegt und unterschrieben von den meisten Mitgliedern des zentralen Forumsgremiums
5. Karl-Heinz Roth, Auszug aus dem Redetext für die Demonstration am 17.11. in Hamburg. Die Rede konnte auf dem Rathausmarkt nicht mehr gehalten werden, nachdem die Polizei die Kundgebung aufgelöst hatte. Der vollständige Redetext ist im Anti-NATO-Info 4 abgedruckt. (bei uns erhältlich)
6. Allerdings bestand der „eigene“ Aufruf lediglich darin, das Flugblatt des Bündnisses bis auf die neuen Zeilen mit dem Boykott-Aufruf zu übernehmen.

„Ausländer altern eben schneller als Deutsche“

Personalpolitik im Zeichen der Arbeitslosigkeit

Dieser Ausspruch eines der Geschäftsführer des Hamburger Aluminium Werkes (HAW) brachte 1987 das berühmte Faß zum Überlaufen.

Gesagt wurde dieser Satz in einem Gespräch zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsführung, in dem es um die Personalpolitik der HAW ging. Der Betriebsrat hatte gefragt, ob bei HAW eigentlich grundsätzlich keine ausländischen Arbeiter mehr eingestellt werden sollen. Vorangegangen war dieser Frage eine vom Betriebsrat durchgeführte Untersuchung von Bewerbungsunterlagen für sieben Arbeitsplätze im Produktionsbereich. Nach Schätzung des BR hatten sich ca. 100 Kollegen vorgestellt und die Personalbogen ausgefüllt.

Vorgelegt wurden dem BR nur die Bewerbungsunterlagen von 22 Kollegen. Dies sei die „engere Wahl“ und alle anderen Unterlagen seien leider schon vernichtet worden, wurde von der Personalabteilung mitgeteilt.

Die Daten dieser Kollegen der „engeren Wahl“ wurden nun vom BR analysiert und das Ergebnis in einem Betriebsrats-Info den HAW-Kollegen mitgeteilt.

Aus diesem Info soll hier etwas ausführlicher zitiert werden.

Sag mir, woher du kommst, und ich sag dir, ob du Arbeit bekommst!

„Unter den Bewerbern der „engeren Wahl“ war nicht ein Kollege aus Jugoslawien, der Türkei oder Rumänien. Die Urachen dafür sind uns nicht bekannt. Dafür was sehen wir aber genau, warum es nicht liegen kann.“

Es gibt genug ausländische Kollegen, die arbeitslos sind. In einem Bericht der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde wurde die Zahl von 16,2% genannt (der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit liegt bei 10%).

Es dürfte einwuchtend sein, daß dieser Aspekt der Einstellungspraxis bei HAW von den ausländischen Kollegen sehr genau beobachtet wird. Die Geschäftsführung heubachtet wird. Die Geschäftsführung beteuert zwar mit schönen Worten immer wieder, daß „man nichts gegen die ausländischen Mitarbeiter habe“ — nur eingestellt werden eben keine mehr!

Dadurch fühlen sich viele Kollegen benachteiligt und in ihrer Arbeit bei HAW herabgesetzt.

Der ideale HAW-Arbeiter

Alle von uns genannten Punkte ergeben folgendes Bild des idealen HAW-Produktionsarbeiters: Facharbeiter, nicht älter als 30 Jahre, heimatlich gesund (so wurde z.B. ein Kollege mit Heuschnupfen deswegen nicht eingestellt) und ... Deutscher.

Bei diesen ganzen Voraussetzungen würden nach unseren Schätzungen rund 90% aller HAW-Kolleginnen und Kollegen heute auf keinen Fall eingestellt werden. Aber das kann ja jeder für sich selbst mal überprüfen!!!!

Alt (über 35 Jahre) + ungelern = chancenlos???

„Diese Frage hat sich der BR am Anfang dieser Untersuchung gar nicht gestellt. Erst als wir erfuhr, welche Vorauswahl HAW schon getroffen hatte, wurde uns klar: von den 22 Kollegen der „engeren Wahl“ haben 19 eine handwerkliche Ausbildung. Nur drei waren ohne Berufsausbildung.“

Arbeiten sollten diese Kollegen an Arbeitsplätzen, von denen die HAW-Personalabteilung heute behauptet, sie erforderten eine Einarbeitungszeit von ca. 16 Wochen.

„Noch unglaublicher wird die HAW-Personalpolitik, wenn man sich das Alter der Bewerber ansieht: von den 22 Kollegen waren allein 12 in der Altersgruppe bis 25 Jahre. Nur zwei der Bewerber der „engeren Wahl“ waren über 35 Jahre alt!“

Nehmen wir mal an, es handelt sich bei diesen Tatsachen nicht um beinahe unglaubliche Zufälle. Dann hätte die Personalabteilung in sehr eindrucksvoller Weise gezeigt, was sie von den Leistungen ungelerner HAW-Kollegen im Alter über 35 Jahre hält: offenbar so gut wie nichts! Eine andere Erklärung haben wir nicht.“

Die Kollegen werden „durchleuchtet“

Mit fast allen Mitteln versucht HAW den Gesundheitszustand der Bewerber zu erkunden. Die Kollegen müssen eine Bescheinigung ihrer Krankenkasse vorlegen, aus der die Zeiten von Arbeitsunfähigkeit hervorgeht! Selbstverständlich ist das „freiwillig“ — keiner zwingt die Kollegen dazu. Nur bekommen sie ohne diesen Zettel bei HAW keine Arbeit!“

Sowohl das Betriebsrats-Info von 1987 im Betrieb war die Meinung, besonders was den Teil zur Einstellung von ausländischen Kollegen betraf, gespalten. In vielen Gesprächen mußte nun versucht werden, der Spaltung entgegenzuwirken, indem man die Personalpolitik als einseitiges Pakt betrachtete und die gesamten Einstellungsbedingungen bei HAW angriff. Denn es betrifft ja wirklich jeden! — den deutschen Kollegen ohne Berufsausbildung,

den gesundheitlich ungeschlagenen Facharbeiter, die über 35 Jahre sind und die den Arbeitsmarkt verlassen.

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

oder keine im Sinne von Art. 3 Grundgesetz diskriminierende Maßnahme gegenüber Ausländern dar, denn der Nachteil der Nichteinstellung trifft alle übrigen 71 Bewerber also auch die Deutschen.“

Mit anderen Worten: Es wurden auch deutsche Bewerber benachteiligt, weil ja von 72 Personen nur eine eingestellt wurde. Eine besondere Benachteiligung von Ausländern fand die Maßnahme nicht.

Der Tanz auf der Nadel spitze sich hin zu folgenden Worten:

Wenn man die Begriffe „Ausländer“ und „Deutsche“ gegen Frauen und Männer ausgetauscht hätte, so wäre

Nationalität verletzt ihre Menschenwürde und ihre Existenzrechte.

HAW ist sicher nicht der einzige Betrieb in Hamburg, der diese Sorte Diskriminierung betreibt. Wir als Betriebsrat, in dem sieben deutsche und vier ausländische Kollegen zusammen die Interessen der bei HAW beschäftigten Arbeiter und Angestellten vertreten, finden uns mit dieser Politik nicht ab. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, um auf diese Diskriminierung aufmerksam zu machen.

Die Unternehmer dürfen damit nicht durchkommen.

Am 9.8.88 ging es dann in die zweite Runde, diesmal vor dem LAG.

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

„Ausländer sind nicht verantwortlich für die wirtschaftliche Krise! Schluß mit dieser Lüge!“

Arbeiter ersetzt werden, sondern auch darin, daß dadurch künftig sicher zu erwartenden Problemen des Durchschnittsalters, der Leistungsminderung und der Fehlzeiten begegnet wird.“

Diesen Satz muß man sich, nicht nur wegen seiner Länge und Verschachtelung, wirklich zweimal durchlesen.

Mit diesem Ausspruch aus dem internen Papier der Personalabteilung wurde der Richter in der Verhandlung vom BR konfrontiert. Der Kommentar des Richters dazu: „Eine Personalpolitik, bei der sich die Nackenhaare sträuben.“ Der Personalchef Dr. Ruthe, der Urheber dieses Satzes, erschien wieder etwas verunsichert im Gerichtssaal. Er konnte sich erst nicht recht entscheiden, ob er darüber empört sein sollte, daß der BR seinen Bericht benutzt oder ob er die Autorenschaft abstreiten sollte. Vorsichtshalber tat er beides.

Angesichts der „in diesem Fall denkbar schwierigsten Rechtslage“ mochte der Richter am 9.8.88 kein Urteil sprechen. Das Verfahren wurde dann am 4.11. fortgesetzt.

Kein Urteil: Betriebsrat zieht seinen Widerspruch zur Neueinstellung zurück

Was war passiert? Der Betriebsrat hatte einer Einstellung widersprochen, weil er ausländische Bewerber benachteiligt sah. Der Kollege wurde aber trotzdem von HAW eingestellt. Nach dem Gerichtsurteil am 4.11. bestand nun die „Gefahr“, daß der BR den Prozeß gewinnt. Das war zwar absolut beschwerlich, ist es aber nicht. Wenn der BR gewonnen hätte, wäre es für den Kollegen, der inzwischen schon über ein Jahr bei HAW gearbeitet hat, sehr ungewissen. Er hätte entlassen werden müssen! Dies war nie das Ziel des Betriebsrates, wäre aber das Ergebnis. Deshalb dieser „Rückzieher“.

Es ist nun nicht so, daß der BR von diesen Konsequenzen überrascht wurde. Die waren schon vorher klar. Trotzdem war dieses Verfahren sinnvoll, denn die Alter-

des Veralteten ist nicht die Alter native dazu wäre nur ohnmächtig gewesen! So konnte wenigstens erreicht werden, daß bei HAW die Skandale der Diskriminierung nicht mehr und dieses Prozedere nicht mehr wiederholt werden kann.

Die Kollegen der öffentlichen Kapitale, die Arbeitsplätze haben, wo sie besser arbeiten und Lebensbedingungen erfolgreich sein.

Wie das Beispiel HAW zeigt, sitzen wir wirklich alle in einem Boot!

Die älteren deutschen Facharbeiter — Die Arbeiter ohne Ausbildung. — Die Frauen. — „Leistungsgeminderte“. — Ausländische Arbeiter. Irgendwann gehören wir alle zu einer dieser Gruppen!

J., Hamburg

Nazi-Terror und Polizeiüberfall auf Jugendzentrum in Bergedorf

Die militante Neonazi-Szene Hamburgs besteht zum einen aus der FAP, zum anderen aus einem äußerst diffusen Spektrum aus Skinheads, rechtsradikalen Fußballfans („Hooligans“) und ausländischen Jugendlichen mit zwar geringen direkten Kontakten zur FAP, aber beeinflusst von deren Propaganda. Diese (wenn auch nicht unbedingt glatzköpfige) „Skinzene“ terrorisiert verschiedene, zu meist außerhalb der Innenstadt gelegene Stadtteile. Die Bergedorfer rechte Szene rückte in die Schlagzeilen der Hamburger Zeitungen, nachdem Ende Oktober Skinheads eine Fackel auf der Straße zu entzündeten, vor ein fahrendes Auto geworfen und anschließend versucht hatten, einen der alarmierten Zeugsfahnder zu überfahren. Brutalität und Dreistigkeit des Überfalls sind spektakulär, doch kein Einzelfall im Raum Bergedorf/Lohbrügge. Eine Chronik des Jahres 1988 beinhaltet FAP-Kickaktionen, NEU-1-ten Skinheadüberfälle auf Veranstaltungen und auf das Bergedorfer Jugendzentrum, Prügeln auf Festen und in der S-Bahn und immer wieder Prügelschläge gegen Türken. Häufiger Ausgangspunkt dieser Aktionen ist das „Boiger und Jugendhaus“, eine am „CDU-Jugendzentrum“ dessen Schließung schon längst überfä-

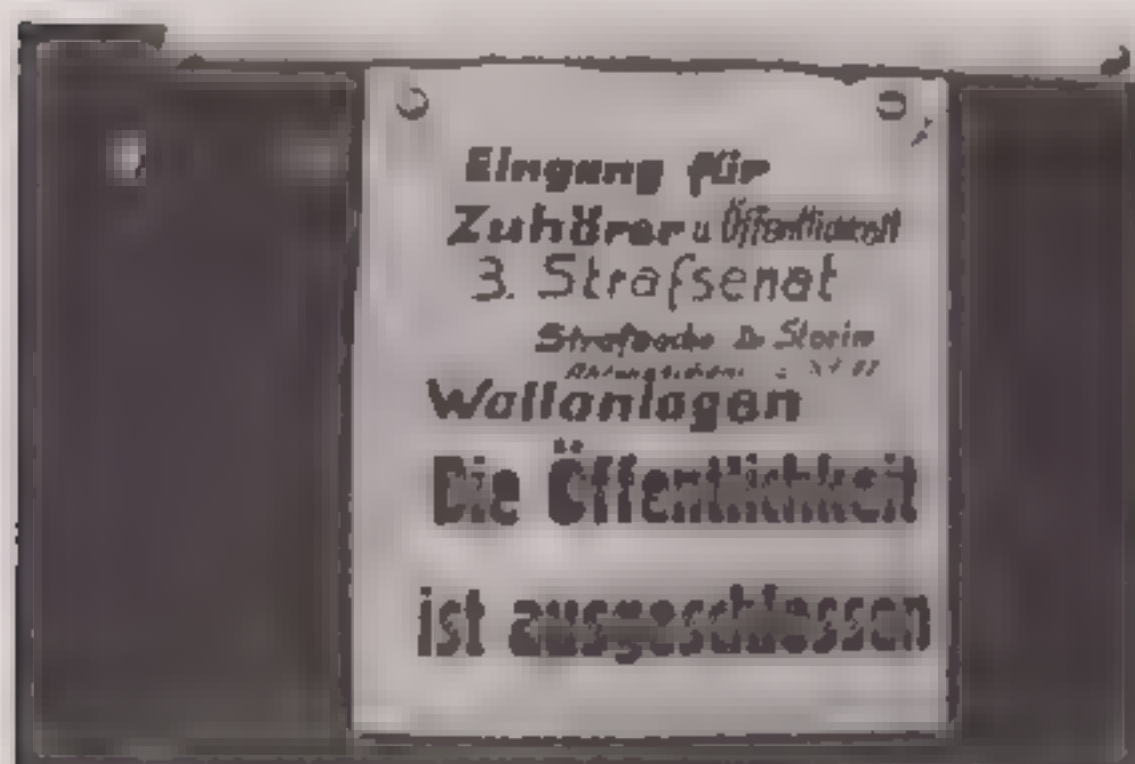
lig ist. Die Verbindungen innerhalb dieses breiten rechten Spektrums schätzt die Bergedorfer Antifa wie folgt ein: „Rechts zu sein ist für viele einfach, in“ Daher ist auch die „Sonne“, zu der Skinheads Roller fahren, Hooligans und aufgewachte Bürger sühne und töchter gehören nicht mehr einheitlich organisiert, sondern vielschichtiger und leider wesentlich umfangreicher geworden, was eine genaue Einschätzung der Situation erschwert. So existieren in Bergedorf mehrere unterschiedliche Gruppen, mit einem Kern von je ca. 20 Leuten, die aber über Cliques, Freundschaften, Treffpunkte oder Feiern miteinander verbunden und verzahnt sind, plus einem kaum überschaubaren Umfeld. Das Alter der meisten bewegt sich zwischen 16 und Anfang 20. Ein fester Bestandteil dieser Szene sind aktive FAPler und andere bekannte Neonazis, die, wenn sie nicht einer Gruppe fest zugehörig sind, jedoch zumindest Kontakte haben.“ (Bergedorfer Antifa-Info, November 1988).

Auf ein von dieser „rechten Jugendkultur“ beeinflusstes K. (mitte) trifft am 12.11.88 eine Antifa-Demo aus Anlaß des Skinhead-Überfalls zwei Wochen zuvor. Die Demo mit mehreren hundert Teilnehmern und wohl auch ebensoviel Staatsmacht — verläuft ohne größere Zwi-

schwierigkeiten. Die vorgesehene Demonstration wird aufgegeben und die bekannten Faschistentreffpunkte umgangen, an denen Skinheads (mit auswärtiger Verstärkung) den Demozug erwarten. Im Verlauf des Tages patrouillieren Gruppen von türkschen Jugendlichen durch den Stadtteil, um sich gegen die Skinheads zu wehren, die gleichzeitig in Kühlwagen, faschistische Parolen gröhend, durch Bergedorf fahren. Als am späteren Abend die Scheiben in einer als Nazitreff bekannten Spielhalle klirren, sind augenblicklich Zivilfahnder zur Stelle, die sich zur Überprüfung von Skinheads in der Spielhalle aufgehalten haben sollen. Sie verhaften 15 Menschen von der Straße weg als mutmaßliche Täter. Anschließend „legitimiert“ durch die Verfolgung der Täter, wird das Bergedorfer Jugendzentrum „Café Plop“ ausnahmsweise nicht von Skinheads, sondern von der Polizei gestürmt, und weitere sechs Menschen werden willkürlich festgenommen. Sie werden im grellen Licht der Bullenscheinwerfer vor die Tür geschleift und dabei von einem legendären Skinhead-Videoeam abgefilmt.

Antifa AG, KB Hamburg

§ 129a gegen die SABOT



Am 28.11.88 begann der Prozeß gegen Fritz Störin. Besser gesagt, er sollte beginnen. Gericht und großräumige Umgebung des Gerichtes glichen einer Festung. Wachen des Begegnungszustandes. Sechs Hundertschaften Polizei, Sperrgüter, Wasserwerfer und Beamte in schützenden Helmen erwarteten den Angeklagten und die Prozeßbesucher.

Geplant war eine kleine Demonstration gegen die Fritz zum Gericht zu gehen. Die Bullensperren verwehrten den Menschen, die zum Prozeß wollten den freien Zutritt. Sie wollten sich durchsetzen lassen. Als versucht wurde, unbefugt durch die Sperren zu kommen, kam es zu Rungenkämpfen und zum ersten Sonntagsschuss durch die Polizei.

Mit Verspätung kamen die Anwälte. Die Presse wurde in den Verhandlungssaal ohne den Angeklagten der war nicht durchgelassen. Die Verteidigerin Ute Brandt und Peter Thode machten gleich zu Beginn deutlich, daß die Mordtaten den Prozeß führen will aber auf keine Weise massive Behinderung gegen die Öffentlichkeit nicht erscheinen konnte. Sie warfen dem Vorsitzenden Richter Burig vor, daß die Polizei entscheide

wer überhaupt in den Vorbereich des Strafjustizgebäude komme. Richter Burig wurde von den Verteidigern aufgefordert sich selbst ein Bild von dem Belagerungszustand zu machen und der Öffentlichkeit freien Zugang zu verschaffen.

Die Prozeßbesucher hatten sich inzwischen in der nahe gelegenen Gnadendörche zur Beratung versammelt. Nachdem der Einsatzleiter der Polizei den Zugang ohne Durchsicht der Personen zugesagt hatte, wurde ein erneuter Versuch unternommen zum Prozeß zu kommen. Es spielte sich dasselbe ab, wie schon am frühen Morgen. Wieder kam keiner durch.

Als die Verteidiger erneut ohne den Angeklagten vor Gericht erschienen, wurde gegen Fritz Haftbefehl erlassen und die Verhandlung bis zum Montag unterbrochen. Der Belagerungszustand wurde es was reduziert und nach der Verhandlungspause führte sich der Zuhörerraum Fritz erschien im Straßenschutzraum.

Vor dem Verlesen der Anklageschrift brachten die Verteidiger einen Einspruch ein, in dem sie darauf verwiesen, daß die Veröffentlichungen in der SABOT durch die Pressefreiheit geschützt seien und die Anklage nach § 129a zu ge-

daß es darum gehe, einen Gesinnungsprozeß zu führen. Die Anklage sei verfassungswidrig. „Die Pressefreiheit wird verfassungsrechtlich flankiert durch das Zensurverbot des Artikel 5 Abs. 1 Satz 3 GG das die Vor- und Nachzensur verbieten soll. Die Barrieren dieser Verfassungsgrundsätze werden überschritten bei der Anwendung des § 129a StGB auf Presseveröffentlichung.“ (was dem Einstellungsantrag)

Das Gericht wies den Einstellungsantrag mit der Begründung zurück, allein die Anklageerhebung rechtfertige das Verfahren. Der Haftbefehl wurde am Ende des ersten Prozeßtages aufgehoben.

Auch am zweiten Prozeßtag (30.11.) kam es zu Behinderungen der Besucher. Am Eingang wurden ihnen Feuerzeuge, Zigaretten, Papier, Schreibzeug, Schlüssel, und sogar ein Ohring abgenommen aus Sicherheitsgründen. Nach einigem Hin- und Her sollten die Sachen wieder ausgetauscht werden. Nach der dafür an gesetzten Verhandlungspause stand im Zuhörerraum — hinter der Glasscheibe eine Frau von der „Hamburger Lehrzeitung“ der GfW auf und versuchte Richter Burig klarzumachen, daß sie zwar ihr Papier wiederbekommen hätte, ihr der Kugelschreiber jedoch nicht ausgehändigt worden sei. Begründung: er gebe eine Verfügung die nur Blauschreiber zulasse. Die ruhig vorgetragene Bitte um Aushändigung des Kugelschreibers wurde von Richter Burig abgelehnt.

„Ich diskutiere doch hier nicht mit dem Publikum.“ Als daraufhin im Zuschauerraum „Hall's Maul“ gerufen wurde, verlangte der Richter die Vorführung des Rufers. Der Zuhörerraum wurde von Polizeibeamten gestürmt und die Prozeßbesucher getrennt, dabei wurden einzelne an den Haaren über die Stuhlleisten gezogen, zu Boden geworfen, geschlagen und getreten. Der mutmaßliche Zwischenrufer wurde zu zwei Tagen Ordnungshaft verurteilt und sofort ins UG gebracht. Außer dem wurde dieser Anlaß genutzt, um die Öffentlichkeit auszuschließen. Ein zweiter brutaler Polizeieinsatz konnte verhindert werden, da die Zuhörer geschlossen ausgingen. Thümdem kam es am Ausgang noch zu Übergriffen der Polizei.

Fritz erklärte daraufhin, daß er in einem Geistesprozeß keine Erklärung abgeben werde. Die Verteidiger forderten die Wiederzulassung der Öffentlichkeit für den nächsten Prozeßtag. Der Vorsitzende Richter Burig lehnte diesen Antrag ab. Es sei nicht seine Schuld, daß hier der Krieg ausgebrochen sei. Öffentlichkeit ja, aber nicht solche Rabauken.

Der Ausschuß der Öffentlichkeit, der brutale Polizeieinsatz und die Behinderungen der Prozeßbesucher veranlaßte einige Menschen, am Abend im Hamburger Rathaus während der laufenden Bürgerhaushaltsitzung die Einstellung des Verfahrens gegen Fritz und die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu fordern. Es wurde ein Transparent entrollt und einige Parolen gerufen. Vor der ankommenden Polizei suchten die Demonstranten in die Fraktionsräume der GAL. Mit Mühe konnte verhindert werden, daß die Polizei die Räume stürme und die Leute rausknüppte. Nicht verhindert werden konnte, daß die Personalien aller Anwesenden überprüft wurden.

Am nächsten Prozeßtag (1.12.) forderte eine Gruppe Prozeßbesucher Einlaß beim Gericht. Die Polizei drohte daraufhin die Leute aus dem Gericht rauszubügeln. Angesichts der Übermacht zogen sich die Besucher daraufhin in die Gnadendörche zurück.

Unter Ausschuß der Öffentlichkeit, allein einige Pressevertreterinnen waren anwesend, ging das Gericht zur Tagesordnung über. Der Karren mit den während einer Hausdurchsuchung bei Fritz beschlagnahmten Sachen wurde geöffnet und die Beweise gesichtet.

Einschätzungen über den Ausgang abzugeben wäre verfrüht, deutlich wird aber jetzt schon, daß hier keine Taten, sondern ausschließlich die Gesinnung von Fritz vor Gericht steht. Den Angriff auf das Presserecht zurückzukämpfen kann nicht Aufgabe der Verteidigung sein, die kann nur das juristische Begleitwerk bieten. Diese Art von Sondergerichtsbarkeit muß politisch zurückgewiesen werden wenn nicht hingenommen werden will, daß die Justiz bestimmt, was gedruckt werden darf und was nicht.

gn., Hamburg

NACHRICHTEN

GNN-Verlag durchsucht

Am 21. Oktober wurden in Köln die Verlagsräume des GNN-Verlags und die Privatwohnung der Geschäftsführung durchsucht. Anlaß war die im GNN-Verlag erschienene „Dokumentation zum Verfahren gegen Norbert Hofmeier, Barbel Perle, Thomas Rücher und Thomas Thome aus Duisburg“. Obwohl der Verlag die Herausgabe dieser Dokumentation bestritten hat, sondern sie aktiv vertreibt, wird auch die Privatwohnung der Geschäftsführung durchsucht.

Nach dem Motto: Wir nehmen lieber erst mal alles mit, wurden trotz massiver Proteste Satzgeräte, Computer und Disketten beschlagnahmt. Durch die fast vollständige Beschlagnahme der Arbeitsmittel, war der Verlag faktisch arbeitsunfähig.

Die Disketten und Geräte mußten am Sonntag wieder ausgedrückt werden, weil der vorliegende Beschlagnahmebescheid dafür nicht ausreichte.

Geplündert wurde vom Staatsschutz das Presse-Archiv des Verlages, u.a. waren zwei Ausgaben der „Zusammenkämpfen“ Objekt staatlicher Begierde.

Der Widerspruch des GNN-Verlages gegen diese Beschlagnahme — schließlich verletzt diese Beschlagnahme die Pressefreiheit — führte erstmalig dazu, daß die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit der Prüfung beauftragt wurde.

Mittlerweile sind fast alle eingesammelten Unterlagen und Gegenstände wieder an den Verlag ausgehändigt worden.

§ 129a gegen Schwarzmarkt

400 Mark kostete dem Schwarzmarkt (Buchladen und Infocentrum) in Hamburg die Ermittlung eines Ermittlungsverfahrens. Vorgeworfen wurde den Buchhändlern, dort würde die Broschüre „Neuzeit“ vertrieben und selbst für den Verkauf zum Stromkreislauf.

Aber auch was der Kiosk mit der Broschüre zu tun hat, wird untersucht. § 129a wird gegen die Broschüre an § 90a (Verunglimpfung des Staates). Er mittel wird wegen einem beschlagnahmten Exemplar der Zeitschrift „Partisan“, Nr. 9, April 1988 der Proletarischen Aktion.

Bremen: IWF-Kongreß und § 129a

Am 24. 9. 88 wurden in Bremen 10 Wohnungen durch BKA Beamte durchsucht — teilweise mit gezogenen Pistolen. Anlaß für die Durchsuchungsbeschlüsse nach § 129a ist der Vorwurf der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Sozialrevolutionäre Bewegung Bremen“. Im Durchsuchungsbescheid wird den Betroffenen vorgeworfen, am 10. Oktober 1983 (!) einen Brandanschlag auf das „Werk und Dienstgebäude der Arbeitslosenhilfe Bremen“ verübt zu haben.

Dieser Vorwurf mag zwar zum Anlaß genommen worden sein, um ein Ermittlungsverfahren nach § 129a einzuleiten. Im Durchsuchungsbescheid selber wird dann aber ausführlich auf die IWF-Aktivitäten der Betroffenen eingegangen. Sie waren seit Anfang 1988 mit der Vorbereitung der „Autonomen Internationalismus Tage“ in Bremen befaßt, das Einladungsschreiben für eine IWF-Vorbereitungsgruppe nennt als Absender den Arbeitsplatz des einen Beschuldigten. Die Internationale „Treibhand Reader Zeitung des ASTA der Universität Bremen Nr. 70“ sei von zwei der Beschuldigten hergestellt und verbreitet worden. Um diese Broschüre geht es dann letztlich auch. Der Artikel „Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne“ beklagt, daß es bis heute nicht gelungen sei, die Perspektivlosigkeit des Widerstandes der autonomen Szene zu beenden und eine angemessene Antwort auf das transnationale patriarchale Kapital zu entwerfen. Außerdem enthält die Broschüre eine ganzseitige Abbildung, auf der zwei Venturistinnen mit der Herste aus von Molotov-Cocktails beschäftigt sind, mit der Bildunterschrift: „Burn it“.

Das bewirkt für das BKA, daß es „den Beschuldigten bei der von ihnen betriebenen IWF-Kampagne nicht lediglich um eine politische Diskussion sondern um die organisierte Durchführung von Gewalttaten aus Anlaß des IWF-Kongresses geht“.

Der Durchsuchungsbescheid selber ist mehr als mager, das Ziel war einzig und allein, vor dem IWF-Kongreß noch mal die Szene einzuschüchtern.

gn., Hamburg

Neue Offensive gegen linke Anwälte?

Anfang Oktober hat die Bundesanwaltschaft (BAW) gegen den Hamburger Anwalt Ute Brandt Anklage wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) erhoben. Begründet wird die Anklage mit der Übersendung der stummen Papiere im Rahmen der Verdigerpost an ihren Mandanten Rolf Heiliger, einen Gefangenen aus der RAF. Besonders bemerkenswert und skandalös ist dabei, daß alle diese Papiere, die an den Gefangenen gingen, vor der Aushändigung durch einen Kontrollrichter gelesen wurden waren — eine Maßnahme, die bei Gefangenen, die wegen § 129a StGB verurteilt worden sind, zwingend angeordnet ist.

Die vorgeworfene Unterstützung ergab sich daraus, daß die Schriftstücke, die von der Verteidigerin an ihren Mandanten Rolf Heiliger geschickt wurden, nicht geeignet gewesen seien, ihren Mandanten von der Beteiligung am Hungerstreik 1984/85 mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand abzubringen. Insgesamt ging es bei den beanstandeten Schriftstücken um Beweisurteile, Erklärungen aus Prozessen und andere Materialien. Dem liegt die inzwischen von den Staatsanwaltschaften übernommene Konstruktion der BAW zugrunde: Gefangene aus der RAF seien auch unter den Bedingungen der Isolationshaft aktive Terroristen. Ihr Hungerstreik sei eine Aktion der RAF. Dementsprechend sei eine Unterstützung der Gefangenen, die sich im Hungerstreik befänden, durch ihre Rechtsanwälte nur dann eine straflose Verteidigerhandlung, wenn sie nicht auf dem Hintergrund der Unterstützung oder erlebten Verteidigerhandeln ist, je nachdem, mit welcher inneren Absicht sie vorgenommen wird. Der Angriff richtet sich gegen das politische Bewußtsein von Verteidigern.

Die Anklage gegen Ute Brandt ist im Zusammenhang mit den Kriminalisierungsversuchen gegen zwei andere linke Anwälte während des letzten Jahres zu sehen. Es wurden am 20. 1. 1988 Büro und Wohnung des Berliner Rechtsanwaltes Thomas Herzog und die Zellen von drei gefangenen Mandantinnen durchsucht. Das gegen RA Herzog zunächst betriebene Verfahren wegen § 129a StGB wurde im Februar eingestellt. Im Oktober war-

den Büro- und Wohnräume der Rechtsanwältin Dorothea Frings in Düsseldorf mit der Begründung durchsucht, sie habe durch den Austausch eines Beschlusses des BKA in einem Briefwechsel gegen § 129a StGB („verbundene Mitteilungen über Gerichtsverfahren“) verstoßen.

Anwaltverfolgung — ein alter Hut des Staates

Der Versuch, fortschrittliche Anwälte zu kriminalisieren oder von politischen Strafverfahren auszuschließen, ist keineswegs neu. Insbesondere drängt sich die Erinnerung an die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Sammler-Verfahren gegen die Mitbegründer der RAF Mitte der sechziger Jahre auf. Anlaß dieses Verfahrens wurde erstmals eine gesetzliche Grundlage für den bereits vorher praktizierten — Ausschuß mißliebiger Anwälte aus Strafverfahren geschaffen. Seitdem ist es den Oberlandesgerichten (OLG) gemäß § 18a der Strafprozeßordnung möglich, Strafverteidiger wegen des bisheren Verdachts der Beteiligung an der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung von einem Strafverfahren in die fern Zusammenhang auszuschließen (eine solche Maßnahme ist auch vom Hamburger OLG gegen Ute Brandt in dem Verfahren gegen Fritz Störin erwogen worden.)

Daneben besteht für die Justiz nach wie vor die Möglichkeit, mit Ehrengerichts- und Strafverfahren gegen mißliebige Anwälte vorzugehen, wie es auch gerade im Zusammenhang mit dem Stammheimer Verfahren geschehen ist.

Die Praxis, Anwälte der revolutionären Arbeiterbewegung von Strafverfahren auszuschließen, wurde bereits in der Weimarer Republik von der politischen Justiz mit Erfolg betrieben. Das Reichsgericht als ständiger Vertreter der KPD gehörten, vom Reichsgericht als Verteidiger in Prozessen mit Anklagen wegen kommunistischer Betätigung wegen Teilnahmeverdacht ausgeschlossen. Diese Tradition der Klassenjustiz wurde in der BRD besonders während der 1951 beginnenden Kommunistenverfolgung fortgesetzt. Alle überlebten Fälle, in denen es zu einem Ausschuß des Verteidigers wegen

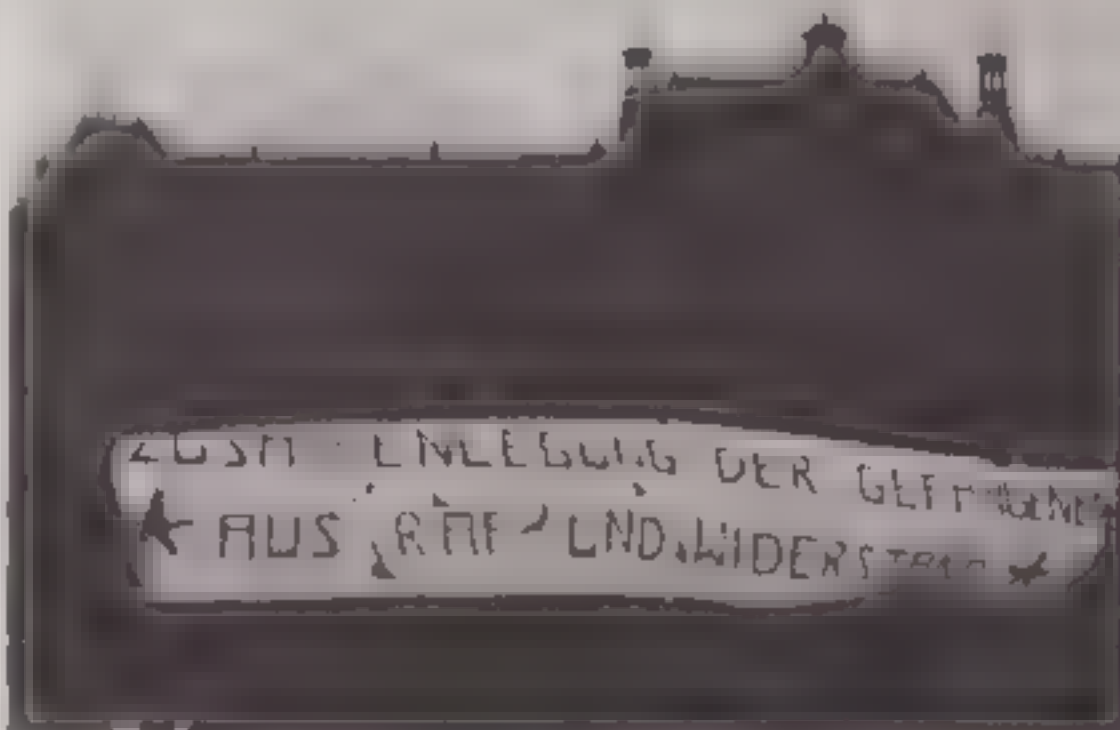


Foto: H. Wehling

Teilnahmeverdachts kam, betrafen politische Strafsachen (2). Immer wurde der angebliche Teilnahmeverdacht damit begründet, daß der Verteidiger eine politische Organisation unterstützt habe oder von dieser abhängig sei (3).

Warum gerade jetzt?

Nachdem es offensichtlich einige Jahre relativ Ruhe in Bezug auf die Verfolgung fortschrittlicher Anwälte gab, stellt sich die Frage, warum anscheinend jetzt eine Phase verschärfter Repression eingeleitet worden ist.

Zum einen ist dabei zu sehen, daß die Verfolgung und die Einschüchterung von Anwälten im wesentlichen gegen die Bewegungen und Gruppierungen gerichtet ist, die von diesen Anwälten vertreten werden. So zielt der gegenwärtige Kriminalisierungsversuch von Anwälten der Gefangenen aus der RAF auch gegen die Gefangenen selbst. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß ausgelöst unter anderem durch die Begnadigungsdebatte um Peter Jürgen Boock die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen erneut in die öffentliche Diskussion geraten sind. Aus dem Ausdruck hervorgeht, daß von vielen unterstützte Aufruf vom 15.10.1988 zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand (s. AK Nr. 300, S. 3) zu sehen. Ein weiteres Anzeichen einer veränderten politischen

Situation ist darin zu sehen, daß in der etablierten linken Presse Gefangene aus der RAF zu Wort gekommen sind, die an ihrer Politik festhalten. Als Beispiel für diese Möglichkeiten, sich selbst darzustellen, ist dabei zu nennen der Abdruck der Erklärung von Heidi Schulz, Lutz Thüfer und Brigitte Mohaupt in der taz vom 8.8.88 und die Erklärung von zehn Gefangenen aus der RAF in „Konkret“ Nr. 10.1988.

Angesichts der öffentlichen Diskussion um „Amnestie für Aussteiger“, „Gründe für abschwärende Gefangene“ und einen „Dialog der Gesellschaft mit den Gefangenen“ will eine nicht staatlich kontrollierte Auseinandersetzung mit den Unbeugsamen im Kasten verhindert werden.

Die Offensive gegen die Anwälte ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, daß Versuche die Isolation zu durchbrechen und eine Diskussion über Haftbedingungen zu führen, im Keim erstickt werden sollen.

Gleichzeitig wird mit diesen Verfahren nach § 129a der legale Handlungsspielraum der VerteidigerInnen beschränkt.

dr., Hamburg

Quellen:

- (1) Archivalische Sammlung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen, Band 37, S. 243
- (2) Hannover, Klassenherrschaft und Politische Justiz 1978, S. 288
- (3) ebd.

Ihren Angriff gegen uns zum Bestandteil unserer Entwicklung, die immer auch gegen sie gerichtet sein wird, zu machen.

DIE ANKLAGE SCHRIFT

Zu den bevorstehenden Startbahnprozessen

Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen und zwei weitere schwer verletzt. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt zwei Startbahngegner, die Tat begangen zu haben: Andreas E. aus Frankfurt, bei dem am 3.11.87 die angebliche Tatwaffe gefunden wurde und Frank H. aus Mörfelden-Waldorf, der später in Amsterdam festgenommen wurde und sich zur Zeit mit rechtlichen Mitteln gegen seine Auslieferung in die BRD wehrt. Daneben wird den beiden und sieben weiteren Leuten aus dem Rhein-Main-Gebiet vorgeworfen, eine „terroristische Vereinigung“ nach §129a gebildet und eine Reihe von Anschlägen und Sachbeschädigungen begangen zu haben. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main hat einen Artikel über die Anklageschrift veröffentlicht, den wir im folgenden nachdrucken. Der Prozeß soll Anfang 1989 beginnen.

Vorwort

Wir haben uns entschieden, diese Zusammenfassung von ca. 300 Seiten zu veröffentlichen, um uns gemeinsam auf den Prozeß vorbereiten zu können. Es ist die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und wir fordern euch hiermit auf, es dementsprechend zu lesen. Dies bedeutet, daß die Darstellung der Ereignisse und Fakten nicht der Realität entsprechen muß, an vielen Punkten in Frage gestellt werden wird und zu widerlegen ist. Auch die entsprechenden Aussagen sind mit Vorsicht zu beurteilen. Jeder Mensch der einmal als Zeuge/Beschuldigter vernommen wurde, weiß, wie solche Aussagen im Protokoll zusammenkommen. Die Situation der Druck während der Vernehmung als auch der Wille der BAW, der sich in der zeitlich niedergeschriebenen Formulierung festigt, sind immer wesentliche Bestandteile der Aussagen. Die BAW versucht, im Zusammenhang mit den erschossenen Polizisten den Tatverlauf festzuschreiben und zwar als vorsätzlich begangenen und geplanten Mord und nicht etwa fahrlässige Tötung, Totschlag oder ähnliches.

Einnähe und neu im Zusammenhang mit dem § 29a ist in dieser Anklageschrift der Vorwurf einer terroristischen Vereinigung mit wechselnden Personen. Hier soll anscheinend ein neues Feind der „dicken Knäpfe“ gegen soziale Bewegungen erschossen und festgeschrieben werden (insgesamt 13 Angeklagte werden hier als terroristische Vereinigung bezeichnet). Anklageschrift selbst wird in mind. 100 Exemplaren verteilt. Die Aussagen sind in der Anklageschrift angeführt. Viele Widersprüche sind offenbar. An dieser Stelle soll nur auf einen Punkt beispielhaft hingewiesen werden: Der Leiter des Frankfurter Kommandos 42 (politische Polizei) Tietze war unmittelbar vor Ort außerhalb der

auf dem Park-Bereich. Wie es weiter wird: Der Leiter des Frankfurter Kommandos 42 (politische Polizei) Tietze war unmittelbar vor Ort außerhalb der Mauer der Startbahn West, um den der Geschichtswissenschaftler Erhard Lohr bei der Ermittlungen maßgeblich geleitet. Trotzdem steht er in der geschriebenen Anklageschrift nicht als Zeuge auf.

Wir hoffen, daß die Veröffentlichung der zusammengefaßten Anklageschrift dazu beiträgt, daß jeder in der Lage ist, bei Prozeßbeginn mit ausreichenden Kenntnissen und kritischem Bewußtsein dem Vorlesen der Anklageschrift folgen zu können, ohne sich von der scheinbar in sich geschlossenen Gesamtdarstellung überrollen zu lassen. Es wäre uns lieber gewesen, einige Passagen aus der Anklageschrift wörtlich zu zitieren, jedoch mußten wir aus Rücksicht auf bestehende Strafbestimmungen des StGB alles in indirekter Form ausformulieren, um nicht strafbar zu werden. Die Anklageschrift setzt zu sein.

Zusammenfassung der Anklageschrift

Seit Mitte Juli 88 liegt die Anklageschrift gegen Menschen aus der Anti-Startbahn-Bewegung vor. Die folgende Abhandlung stellt die wesentlichen Punkte der Anklageschrift dar. Die Anklage gegen Andreas S. lag den Verfassern noch nicht vor. Angeklagt sind Andreas E., Frank H., Ingrid T., Michael K., Siegrun G., Renner H., Ursula J. und Michael M. Dazu kommt seit Mitte August Andreas S. Haftbefehle bescheiden noch gegen alle Angeklagten sowie gegen Ingo H., dem der Raub der Waffe in Hanau angelastet wird.

Nach unseren Informationen wurden die Haftbefehle von Utschi J., Siegrun G., Ina T., Michael K. und Michael M. aufgrund gemachter Aussagen ausgesetzt, die im Falle Ina T. und Michael M. nur Selbstbelastungen, in den anderen Fällen auch Belastungen anderer enthielten. Michael M. saß von 7.12. bis 30.12.87 in U-Haft. Die BAW plant einen großen Ge-

samt-Prozeß gegen 9 Leute, der sich in verschiedene Tatkomplexe gliedert. Die Tatvorwürfe sind: Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen bzw. einer terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129 und 129a StGB.

Gegen Andreas E. und Frank H. wird der Vorwurf des Mordes bzw. des Mordversuchs an Polizisten erhoben. Die anderen konkreten Tatvorwürfe werden wechselnden Personengruppen unter den Angeklagten gemacht:

- Brandanschlag auf das Gebäude der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 10.6.86
- Strommastanschlag bei Mörfelden-Waldorf, 20.6.86
- Strommastanschlag bei Hanau, 29.8.86
- Brandanschlag auf einen Bagger der Firma Heintz & Wörner bei der Startbahn West 30.8.86
- Raub einer Polizeiwaffe auf der A 7 in AKW-Demo in Hanau 8.12.86

den Waldorf 21.8.87

- Brandanschlag auf die Firma Hoch in Mörfelden-Waldorf 11.8.87
- Brandanschlag auf ein Umspannwerk der RWE bei Korbach 1.8.87
- Brandanschlag auf die Dresdner Bank Filiale in Frankfurt Bornheim 20.6.87
- Strommastanschlag bei Mörfelden-Waldorf 29.8.87
- Brandanschlag auf ein Umspannwerk bei Wübbelshausen 19.8.87
- Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Kraftwerke Mainz-Wiedach in der Rheinischen Bf 10.8.

() Bei den Startbahnaktionen entsand die BAW Nachschützen in Höhe von ca. 28 Mann (1987)

Tatvorwurf kriminelle bzw. terroristische Vereinigung

Tatvorwurf kriminelle bzw. terroristische Vereinigung

Die unterschiedlichen Anklagen resultieren aus einer Veränderung des Strafrechts am 1.1.87. Damals wurde der Straftatbestandskatalog des §129a erweitert. Das Umkleen von Strommasten vor dem 1.1.87 fällt unter §129 (kriminelle Vereinigung), ab diesem Datum kann hierfür der §129a (terroristische Vereinigung) angewendet werden.

Die Anklageschrift beschreibt die Vereinigung wie folgt: Spätestens im Juni 86 habe sich um Andreas E. eine terroristische Vereinigung gebildet, deren Ziel es gewesen sein soll, gegen die Startbahn-West und die Atomstromindustrie vorzugehen mit dem weiteren Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung der BRD mit Gewalt zu beseitigen.

Die BAW bringt bei ihrer Einordnung der Vereinigung die Autonomen-Szene und die „Revolutionären Zellen“ (RZ) ins Spiel. Belegt wird diese Behauptung z.B. mit dem Fund eines RZ-Handbuchs bei 4 Angeklagten, aber auch mit dem Gespräch westdeutscher Autonomen im Spiegel Nr. 36 vom 1.9.86.

Hauptindiz der BAW für das Konstrukt Vereinigung ist ein Bankschließfach von Andreas E. mit folgendem Inhalt:

- Fotokopierte Bekennerschreiben zu 10 Sabotageaktionen, die stattgefunden haben
- Eine ausführliche und geordnete Pressekommunikation zu 12 Sabotageaktionen
- Ein Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf die Philip Holzmann AG Frankfurt am 1.11.87, der nicht stattgefunden hat
- Diverse Schriften und Zeitschriften („Feuer und Flamme“, „Guerrilla Diffusa“, „Radikal“)

Aus weiteres Indiz wird ein Testament von Andreas E. angeführt, in dem er alle Angeklagten außer Frank H. und Renner H. bedacht hat. Laut BAW sei dieses Testament ein Mitgliederverzeichnis der Vereinigung dar () Laut BAW habe der Angeklagte Michael K. Frank H. und Renner H. als die Haupttäter neben Andreas E. bezeichnet.

Tatvorwurf Sabotageaktionen

Andreas E. hat hierzu keine Aussagen gemacht. Es liegen Geständnisse von einigen Angeklagten vor zu zwei Strommastanschlägen (Hasselroth 9.7.86 und Offenbach 26.8.86). In der Anklageschrift wird nicht im Einzelnen erläutert, welche Geständnisse Selbstbelastungen und Belastungen anderer enthalten. Klar ist jedoch, daß Michael K. sich und andere schwer belastet hat wie bei der „Haupttäter“-Aussage oder auch z.B. die Belastung von Andreas E., Renner H. und Frank H. zum Strommastanschlag in Mörfelden-Waldorf 20.6.86. Auch die Hinweise zum Brandanschlag auf die Dresdner Bank stammen von Michael K.

Die Geständnisse — laut BAW — der Angeklagten Siegrun G., Michael K. und Ingrid T. zum Strommastanschlag bei Hanau 29.8.86 () sind ebenfalls von Michael K. () für die Beteiligung 3 anderer Angeklagter (siehe Vorwort). Auch wird von der BAW der Zusammenhang mit den schweren Brandverletzungen der Ursula J. hergestellt. Hier führt die BAW als Indiz den Fund von Kunststoffteilen in Tatornabe an, die vom Binkerglas der Angeklagten Ursula J. stammen sollen.

Aber auch Michael K. und der Zeuge Baldur O. haben, ohne selbst beteiligt gewesen zu sein, ausgesagt, daß Angeklagte ihren Tatbeteiligungen bei anderen Aktionen gestanden hätten. Die spätere Rücknahme der Aussagen von Baldur O. wird von der BAW als nicht glaubwürdig bezeichnet.

Tatvorwurf Mord und versuchter Mord

Beschuldigt werden Andreas E. und Frank H. Die terroristische Vereinigung wird in diesem Zusammenhang nicht anführt. Beide sollen entsprechend einen „anonymen, bewußt und gewollt“ Polizisten bewußt verletzt und getötet haben. Frank H. sei laut BAW der theoretische Kopf gewesen. Begründet wird dies mit dem Fund eines Papiers, das immer nur in Aussagen durch die hiesige Öffentlichkeit gewesen. Da es innerhalb der Szene schon vor längerer Zeit komplett veröffentlicht wurde, wiederholen wir es deshalb hier im Wörtchen.

Die Aktionen von uns können nur durch diese Kritik führen, weil wir zu wenige sind, die bereit wären, die Startbahn mit Bomben zu zerstören und auf dem letzten Fuß zu stehen. Nach dem uns die Landesregierung mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts verspricht, hat bleibt uns nur noch der gewaltsame praktische Kampf. Wir haben mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts gewollt, im Gegensatz zur Landesregierung, die die Startbahn militärisch und undemokratisch durchgesetzt hat. Jetzt liegt es an der Landesregierung, den nächsten Schritt zu tun.

In unserem gewaltsamen Kampf können wir die Startbahn nur verhindern, wenn wir befreite Gebiete einrichten und uns dort festsetzen. Diese befreiten Gebiete können nur mit einer Masse von Menschen gehalten werden, die sie militärisch verteidigt. Dies bedeutet den bewaffneten Kampf, weil die Bullen, der Bund und die Anus schießend gegen uns vorgehen werden, wenn es zu befreiten Gebieten kommen sollte. Dies ist in einer Vorstufe schon geschehen, als die Bullen erst verjagt wurden und dann zu mehreren ihre Pistolen zogen und genau auf die Menschen zielten.

Die ganzen Aktionen, die seit Sommer 1982 sonntags und unter der Woche kontinuierlich laufen, sind mit höchstens 10 Leuten passiert. Für mich handelt es sich dabei nur um Sabotaktionen und Racheakte, die die Startbahn nicht beseitigen werden. Allerdings verursachen diese Aktionen einen hohen politischen Preis für die Herrschenden, der Auswirkungen auf andere in Planung gewesene Projekte hat. Beispielsweise wurde der Block in Berlin die Ernst-Buchalsperre (ist aber noch in Planung) und die WAA in Frankfurt wegen der zu erwartenden Parallelen zum Startbahnwiderstand nicht weiterverfolgt.

Ist es eventuell möglich, die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir den Kampf mit Molts und Stahlkugeln verstärken und Bullen töten, um den politischen Preis für die Herrschenden so in die Höhe zu treiben, daß sie uns hören und neue Verhandlungen eingehen?

Drei Zeugen, darunter Baldur O., haben ausgesagt, daß Frank H. sich oft in Personengruppen aufgehalten habe, die an der Startbahn-West mit Stahlkugelschleudern und Molts gegen Polizisten



vorgegangen seien. Frank selbst habe auch gewußt.

Laut BAW habe sich Andreas E. die Auffassungen Frank H.s zum bewaffneten Kampf bis hin zur Tötung von Polizisten zu eigen gemacht. Als Beweis hierfür wird ausgerechnet die Lautsprecheraktion vor dem Klost in Preungesheim am 11.3.88 angeführt. Der bereits in vollem Wortlaut in der Öffentlichkeit bekannte Text enthält unter anderem folgende Passage:

„Du bist aus Zusammenhängen gerissen worden, die jetzt nicht mehr Verantwortung übernehmen, als ihr vorher gemeinsam entwickelt habt, und du weißt, daß genau diese Auseinandersetzung lange vor dem 2.11. begonnen hat und daß diese Kritik entweder nicht erreicht oder dir nichts bedeutet hat.“ Die BAW fügt dann, daß bei Andreas E. die schon seit Jahren vorhandene Einstellung zu politischen Aktionen bei ihm zu einer Bereitschaft geführt habe, im bewaffneten Kampf auch Polizisten zu töten. Drei Zeugen, darunter Baldur O., sagten über Andreas E. aus, auch er habe schon früher Molts geworfen, Stahlkugeln oder Leuchtkugeln geschossen und wäre häufig dabei einer der ersten gewesen.

Die Tatwaffe

Am 11.11.86 wurde in Hanau bei einer Demo einem Zivilisten eine Pistole Marke SIG SAUER entwendet. Andreas E. behauptet, daß ihm Frank H. erzählt habe, Ingo H. und Mark S. seien es gewesen.

Baldur O. behauptet, Frank H. habe ihm auf den Rückweg von der Demo erzählt, daß er die Pistole bei sich habe. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen.

Ablauf der Tat

Die BAW schildert den Ablauf der Demo in deren Verlauf soll Andreas E. laut Aussage der Zeugin Marie-Luise S. gesagt haben, daß die Leute auf eigene Gefahr rausgingen, da für nichts garantiert werden könne.

Der Tatzeitpunkt wird von der BAW auf 21 Uhr festgelegt. Die Teilnehmer der Demo brühten vor Polizisten über eine Notbrücke auf die andere Seite des Grundbaches. Über Megaphone soll angeblich der Befehl „Scharfschützen Feuer“ erteilt worden sein. Daraufhin sollen die Polizisten mit Stahlkugeln, Leuchtkugeln und einer Pistole beschossen worden sein. Die Schützen haben auf der anderen Seite des Grundbaches gestanden. E. und H. sollen abwechselnd 14 Schüsse auf die Beamten abgegeben und dabei mehrmals den Status gewechselt haben. Als Beleg dienen die Aussagen von Andreas E. und die Angaben mehrerer Zeugen, die zumindest eine Person gesehen haben wollen, die mit einer Waffe geschossen habe, bei der keine Leuchtmunition zu sehen war.

14 Patronenhülsen wurden am 5. und 6.11.87 dort gefunden, die ebenso wie die Geschosse (die zur Verletzung und Tötung der Polizisten geführt haben) der Hanauer Waffe zugeordnet werden. PHK E. schloß sich aus ca. 50m Entfernung an 85m, drei weitere Polizisten sollen aus 117m, 142m und 159m Entfernung getroffen worden sein.

Der Obduktionsbericht über die beiden Leichen geht allerdings davon aus, daß die Geschosse mit etwa der gleichen Energie aufgetroffen sein müssen. Die in der Tat geäußerten Widersprüchlichkeiten werden von der BAW dadurch erklärt, daß durch den tieferen Standort der Schützen am Grundbach eine Erhöhung des Schußabwinkels von nur 2 Grad ausreiche, um die entsprechend weitere Flugbahn zu bewirken. Somit könne von einem versehentlichen Zu-Hoch-Zielen ausgegangen werden. Die Angeklagten hätten die Tötung weiter entfernt stehender Polizisten als Möglichkeit vorausgesehen und billigend in Kauf genommen.

Als weitere belastende Indizien führt die BAW noch ein Telefongespräch an, das Andreas E. als Angerufener und Andreas S. als Anrufer in der Nacht vom 2. auf den 3.11.87 um 1.43 Uhr geführt hätten. Hier wandle Jean Andrus E. mitgeteilt, daß zwei Polizisten erschossen worden seien, worauf er kaum reagiert habe und sich lediglich für den Anruf bedankte.

Die schwerwiegendsten Indizien sind folgende bei Andreas E. gefundene Dinge:

- Die Hanauer Waffe mit eingeführtem Magazin
- Zwei pastende leere Molts
- Schergerstete Handschuhe, Pulswa-

und für die Waffe waren zwei verschiedenen Munitionstypen auf die Hülzen war mindestens der Art zugeordnet, die sowohl beim Probeschießen als auch beim Tötungsschuss verworfen worden seien soll.

Baldur O. behauptet, Frank H. habe ihm auf den Rückweg von der Demo erzählt, daß er die Pistole bei sich habe.

Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe bei sich behalten. Auch an dem Tag, daß er die Pistole gefunden sei, die nachher am Grundbach habe schiefen sehen.

Laut BAW ist die Rücknahme dieser Aussage lediglich eine Reaktion auf die Verörterdiskussion in der Szene und unterstellt, daß er sich offenhalten wolle, welche Teile er aufrechterhalten wolle und welche nicht. Die BAW weist darauf hin, daß er seine Teilnahme am Übungsschießen erst eingeräumt habe, nachdem man ihm die Schmauchspuren an seiner Kleidung vorgehalten habe. Am 22.11. habe er noch einen Handschub mit Schmauchspuren dem Frank H. zugeordnet.

Letzte Meldung, letztes Info:

Die Zulassung der Anklage wurde am 11.11.1988 vom Staatschutzsenat beschlossen mit folgenden Einschränkungen:

- Anklagepunkt Brandanschlag Schaufelbagger am 30.8.86 wird nicht zugelassen
- Strafvorschrift gemäß §129a Abs. 1 (Mord usw.) wird ausgeklammert (aus Bf-Info 21)

Embryonenschutzgesetz:

Schutz vor wem?

Seitdem eine öffentliche Auseinandersetzung um die Gen- und Reproduktionstechniken begonnen hat, werden Forderungen nach Gesetzen erhoben, und zwar aus allen Richtungen der an der Diskussion Beteiligten.

Während aus der Ecke der Forschungs-Industrie Gesetze gefordert werden, um die Legitimation für bereits laufende Experimente erteilt zu bekommen, und endlich unbehelligt forschen und produzieren zu können, sind die Forderungen aus allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen — von Einschränkungen der Gen-Technik und -Forschung bis zum Verbot — der Sorge und dem Erschrecken über die rasante Entwicklung und damit verbundenen so schwer überschaubaren und einschätzbaren Gefahren entsprungen.

Diese beiden Pole unter einem Hut zu bekommen, bemüht sich derzeit die Bundesregierung. Sie tut sich etwas schwer, zumal das Hauptbemühen darin liegt, die Industrie nicht abzuschrecken, um weitere Abwanderungen zu verhindern (BASF hat den 1. Schritt in die USA bereits gemacht). Gleichzeitig steht die Regierung in dem Konflikt, der öffentlichen Stimmung irgendwie Rechnung tragen zu müssen, wenn auch das Ziel nicht mehr als nur eine Befriedung der aufgeregten Geister sein wird. Aber selbst das scheint so ganz einfach nicht zu sein. An dem geplanten Embryonenschutzgesetz z.B. wird bereits seit über zwei Jahren herumgedoktert. Im nächsten Jahr nun soll es im Bundestag verabschiedet werden. Dieser Gesetzentwurf und die Diskussion darum soll im folgenden vorgestellt werden.

Jahrelang konnte sich die Gen-Forschung entwickeln, ohne die Öffentlichkeit zu irritieren. Erst seit bewußt wurde, daß auch die menschlichen Gene auf dem Spiel stehen, begann eine öffentliche Diskussion.

Die Entwicklung der neuen Reproduktionstechniken, die die Befruchtung außerhalb des Körpers und damit der Wissenschaft den Embryo als „Arbeitsmaterial“ gestaltet, entpönte neben der Kirche aus moralischen Gründen (wider die Natur) in erster Linie die Frauenbewegung.

1985 fand der 1. Frauentag gegen Gen- und Reproduktionstechnologie statt. Dieser Kongreß war der mehr oder weniger konsensuelle Beginn einer öffentlichen Diskussion über Gefahren der Technik und über mögliche Gesetze. Unter anderem wurde damals häufig die Forderung nach einem Embryonenschutzgesetz vertreten, zum Schutz des Embryos vor dem Zugriff der Forscher.

Aus der Frauenbewegung ist diese Forderung inzwischen weitgehend verstummt, da sehr schnell die Nähe zur Abtreibungsdiskussion deutlich wurde, wo ja bereits „auf der anderen Seite“ diejenigen ständig in den Startlöchern stehen, die den Embryo schützen wollen.

Seit 1986 nun liegt von Seiten des Bundesjustizministers ein Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz vor — entstanden aus den Ergebnissen der sog. Benda-Kommission, die 1984 zur „Klärung der mit den neuen Methoden verbundenen ethischen und rechtlichen Fragen“ vom Bundesminister für Justiz und dem Bundesminister für Forschung und Technologie eingesetzt wurde. Dieser Gesetzentwurf, den die Regierungsparteien im nächsten Jahr gern verabschiedet wissen wollen, beinhaltet zwei Schwerpunkte. 1. den Schutz des Embryos vor den ihn schädigenden Einflüssen durch den Menschen. 2. Möglichkeiten und Grenzen der Forschung mit und an Embryonen. Er bewegt sich in dem permanenten Spannungsverhältnis zwischen „Schutz der Menschenwürde“ (GG, Art. 1) und „Freiheit der Kunst und Wissenschaft“ (GG, Art. 5).

Der Embryo, der in § 9 des Gesetzes bereits vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung der befruchteten Eizelle an als solcher definiert ist, wird zum eigenständigen, von der Schwangeren abgetrennten, Rechtssubjekt erklärt. Interessanterweise will, aber der Entwurf aus-

drücklich den Embryo nicht zum „Grundrechtsträger“ erklären. Wohlweislich, denn dann würde auch GG Art. 2.2 „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ zutreffen und die Embryonen-Forschung erschweren.

Vor wem nun soll der zum Rechtssubjekt erklärte Embryo geschützt werden?

Im § 1 des Entwurfs heißt es dazu:

1) Wer durch Einwirkung auf einen Embryo oder Fötus eine Gesundheitsschädigung des (aus ihm hervorgegangenen) Menschen herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter:

1. eine schwere Gesundheitsschädigung herbeiführt oder
2. durch die Tat leichtfertig den Tod des Verletzten verursacht.

„Der Täter“ wird hier nicht näher definiert, aber in der Begründung des Gesetzentwurfs erfahren wir dann, daß es gar nicht um den Täter geht, sondern um

Da können wir noch mal froh sein, nicht bald alle mit einem Bein im Knast zu stehen.

Wenn wir uns den Kontext vergegenwärtigen, in dem der Gesetzentwurf entstand — die besorgte Diskussion über die Risiken der Gen-Forschung — erscheint der vorliegende Gesetzentwurf wie aus dem Theater. Entstanden ist ein gegen Frauen gerichtetes Machwerk. Die Günstige der Stunde einigt al gemeinen Diskussion nutzlos, soll hier schwangeren Frauen und ihren Mitmenschen die Verantwortung für ein gesundes Kind — unter Strafandrohung — auferlegt werden.

Alle weiteren Paragraphen des Gesetzesentwurfs, die sich mit Problemen der Technik und Forschung beschäftigen, wie „missbräuchliche Anwendung der ex vivo-korporalen Befruchtung“ oder „Missbräuchliche Verwendung von Embryonen und Föten“ Klonen, Chimaeren und Hybridbildung legen sich viel weniger deutlich fest und beinhalten vor allem immer gleich die Relativierung („zur Zeit noch nicht möglich“, „nicht ohne Genehmigung der Landesbehörde“).

Arzt, der einen „Abbruch“ aus welchen Gründen auch immer — (vielleicht weil sein Gewissen dann doch noch rechtzeitig einsetzt? d.V.) nicht bis zum Ende durchführt ... nicht der Gefahr ausgesetzt sehen, nunmehr nach § 1, Abs. 3 (Entwurf) verfolgt zu werden. Er sollte mit anderen Worten nicht gezwungen werden, die Frucht zu töten, nur um der möglichen Gefahr einer Beauftragung nach § 1 Abs. 3 Entw. zu entgehen.“

Reaktionen

Obwohl der vorliegende Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz der Forschung fast alle Klauen klammern offenläßt, wenn sie denn plausibel machen kann, daß ihre Experimente „dem Leben dienen“, kamen die heftigsten Reaktionen gegen den Gesetzentwurf gerade aus dieser Ecke. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft, die wesentlich in Forschungsprojekte im gentechnologischen Bereich involviert sind, beklagten sich in öffentlichen Stellungnahmen gegen die Ein-

schneidung der Herr aus. Dieses Moratoriums-Angebot muß wohl eher unter Berücksichtigung der Strategie abgelehnt werden.

Abgelehnt wird der Gesetzentwurf auch in der gesamten linken Fachpresse. Von „Dr. med. Mabuse“ über „Eco-Info“ bis zum „Gen-ethischen Informationsdienst“ haben zum Teil sehr umfangreich den Entwurf auseinandergeplückt.

Die Grünen hatten aufgrund ihrer Kritik am Entwurf des Bundesjustizministers einen sehr umfangreichen Gegenentwurf erarbeitet auf der Basis der Ablehnung der Gen- und Reproduktionstechniken, weil diese „Ausdruck eines Weltbildes (sind), das den Menschen außerhalb und über der Natur stehend begreift“ (aus der Begründung des Entwurfs). Die Verteidigung „der Natur“ gegenüber der Technik ist der rote Faden des Grünen-Entwurfs. Sie haben diesen aber inzwischen zurückgezogen, weil es gerade aus der Frauenbewegung massive Kritik gegeben hat, überhaupt einen Entwurf einbringen zu wollen, statt generell ein Verbot der Techniken zu fordern. Ein Gesetz, selbst wenn ein besseres als der Regierungsentwurf herauskäme, hätte immer Legitimationscharakter, denn alles, was nicht explizit verboten wird, sei, läßt sich erlaubt. So bleibt also nur die Verbotsforderung.

Auch die SPD hat sich kritisch zum Entwurf für ein Embryonenschutzgesetz geäußert. Einige ASP-Untergruppen lehnen ihn gar wegen seiner Frauenfeindlichkeit ab. Die SPD ist im Grundgesetz verankert mit einem solchen Gesetz kritisiert aber, daß der vorliegende Entwurf völlig unzureichend sei, da er nur den Teilbereich der künstlichen Befruchtung gesetzlich regeln will. Mit dieser Kritik legte die SPD im Dez. 1986 „Beckpunkte“ eines Gesetzentwurfs vor zur „Lösung von Problemen der Unfruchtbarkeit und Anwendung gentechnischer Methoden beim Menschen“.

In den Mittelpunkt der Überlegungen stellt die SPD „das Kindeswohl“. Von der Möglichkeit künstlicher Befruchtung ist sie nicht begeistert, will aber kein Verbot. „... das Kind würde definitiv nicht in eine Lebensbeziehung zu einem Paar hineingeboren, sondern in einen quasi Besitzanspruch einer einzelnen Person.“ Verbieten wüssten wir, die SPD auch jegliche Samens- oder Eizellenspende Dritter, vor allem, weil doch durch AIDS übertragen werden könnte! Das Entnehmen und Befruchten von Eizellen soll nur in der Anzahl genehmigt werden, die auch unverzüglich wieder eingepflanzt werden.

Verbieten werden sollen, Leihmutter, pränatale Genomanalyse (mit der Einschränkung, daß diese als Maßnahme humangenetischer Beratung und Diagnostik medizinisch Hilfe bringen kann), alle Eingriffe in die menschliche Genstruktur, das Klonen, Chimaerzüchtung und Hybridbildung.

Der SPD-Entwurf unterscheidet sich vom Regierungsentwurf erheblich durch die Stöbrichtung, die Forschung selbst zum Ziel der Gesetzesregelung zu machen und nicht den Embryo.

Sollte der Gesetzentwurf des Bundesjustizministers im nächsten Jahr den Bundestag passieren, dürfte dies ein Schritt in Richtung Rechtsprechung bedeuten, wie sie in den USA bereits praktiziert wird. Dort können Embryonen über einen Rechtsbeistand gegen die Schwangere klagen, wenn diese sich so verhält, daß der Embryo in Gefahr gerät. Es darf hier getrost der Phantasie überlassen bleiben, was immer das auch sein mag. Kinder, die mit einer Behinderung zur Welt kommen, können Arzt oder Mutter verklagen, wenn/daß diese nicht alles getan haben, ein gesundes Kind zu produzieren.

Die Frauenbewegung und Linke (besser deren Teile, die dieses Gesetzvorhaben bisher zur Kenntnis genommen haben), sind sich zwar einig in der Ablehnung des Embryonenschutzgesetzes, aber eher ratlos und hilflos, beim Entwurf einer Strategie gegen die Gefahren, die von Gen- und Reproduktionstechniken ausgehen. Denn auch die Verbotsforderung wirkt doch eher hilflos, sie hat momentan überhaupt keine Lobby. (Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate stammen aus den entsprechenden Entwürfen.)

b., KB/Gruppe Bremen



die Täterin und ihr Umfeld.

Der Embryo soll vor Individualisierungen geschützt werden, wie dem Arzt, der „leichtfertig einen Embryo durch Röntgenstrahlung schädigt“ oder einem am Rücken Erkrankten, der „leichtfertig eine Schwangere mit der Folge infiziert, daß diese ein schwerbehindertes Kind zur Welt bringt.“ Noch sollen Schwangere selbst, die durch Rauchen oder Trinken zu einer Schädigung des Embryos beigetragen haben, nicht bestraft werden — nur „ausnahmsweise, ... in Fällen grober Achtlosigkeit.“ Sollte allerdings eine Schwangere etwa ein Conterganvergiftungsgleiches Mittel trotz Kenntnis seiner Gefährlichkeit einnehmen oder liegt ein ähnlich gravierendes Verhalten vor, so bestehe kein Anlaß, die Schwangere von der Strafbarkeit auszunehmen. Eine besondere Perle, das Frauen durch einen Pharmakonzern zugefügte Leid einfach um 180 Grad zu verkehren in ihre individuelle Verantwortlichkeit. Täter und Opfer werden mal eben ausgetauscht.

So sollen dann folgerichtig auch nicht gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen oder unweibliche Schädigungen geahndet werden, sondern „Angehörige und Dritte, die mit der Schwangeren etwa am Arbeitsplatz oder in Wohngemeinschaften — ständigen Kontakt haben, können durch ihr Verhalten nachteilig auf die Entwicklung der Leibesfrucht einwirken. Wird etwa die Schwangere wegen starken Rauchens anderer zur „passiven Raucherin“, so kann auch dies zu einer Schädigung des Embryos und nach seiner Geburt zu einer gewissen Beeinträchtigung des Kindes führen.“ Da nun aber bislang jegliche Strafvorschriften fehlen, die zu einer Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung hinsichtlich der notwendigen Rücksichtnahme auf Embryonen helfen könnten, würde es zu weit führen, jede fahrlässige Beeinträchtigung im Embryonenschutzgesetz zu erfassen.

Es wird somit zwar alles mögliche Experimentieren unter Strafe gestellt, aber die Ausnahmegenehmigung implizit mitgeleitet.

Embryonenschutz und § 218

Die von Frauengruppen befürchtete direkte Übertragung des Embryonenschutzgesetzes auf die Abtreibungsdiskussion vorerst nicht gewollt. Der Entwurf des Bundesjustizministers nennt ausdrücklich die „Handlungen, die auf einen Abbruch der Schwangerschaft gerichtet sind“ aus der Strafbarkeit aus, begründet allerdings gleichzeitig das Fehlen einer eindeutigen Embryonenschutzvorschrift, obwohl diese wünschenswert sei. Jetzt wird, mit den Schwierigkeiten der Abgrenzung zum § 218.

Wird ein Gesetzentwurf, der die Schwierigkeiten zukünftig gemeistert werden. Wir werden im günstigsten Fall, einen Exzentrismus der Regierung vorgeführt bekommen. Denn wenn im Vorspann des Entwurfs zu lesen ist, daß sich nur der Befruchtung der menschlichen Eizelle bereits spezifisch menschliches Leben zu entwickeln beginnt, gleichzeitig dieses sich entwickelnde von der Schwangeren losgelöst zum Rechtssubjekt erklärt wird, das es vornehmlich von der Schwangeren zu schützen gilt, und für dessen Verletzung die Verantwortung die Schwangere tragen soll, werden die Lebensschützer nicht verstehen, daß im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs diese Schutzanspruch nicht bestehen soll.

Der Widerspruch, in dem sich hier der Bundesjustizminister befindet, wird auch deutlich daraus, daß zwar ein Arzt, der durch Röntgenstrahlen leichtfertig einen Embryo schädigt, bestraft werden soll, der Arzt aber, dem ein Schwangerschaftsabbruch mißfällt mit der Folge der Geburt eines geschädigten Kindes, nicht ausdrücklich ausgenommen. Ebenso der

Schränkung der Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Dabei habe doch die Wissenschaft eine Verantwortung zur Forschung, ... die mittelbar oder unmittelbar der Minderung menschlichen Leids dem Schutz von Leben und Gesundheit (ident.) Naturwissenschaftlern und Medizinern wird kaum verständlich zu machen sein, warum solches Forschungshandeln strafwürdiges Unrecht sein soll. Unverhältnismäßig erscheint die Androhung von bis zu drei bzw. fünfjährigen Freiheitsstrafen zum Schutz einer sehr geringen Zahl nicht transferierbarer Embryonen auch im Hinblick darauf, daß jährlich mehr als 200.000 gesunde Föten straffrei abgetrieben werden, weil der Gesetzgeber seiner Schutzverpflichtung für werdendes menschliches Leben im Rahmen der Notlagenindikation (§ 218a StGB) bei diesem bestehenden Zustand Genüge getan sieht.“ (Zitiert in E. coli bei Nr. 4)

Die Max-Planck-Gesellschaft hat inzwischen die heftige Kritik abgeschwächt und sich zu einem Moratorium bereit erklärt. Der Präsident der Gesellschaft erklärte in einem Brief an den Bundesjustizminister: „Was die Forschung an frühen menschlichen Embryonen betrifft, haben sich Ärzte und Naturforscher bereits Richtlinien zur Vermeidung von Fehlentwicklungen gegeben. Darüberhinaus werden wir uns für solche Forschung einen strikten Verzicht auferlegen, solange der Rahmen des ethisch und rechtlich Vertretbaren unter Berücksichtigung der Aufgaben, welche von der Allgemeinheit an Wissenschaft und Forschung gestellt werden, nicht geklärt ist. Dies bedeutet, daß wir, wie auch bisher, entwicklungsfähige Embryonen für Forschung in unserem Bereich nicht benutzen und auch nicht gezielt herstellen werden.“ (Zitiert in Gen-ethischer Informationsdienst, 36/1988)

Was die Max-Planck-Gesellschaft im nicht entwicklungsfähigen Embryonen vorhat oder bereits experimentiert, dazu

Die Gefährlichkeit der FAP — Zwischen Mythos und Wirklichkeit

kaum ein Tag vergeht, an dem nichts über Neonazis oder Skinheads in den Zeitungen zu lesen ist. Meistens sind es brutale Überfälle auf ausländische oder linksverdächtige Jugendliche, manchmal Anschläge auf Kneipen oder Wohnungen, in denen Linke oder Ausländer vermutet werden. In den meisten Fällen sind Mitglieder oder Sympathisanten der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) nicht weit.

Dies hat in der Öffentlichkeit zu dem Teil recht abenteuerlichen Vorstellungen geführt, was die organisatorische und politische Kraft der FAP angeht.

In diesem Artikel soll gezeigt werden, daß die Häufigkeit und die Brutalität der neonazistischen Randalen nur sehr eingeschränkt Schlüsse auf die politischen Möglichkeiten der bundesdeutschen Neonazi-Bewegung in und um die FAP zulassen.

FAP — die große Gefahr?

Mit derweil ist es so weit, daß sogar die niedersächsische CDU-Regierung Sympathiepunkte erwartet, wenn sie für ein Verbot der FAP eintritt. Am 2. Juni 1988 beschloß der niedersächsische Landtag einstimmig, beim Bundesrat zu beantragen, der Bundesrat möge beim Bundesverfassungsgericht ein Verbotverfahren gegen die FAP einleiten. Ministerpräsident Albrecht und der inzwischen geschäftliche Innenminister Hussemann hielten ein Verbot für „unumgänglich“. In Hessen forderte die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu unterstützen. Im September 88 beantragte der Petitionsausschuß des Bundestages ein Verbot der FAP. Bereits im November '87 forderte Bundesinnenminister den Bundesinnenminister Ziemer auf, die FAP zu verbieten.

Dieser Eifer findet seine Entsprechung in unterschiedlichen Zahlen, die durch die Presse geistern. Hierzu nur zwei Beispiele:

In der Morgenpost vom 9.2.88 spricht die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) von 700 organisierten Neonazis. Der Hamburger Chef des „Verfassungsschutzes“ (VS) Lochte nennt „etwa 1000“ Mitglieder der FAP. Mitglieder, insgesamt habe es in Hamburg 1987/88 Neonazis gegeben, sowie in 1988.

Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ gibt an: „Insgesamt habe es in Hamburg 1987/88 Neonazis gegeben, sowie in 1988.“

Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ gibt im Januar '88 die Mitgliederzahl der „Nationalistischen Front“ (NF) für 1986 mit 500 an. Der „Verfassungsschutzbe-

richt“ für 1986 spricht von „mehreren Dutzend“.

Der „Back nach rechts“, sicherlich einer Verharmlosung des Neonazismus unverdächtig, meldet im Februar '88 für Hamburg die Zahl von 60 FAP-Aktivisten.

Der VS, in dieser Hinsicht sicherlich nicht ganz so unverdächtig, gibt die Zahl der FAP-Mitglieder mit rund 500 an, etwa soviel wie 1986. Die Gesamtzahl der Neonazis beläuft sich nach VS-Angaben 1987 auf 1520. Zum Vergleich: 1983, dem Jahr des ANS-Verbotes, nannte der VS die Zahl von 1400 Neonazis.

1987 — „Ein Jahr des Aufbaus“?

Nach Kühnens Ankündigung vom Dezember '86 sollte es das jedenfalls werden. Hatten doch am Bundesparteitag der FAP im Juni '86 nur etwa 100 der angeblich über 500 Mitglieder teilgenommen. Zwei Ereignisse mögen den „Aufbruch“ der Kühnens-Truppe belegen:

- Für den Kühnensflugel der FAP finden am 25.7.87 zwei Demonstrationen unter dem Motto „Freiheit für Michael Kühnen“ statt. Die „Bereiche Nord und West“ der „Bewegung“ sollen in Bonn aufmarschieren. Anführer soll Christian Worch sein. Thomas Brehl soll die „Bereiche Süd und Mitte“ in Wiesbaden anführen. Nach Angaben von Worch in seinem Mitte-August-„Neue Front“ versammelt er 11 „Kameraden“ um sich. Brehl bringt es dagegen auf fast das Doppelte.

- Am 15.11.87 gibt es in Essel-Niederrhein eine Veranstaltung der „Wirkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPÖ). Anführer der „Neuen Front“ beteiligen sich daran die „Wiking Jugend“, die Kühnens-Gruppe und die Mosler-Gruppe sowie „unabhängige Kameraden“. Die Teilnehmerzahl von 100 gilt der „Neuen Front“ als beachtlich, zumal die Teilnehmer „nur aus den norddeutschen Bundesländern“ kommen.

Auch beim Mosler-Flügel wuchsen die Hoffnungen nicht in den Monaten. Am einen bundesweiten „Gaufreitag“ am 11.7.88 nahmen knapp 100 Leute aus der gesamten BRD und Österreich teil, was angesichts der Urlaubzeit von den Mosler-Leuten als Erfolg eingeschätzt wird.

Ende '87 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen dem Mosler Flügel und den Kühnens-Leuten an Schärfe zu. Im November '87 wird das Haus des nordrhein-westfälischen Kühnens-Gefolgsmannes Schönstedt mit Parteilern bemalt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Januar soll auf das Haus ein Brandanschlag mit 2000 DM Sachschaden verübt worden sein. In beiden Fällen verdächtigen die Kühnens-Leute nicht „bolschewistische Terroristen“, sondern suchen die „Mordbrenner unter den Anhängern Jürgen Moslers“.

Zum 16.1.88 mobilisieren die Kühnens-Anhänger nach Hagen zum „Gaufreitag“ in Nordrhein-Westfalen. Sie bringen

etwa nach eigenen Angaben 50 Leute auf die Beine. Mosler mobilisiert ca. ein Dutzend für eine „Gegendemonstration“. Nur ein massiver Polizeieinsatz verhindert, daß beide Gruppen aufeinander einschlagen.

Die FAP als Sammelbecken

Im Widerspruch zu diesen selbstzerstörerischen Kräften steht die Tatsache, daß es beiden Lagern gelungen ist, bisher nicht zur FAP gehörende Neonaziformationen an die jeweilige Gruppierung heranzuführen.

Der frühere Chef der 1982 verbotenen VSHD-BVA Friedrich Busse war bereits auf dem bundesweiten „Gaufreitag“ der Mosler Leute im Juni '87 der sogenannte Hauptredner. Auf dem Landesparteitag der FAP in Nordrhein-Westfalen im September '87 wickelte er nicht von der Seite Siegfried Borchardt („SS-Siggi“), der auch zum Mosler-Flügel gehört. Busse wurde im November '88 zum Bundesvorsitzenden der FAP gewählt. Borchardt wurde sein Stellvertreter.

Kühnen ist auf dem Sektor auch nicht untätig. Während seiner Tour durch die BRD nach seiner Entlassung aus dem Knast trifft er sich u.a. mit Michael Schönborn, dem Chef der „Nationalistischen Front“. Schönborn soll ihm zugesagt haben, sich bei seinen „Kameraden“ für Kühnens Konzept der „Nationalen Sammlung“ einzusetzen.

Auch Walter Mathias, Gründer der „Wiking Jugend“ (WJ) und derzeit „Schriftleiter“ der WJ-Hauspostille, hat ihm angeblich seine Unterstützung zugesagt. Der designierte WJ-Bundesführer Ulf Nahrath ist FAP-Aktivist. Die WJ tritt immer häufiger bei FAP-Veranstaltungen auf, andererseits fehlen Kühnens Anhänger bei keiner Veranstaltung der WJ.

Auf dem „Führertag“ im August '88 bestätigen 40 „Führungskameraden“ ihren Fährten. Diese Veranstaltung sollte die

Verbindung zwischen den Parteitagten sein und etwa 400 „Kameraden“ aus der BRD, Österreich und den Niederlanden repräsentieren. Die Versammlung beschloß auf Kühnens Vorschlag, die NS mit Ziel und Programmen als „eingetragenen Verein“ zu betreiben. Die NS sollte sich als Wahlverein innerhalb der FAP verzeihen. Mit einem „loyalen Abschied“ aus dem rechten und reaktionären Lager (gemeint sind anscheinend Mosler und Co.) kann sich Kühnen jedoch nicht durchsetzen.

1988 — Durchbruch oder Einbruch?

1988 — Durchbruch oder Einbruch?

Was die Mobilisierungserfolge angeht, knüpfen die FAPler da an, wo sie 1987 auf gehört haben.

Moslers „Neue Front“ von März/April 1988 meldet „Schwierigkeiten mit der Finanzierung“ der Nazi Postille wegen der „nach wie vor schlechten Zahlungsmoral“.

Nachdem Kühnen im März '88 aus dem Knast entlassen worden ist, konnten 50 Neonazis „aus der gesamten BRD“ zu Michael Kühnen zu baldigen“ (FR 11.4.88).

An der „Bereichskundgebung Nord“ im April '88 nahmen schon 70 Kameraden teil (Kühnens „Neue Front“ Mai '88).

Zur 1. Mai-Kundgebung in Rheinhausen, von Kühnen als großer Propaganda-Coup geplant, kamen Kühnen nur etwa 40 Freunde begrüßen.

Am ersten Todestag von Rudolf Heß am 21.8.88 will die FAP in Wunsiedel einen Aufmarsch durchführen. Angerufen sind 400. Die Polizei rechnet mit 1000. Es erschienen 12.

Auf einer Versammlung des „Gaus Baden-Württemberg“ Ende Oktober '88 konnte Kühnen etwa 60 Gesinnungsgenossen begrüßen. Nicht alle kamen allerdings aus Baden-Württemberg (FR 1.11.88).

Der „Wahlkampfauftritt“ der NS zur hessischen Kommunalwahl im März '89 in Frankfurt am 3.9.88 muß mit 35 Neonazis (inklusive Brehl und Kühnen) aus-

kommen. (Frankfurter Neue Presse 5.9.88). Und das, obwohl Kühnen für die Kommunalwahl seinen großen Durchbruch angekündigt hat.

Die Überschätzung Kühnens wird nicht unmaßgeblich durch 2 sich ergänzende Phänomene beeinflußt: die Sensationsgier großer Teile der Presse und die Publicitygier Kühnens. Besonders den Platz in seinen monatlichen „Erfolgsberichten“ nehmen seine Pressetermine ein. Wichtig an seinem Auftritt in Hungen/Hessen im April '88 ist zum Beispiel, daß er Gelegenheit hat, dem „hessischen Rundfunk“ ein umfangreiches Interview zu geben. An anderer Stelle erwähnt er ein „Interview mit dem WDR“. Über den 6.5.88 heißt es: „an diesem Tag zwei Pressegespräche, ein Team beabsichtigt ein komplettes Porträt über Michael zu drehen, schließlich sei er mittlerweile „eine Person der Zeitgeschichte“. Über den 10.5. heißt es kurz: „erneuter Termin mit der Presse“. Und hier ben auch die Mobilisierungserfolge bescheiden, wie in Frankfurt und in Wunsiedel, so ist doch die Presse da. Und Kühnen führt ein Gespräch mit der Presse wie in Wunsiedel (taz, 22.8.88) oder posiert für den Fotografen wie in Frankfurt („Spiegel“ 5.12.88).

Ru. Antifa-Komm. HH

„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ — FAP

1979 gegründet, fristet die kleine Partei, bis 1984 ein völlig unbedeutendes Dasein. Ende 1983 wird die ANS/NA von Bundesinnenminister Zimmermann verboten. Ab 1984 sichern die ANSler in die FAP ein, um unter diesem Deckmantel die alten Umtriebe fortzusetzen. Mitte 1986 initiieren die Neonazis Mosler und Heidel eine Kampagne gegen Homosexuelle in ihren Reihen. (Günther und

Reinhold, 1988, S. 104)

ANS/NA im September 86 aus Mosler wird offiziell Kühnens Nachfolger. Im Dezember '86 tritt Kühnen der „Bewegung“ wieder bei. Seitdem versuchen beide Flügel, ihre „Kameraden“ zu sammeln. Ende '86 wird das Zahlenverhältnis vom VS auf 250:80 für Mosler geschätzt. Mittlerweile dürfte sich das Verhältnis zu Gunsten Kühnens verschoben haben, obwohl beim letzten FAP-Bundesparteitag im November 1988 der Mosler-Flügel auch offiziell an die Spitze rückte.

Seit seiner Entlassung aus dem Knast im März 1988 zieht Kühnen durch die Lande und versucht, die „alten Kameraden“ wieder einzusammeln. An Erfolgsmeldungen spart er dabei nicht. Sein lauthals verkündetes Konzept ist die NS.

Seit seiner Entlassung aus dem Knast im März 1988 zieht Kühnen durch die Lande und versucht, die „alten Kameraden“ wieder einzusammeln. An Erfolgsmeldungen spart er dabei nicht. Sein lauthals verkündetes Konzept ist die NS, die „nationalen Sammlung“ aller „aufrechten Kämpfer“, die Mosler-Heidel-Leute

„Nationalistische Front“ (NF)

1985 gegen die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) gegründet. Vorsitzender wurde der Freiburger Bernhard Pauli „Generalsekretär“ wurde Meinolf Schönborn, vorher Kreisvorsitzender der NPD und Landesvorsitzender der NPD Jugendorganisation FN in Nordrhein-Westfalen. 1986 wird Schönborn auch Vorsitzender. Am 31. Januar 1986 hat Schönborn einen Kaufvertrag für ein Haus in der Bielefelder Bleichstraße 143 unterschrieben. Dieses Haus firmiert heute als „Nationales Zentrum“. Die Kontakte zur FAP sind bereits seit einiger Zeit sehr eng. Der Bielefelder FAP-Ortsgruppenführer soll im „Nationalen Zentrum“ ein- und ausgehen.

Der VS schätzt die Mitgliederzahl für 1987 auf etwa 80. Die NF soll neben Bielefeld noch relativ große Stützpunkte in Bremen und Westberlin haben.

Fortsetzung von vorheriger Seite

„nur Interesse daran, daß sie belastendes Material in Flammen aufgeht.“ (NP 10.11.88)

Es mag sein, daß die Polizei den Nazis ihren besonderen Wunschzettel mit auf den Weg gegeben hat. Sei es über den oder Fütter. Möglich wäre, daß sie noch ein dritter Neonazi in Frage kommt. Mehrere Gerüchte ranken sich darum, daß auch FAP-Kameradschaftsführer Müller mit den Geheimdiensten zusammenarbeiten soll. Auffällig war, daß die Ermittlungsverfahren gegen Müller wegen der Brandstiftungen zuerst immer eingestellt worden sind, obwohl er von mindestens fünf FAPlern beschuldigt worden ist. Daß dieses Gerichtsverfahren überhaupt zustande gekommen ist, liegt daran, daß der Prozeß wegen der Ermordung von Roger Borchmann so hohe Wellen geschlagen hat und die Justiz daraufhin an diesem Verfahren gegen Müller und Kiem nicht vorbeikommen konnte.

Mittlerweile wird Müller selbst in FAP-Kreisen wie z.B. in der FAP-Zeitung „Deutscher Standpunkt“ offen als Spitzel gehandelt.

Innenministerium hat alle Hände voll zu tun

Hatte die Polizei anfangs gegen das „EK 1“ auch nach Paragraph 129 ermittelt, also wegen Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, so ist dies schon sehr schnell auf Wk von höheren

Stellen korrigiert worden. Die Vorgänge um das „EK 1“ und die FAP sollen so niedrig wie möglich gehandelt werden. Der Lüneburger Oberstadtratwahl Liebeneiner gab in einem Schreiben vom 7.1.1987 die Marschrichtung an: Eine Anklage nach 129 lehnte er ab, denn er sehe „keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Vereinigung“. Und Liebeneiner weiter: „Irrenderweise organisatorischen Strukturen in Bezug auf die Begehung von Straftaten und bisher auch nicht anwaltweise erkennbar.“ Das „EK 1“ wurde als unpolitisch Haufen dargestellt, eine Sichtweise, die besonders das Innenministerium verbreitete.

Damit waren die Weschen gestellt, um die Verfahren gegen die FAP und das „EK 1“ zu zersplittern und zu entpolitisieren. Die politischen Hintergründe sollten um keinen Preis beleuchtet werden. „Der Vorsitzende der Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger beklagte, daß die Ermittlungen weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft in den entsprechenden Spezialabteilungen für politische Straftaten geführt würden.“ () Es wird der Schein erzeugt, jeder Überfall sei für sich allein eine zufällige Einzelercheinung.“ (Kritische Justiz 3/88, S. 131)

Alles zusammengekommen ergibt nämlich folgendes Bild: Der Staat baut über V-Männer Nazi-Terrorgruppen mit auf, unterstützt sie beim Terror gegen Ausländer und in so mit. Schrecken zu verbreiten. Daß das nicht deutlich werden soll ist verständlich.

He., KB Göttingen



FAPler bei einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der VVN in Wühl (NRW) 1984. Dr. Tier von rechts, FAP-Funktionär Borchardt.

Palästina:

Ein Volk gründet seinen Staat

Erwartungsgemäß hat der Nationalrat, das palästinensische Parlament, während seiner 19. Sitzung (12.-15. November) die Gründung des Staates Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem erklärt. „Der Staat Palästina gehört den Palästinensern, wo immer sie sich befinden“, heißt es in der Gründungsdeklaration. (1) „In ihm werden sie ihre nationale und kulturelle Identität entwickeln.“ Zugleich aber soll es „ein arabischer Staat“ sein, „ein integraler und untrennbarer Bestandteil der arabischen Nation mit ihrer Tradition und Zivilisation, mit ihrem abstrakten Streben nach Befreiung, Entwicklung, Demokratie und Einheit“.

Indem sich der Nationalrat zur arabischen Einheit bekennt, will er diesem Einheitsstreben also zugleich einen demokratischen und progressiven Inhalt geben — wenn man dies Bekenntnis wirklich nehmen will — kontrovers zur der zeitigen Verfallbarkeit der arabischen Staaten stehen möchte.

Der Staat Palästina soll ein „parlamentarisches, demokratisches Regierungssystem“ erhalten, „das auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung und der Gründung von politischen Parteien beruht“, sowie auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Nichtdiskriminierung wegen Rasse, Religion oder Geschlecht. — Das wäre mehr oder weniger einmalig in der arabischen Welt und könnte eine Vorbildfunktion erfüllen.

Der Staat Palästina bekennt sich in der Gründungsdeklaration zum Prinzip der friedlichen Koexistenz und zur „Beteiligung internationaler und regionaler Konflikte durch friedliche Mittel“. Er „weist die Drohung mit oder die Anwendung von Gewalt, Macht oder Terrorismus gegen seine oder die territoriale Integrität eines anderen Staates zurück“, wobei in erster Linie an Israel zu denken ist, dessen Bestand also nicht mehr mit gewalttätigen Mitteln in Frage gestellt werden soll.

Wie ist die Realisierung des Staates Palästina angesichts der israelischen Besitzung vorzuziehen? Der Nationalrat hat in seiner Abschlusserklärung die UNO aufgefordert, „die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich der besetzten Jerusalems, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen“. Unklar ist, ob dies nicht ein entsprechender Antrag in der UNO gestellt werden soll.

Ebenfalls in der Abschlusserklärung werden die „besonderen Beziehungen“ zu Jordanien bestätigt. Der künftige Palästina-Staat soll mit Jordanien in einer

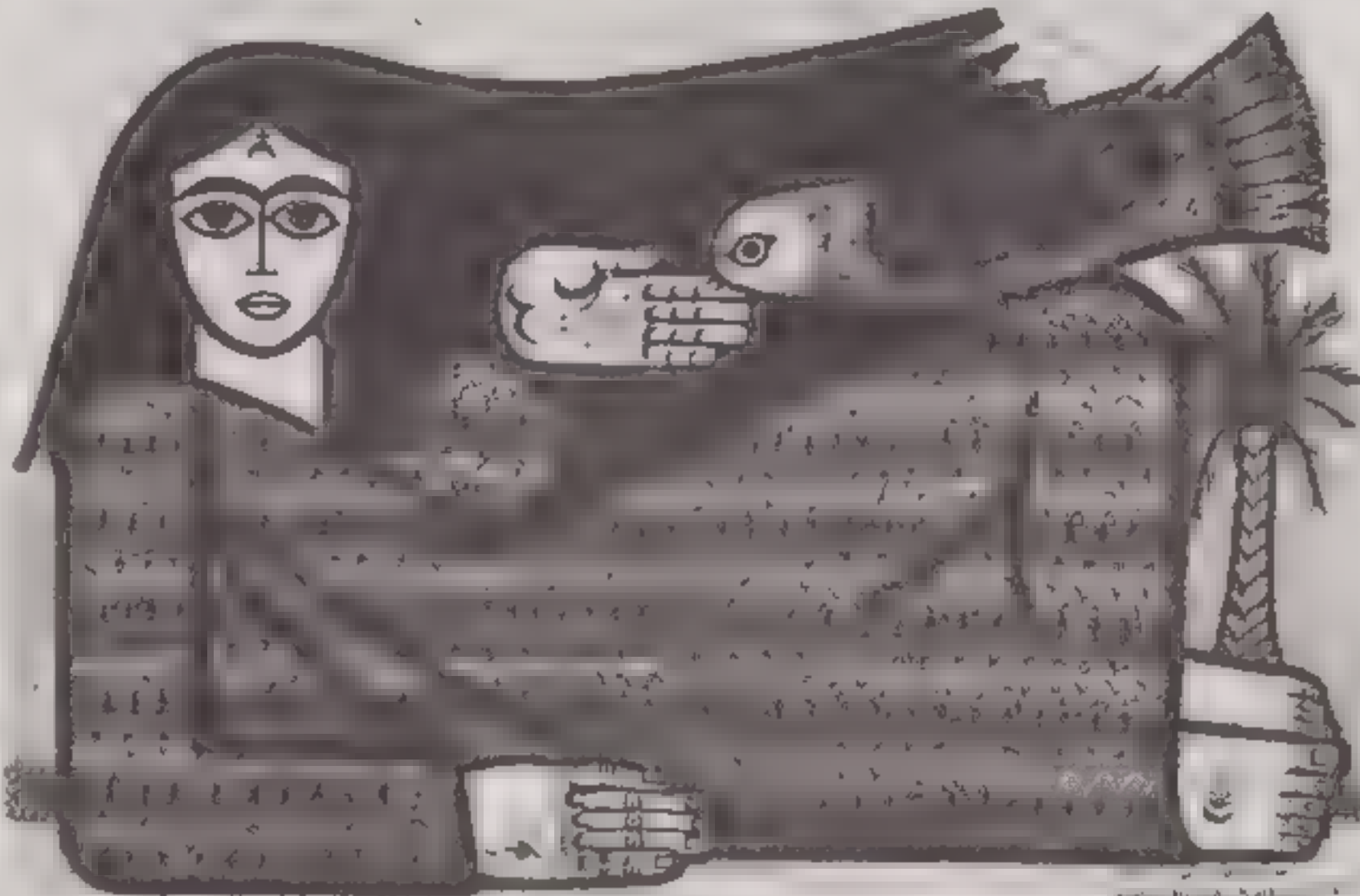
werden die „besonderen Beziehungen“ zu Jordanien bestätigt. Der künftige Palästina-Staat soll mit Jordanien in einer Föderation verbunden werden. Das stellt eine Niederlage für die Linken dar, die sich der vor allem von der PLO-Spitze betriebenen engen Bindung an das reaktionäre jordanische Regime mit guten Gründen seit langem widersetzt haben. Die Föderation, das heißt präzise der Anschluss an Jordanien, ist eine alte Forderung der USA an die PLO. Der entsprechende Beschluss des Nationalrats könnte als Verbeugung in diese Richtung interpretiert werden.

Offen blieb die Frage der Regierungsbildung. Im Prinzip scheint Einigkeit zu herrschen, daß die Proklamation des Staates durch die Gründung einer Exilregierung ergänzt werden soll. Dafür stehen aber weder Termin noch Modalitäten noch Personen fest. Es gibt auch keine offizielle Erklärung, warum dieser Akt von der Staatsproklamation getrennt und aufgeschoben wurde. Nach Prespekulationen soll vor allem die PFLP der sofortigen Bildung einer Exilregierung widersprochen haben. Es heißt aber auch, daß dieser Schritt nun für Anfang 1989 zu erwarten sei.

Indirekte Anerkennung Israels

Der Nationalrat ist einer langjährigen Forderung rechter arabischer Regimes (Jordanien, Ägypten), der USA und der EG nachgekommen, indem er offiziell die UN-Resolution 242 akzeptiert hat. Das stellt eine de-facto-Anerkennung Israels dar, ohne den Sachverhalt offen auszusprechen und ohne Israel beim Namen zu nennen. Die Anerkennung der Resolution 242 findet sich in der Abschlusserklärung des Nationalrats, die mit 253 Stimmen gegen 46 Nein und 10 Enthaltungen angenommen wurde. Gegen das Stimmverhalten hatten insbesondere die Vertreter der linken PFLP (Volksfront) gestimmt.

Wenig Beachtung fand in der Öffentlichkeit die Tatsache, daß eine indirekte Anerkennung Israels auch durch die Unabhängigkeitserklärung erfolgt ist, die von Nationalrat einstimmig angenommen wurde. Betrachten wir zunächst diesen Punkt:



in der UNO sehr wohl fühlen, denn diese sei dabei, das Weltzentrum für Antisemitismus zu werden. (4)

Vom „Neuen Denken“ angesteckt?

Die Abschlusserklärung des Nationalrats bekennt sich zum „Wunsch der Menschheit, die Suche nach internationaler Entspannung, atomarer Abrüstung und Beseitigung regionaler Konflikte mit friedlichen Mitteln zu verstärken“.

Der positive Bezug auf das Neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik ist unübersehbar. Der Bonner PLO-Vertreter Frangi, der oft den (noch) unausgesprochenen Gedankengängen der PLO-Führung ein wenig vorgreift, erläutert: „Die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten hat die generelle Konfrontationspolitik zwischen Ost und West erheblich vermindert. Diese Entspannungspolitik hat eine Atmosphäre geschaffen, die regionalen Konflikte in der Welt durch Gespräche und politische Verhandlungen zu lösen. Die Lösungen und Fortschritte in den Konflikten in Afghanistan, Namibia, Kambodscha, Iran-Irak, Tschad, Lateinamerika und Westsahara haben dies bestätigt. Das Palästina-Problem kann von dieser Entwicklung nicht ausgespart bleiben.“ (5)

Die PLO-Führung ist möglicherweise tatsächlich der sowjetischen Theorie aufgeschlossen, daß ein immer intensiveres Klima des gegenseitigen Verzichts und Interessenausgleichs zwischen den Supermächten USA und UdSSR zu einer Art „horizontaler Deeskalation“ der unterschiedlichen Regionalkonflikte führen werde. Dieser Theorie zufolge gibt es ein gemeinsames Interesse der Supermächte, alle Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu regeln. Zugleich wird den beiden Mächten die Fähigkeit zugeutraut, weltweit die notwendigen Druck auf ihre wichtigsten Verbündeten auszuüben. Bisher ist jedoch noch an keinem einzigen Punkt der Welt erkennbar, daß die US-Regierung irgendeinen konfliktbedingten Juniorpartner zum Kompromiß drängt.

Die Hoffnung auf eine positive Rolle der USA und erst recht auf ein aktives Eingreifen der EG-Staaten hat in der Politik der PLO allerdings eine jahrelange Tradition, die älter ist als Gorbatschows Neues Denken. Soweit die Anerkennung der Resolution 242 sich an diese Adressen richtet, wird zwangsläufig Enttäuschung das Ergebnis sein.

Die EG hat ihre Position seit der sog. Erklärung von Venedig (Juni 1988) nicht mehr verändert. In diesem Text ist die Rede von der „Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht, ohne jedoch in diesem Punkt konkret zu werden. Sie läßt also genau die entscheidende Frage der Staatlichkeit offen. Die Erklärung von Venedig lehnt außerdem einseitige Veränderungen des Status von Jerusalem durch Israel ab, bezeichnet die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten als Hindernis für den Friedensprozeß und spricht sich für die Beteiligung der PLO an Verhandlungen aus.

Seit 1980 ist diese Position der EG festgeföhren. Das heißt, die seither erfolgten entscheidenden Veränderungen und Klärungen in der Politik der PLO sind praktisch nicht honoriert worden. Man könnte auch umgekehrt die zynische Feststellung treffen, daß die PLO mit der zweideutigen, ungeklärten Politik, die sie 1980 gegenüber Israel noch vertrat, bei den EG-Staaten auch nicht schlechter abgeschnitten hat als heute. Das heißt auf Dauer natürlich nicht gerade eine Ermunterung für die „gemäßigten Kräfte“ in der PLO dar.

Noch schlimmer das Bild, das die USA bieten. 1974 konnte Arafat vor der UNO in New York auftreten, 1988 wird ihm das gleiche verweigert, nachdem die PLO sich inzwischen dutzendmal vom Terrorismus distanziert hat (was 1974 noch keineswegs der Fall war) und 242 anerkannt hat. 1977 war Präsident Carter schon soweit, sich nicht nur für die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ auszusprechen, sondern sogar für ein palästinensisches „homeland“, ohne das keine Lösung des Nahostproblems möglich sei. Hinter diesen Stand ist die US-Politik seit her weit zurückgefallen, statt die wachsende Kompromißbereitschaft der PLO in ir-

In der Unabhängigkeitserklärung wird gewagt, daß die UN-Resolution 181, trotz des an den Palästinensern begangenen Unrechts, immer noch die internationale Legitimation darstelle, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit garantiere. Darüber hinaus enthält die Unabhängigkeitserklärung sogar ein Bekenntnis zur „internationalen Legitimität, wie sie in den Resolutionen der UNO seit 1947 verkörpert wird“, was wortlich genommen 242 selbstverständlich einschließt.

Resolution 181 wurde von der UN-Verammlung, die damals sehr viel weniger Mitgliedsstaaten hatte als heute, am 29. November 1947 mit 33 gegen 13 Stimmen angenommen. 181 sah die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat vor, Jerusalem sollte der Kontrolle der UNO unterstellt werden. Obwohl von der Bevölkerung Palästinas damals nur etwa ein Drittel Juden waren, sollten dem jüdischen Staat 54% der Fläche Palästinas zugeschlagen werden, das

sollten dem jüdischen Staat 54% der Fläche Palästinas zugeschlagen werden, das unter rein arabischen Gebieten wie Galiläa im ersten israelisch-arabischen Krieg 1948/49 vergrößerte sich Israel noch weit über den UN-Teilungsplan hinaus. Die restlichen Gebiete des projektierten arabischen Palästina-Staats wurden von Jordanien und Ägypten besetzt.

Wenn die Resolution 181, die damals von allen arabischen Sprechern als ungerecht und aufgezwungen abgelehnt wurde, heute der PLO als Legitimation palästinensischer Staatlichkeit gilt, so legitimiert sie selbstverständlich auch den jüdischen Staat Israel. UN-Resolutionen lassen sich nicht in zwei Hälften teilen, von denen nur die eine als völkerrechtlich relevant anerkannt wird. Es ist daher politisch nicht überzeugend, wenn sich PFLP-Generalsekretär Habisch auf die Behauptung zurückzieht (2), der Nationalrat habe keineswegs der Resolution 181 zugestimmt. Die PLO beruft sich heute, mit Billigung der PFLP, auf diese Resolution, die den jüdischen Staat mitenthält. Das ist der entscheidende Punkt.

Der positive Bezug der PLO auf 181 könnte den Eindruck erwecken, als würden die damals von der UNO vorgeschlagenen Grenzen gefordert, was eine erhebliche Verkleinerung Israels bedeuten würde. PLO-Führer haben, um diesem Mißverständnis entgegenzutreten, mehrfach betont, daß es der PLO um das Prinzip von 181 geht, nämlich um die Anerkennung der Existenz zweier Staaten in Palästina, nicht aber um die 1947 vorgesehene konkrete Aufteilung. Das Prinzip 181 müsse heute von Israel anerkannt werden, die Grenzen seien verhandelbar.

Diese Position ist im Grundsatz nun auch von der PLO-Linken akzeptiert worden. Umso mehr ist zu bedauern, daß von dieser Seite immer noch propagandistische Turmbauwerke veranstaltet werden, die das Gesicht wahrhaftig schaden, aber letztlich nur die eigene Konsequenz und Glaubwürdigkeit ins Zwielicht bringen.

242 — die harte Nuß

Während die Berufung auf 181 originale, autonome PLO-Politik ist, stellt die Akzeptierung der UN-Resolution 242 nicht

mehr als ein Zugeständnis an langwierigen Drängen arabischer und westlicher Regierungen dar. Es ist darüber hinausgehendes „Neu-Denken“. Die Akzeptierung von 242 nicht-harte Karte in der PLO-Gehofft haben sollten, sich mit der Zustimmung zu 242 irgendein „Toulet“ bewahren zu haben, werden sie nicht entzogen werden. Außer unverändlichem Schicksal ist für diesen Schritt, der die PLO ungeheure innere Kämpfe und Anstrengungen gekostet hat, nichts zu erwarten.

Die Resolution 242 wurde von Israel hermit der UNO (trotz von der Völkerasurteilung, wie 181) am 22. November 1967 auf Antrag Großbritanniens einstimmig angenommen, also mit Zustimmung der UdSSR. Die Hauptpunkte sind: 1. Rückzug Israels aus den Gebieten, die es im Juni-Krieg 1967 besetzt hatte (Westbank, Gaza-Streifen, Sinai-Halbinsel, Golan-Höhen, Ostjerusalem). 2. Einstellung aller kriegserregenden Erklärungen und Handlungen. Anerkennung und Respektierung der Souveränität und Integrität aller Staaten der Region. 3. „Eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“. Im Kontext der Resolution konnte das überhaupt nichts anderes bedeuten als die Rückgabe der besetzten Gebiete an Jordanien bzw. Ägypten.

242 wurde von der PLO zunächst vor allem wegen der implizierten Anerkennung Israels abgelehnt. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert, schon seit mehreren Jahren haben PLO-Vertreter immer wieder hervorgehoben, daß ihre Hauptkritik an 242 die Nichterwähnung der palästinensischen Nationalrechte und die bloße Behandlung als „Flüchtlingsproblem“ sei. Daher sei die PLO bereit, 242 zu akzeptieren, sofern diese um einen Passus erweitert würde, der die palästinensischen Nationalrechte bestätigt. Schon im August 1977 (1) hatte der damalige UN-Generalsekretär Waldheim bekannt gemacht, daß Arafat ihm eine entsprechende Zusage gegeben habe.

Von diesem Angebot der PLO wurde kein Gebrauch gemacht. Das ist seitens der Westmächte nicht verwunderlich, weil diese davon ausgingen, daß 242 für die Palästinenser absolut unannehmbar wäre, so daß auf Dauer der Schwarze Peter für das Nicht-Vorkommen einer Verhandlungslösung der PLO zugeschoben werden könnte. Ähnliches gilt für das insistieren Husseins und Mubaraks auf der Forderung, die PLO müsse 242 akzeptieren. Schwerer ist zu verstehen, warum die UdSSR keinen Vorstoß in der UNO gemacht hat, um durch eine Erweiterung von 242 der PLO zur Hilfe zu kommen.

Die Abschlusserklärung des Nationalrats besagt nun, daß die Resolutionen 242 und 338 (3) sowie die Garantie der legitimen Nationalrechte des palästinensischen Volks Grundlage einer internationalen Nahostkonferenz sein sollten. Das entspricht vollkommen der Position, die von den meisten PLO-Führern seit längerem öffentlich vertreten wird. Die jetzt beschlossene Formulierung fand sich wirklich schon schon einige Wochen vorher in einem Appell der PLO an die israelischen Wähler. Neu ist, daß der Nationalrat die

se Aussage mit großer Mehrheit zur offiziellen Politik erklärt hat, und daß selbst die PFLP gegenüber dieser Entscheidung eine Haltung eingenommen hat, die man als konstruktive Opposition bezeichnen könnte (keine Verratsvorwürfe, keine Spaltungsdrohungen).

Mit der offiziellen Anerkennung von 242 durch den Nationalrat ist die PLO weit über den eigenen Schatten gesprungen. Ein Stück konstruktiver Zweideutigkeit — Widerspruch zwischen offizientlicher und offizieller Politik der PLO wurde überwunden. Punkt ist jedoch, daß dieser Schritt jedoch nichts bewegt, das heißt, er hat weder die Haltung Israels noch die der USA noch die der EG im geringsten verändert. Propagandistisch hat er die Position der PLO etwas verbessert, aber es bleibt abzuwarten, wie lange die der Effekt vorhält.

Israel hat 242 nie anerkannt

Israel hat 242 nie anerkannt

Der von nahezu allen Seiten, in letzter Zeit wohl sogar von der UdSSR, auf die PLO ausgeübte Druck, 242 offiziell und explizit anzuerkennen, kann nur als unfair und provokatorisch gewertet werden, angesichts der weithin ignorierten Tatsache, daß auf der anderen Seite Israel diese UN-Resolution niemals akzeptiert hat.

Es gibt in Israel eine sehr eigenwillige in Wahrheit total sinnentleerte Interpretation von 242, die sich auf das Fehlen des direkten Artikels in der englischen Textversion stützt. Demnach sei Israel nicht etwa zum Rückzug „aus den besetzten Gebieten“, das heißt logischerweise aus allen, aufgefordert, sondern nur zum „Rückzug aus besetzten Gebieten“. Also wäre der Resolution schon mit einem minimalen Rückzug genüge getan; es läge dann bei Israel selbst, das Ausmaß seines Rückzugs zu bestimmen.

Ist die englische Textversion, im Gegensatz zur gleichfalls offiziellen französischen, in diesem Punkt vielleicht zweideutig, so beseitigt der weitere Kontext der Resolution jeden Zweifel. Er sagt nämlich ganz unmissverständlich, „daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern“, und verweist auf einen entsprechenden Punkt der UN-Charta. Ganz in diesem Sinn gibt es zahlreiche UN-Resolutionen, die gegen Israels Schritte zur Annexion Ostjerusalems und der Golan-Höhen protestieren, ebenso wie gegen die Besatzungspolitik im Gaza-Gebiet und auf der Westbank.

Selbst in der an den Haaren herbeigezogenen Umdeutung von 242 hat nur die Arbeitspartei sich auf diese Resolution eingelassen, und auch das nur verbal und unkonkret. Was hingegen die Rechten angeht, die seit 1977 eine Mehrheit in Israel haben, wollen sie erklärtermaßen „keinen Fußbreit“ mehr aufgeben.

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu beachten, daß Israel Dutzende von UN-Resolutionen langgesetzt mißachtet. Israels prinzipiell negative Haltung gegenüber diesem Gremium brach 1975 der heutige Staatspräsident Chajim Herzog, der damals israelischer UN-Vertreter war, auf den Begriff „Hitler würde sich

Fortsetzung auf Seite 27

Ein Jahr Intifada — Aufstand in Palästina

„Die Intifada ist ein Phänomen mit vielen Facetten. Sie ist sicher ein politisches Phänomen, ein „Aufstand“ gegen die langen Jahre unterdrückender Besetzung. Aber sie ist auch ein soziales und psychologisches Phänomen: ein Erwachen, eine Selbstreinigung, ein Bruch mit der eigenen palästinensischen Vergangenheit, mit der schweren Last der ererbten sozialen Strukturen, die ihre Brauchbarkeit überlebt haben.“

Genauer gesagt: die Intifada ist nicht nur nach außen, gegen die Unterdrückung durch die Besetzung, gerichtet, sondern auch nach innen, indem die Palästinenser versuchen, die Beziehung zwischen ihren Zielen, Strategien und dem Erreichten neu zu bewerten, ein Versuch sich wiederaufzurichten, sich zu stärken, auf den eigenen Füßen zu stehen.“

(Shukri B. Abed, palästinensischer Israeli, Wissenschaftler an der Hebräischen Universität)

Der Vertriebung Hunderttausender von Palästinensern im sog. Unabhängigkeitskrieg Israels — als „al-nakba“, die Katastrophe, in die palästinensische Geschichte eingegangen — in die umliegenden arabischen Länder folgte als zweiter tiefgreifender und lähmender Schock 1967 die Besetzung des westlichen Teils von Jordanien und des von Ägypten verwalteten Gaza-Streifen sowie die Annexion des arabischen Teils von Jerusalem. Nach einer Phase der Stagnation begann Anfang der 70er Jahre in den Reihen der PLO eine politische Neuorientierung. Die Unabhängigkeit der PLO war seit 1974 ein politischer Status, der seit 1975 eine politische Zukunft für die Palästinenser in Israel zugewiesen. Wahlen in der Westbank 1978 errangen die nationalen Kandidaten und 1982 Anhänger einer übertragenden Sieg. Bis 1984 waren jedoch fast alle der gewählten Kandidaten von der Besatzungsmacht abgewiesen oder von jüdischen Siedlern ermordet worden.

Die Absetzung der gewählten nationalen Führung und die Installation einer Kollaborationsinstanz, die „Dorjot“ (Juch) in Israel einerseits wie die Entwicklung der PLO andererseits (s.u.) führte

durch Israel einerseits wie die Entwicklung der PLO andererseits (s.u.) führte zur Ausweisung der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre begonnenen Herausbildung jener lokalen und regionalen Basisorganisationen, die heute das Rückgrat der Intifada bilden. (Vgl. Edda Augustin, 1988)

Nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut im Sommer 1982 versuchten die arabischen Staaten, den politischen Führungsanspruch der PLO im nationalen Befreiungskampf zu unterminieren. Die von Syrien geschürten Kämpfe zwischen pro-syrischen Organisationen und Arafat-loyalen Strömungen 1985 der PLO den Aliervertreteranspruch für das palästinensische Volk abzuschneiden. Ein Jahr später wurde das Abkommen von Hussein „ausgesetzt“ und seine Kooperation mit Israel ohne die PLO fortgesetzt. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten hatten so von außen nichts mehr zu erwarten, und im Innern von Westbank und Gaza-Streifen verschärfte Israel die Unterdrückung.

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin führte im August 1985 die Politik der „Eisernen Faust“ ein, um die in den letzten Jahren entstandenen palästinensischen Menschenrechts-, Berufsgruppen-, Frauenorganisationen und Gewerkschaften und den damit einhergehenden Widerstand zu zerschlagen. Politik der „Eisernen Faust“ hieß: Wiedereinführung der sog. Administrativhaft (Inhaftierung ohne Anklage und Gerichtsverfahren meist für sechs Monate, aber beliebig oft verlängerbar); Ausweisung politischer Aktivisten; Verhängung von Ausgangsverboten über Lager, Dörfer und Städte; Sprengung und Zermalmern von Häusern; Schließung von Institutionen, Gewerkschaften und Universitäten für Wochen oder Monate.

Die Politik der „Eisernen Faust“ beschleunigte indes, was sie zu verhindern suchte: die politische Bewußtwerdung nahm zu, auf Angriffe der Besatzungsmacht wurde mit Demonstrationen und mehrtägigen Streiks reagiert. Wegen des Protestes durchzogen den Winter 1986, das Frühjahr und den Herbst 1987 bis hin zum

Beginn des allgemeinen Volksaufstands am 9. Dezember 1987 (Vgl. auf AK 294 S. 131)

Losbruch

Am 9.12.87 überrollte ein israelischer Lastwagen zwei PKW mit Palästinensern aus dem Flüchtlingslager Jabalia im Gaza-Streifen, vier der Lagerbewohner wurden getötet. In Jabalia verbreitete sich die Auffassung, daß es sich nicht um einen Verkehrsunfall sondern um einen Rache-

akt für einen einige Tage zuvor erstickten Juden handele. Das Begräbnis der Getöteten wurde zur Demonstration. Panzerfahrzeuge der israelischen Besatzungsmacht wurden von einer unbewaffneten Menge angegriffen. Die Soldaten eröffneten das Feuer auf die Lagerbewohner. Die Unruhen breiteten sich auf den ganzen Gaza-Streifen aus. Geschäfte und Schulen wurden geschlossen, der größte Teil der Palästinenser blieb der Arbeit in Israel fern. Innerhalb weniger Tage hatte der Aufstand auch auf die Westbank übergegriffen. Die Armee ging mit verstärkter

Präsenz unter Einsatz von scharfer Munition, Gummigeschossen und „Tränen gas“ gegen die Demonstration vor. Nach den ersten Tagen des Aufstands waren etwa 25 Palästinenser, vor allem Jugendliche, zum Teil noch Kinder, vom Militär getötet worden und Hunderte verletzt. Westbank und Gaza-Streifen standen nach Auffassung der israelischen Presse am „Rand eines Volksaufstands“. In seiner zweiten Woche hatte der Aufstand auch auf Ost-Jerusalem übergegriffen, und am 21.12. traten die palästinensischen Israelis in einen eintägigen Generalstreik, was für die jüdischen Israelis einen besonderen Schock darstellte, da sich ihre palästinensischen „Mitbürger“ erstmals mit deren Landsleuten in den besetzten Gebieten solidarisiert hatten.

In den folgenden Monaten der Intifada (was übersetzt sowohl „Aufstand“ wie „etwas abschütteln“ heißt) unterließ die israelische Besatzungsmacht den Einsatz kaum eines Gewaltsmittels, das noch unterhalb des direkten Krieges liegt. Neben dem unmittelbaren Einsatz von Schusswaffen, „Tränengas“ und Knütteln gegen Demonstrationen und bei Razzien wurden Fluchtlingslager, Dörfer und ganze Städte tag- und z.T. auch mehrere Wochen unter Ausgangsverbot gestellt, waren von Strom, von Lebensmittelzufuhr und medizinischer Hilfe abgeschnitten. Die besetzten Gebiete wurden zugleich zur „militärischen Sicherheitszone“ erklärt, um so den Medien den Zugang zu den Kampfgebieten zu verschließen. Mit Razzien von denen einzelne Straßen oder auch ganze Städte betroffen waren, versuchte die Besatzungsmacht der Aufstandsführung habhaft zu werden: zahlreiche Palästinenser wurden in den Libanon ausgewiesen. Mehrfach — während der Feiern zum 40. Jahrestag der Ausrufung Israels, während der Wahlen und während der Tagung des palästinensischen Nationalrats — wurden die besetzten Gebiete an den Grenzen mit Israel abgesperrt und die Fahrten zwischen Gaza-Streifen und der Westbank verboten.

Die Aufstandsschritte beschränkten sich ihrerseits auf den zwar nicht gewaltlosen aber wallenden Widerstand mit Steinwürfen, Schleudern, Brandsätzen und Straßenblockaden. Und sie entwickelten ein ganzes Spektrum dessen, was gemeinhin unter „zivilen Ungehorsam“ gefaßt wird: Demonstrationen, ein bis mehrtägige Streiks, Geschäftsschließungen, Boy-

kott israelischer Produkte, Verweigerung von Steuerzahlungen, Boykott neuer Identitätspapiere bis hin zum weitgehend durchgesetzten Aufruf an alle Palästinenser, die als Verwaltungskräfte, Polizei und dergleichen im Dienst der Besatzungsmacht standen, ihre Posten aufzugeben.

Kollektivstrafen

Nachdem Hussein auf seine Souveränität auf die Westbank verzichtet hatte, registrierten Leiter weltlicher Hilfsorganisationen eine neue Welle der Brutalität und der Kollektivstrafen. Die UNO äußerte sich „tief besorgt über die offenbare Zunahme an Massenbestrafungen und den sich steigenden Einsatz von Schusswaffen vor allem gegen sehr junge Kinder“.

Am 14.8. wurde eine unbegrenzte Ausgangssperre über den Gaza-Streifen verhängt. Am 18.8. wurden vier Palästinenser abgeschoben, 25 weitere erhielten am selben Tag Ausweisungsbefehle.

Am 19.8. wurden die Volkskomitees verboten. Die Volkskomitees sind die Basisorganisationen der Intifada, in jedem Lager, jedem Dorf und jedem Stadtbezirk der besetzten Gebiete sorgen sie u.a. im Notfall für die Verteilung von Nahrungsmitteln und Wasser sowie für medizinische Hilfe, organisieren Ersatzunterricht für die geschlossenen Schulen und Demonstrationen. „Die zivile Organisation des geplanten Palästina-Staates“, schrieb die SZ-Korrespondentin Anne Ponger, „verfügt über jeden der besetzten Gebiete besetzt und dort vertrauliche Kontakte unterhält.“ Und Dani Rubinstein von der israelischen Tageszeitung „Davar“ stellte fest: „In den Gebieten existiert praktisch keine zivile israelische Autorität mehr. Die Volkskomitees, die erlaubt oder verboten organisieren alles, was auch gleichzeitig das Ziel der israelischen Besatzungsmacht mit dem Verbot der Volkskomitees verfolgt es soll verhindert werden, daß die Aufstände in den besetzten Gebieten eine eigenständige Struktur des öffentlichen Lebens installieren. Oder in der Diktur des Verteidigungsministeriums „die (die Volkskomitees) sollen die israelische Autorität untergraben und an deren Stelle alternative Mechanismen schaffen.“ — Die Möglichkeit oder Unterstützung der Volkskomitees wird nun mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren bedroht. In

den Volkskomitees wird nun mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren bedroht. In Israel wird zugegeben, daß dieser Verbot „rechtsgeschichtlich denkwürdig“ sei, denn es sollen Handlungen geahndet werden, „die weder mit Gewalt zu tun haben noch überhaupt eine Meinung angehen bei der Organisation von und Teilnahme an palästinensischen Blutspende-Termi-“ (s.u.) Wie weit der neue Befehl reicht, illustriert das Vorgehen gegen eine geschäftliche Konferenz in Jerusalem (Mitte August — Anm. AK): die Palästinenser aus den Gebieten und aus der Stadt wurden daran gehindert, sich zusammenzusetzen, um über eine „unabhängige Fleisch- und Milchversorgung zu sprechen“.

Am 23.8. wurden die „Föderation der Arbeitergewerkschaften“ in Nabulus und die „Gesellschaft der Freunde der Kranken“ in Tulkarem von der Besatzungsmacht geschlossen. Am 26.8. stimmte Militär die Büros der akademischen Berufsverbände in Beit Hanina (Vorort von Jerusalem), denen Rechtsanwälte, Tierärzte, Agrotechniker, Ingenieure und Apotheker der Westbank und Ost-Jerusalem angehören, die Büros wurden für ein Jahr geschlossen.

Am 29.8. wurden der „Verband der Wohlfahrtsorganisationen“, unter dessen Dach rund hundert Einzelorganisationen vereinigt sind und der Hygienepresse- dienst für ein Jahr geschlossen.

Zur gleichen Zeit wurde Kalkilja auf der Westbank mit seinen 25.000 Einwohnern militärisch abgesperrt, die Telefonleitungen wurden unterbrochen und mehrere Häuser gesprengt, den Medien wurde der Zutritt untersagt. Bei einer Großrazza in diesem nach Darstellung der Besatzungsmacht „besonders gefährlichen Unruheherd“ wurden 200 Palästinenser festgenommen. In ähnlicher Manier wurde in weiteren Orten der Westbank verfahren.

Während sämtliche Schulen und Universitäten der besetzten Gebiete z.T. seit Beginn des Jahres nach im Herbst noch geschlossen waren, entdeckte die Besatzungsmacht in den Kursen palästinensischer Volkshochschulen „mögliche Kri-



Israels Demokratie in Aktion

Tote: Bis Anfang Oktober wurden 189 PalästinenserInnen davon 23 von Siedlern, erschossen, erschlagen oder mit „Tränengas“ umgebracht. (Al Fajr, 30.10.) In der in „News from Within“ kontinuierlich geführten Liste der Toten, in der diese mit Namen, Alter, Wohnort und Todesdatum aufgenommen werden, wurde unter dem 9.11 der 362 Tote verzeichnet. (News from Within, 14.11.) Nach Angaben von UNRWA beträgt die Zahl der getöteten PalästinenserInnen seit Beginn der Intifada 320, die israelischen Behörden geben 243 Tote an. (SZ, 9.12.)

Verletzungen: Bis August wurden ca. 4.000 PalästinenserInnen durch Schläge so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus ambulant oder stationär behandelt werden mußten. (UNRWA, Angaben, zit. nach Jerusalem Post, Int. Ed., 3.9.) — Bis Anfang Oktober wurden etwa 45.000 PalästinenserInnen durch Schläge, Schüsse oder „Tränengas“ verletzt. (Al Fajr, 30.10.) „Tränengas“: Bis zum 20.8.88 starben 31 PalästinenserInnen an den Folgen von „Tränengas“-Einsatz. (Middle East Report, May-June 1988) Nach den Feststellungen einer israelischen Arztdelegation sind bis April 29 Todesfälle auf den Einsatz von „Tränengas“ zurückzuführen. (WoZ, 8.9.) Nach Angaben von amnesty international sind bis Juni mindestens 40 Menschen durch „Tränengas“ ums Leben gekommen, darunter 18 Säuglinge unter sechs Monaten und 17 Menschen über 50 Jahre. (AIB 10.88 n. Palästina Bulletin, 14.10.) — „Tränengas“- und Schlagstockeinsatz haben bei 1.800 Frauen zu Fehlgeburten geführt. (PLO, n. SZ, 24.8.) Verhaftungen: Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befanden sich Ende Juli 17.000 Palästinenser in Haft. (Palästina Bulletin, 29.7.)

— Nach Angaben von Rabin sind seit Beginn der Intifada bis August 18.000 Palästinenser inhaftiert worden, von denen sich gegenwärtig 5.600 in Haft befinden, darunter 2.600, gegen die bisher keine Anklage erhoben ist. (SZ, 31.8., Jerusalem Post, Int. Ed., 17.9.) — In der Nähe von Be'eruna wurde ein 17-jähriges Kind eingekerkert. (Chadashot, 2.5.88, n. E. Augustin) Administrativhaft: (Administrativhaft bedeutet, daß der Betroffene ohne Anklage und Urteil bis zu sechs Monaten und dies mehrfach wiederholt inhaftiert wird.) Bis zum 1.5.88 wurden 5.400 Palästinenser in Administrativhaft genommen. (Schützungen von Al Haq, E. Augustin) — Anfang Oktober befanden sich 4.000 Palästinenser in Administrativhaft. (Al Fajr, 30.10.)

Ausweisungen: Bis zum 25.8. wurden 59 Palästinenser ausgewiesen. (SZ, 25.8.)

Haus- und andere Zerstörungen: „An die hundert Häuser wurden demoliert, an die tausend Menschen obdachlos gemacht (...), ungezählte Olivenbäume wurden entwurzelt, viele Dunam Land verwüstet, die Existenzgrundlage von Familien vernichtet.“ (H.M. Broder in: taz, 16.8.) — Bis Anfang Oktober wurden 278 Häuser „aus Sicherheitsgründen“ zerstört oder versiegelt und 113, weil sie „illegal“ errichtet worden sein sollten. (Al Fajr, 30.10.) — Hinzu kommt die Zerstörung von 15 „illegal“ gebauten Häusern von palästinensischen Siedlern in Israel und die Zerstörung von 14 Häusern in Jiftik auf der Westbank. (NZZ, 9.11 bzw. FR u. taz, 15.11.) Von unbekannter Höhe sind die Schäden, die vandalisierende Soldaten und Siedler bei ihren Überfällen in den Wohnungen von Palästinensern angerichtet haben. — 18.000 Oliven- und

andere fruchttragende Bäume wurden bis Anfang Oktober vom Militär ausgerissen. (Al Fajr, 30.10.) Hinzu kommen die Zitrusplantagen in Jiftik, die von 800 Bauern bearbeitet wurden; die Brunnen dieser Plantagen wurden im November gesprengt; die Bauern zwangsumgesiedelt. (FR u. taz, 15.11.)

Ausgangssperren: Bis Anfang Oktober war 60 mal für den Zeitraum von einigen Tagen bis zu mehreren Wochen Ausgangssperre über Lager, Dörfer, Stadtteile oder ganze Städte verhängt worden. 34 mal wurden Teile der besetzten Gebiete zu „militärischen Sicherheitszonen“ erklärt. (Al Fajr, 30.10.) Während der Knesset-Wahlen und während der Tagung des palästinensischen Nationalrats wurden erneut zahlreiche Ausgangssperren verhängt, die Fahrten zwischen Westbank und Gaza-Streifen verboten und die besetzten Gebiete gegen Israel abgesperrt. (taz, 2.11.; SZ, 12./13. u. 14.11.)

Hinzu kommt: die Schließung aller Schulen und Universitäten fast durchgehend seit Beginn der Intifada (die Grund- und Hauptschulen für 230.000 palästinensische Kinder sind Anfang Dezember wieder geöffnet worden, die Öffnung der Mittel- und Oberschulen wurde für Mitte Dezember in Aussicht gestellt); die Schließung zahlreicher palästinensischer Gewerkschaften, Wohlfahrtsvereinigungen, Forschungsstellen, Presse-dienste, Zeitungen, Druckereien für jeweils ein halbes bis zu zwei Jahren, sofern die Einrichtungen nicht gleich ganz verboten bzw. den Zeitungen die Lizenz entzogen wurde. Hinzu kommt das Verbot der „Schabiba“ das Verbot der Volkskomitees. Das die Möglichkeit oder Unterstützung der Komitees mit bis zu zehn Jahren Haft bedroht.

Fortsetzung von Seite 24

Ein Volk gründet ...

gendeiner Weise zu honorieren. Israel ist nach den Wahlen einer internationalen Konferenz und einer Räumung der besetzten Gebiete noch abgeneigter als zuvor. Die Zugeständnisse des palästinensischen Nationalrats und die Staatsproklamation wurden als bedeutungslos und als Täuschungsmanöver abgetan. Sharon forderte gar, mit der förmlichen Annexion der besetzten Gebiete zu reagieren.

Die USA werden keinen Druck ausüben, um die israelische Blockade gegen eine Verhandlungslösung aufzubrechen. Entgegen allen scheinbar rational begründeten Hoffnungen steht die US-Politik heute bedingungslos hinter Israel als niemals zuvor. Diese „besondere Beziehung“ hat den Libanonkrieg von 1982 so unbeschadet überstanden wie ein Jahr brutale, häßliche Repression gegen die Intifada, ebenso wie auch die Spionage-Affäre Pollard, die von Spekulationen zur schweren Erschütterung des amerikanisch-israelischen Verhältnisses aufgetauscht worden war.

Der Schlüssel liegt in Israel

So gesehen hat George Habisch (PFLP) recht, wenn er sagt (2): „Es wäre für die PLO ein großer Fehler, gegenüber den USA und den Europäern weitere Zugeständnisse zu machen. Von beiden Parteien wird doch immer nur die PLO unter Druck gesetzt.“ Recht hat Habisch auch mit seiner Prognose, daß die Anerkennung von 242 nur weitere Forderungen nach sich ziehen wird nach der direkten und expliziten Anerkennung Israels, nach einer grundlegenden Revision der palästinensischen Nationalcharta usw.

Als Zugeständnisse und Vorleistungen, die auf irgendeine Art von Honorierung durch die USA spekulieren, machen die Anerkennung von 242, die Berufung auf 181, die Distanzierungen vom Terrorismus tatsächlich keinen Sinn.

Der Denkfehler der PLO-Linken liegt da, wo Habisch sagt: „Wir sollten Israel keine weiteren Geschenke machen.“ Als Geschenk verstanden wäre eine Anerkennung Israels in der Tat illusorisch. Israel genau gesagt die israelische Regierung und die zionistischen Parteien, hat aber auf die Anerkennung durch die PLO noch nie den geringsten Wert gelegt. Im Gegenteil: Für den Zionismus stellt die Nichtanerkennung des jüdischen Staats durch die arabische Welt allgemein und die PLO im

besonderen ein wesentliches integrierendes Element dar. Die Anerkennung Israels ist kein wertvoller Artikel, für den sich zum richtigen Zeitpunkt etwas eintauschen läßt. Im Gegenteil: Die Nichtanerkennung Israels ist eine ideologische und propagandistische Belastung, von der sich die PLO besser schon vor Jahren hätte befreien sollen, wenn ihre inneren Strukturen das ausgehalten hätten. Solange nicht begriffen ist, daß die Anerkennung Israels vorteilhaft für die palästinensische Sache und nachteilig für den Zionismus wäre, wird sich die Politik der PLO weiter nur im Zickzack und mit Temporeverlust entwickeln können. In diesem Sinn wäre eine direkte, unumwundene und für alle jüdischen Israelis ohne Dolmetscher verständliche Anerkennung Israels durch die PLO zweckmäßiger gewesen als der Umweg über die Resolution 242, die den Palästinensern in der Tat überhaupt nichts zu bieten hat und die einer Zeit angehört, als sie in der UNO noch gar nicht als Nation wahrgenommen wurden.

Der Schlüssel zur Realisierung der palästinensischen Nationalrechte liegt nicht in Washington, nicht in Brüssel, auch nicht in Moskau. Er liegt in Israel, bei der Bevölkerung dieses Landes, die für eine friedliche Lösung gewonnen werden muß.

Es ist daran zu erinnern, daß es 1982, als die PLO in Beirut von der israelischen Armee belagert wurde, einen Vorschlag gab, die PLO und Israel sollten sich gegenseitig anerkennen. Dieser Vorschlag kam von drei zionistischen bzw. jüdischen Politikern mit hoher Autorität, unter ihnen Nahum Goldmann. Die PLO wäre, abstrakt außenpolitisch betrachtet, gut beraten gewesen, sich diesen Vorschlag schon damals offensiv und explizit zu eigen zu machen. Was das allerdings für die innere Situation der PLO bedeutet hätte, ist kaum abzuschätzen.

Anmerkungen

- 1) Beschlüsse des Nationalrats nach der (inoffiziellen) englischen Übersetzung in „Al-Fajr“ (Jerusalem), 21.11. sowie teilweise nach der deutschen Übersetzung im „Palästina-Bulletin“ 18.11. und 25.11.
- 2) Gespräch mit Habisch in der Schweizer „WoZ“ 26.11.
- 3) Die Sicherheitsratsresolution 338 vom 22.10.73 bestätigt im Wesentlichen vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Oktoberkriegs 1973 die Resolution 242.
- 4) Am 11.11.75, nachdem die JN-Vollversammlung mit großer Mehrheit eine Resolution beschlossen hatte, in der Zionismus als „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“ bezeichnet wurde.
- 5) „Palästina-Bulletin“ 26.11.88.

Günter Zint war in kurdischen Flüchtlingslagern

Partnerland Türkei



Istanbul, 3.12.88

Demonstration von Angehörigen hungerstreikender Gefangener. Die Demonstration konnte nur an einer Autobahnauffahrt und von starken Polizeikräften umzingelt stattfinden.

Istanbul, 3.12.88

Demonstration von Angehörigen hungerstreikender Gefangener. Die Demonstration konnte nur an einer Autobahnauffahrt und von starken Polizeikräften umzingelt stattfinden.

Ich lebe in einem Stadtteil mit fast 50% ausländischen Mitbürgern. Vorwiegend Türken. Wir kaufen bei Türken ein und gehen oft türkisch essen. Meine Kinder haben türkische FreundInnen im Kindergarten. Unser Stadtteil (Schanzenviertel, Karolinenviertel in Hamburg) ist durch die Türken wesentlich bunter, interessanter und preiswerter geworden. Was wissen die Deutschen, die hier leben, über die Türkei?

Schönes Urlaubsland mit vielen Küsten, billig, Knoblauchschnitzwerk, gastfreundlich, hinterlistig, korrupt, orientalistisch, viel Sonne und dann soll's da auch viel Ärger mit Terroristen geben. Die Gefängnisse sind voll, aber die Militärdiktatur ist einer Demokratie gewichen, wie Evren gerade bei einem BRD-Besuch verkündete. Und dann soll's da auch noch Probleme mit einer Minderheit, den Kurden geben.

All diese Widersprüche haben mich veranlaßt, als Journalist dieses Land zu bereisen, um einige Reportagen zu machen, zumal ich den Günter Wallraff zusammen in den letzten Jahren etliche Erfahrungen über die Situation der Türken in Deutschland machen konnte. Von keiner Zeitung bekam ich einen Auftrag. Der „Stern“ steuerte wenigstens einiges Fotomaterial zu, und Wallraff übernahm die Reisekosten. Hier eine knappe Zusammenfassung der vierwöchigen Reise.

Anfang November traf ich in Istanbul ein. Dort erfahre ich von einem türkischen Kollegen, daß in den kurdischen Flüchtlingslagern an der türkischen Grenze Menschen bei minus 15 Grad in Zelten leben müssen. Wir fliegen hin. Als wir in Van ankomen, werden gerade 3.600 Flüchtlinge in Bussen und auf Lastwagen aus dem Lager bei Hakiri in ein Lager bei Mardin, das klimatisch noch wärmer ist, verlegt. Bei Temperaturen, die auch tagsüber um 10 Grad minus betragen, sehe ich Lastwagen mit Menschen, ledig-

lich in Tücher gehüllt, vorbeifahren. Ein Informant in Mardin erzählt uns, daß man gleich nach der Ankunft 15 Gräber geschauelt hat. In meiner Naivität versuche ich, über die Lagerleiter und die Bewacher Auskünfte zu erlangen. Ich werde nur weitergeschickt oder direkt belogen. Tote gebe es nicht, das Essen sei vorbildlich, die Unterkünfte ausreichend, und so weiter. Ich werde alles mögliche für die Kurden tun. Ich bestehe darauf, mir ein eigenes Bild machen zu können. Stunden und Tage verbringe ich damit, Genehmigungen für den Besuch der Lager zu bekommen. Schon bei der Annäherung an ein Lager habe ich sofort Polizei- und Militärbegleitung. Als ich versuche, mit Teleskop ein Foto vom Lager in Mus zu machen, werde ich sofort von der Polizei vorübergehend festgenommen und meine Filme werden beschlagnahmt. Im Lager Mus befinden sich 8.370 Flüchtlinge, die in Baracken und kleinen Häusern auf 50 qm Grundfläche von bis zu 30 Personen leben. Der Gouverneur des Distrikts meint dazu zynisch: „Dann haben die es doch wärmer als ich in meiner Dienststube!“

Für die 8.370 Flüchtlinge, die hinter doppelten Stacheldrahtzäunen und bewacht von Maschinengewehr-bewaffneten Polizisten wie Gefangene gehalten werden, gibt es nur eine einzige Wasserstelle. Das Lager macht den Eindruck eines KZs. Ich versuche, mit meinem Presseausweis nochmals eine Genehmigung für Fotos zu bekommen. Als ich aus der eiligen Kälte in das Wachhaus des Kommandanten trete, schlägt mir eine Hitzewelle entgegen, die mir das Atmen in der völlig überheizten Anstube schwer macht. Zwei Stunden warte ich vergebens auf eine Genehmigung des Gouverneurs. In dieser Zeit habe ich einige Beobachtungen gemacht, die auf den Zustand in dem Lager schließen lassen. Die Wachmannschaft draußen vor dem Fenster schnauzt Lagerinsassen an, gibt Kommandos und durchsucht die Fahrzeuge von einströmenden Handwerkern nach Waffen. Doch sobald einer von ihnen in das Kommandantenhaus tritt, zieht er wie vor einem uralten Balken den Kopf ein und ist nach Betreten des Dienstzimmers gleich fünf Zentimeter kleiner. Ich bekomme alle paar Minuten von einem mehr knurrenden als gehenden Mann den obligatorischen Tee gebracht. Als der Rückruf des Gouverneurs eintrifft, zieht auch der Kommandant den Kopf zwischen die Schultern, als wolle er seine Unterwürfig-

keit noch durch den Telefongruß hindurch vermitteln. Plötzlich geht polternd die Tür auf. Ein Wachmann kommt stolz in den Raum, ohne zu buckeln und wirft mit herrischer Geste ein Bündel Geldnoten auf den Tisch. „Ich mach' sie fertig, diese Schweine“, sagt er auf türkisch und blickt lobbierend auf den Kommandanten.

Später übersetzt mir mein Dolmetscher den Sachverhalt. Der Mann hatte bei einem Stammesführer der Kurden Bargeld gefunden. Das ist im Lager strengstens verboten, da es im Falle einer Flucht das Fortkommen erleichtern kann. Ich glaube nicht mehr an die Bezeichnung „Flüchtlingslager“, dies hier ist ein KZ. Den Lagerinsassen ist es verboten, mit Verwandten in der Türkei oder

auch anderen Ländern Kontakt aufzunehmen. Angebote ausländischer Hilfsorganisationen werden pauschal abgelehnt oder sie werden in Form von Bargeld angenommen. Was mit diesem Geld geschieht, kann ich ahnen, wenn ich die maritimen Befestigungs- und Bewachungsanlagen sehe.

Nach offiziellen Angaben wurden im Dezember 1988 50.000 Kurden in Lagern interniert. Aus anderen Quellen habe ich auch die Zahl von 80.000 genannt bekommen. Auch in den Gefängnissen der Türkei sitzen viele Kurden, die für ihre Rechte offen eingetreten sind. Zur Zeit befinden sich 2.000 Häftlinge in einem Hungerstreik, um bessere Haftbedingungen

Fortsetzung nächste Seite



Während der Demonstration in Istanbul. Die Mutter eines Gefangenen streckt einem Polizisten die Zunge heraus.

Im Baltikum

Massenbewegung für Perestrojka und Glasnost

Die aktuellen Massenbewegungen in den drei baltischen Republiken Lettland, Estland, Litauen sind bisher die erste und einzige positive Antwort „von unten“ auf die Reform-Initiativen „von oben“. Rücksichtslose Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte, Demokratisierung und Umweltschutz, Renaissance der Nationalsprache, Anerkennung nationaler Symbole, Gründung von Volksfronten zur Unterstützung der Perestrojka, und wirtschaftliche Autonomie sind die zentralen Forderungen, die in den kleinen Republiken Hunderttausende mobilisieren.



1939/40:

Befreiung oder Okkupation?

August 1987 Einige tausend Menschen versammelten sich in mehreren baltischen Städten zum 48. Jahrestag der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und in Erinnerung an dessen Folgen. Besetzung der baltischen Republiken durch die Rote Armee und Massendeportationen Verdächtigter und Oppositioneller. Die Forderungen der Versammlungen: Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls in der Presse; Freigabe der sowjetischen Führung, daß nicht eine sozialistische Revolution („Befreiung“), sondern militärische Okkupation zur Angliederung der drei Republiken an die UdSSR führte.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

Die sowjetische Presse reagiert gereizt. Die „Kommunistische Prawda“ schreibt, weil die Republiken die Unabhängigkeit von der UdSSR verloren hätten, waren sie von der UdSSR befreit.

glieder arbeiten in der Umweltbewegung und in den Volksfrontinitiativen mit. Den KP-Führungen in den Republiken dünkt, daß ein Nachgeben in der Frage „Veröffentlichung oder nicht?“ weniger Gefahren in sich birgt als ein stures Abblocken. Noch im August publiziert das estnische KP-Organ „Rahva Hää“ die Zusatzprotokolle. Kurze Zeit später folgen die Presse Lettlands und Litauens nach (7).

Perestrojka als Initiative von unten

Die baltischen KPs sind vom Schwung der Bewegungen überrollt worden. Wie die meisten nicht-russischen Republik KPs ist ihre Haltung eher von Abwehr denn von Initiative in der Verwirklichung der Reformappelle der KMSU-Spitze geprägt. Die Massenbewegungen in den baltischen Republiken haben sich nicht unter Zwang, sondern in Litauen schaut die KP in Helsinki verwickelt zu sein und ist sich schwer das Steuer herumzuwerfen und auf den führenden Zug aufzuspringen obwohl z.B. nicht geringe Teile der Partei gegenständig in den Bewegungen Fuß gefaßt haben. Die litauische „Bewegung zur Unterstützung der Perestrojka“ von einer Gruppe der KP zugehöriger Intellektueller gegründet, rief im Juli sogar zum Boykott der KP-Ingenieurtagung „Tiesa“ wegen angeblich verfälschter Berichte (8).

Nach dem Besuch von A. Jakowlew (Mitglied des ZK der KMSU) in Litauen kam die KP in Bewegung. Jakowlew bestand nicht nur darauf, daß „alles publiziert und gesagt werden muß“ (9), sondern drängte die KP auch, eine aktive Rolle in den Bewegungen zu spielen, den nationalen Faktor zum Hebel für die Perestrojka zu machen (10).

Selbst die offiziellen Medien haben einen Umschwung vollzogen. Noch kürzlich eingespernte Dissidenten wurden im lettischen Fernsehen interviewt, und eine derbe Kritik der Parteiführung an den Medien wird mittlerweile nicht mehr mit Reue und Unterwerfung, sondern mit heftigem Protest beantwortet (12). Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

Ein Schlaglicht auf die neue Freiheit wirft die Titelseite der lettischen Kulturzeitschrift „Literatūra un Māksla“ vom 26.8.88. Sie bildet die siegreichen Plakate eines Wettbewerbs zum 49. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages ab. Eines davon zeigt einen Sowjetstern, eng umschlungen von einem Hakenkreuz. Darunter steht „Freundschaft 39.“ — Auch die anderen Plakate spielen unverhohlen darauf ab, daß die Republik nicht befreit, sondern besetzt wurde.

haus bis in hohe Parteigremien hinein nur noch Russisch sprechen und dies den rückläufigen Trend bei Ausbildung und Praxis der Nationalsprachen noch verstärken. Diese Sprachen früher oder später zu folkloristischen Überbleibseln verkommen würden.

Im Zusammenhang mit dem Sprachproblem erklärt sich auch, warum die massive russische Einwanderung als Bedrohung empfunden wird. Bei der bis vor kurzer Zeit selbstverständlichen Vorherrschaft der russischen Sprache gab es kaum Bemühungen der Immigranten, die Sprache des Einwanderungslandes zu lernen. Hieraus resultiert der vehemente Ruf nach restriktiven Einwanderungsgesetzen seiner Popularität. Sie sollen die russischen Immigranten zwingen, die jeweilige Nationalsprache zu erlernen, wenn sie sich in der betreffenden Republik dauerhaft niederlassen wollen (14).

Die Gefahren liegen jedoch auf der Hand. Von solchen gesetzlich durchgesetzten „Befreiungen“ bis zu „Russen raus“-Parolen ist nur ein kurzer Weg.

Die Forderung nach Einwanderungsgesetzen und allgemein der lauter werdende Chauvinismus gegenüber den nicht-baltischen Bevölkerungsteilen veranlassen die KP dazu, sich in eigenen Organisationen zusammenzuschließen (16).

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

Die Massenbewegung ist aus Sicht der baltischen Nationalbewegungen Reaktion auf die sowjetische Politik der „Glasnost“ und „Perestrojka“, die das wachsende Arbeitskräftepotential weit überfordert (15). Die Frage ist aber, ob die KP auch Einwanderungsgesetzen nicht eher dazu angetan ist, bestehende Nationalitätenkonflikte, die vor allem aus gravierenden Minderheiten der Herrschenden in Moskau resultieren, in gewandelter Form weiterzuführen. Es droht die Gefahr, daß wo den Nationalbewegungen die eigentliche Kampffront, Eigenständigkeit der Republiken versus Besatzung aus Moskau, auf den Scheinwiderspruch Russen versus Nationalbevölkerung hin verschoben wird.

auf die langfristigen gesellschaftlichen Folgekosten. In Litauen konzentriert sich der Widerstand auf den Bau eines dritten Reaktorblocks im Aukštaitija. Die Umweltbewegung hat am 2.8.88 fast 40000 Menschen mobilisiert, die gegen die Verunsicherung des Landes protestierten (19). Der Bau des dritten Blocks im Aukštaitija ist einstweilen verschoben, „bis die Sicherheitsfragen geklärt sind“ (20). Auch die lettische Umweltbewegung hat schon einen Erfolg verbuchen können. Bereits um die Jahreswende 1987/88 beschloß die Moskauer Regierung, den Bau des Wasserkraftwerks bei Daugavpils einzustellen (22).

Die Volksfronten

In Teil der bisher nur durch lockere Kontakte zusammengehaltenen Initiativen und Gruppen haben sich vor einigen Wochen in den drei Republiken die Volksfronten formiert. Sie sind Zusammenschlüsse mehr oder weniger diffuser Trends, die auf Veränderung drängen. Die Reaktionen der KPSS teils skeptisch, teils entnervt befragten und sich aus KP-Mitgliedern, Christen, Umweltschützern, Bürgerrechtsbewegungen, Dissidenten und politischen Clubs rekrutieren. Die Forderungen sind weitgehend der Thematik der Perestrojka angepaßt: mehr Markt, mehr Demokratie und Selbstbestimmung, Menschen

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag

Der Vertrag zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland vom 23.8.1939, unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen, sicherte die Nichtangriffshilfe der UdSSR im künftigen Krieg Deutschlands mit Polen, Großbritannien und Frankreich und betonte den Willen beider Seiten, eventuell auftretende „Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches“ zu regeln.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag

Der Vertrag zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland vom 23.8.1939, unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen, sicherte die Nichtangriffshilfe der UdSSR im künftigen Krieg Deutschlands mit Polen, Großbritannien und Frankreich und betonte den Willen beider Seiten, eventuell auftretende „Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches“ zu regeln.

Für die baltischen Staaten bedeutend war das geheime Zusatzprotokoll des Vertrages, worin „für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten“ die Interessensphären gegeneinander abgegrenzt wurden. Weiter umriß das Protokoll den ungefähren Grenzverlauf bei der beabsichtigten Aufteilung Polens zwischen beiden Staaten. Ein zweites geheimes Zusatzprotokoll vom 28.9.39 überließ der litauischen Staat, der am 23.8. noch zur deutschen Interessensphäre gerechnet worden war, der Interessensphäre der UdSSR. Bis heute leugnet die sowjetische Regierung die Existenz dieser Protokolle.

Im Herbst 1939 wurden die baltischen Staaten von der UdSSR gezwungen, der Stationierung sowjetischer Truppen auf ihrem Territorium zuzustimmen und ein Beistandsabkommen mit der UdSSR abzuschließen. Nach einigen (möglicherweise provozierten) Zwischenfällen marschierten weitere sowjetische Truppen ein. Der Rest lief von selbst: die Regierungen dankten ab, die neuen, der UdSSR freundlich gesinnten Regierungen ließen sich durch „Vollabschirmungen“ legitimieren (mit mehr als 90% Pro-Stimmen) und beantragten im Sommer 1940 die Aufnahme ihrer Republiken in die UdSSR, was natürlich prompt bewilligt wurde (Weitere Hintergrundinformationen AK 250, S. 24ff.).

rechte, Umweltschutz, Lösung des Sprachproblems, restriktive Einwanderungsgesetze und wirtschaftliche Autonomie.

In einem Bericht über die Gründung der estnischen Volksfront brachte TASS ihre Charakterisierung auf folgenden griffigen Nenner: „Bürgerinitiative zur Unterstützung der Perestrojka“ und schrieb dazu: „Die politischen Veränderungen haben von oben ihren Anfang genommen, und die Volksfront ist die Antwort von unten auf den Kurs der Partei“ (24). Die aktuellen Massenproteste in den baltischen Republiken gegen die Änderungen der UdSSR verfassungsrechtliche und ökonomischen Bündnis von Volksfront und Moskauer Perestrojka-Projekt wieder zu zerbrechen.

Der bedeutendste Affront (der auch in Georgien und Armenien erheblichen Widerstand hervorrief) ist das Verlangen, das Austrittsrecht der Republiken aus der UdSSR aus der Verfassung zu streichen. Gerade Lenin hat Jahre lang mit harten Bandagen um die Anerkennung dieses Rechts gekämpft (24a).

Die Streichung dieses Rechts wäre Resultat der Angst gegenüber separatistischen Trends vor allem in Armenien und Lettland (einschließlich deren KPs).

Gerade aus Estland kam in den letzten Monaten (wenigstens unterstützt von der KP) die immer lauter und prägnanter formulierte Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Autonomie, was von Moskau entschieden abgelehnt wird. Unpopuläre Gesetze sollen nur noch nach Verabschiedung durch die oberste Sowerjet der betreffenden Republik in Kraft treten. Naturreisourcen und Produktionsmittel von Republikunternehmen in ausschließliches Republikaneigentum übergehen, eine eigene Währung, eigene Nationalbank und eigene Justizverwaltung und ausschließlich republikanische Streitkräfte werden gefordert (24).

Das Ende des großrussischen Chauvinismus?

Unter der Kanzeldecke der Brezhnev-Ara, die jetzt gelüftet wird, haben sich über lange Zeit Widersprüche aufgestaut, die jetzt in demokratischen Forderungen und einem manifesten Nationalbewusstsein münden. Der Widerstand gegen die heute praktizierte Nationalpolitik der UdSSR ist in den drei Republiken zu einem Massenphänomen geworden. Von den Kämpfen in der UdSSR gegen die Nationalpolitik der UdSSR ist in den drei Republiken zu einem Massenphänomen geworden. Von den Kämpfen in der UdSSR gegen die Nationalpolitik der UdSSR ist in den drei Republiken zu einem Massenphänomen geworden.

Wie dramatisch läßt er uns manchmal im Stich — dieser Hang zu stereotypen Phrasen ... Jahrelang wurden Phrasen über Kasachstan als „Laboratorium der Völkerfreundschaft“ unermüdlich von einer Rede in die andere übernommen. Wir haben uns eingelullt im Glauben, daß eine Aussage aus eigener Kraft Realität schafft, wenn man sie nur lautstark proklamiert“, schrieb TRUD am 14.1.87.

Die Ursachen der gegenwärtigen Unruhe liegen aber nicht im Schweigen der Brezhnev-Ara, sondern in der Nationalistenpolitik der Stalinzeit, die auch in den Jahren nach dem „Tauwetter“ (Mitte bis Ende der 50er Jahre) nie wirklich korrigiert wurde. Daß gerade in den baltischen Republiken sich Massenbewegungen für Demokratie, Umweltschutz und Selbstbestimmung bilden, als es eingetaucht in ein überschüssiges Nationalgefühl, das hängt mit der Geschichte dieser Republiken zusammen.

Bis 1917 Teil des russischen Reiches, brachte ihnen die Oktoberrevolution und der nachfolgende Bürgerkrieg die Unabhängigkeit. In Lettland und Estland konnten Bolschewiki für kurze Zeit die Macht ergreifen. Der Einmarsch britischer Truppen machte hier der Sowjetmacht 1919/20 ein Ende. Die Sowjetregierung in Litauen hielt sich nur bis April 1919, dann wurde sie von polnischen Truppen besetzt (25).

Bis 1919 wurden diese Staaten von autoritär-bürgerlichen Regimes beherrscht (in der sowjetischen Geschichtsschreibung werden sie als faschistisch bezeichnet). Die Okkupation 1940 ging mit brutalen Mitteln vonstatten. Verhaftung und Deportation Zehntausender, Unterdrückung jeder nationalen und sozialen oppositionellen Regung. Die Besetzung durch deutsche Truppen 1941 rief zwar auch Widerstand hervor. Baltische Verbände beteiligten sich am Krieg gegen die UdSSR. Teile der Bevölkerung wirkten aktiv mit an antifaschistischen Massakern: baltische SS-Formationen wurden gebildet. Diese Kollaboration

Fortsetzung von vorheriger Seite

tion war ein Grund für erneute Sauerungen und Deportationen nach der Rückkehr der Roten Armee 1944.

Die gegenwärtige Verklärung der Unabhängigkeitsjahre als „Zeit der heilen Welt“ durch separatistische Teile der Nationalbewegungen, die durch sie produzierte Feindschaft gegen die ansässigen Russen (Zitat: „Einen Russen töten, das ist wie einen jungen Baum pflanzen“) (25a) paßt in die reaktionären Traditionen der haitianischen Republiken. Im Kampf gegen diese (noch wenig relevanten) Trends im Konglomerat der Nationalbewegungen hätte deren progressivster Flügel die Aufgabe, jenen durch kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Unabhängigkeit und des Faschismus 1941-1944 entgegenzutreten — auch wenn diese Perioden jahrzehntelang dafür herhalten mußten, die sowjetische Okkupation als Befreiung zu rechtfertigen.

Anderes als in den übrigen Sowjetrepubliken ist die Erfahrung, Teil der UdSSR zu sein, nur mit der Erinnerung an den historischen „sozialistische Befreiung“ der staunischen Nationalitätenpolitik verknüpft. Und die unterschied sich erheblich von der Politik der noch jungen Sowjetmacht nach 1921 (Ende des Bürgerkrieges).

Deren erste Primat in der Nationalitätenpolitik war der Internationalismus, die Betonung der Gleichheit aller Völker der UdSSR, die vorbehaltlose Verurteilung der zaristischen Kolonialpolitik als Imperialismus, die Wertung des Widerstands der okkupierten Nationen als fortschrittlicher Akt. Es gab auch in den 20er Jahren genug praktische Beispiele, wo grob an nationale Empfindlichkeiten geübt wurde, insbesondere in den islamischen Republiken. Aber gerade in dieser Periode zieht sich wie ein roter Faden das Behnken um kulturelle und politische Gleichberechtigung durch die Praxis der Nationalitätenpolitik, bis hin zu den Anstrengungen, jeder noch so kleinen Nationalität die Entwicklung ihrer Kultur zu ermöglichen und „Russifizierungen“ jeder Art zu vermeiden. Nach 1930 begann ein anderer Wind zu wehen. Statt der Gleichheit aller Völker wurden die russische Nation, ihre Kultur und ihre Sprache in den Rang eines „Primus inter pares“, die Traditionen zaristischer Kolonialpolitik in den Rang „zivisatorischer Maßnahmen“ gehoben, der Widerstand gegen die Okkupation ein Widerstand, der auch als Teil der historischen Identität der Völker fungierte, wurde an den Rand gedrängt, „gehört“ der Widerstand gegen die Okkupation der Welt. Der Widerstand als Teil der historischen Identität der Völker fungierte, wurde an den Rand gedrängt (26a).

Heute ist der Führung der KRSU wohl klar geworden, daß das Schweigen der Breschnew-Zeit mit dem Anspruch von Glasnost kollidiert, daß Unnachgiebigkeit das ganze Perestrojka-Projekt diskreditiert und die nationalstischen Stimmungen in eine Massenbewegung für nationale Unabhängigkeit umzuschlagen drohen. Ob die gegenwärtige Entwicklung — wie behauptet — mit einer Rückkehr zur leninischen Nationalitätenpolitik zu tun hat, bleibt fraglich. Diese Partei und dieser Staatsapparat haben mehr als 50 Jahre die Nationalitätenpolitik verkörpert und praktiziert, vor deren Scherben sie jetzt stehen. Trotzdem zeigen sich heute erste Tendenzen eines Kampfes, dessen Aufgaben Loten gut ein Jahr vor seinem Tode so formulierte: „Gen. Kamenew! Dem großrussischen Chauvinismus entgegen den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen.“ (27)

AK 1

Anmerkungen

- 1) Nach fremdem „Drehbuch“ in Komsomol'skaja Pravda 26.8.87.
- 2) Berlin: Europa Research RFE 26.8.88 S. 42a; 4.10.88 S. 8.
- 3) ebd. S. 4.
- 4) taz 25.8.87.
- 5) Zeit 7.10.88 S. 17.
- 6) Moscow News 31.7.88, zit. nach RFE 30.8.88 S. 1.
- 7) Zeit 4.10.88 S. 18.
- 8) RFE 9.8.88.
- 9) ebd.
- 10) ebd.
- 11) ebd.
- 12) RFE 2.9.88 S. 3.
- 13) taz 10.10.88.
- 14) Zeit 14.10.88 S. 18/Frankf. Rundschau 15.10.88.
- 14a) Moskau News 12/88.
- 15) taz.
- 16) Kultur ja, Ebu, zit. nach: Nachrichten aus dem Ballikum 11/17 1987 S. 23-28.
- 17) ebd.
- 18) Monitor-Radiodienst der DI Welt 26.9.88 S. 22.
- 19) RFE 9.9.88 S. 22.
- 20) ebd. S. 23f.
- 21) ebd.
- 22) taz 28.8.88.
- 23) Monitor 3.10.88 S. 12.
- 24) Zeit 25.10.88 S. 7.
- 24a) Monitor 3.10.88 S. 16.
- 25a) LW 26 S. 162-164.
- 26) E. H. Carr: The Bolshevik Revolution 1917-19 S. 37-319.
- 27a) Zeit 25.1.88.
- 28) A. B. Beljajew: Les luttes de classes en URSS II S. 241/42 d. Encyclopédie russe im roten Imperium, Wien/München 1979 S. 25f.
- 29) LW 33 S. 358.

Angola:

Regionale Konfliktbereinigung — ein Ende des Krieges?

Im Zeichen des sowjetischen Neuen Denkens ist vielfach der Eindruck entstanden, als könnten auf dem Verhandlungswege und ausgerüstet mit der neuen Offenheit zum Teil jahrzehntelange Konflikte beseitigt werden. Die Frage, auf wessen Kosten solche Lösungen gehen und ob die Konflikte damit aus der Welt geschafft sind, scheint dabei nicht besonders ernst genommen zu werden. In diesem Artikel soll untersucht werden, über was derzeit zwischen Angola, Kuba und Südafrika verhandelt wird. Wie es dazu gekommen ist und was für Perspektiven sich für Angola daraus eröffnen.

Was ist bisher erreicht worden?

Im Mai begannen Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika, die USA spielen Vermittler. Südafrika war durch seine militärischen Mißerfolge an den Verhandlungstisch gezwungen worden, nachdem es Anfang des Jahres erklärt hatte, nur mit der Sowjetunion direkt verhandeln zu wollen. In der im Juli verabschiedeten Grundsatzklärung wurden im wesentlichen drei Punkte vereinbart:

1. Umsetzung der UN-Resolution 435 (Unabhängigkeit Namibias) von 1978 durch „freie und faire Wahlen“, deren Zeitpunkt aber nicht definiert wurde.
2. Zunächst Verlegung kubanischer Truppen nach Norden, dann deren schrittweiser Abzug.
3. „Nichteinmischung in interne Angelegenheiten von Staaten“. Das bedeutet nach Vereinbarungsdefinition Respektierung von Grenzen und Souveränität, Unterlassung von Drohungen und Gewalt sowie „nicht zu erlauben, daß der Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird“.

Die USA wurden in ihrer Vermittlerrolle bestätigt, obwohl sie sofort erklärten, die „Freiheitskämpfer“ der UNITA auch weiterhin zu unterstützen.

Anfang August wurde eine zweite Erklärung vereinbart, die die Grundsatzklärung teilweise konkretisierte:

1. Sofortiges Inkrafttreten eines Waffenstillstandes.
2. Beginn der Verwirklichung der UN-Resolution 435 (Namibia betreffend).
3. Stufenweiser völliger Abzug der kubanischen Truppen nach einem für alle Seiten akzeptablen Zeitplan.

Neuen Meldungen zufolge soll Südafrika am 22. II. einem noch geheimgehaltenen Abkommen über den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola und die Unabhängigkeit Namibias (formell) zugestimmt haben. Der Vertrag ist damit allerdings noch nicht perfekt, da die Frage der Durchführung und deren Überwachung noch viele Möglichkeiten des Scheiterns offen läßt.

In den bislang vereinbarten Erklärungen haben Angola und Kuba weitgehende Zugeständnisse in zwei Fragen gemacht. Erstens ist durch die Vereinbarungen eine faktische Gleichsetzung zwischen Kuba und Angola und Südafrikanern in Namibia hergestellt worden. Zweitens war es bislang Position Angolas und Kubas gewesen, daß die kubanischen Truppen das Land nicht verlassen, bevor Südafrika und die USA ihre Hilfe für die UNITA nicht einstellen. Das Gegenteil ist der Fall, denn die USA hat die UNITA im Nachbarland Zaire für die verlorengegangenen Stützpunkte im Süden Angolas entschädigt. Der größte Stützpunkt Jiveli Art ist Kamina, nahe der angolanischen Grenze. Es entsteht dort ein zentrales Kontroll-Lager für das südliche und mittlere Afrika. Von dort wird die UNITA mit Nachschub versorgt und dort werden auch UNITA-Kräfte ausgebildet. Im Rahmen der Anstrengungen der USA, Zaire zu einem neuen Aufmarschgebiet zu machen, haben hier in den letzten Monaten die USA und Zaire statt.

Ein weiterer Schwachpunkt der Erklärungen ist die Tatsache, daß Südafrikas Rückzug aus Angola und Namibia nicht festgeschrieben wurde, wohl aber der Rückzug der Kubaner. Der Rückzug Südafrikas aus Angola ist zwar Ende August erklärt, hatte allerdings eindeutig militärische Gründe. Das gilt in der Form nicht für Namibia; dort ist Südafrika noch nicht gelungen, das Land zu räumen. Namibia wird also vorerst im Destabilisierungskampf Südafrikas weiter eine Rolle spielen.

Die bislang getroffenen Vereinbarungen bedeuten keineswegs das Ende der Kampfhandlungen in Angola. Die UNI-

TA kontrolliert noch immer weite Teile im Südosten des Landes, dazu kommen die neuen Stützpunkte und Nachschubwege über Zaire und nicht zuletzt die Unterstützung der UNITA durch Südafrika und deren eigene Aktivitäten von Namibia aus.

Auswirkungen für ANC und SWAPO

Für den ANC wird sich eine Einigung zwischen Angola und Südafrika wahrscheinlich negativ auswirken. Südafrika drängt auf die Schließung der ANC-Ausbildungslager auf angolanischem Boden. Für den Fall eines Abkommens wird Südafrika Garantien von Angola verlangen. Der ANC weist im Hinblick auf solche Vereinbarungen darauf hin, daß Südafrika in der Vergangenheit noch keinen einzigen Vertrag, den es mit den Frontstaaten geschlossen hatte, gehalten hat. Für die SWAPO gilt, daß sie bislang an keinen Verhandlungen beteiligt war. Sie kam erst zum Zuge, wenn Südafrika „freie und faire“ Wahlen zuließ. An der Namibia-Frage kann ohnehin der Verhandlungsprozess noch platzen.

Verhandlungen waren militärisch erzwungen

Die militärische Niederlage Südafrikas in den südlichen Provinzen Angolas vom März und April dieses Jahres war von entscheidender Bedeutung für seine Bereitschaft, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. Vor der Niederlage hatte es Südafrika kategorisch abgelehnt, sich mit Angola und Kuba an einen Tisch zu setzen. Südafrika war in den letzten Jahren immer häufiger gezwungen, zugunsten der UNITA militärisch zu intervenieren. Mitte 1987 begann Angola eine Offensive gegen die UNITA im Südosten des Landes. Im September geriet UNITA bei Navinga in große Bedrängnis. Ziel der Regierungstruppen war die Einnahme des UNITA-Hauptquartiers in Jamba. Die Offensive konnte im Verbund von südafrikanischen namibischen und UNITA-Truppen gestoppt werden, doch im Unterschied zur Vergangenheit wurde die südafrikanische Präsenz nicht geheim gehalten. Südafrika habe vor der Alternative gestanden, „die Niederlage der UNITA zu akzeptieren oder die russische Aggression zum Hals zu bringen“ (Verteidigungsminister Malan).

Die Präsenz ließ sich einerseits durch die zahlreichen südafrikanischen Opfer nicht mehr geheimhalten; andererseits nahm die Unruhe in den namibischen Truppenteilen aufgrund der außerordentlich hohen Verluste zu, und es gab Fälle von Meutereien. Aus dieser Ausgangssituation entwickelte sich die bisher schwerste Niederlage Pretorias im angolanischen Konflikt. Im Oktober 87 griffen 9000 südafrikanische und gleichviel UNITA-Truppen die Stadt Cuito-Cuanavale an. Bei ihrem Angriff wurden 150 Panzer, schwere Artillerie und Bombenflugzeuge eingesetzt.

Dezember 87: Die Regierungstruppen hielten sich, doch ihre Lage wurde immer bedrohlicher. Der Belagerungsring wurde immer enger, so daß der Nachschub gefährdet war. In dieser Situation griffen die Kubaner in die Kämpfe ein. Im Januar wurden per Luftbrücke 10.000 Mann Infanterie, Geschütz- und Panzerverbände eingeflogen. Die kubanische Luftwaffe griff verstärkt ein. Der Einsatz der Kubaner brachte die Wende. Mit Hilfe von neuen sowjetischen Flugzeugen gegenüber älteren Mirage-Bombern der Südafrikaner wurde die Luftüberlegenheit erobert. März 88: Der Belagerungsring konnte gesprengt werden, die südafrikanische Truppen zogen sich überstürzt zurück. Bei diesen Kämpfen verloren die Südafrikaner etwa 300 Mann.

April 88: Die angolanisch-kubanischen Verbände unterstützten von SWAPO-Einheiten befreiten große Teile Südafrikas und stießen bis an die namibische Grenze vor. Dieses Gebiet war jahrelang von UNITA- und südafrikanischen Truppen kontrolliert worden.

Juni-Juli 88: Die Südafrikaner versuchten wiederholt Gegenangriffe, doch werden sie bei den Versuchen Brückenköpfe zu errichten, schwer geschlagen. Nach Einnahme des südlichen Anzambas wurden Verteidigungsanlagen ausgehaut. Im Juli waren bereits zwei 35 km lange Landebahnen ersteht. Diese neuen Stützpunkte weit im Süden der ursprünglichen Verteidigungsline schwächen die Position Südafrikas in jeder Hinsicht. Pretoria verzichtete auf die Verhandlungsbeteiligung der



Südafrikanische Truppen beim Rückzug aus Angola

UNITA. Im August wurde schließlich der vollständige südafrikanische Truppenabzug und ein Waffenstillstand vereinbart.

Die Chronologie der militärischen Auseinandersetzungen belegt eindeutig, daß Südafrika in erster Linie auf militärischem Feld geschlagen wurde und nicht durch die „Einschärfung eines Regionalkonfliktes“ mittels Verhandlungen. Nicht-Einschärfung, sondern Zuspitzung der Auseinandersetzung hat Angola vorläufig von der direkten militärischen Annäherung Südafrikas befreit.

In die Arme des Imperialismus getrieben?

In die Arme des Imperialismus getrieben?

Nach dem Befreiungskrieg konnte die MPLA nur die Ruinen einer ohnehin rückständigen Kolonialwirtschaft übernehmen. Das Handelssystem war weitgehend zerstört, das Transportwesen zusammengebrochen, und die Industrie stand still. Die nationale Industrie war von der Kolonialmacht Portugal kaum in die Wirtschaft integriert worden, die meisten weißen Fachkräfte flohen nach der Unabhängigkeit. 1975 gab es ca. 88 % Analphabeten (Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt aus J. Becker: Angola, Mosambik und Zimbabwe im Visier Südafrikas). Das Bruttoinlandsprodukt war 1976 auf dem Tiefstand von real 53 % des Wertes von 1974 gesunken. 1980 wurden erst wieder 60 % des Wertes von 1974 erreicht. In der Landwirtschaft wurden 1979 erst 12 % des eigenen Nahrungsmittelbedarfs erreicht. Der hohe Devisenbedarf für die notwendigen Importe konnte durch die Öl-Exporte finanziert werden. Es war der einzige wirkliche Aktivposten der angolanischen Wirtschaft, es verschaffte dem Land trotz der ansonsten äußerst prekären Wirtschaftslage einen beträchtlichen außenwirtschaftlichen Spielraum.

1981 gab es einen tiefen Einschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung: von diesem Zeitpunkt an setzte ein dauerhafter Verfall des Ölpreises ein. Der Ölpreis fiel, deshalb mußte die Produktion gesteigert werden. Diese Steigerung konnte allerdings nur mit Hilfe vor allem US-amerikanischer Investitionen erreicht werden. Der Durchschnittspreis für ein Barrel Öl sank von 35,38 US-Dollar in 1981 auf 17,73 US-Dollar in 1987. Die übrigen Teile der Wirtschaft hatten sich nach der Revolution nur sehr schwach entwickelt. Mit einem Exportanteil von 2,6 % war Kaifee 1985 das zweitwichtigste Exportprodukt. 1974 hatte sein Exportanteil noch 20,7 % betragen. Drittwichtigstes Exportprodukt waren 1985 Diamanten mit einem Anteil von 5 % im Vergleich zu 8 % 1974.

Das Jahr 1981 bedeutete nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht eine Zäsur, sondern auch in der Kriegslage. Südafrika eskalierte — ermutigt durch Reagans Anweisung — seine Aggressionen gegen Angola. Die Wirtschaftswirkung ist seit 1981 völlig durch den aufgezwungenen Krieg geprägt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen fanden nach einer Prioritätensetzung zugunsten der Verteidigung statt. Die Militärausgaben stiegen stetig an und machten 1985 38 % des Haushalts aus. Die Importe in dem Jahr bestanden zu 53 % aus Militärausrüstung. Durch

die südafrikanischen Aggressionen wurden beträchtliche Teile der mühsam aufgetauten Infrastruktur zerstört. Die angolanische Regierung schätzte allein die Kriegsschäden der 75-76 auf 6,7 Milliarden US-Dollar. Die Auswirkungen des Krieges machen sich in allen Bereichen, besonders aber auf dem Land, bemerkbar. Die Landwirtschaft hat sich praktisch bis heute nicht erholt. Die Kaffeeproduktion ist auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft, und die Diamantenproduktion ist 1986 durch einen schweren UNITA-Angriff fast vollständig zum Erliegen gekommen. Am tiefsten ist die Krise in der Landwirtschaft. Der Hauptgrund der Schwierigkeiten liegt sowohl auf dem Gebiet der Produktion, wie der Vermarktung im Kriegszustand und in der Landflucht beträchtlicher Teile der verunsicherten Bevölkerung. Darüber hinaus liegt es aber auch an der Demoralisation der meisten staatlichen Agrarbetriebe. Der größte Teil der Landwirtschaft wurde vernichtet.

1986 fielen die Exporterlöse, trotz einer Steigerung der Ölförderung um 14 %, so daß Angola mit der Rückzahlung der Auslandsschuld bis zum Ende des Jahres im Verzug geriet. Gleichzeitig wurden zu dem Zeitpunkt viele Kredite der für Ende 86 mit 3,83 Mrd. Dollar angegebenen Auslandsschuld fällig.

Mit der Sowjetunion als dem größten Kreditgeber kam es zu einer Umschuldung, doch mit dem Westen gab es kein Übereinkommen in der Schuldenfrage. Unter dem Druck der westlichen Gläubiger beantragte Angola im Oktober 1987 die Aufnahme in den IWF. Über die Aufnahme ist bis heute noch nicht entschieden. Die MPLA-Regierung hat allerdings ihren eigenen, 1988-90 laufenden Plan zur wirtschaftlich-finanziellen Sanierung beschlossen. Kernpunkt dieses Programmes sind die Reprivatisierung eines Teils der Industrie, des Handels und großer Teile der Landwirtschaft. Darüber hinaus soll das Land verstärkt für Auslandsinvestitionen geöffnet werden.

Die westlichen Gläubigerländer üben schon vor dem Beitritt Angolas zum IWF einen starken Druck in Richtung privatkapitalistischer Elemente aus.

Eine mögliche Alternative zu dieser Abhängigkeit gibt es für Länder wie Angola, Mosambik oder auch Äthiopien nicht. Diese Länder haben zwar wichtige Verbindungen zum RGW, können aber keine Vollmitglieder mehr werden. Im Falle Mosambiks und Äthiopiens gab es 1985 einstimmige Ablehnungen von Seiten des RGW.

Offen geblieben in diesem Artikel ist die subjektive Seite der angolanischen Politik, z.B. „Was hat die MPLA für eine Politik in der Bauernfrage, oder aber in der Frage der nationalen Minderheiten betrieben?“ Die UNITA hat ja nicht ausschließlich von Südafrika und den USA existiert, sondern konnte sich auf den Tribalismus stützen. Nicht zuletzt wäre zu untersuchen, mit wem für einen Sozialismusbegriff die MPLA angezogen ist, und wie sich das auf die Politik der nachrevolutionären Phase ausgewirkt hat.

ky

Vom Protest zum Bürgerkrieg

20 Jahre Bürgerrechtsbewegung in Nordirland

Im Herbst 1968 rief sich der bundesdeutsche Fernsehzuschauer erstaunt die Augen: Auf seinem Bildschirm marschierten Demonstranten, die nicht den Vietcong hochleben ließen und das kapitalistische System zu stürzen gedachten, sondern simple wie für selbstverständlich ersichtete Bürgerrechte einklugten. Die Existenz einer schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA war ihm bereits geläufig, aber diese Neger waren weiß und lebten in Westeuropa, genauer: in Nordirland, dem Vereinigten Königreich zugehörig. Des weiteren konnte er erfahren, daß es sich bei den Bürgerrechtlern überwiegend um Katholiken handelte, während die Polizisten, die auf sie eindroschen, Protestanten seien. Dies verstärkte nur seinen Eindruck, daß hier irgendetwas nicht in Ordnung sei. Bürgerliche Demokratie gilt ihm in Westeuropa — zumal im sogenannten „Mutterland der Demokratie“ (was eben nicht stimmt, vielmehr muß es heißen „... des Parlamentarismus“) — als längst verwirklichte Und Religionskriege gehörten ohnehin der Vergangenheit an.

Der nordirische Staat und die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung

Die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung klangen tatsächlich so selbstverständig, daß nahezu jeder, der 1968 auf die Straße ging, annahm, sie würden alsbald verwirklicht. Kaum jemand dachte an die späteren Aktivitäten der Provisional IRA eingeschlossen, die wie wir auf dem öffentlichen Protestieren dieser Forderungen als erste wachsende Gefahr für diesen die britische Souveränität über Nordland herausforderten und die von der weißen Staatsmacht hinterfragt wurden. Noch heute schütteln viele Briten über ihre damalige Naivität den Kopf.

Die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung lauten wie folgt:

1. Abwärtstrend des M-3 (Anzahl der Zinsen und Abschaffung der Rangstufen) und die Abwärtstrend des Rangstufen. Bei 1969 (wohl gemeint 1969 und nicht 1969) war bei nicht-waren Konsumgütern für Wahlberechtigte der Wahlberechtigte und die Wahlberechtigte vor der Wahlberechtigte (nicht bei Wahlberechtigte vor der Wahlberechtigte).

hoch besetzt war. Die Protestanten waren in diesen Wahlkreisen beworben die katholische Bevölkerung zu gewinnen. Die Wahlkampfstrategiegruppe, die sich gegenüber der britischen Herrschaft loyal verhielt, in Belfast bedeutete dieses Wahlrecht daß ein 10000 junge katholische Ehepaare von Urerben ausgeschlossen blieben, da sie – aus finanziellen Gründen – noch bei ihren Eltern herbergen. In Städten, wo Katholiken Nationalisten die Bevölkerungsmehrheit stellten, kamen durch die manipulative Ziehung von Wahlkreisen trotz dem protestantische Stadtratsmehrheiten zustande („Gerrymandering“). Das Paradebeispiel für diese Politik war die zweitgrößte nördliche Stadt Derry (Loyalisten sprechen von London Derry), wo eine katholische Mehrheit von 2/3 existierte. Die Katholiken konzentrierten sich vorwiegend im Süden der Stadt, wo sie eine 9:1 Mehrheit bildeten. Ergo wurde dieses Gebiet von den restlichen Stadtteilen abgekoppelt, um ihm nicht Abgeordnete zu gewähren. Im Norden der Stadt und im wasserreiche Gebiet existierten knappere protestantische Mehrheiten von 61:39 bzw. 67:33. Diesen Gebieten wurde als zwei Wahlkreise bezeichnet wurden gesteuert man insgesamt zwölf Abgeordnete

nein, so daß im Stadtrat eine loyalistische/protestantische Mehrheit von 12:8 herrschte. In der Grafschaft Fernmanagh wies sich das Verhältnis katholiken zu Protestanten 53:47 gesuldet, hatte die Wahlkreismap gebeten zur Frage, daß 36 Protestanten/Lutheranen und 17 Katholiken/Nationalisten gewählt wurden.

2. Abschaffung des Special Power Act
dem N-Verfassungsgesetz, mit dem Nordz
und sein Gründung regiert wurde.
Das Gesetz verlieh den protestantischen
Polize kniften ungemeine Macht wie
etwa die Verhaftung von „Staatsfeinden“
im Auftrag der B... ..
Hintergrund ist die Don Juan
Das Special Power Act hat sich
während der Amtszeit der
von der 1970 bis 1972
1976
1977

1. In der Vergabe von kommunalen Wohnungen und Häusern und Beerdigung der Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen. Über die von ihnen dominierten kommunalen Verwaltungen sorgten die Protestanten ja in „daß M. gleich in ihrer Bevölkerungsgruppe bei der Hauptarbeit Wohnraum in Verfügung zu stehen die Protestanten auf der Arbeit ihrer Herkunftsgruppe (wie z. B. die jüdischen Deutschen) zu sein, obwohl die Katholiken weitaus größerer Wert bei der Vergabe von Arbeitsplätzen verfahren. Bei Harland & Wolff dem damals größten industriellen Arbeitgeber Nord Indiens, waren 1930 aus 400 der 10000 Beschäftigten Katholiken. In der Grafschaft Fernmanagh, wo Katholiken die Bevölkerungsmehrheit stellten, beschäftigte der County Council 338 Protestanten und 32 Katholiken. Von den 319 Verwaltungsposten, die die nordirische Regierung zu vergeben hatte, wurden lediglich 23 von Katholiken besetzt. Die soziale Diskriminierung verfolgte zwei Absichten. Zum einen sollte die Bevorzugung von Protestanten deren Loyalität gegenüber der eigenen herrschenden Klasse wie gegenüber der britischen Krone garantieren. Zum zweiten galt es, auf diese Weise die katholische Emigrationsrate auf hohem Niveau zu halten, um so deren höhere Geburtenrate zu neutralisieren und die deutliche protestantische Mehrheit zu bewahren.

4. Auflösung der "B-Specials" Die

Polizei, die mehr einer militanten protestantischen Miliz entsprach. Eine „normale“ Polizei, die sich Protestanten und Katholiken gleichermaßen verpflichtet fühlte und ihre Aufgabe ausschließlich im Dienst zum Schutz des Individuums und seines Eigentums betrachtete, hat in der Geschichte des nordirischen Staates nie existiert. Die Polizei war stets hochgradig politisiert und eher paramilitärischen Charakters. Den Kern der späteren Royal Ulster Constabulary (RUC) bildete bei Gründung des nordirischen Staates die Ulster Volunteer Force (UVF), eine der frühesten faschistischen Organisationen Europas. Man ging (und geht) in Nordirland zur Polizei, um den nordirischen Staat als protestantische Seite gegenüber „disloyalen Elementen“ zu verteidigen. Dem entspricht (und entspricht), daß die RUC-Mitgliedschaft oftmals innerhalb von protestantischen/loyalistischen Familien weiter vererbt wurde (und wird).

Die Rolle der Briten

Die britische Regierung stürzte der anfangs noch und zusehends antidemokratischen, faktisch Monarchlands an lange nicht, wie die protestantischen Statthalter die Statthalter britischer Herrschaft galten konnten. Als London 1649 gänzlich intervenierte, wurde die

Die Bürgerrechtsbewegung in Großbritannien
zu einem internationalen Ansehen gelangte, nachdem einer
britischen Regierung, nachdem einer
deutlicher wurde, daß sie genauso wenig
bereit und in der Lage war, den nicht-
weißen Staat in substantieller Weise zu re-
formieren wie ihr protestantisches/loyal-
istisches Klientel.

Es waren die Briten, die einen Kampf für demokratische Rechte zu einem Kampf um nationale und soziale Befreiung transformierten. Die Bürgerrechtsbewegung, die 1968 die Straße betrat, war an irischer Unabhängigkeit und Einheit zunächst nicht interessiert. Vielmehr trachtete man danach, in dem Sinne „britischer“ zu werden, daß man die Gleichstellung mit den anderen Bürgern im Vereinigten Königreich einklagte. Die „ritische Frage“ schien „gegeben“ zu sein: die innerirische Grenze war kein Thema und als während einer Bürgerrechtsdemonstration ein Teilnehmer die irische Tricolore entfaltete, erliefte er von seiner Umgebung lediglich Gelächter. Die angestrebte Demokratisierung der Verhältnisse sollte bei Beibehaltung des nordirischen Separatstatus und innerhalb des Vereinigten Königreichs erfolgen. Vergessen war, daß der nordirische Staat zu dem Zwecke gegründet wurde, einen britischen Brückenkopf auf der irischen Insel zu behalten, und daß die Ziehung seiner Grenze von dem künftigen bestimmt wurde: eine künstliche protestantische Mehrheit zu schaffen, deren protestantische Loyalität wiederum durch Sektierertum zu garantieren war. So mußte jeder Anspruch, die katholische Minderheit mit der protestantischen Mehrheit gleichzustellen, an der Begründung dieses Staates scheitern. Zudem waren die Briten auch gar nicht in der Lage, die katholische Minderheit politisch wie materiell zu integrieren und zugleich das traditionelle Kriemel weiter auszuhalten. Im Gegenteil: Die vermeintbare Verschlechterung der materiellen Ausnutzung von Teilen der protestantischen Gesellschaft mußte mit einer noch drastischeren Verschlechterung der Lage der Katholiken einhergehen, um so eine soziale Kluft zu konservieren, die eine Fortsetzung der Loyalität garantierte. Denn der Loyalismus basierte nicht auf einer angeblichen britischen Identität der nordirischen Protestanten, sondern auf der De-



Abkehr protestantischer Vorherrschaft durch das britische Establishment

[illegible]

Mythen und Wahrheiten

Mythen und Wahrheiten

Es besteht hier Unterschied zwischen der bürgerlichen und der anderen Arbeiterbewegung besteht in deren je nach dem Charakter Auch in Scotland spielen Studenten zunächst eine bedeutende und avantgardistische Rolle namentlich die Peoples Democracy eine offene soziale Formation, die von Kommunisten der Belfast Queens University gegründet wurde. Die mutigen Provokationen von Peoples Democracy nötigen die britische Regierung den nordirischen Staat und die vorgeblich unpolitischen „Reformer“ zum Offenbarwerden, den die republikanischen Re-

präsentanten der katholischen Mehrheit, wie partout zu vermeiden trachteten. Doch schon bald sollte sich die Auseinandersetzung auf die urbanen katholischen Arbeiterviertel konzentrieren.

Die in gerichtsbewegte wurde in
der Vergangenheit durch als Ausdruck
behalten usw. expandieren

liberal als Angehörige der westlichen Kultur.
 3. A und B Die Annahme, dass der karoli-
 schen Mittelklassen erfolgte eine in den
 19. und 20. Jahrhundert in der
 der gezeigten blicklichen Integrations- und
 Spaltung gesellschaftlich geschiedet (s. u.)

Die Bürgerrechtsbewegung reflektierte vielmehr die Erwartungen der gesamten kanadischen Bevölkerung, die sich in der Hoffnung gegenüber einem brisanten Staat, dessen Rolle im ökonomischen und sozialen Leben erheblich zugenommen hätte. Die sozialistischen Reformen, die in Großbritannien unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg eingeführt wurden, kamen mit zeitlicher Verzögerung auch in

Fortsetzung nächste Seite



„Diejenigen, die am 5. Oktober 1968 in Derry marschierten, unterzogen den Staat einem simplen und grundlegenden Test. Aber dieser Staat versagte, und dieser Staat hat immer in diesem Test versagt, seitdem er existiert.“

Einige Leute, die vor 20 Jahren nicht dabei waren, fragten uns, ob unser Anliegen die folgenden Unruhen wert gewesen wären, als ob wir uns schuldig für das zu fühlen hätten, was sich seither ereignete. Was hätten wir getan? Wir fragten nach Häusern, wir fragten nach dem allgemeinen Wohlfahrt, wir fragten nach einem Ende der repressiven Gesetzgebung, wir fragten nach Arbeit. Das war alles, wonach wir fragten, und wir sind heute hier, um nach den gleichen Dingen zu fragen. Mit dem Unterschied: Wir wollen Jobs, wir wollen Häuser, und wir wollen Bürgerrechte. Und wir wollen nach 20 Jahren auch unser Land zurück.

20 Jahre sind 20 Jahre zurück. Es ist Zeit, daß sie uns verlassen. Aber sie werden uns nicht verlassen, wenn wir sie nicht dazu zwingen. Wir wollen diesen Krieg nicht, wir wollen keine Fortsetzung dieses Konfliktes, wir wollen nicht weiter den Beerdigungen unserer Genossen und Nachbarn folgen, und wir wollen auch nicht länger sehen, wie die Familien unserer Feinde dens Beerdigungen folgen. Aber die Wahl liegt bei ihnen.

Wir haben nirgendwo hinzugehen als vorwärts. Sie haben nirgendwo hinzugehen als nach Hause."

Gerry Adams, Derry, Oktober 1988

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nordirland zur Anwendung. Entgegen der Erwartungen der Minderheit, änderie die größere Rolle des Staates jedoch nichts am sektiererischen Charakter der nordirischen Realität. Zwar erfüllt die private Atmosphäre des protestantischen/unionistischen Sektierertums eine gewisse Auflösung, nicht zuletzt bedingt durch den Niedergang der traditionellen unionistischen Industrien und dem Eindringen internationaler Investoren, doch wurde der sektiererische Charakter auf höherer Ebene reproduziert, indem Sektierertum und Staatsinterventionismus eine Allianz eingingen. Der Staat beschloß den Aufbau eines zweiten ökonomischen Zentrums in der Provinz, doch anstatt das mehrheitlich katholische Derry, die nach Belfast zweitgrößte Stadt, mit entsprechenden Mitteln auszustatten, wurde zwischen den beiden mehrheitlich protestantischen Städten Portadown und Lurgan eine neue Stadt gegründet, in dem Namen Craigavon. Auch die zweite Universität des Landes wurde nicht in Derry eröffnet, sondern in der protestantischen Kleinstadt Coleraine. Und die internationalen Investoren ließen sich nicht in strukturell unterentwickelten und mehrheitlich katholischen Westen Nordirlands nieder, sondern im mehrheitlich protestantischen Raum Belfast, der schon immer das ökonomische und industrielle Zentrum der Provinz war.

Auch die Bedeutung der eher moderaten Führung der Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) im immer wieder überschätzt worden. Tatsächlich spielte die NICRA-Führung bei der Planung und Durchführung der bedeutendsten Märsche lediglich eine untergeordnete Rolle. Bei der Demonstration vom 5. Oktober 1968, die das internationale Medieninteresse für Nordirland weckte, war NICRA überhaupt nicht präsent. Die Initiatoren waren linke Aktivisten des Derry Housing Action Committee. Gleiches gilt auch für den großen Bürgerrechtsmarsch vom 16. November 1968, der vom Derry Citizens Action Committee organisiert wurde. Im Dezember lief die NICRA-Führung zu einem zeitlich limitierten Verzicht von Demonstrationen auf, aber der folgende Monat wurde mit 14 Märschen zum geschäftigsten der Bewegung. In diesem Monat ereignete sich auch der Angriff von Polizisten auf multitalen Loyalisten auf einen Peoples Democracy March bei Burninlet, ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der Auseinandersetzung. Die Verbindungen zwischen der NICRA-Führung und den lokalen Komitees waren in Wahrheit äußerst lose. Die NICRA-Führung hatte auf die Politik der lokalen Komitees, in denen das radikale und Unterklasselement weit stärker vertreten war, kaum Einfluß.

Zu den Mythen über die Bürgerrechtsbewegung zählt den weiteren die Rolle von Protestanten im Kampf um demokratische Reformen. Von ihrem Anspruch her war die Bürgerrechtsbewegung eine klar antisektiererische Angelegenheit, was dennoch nicht zur Folge hatte, daß die Protestanten sich in Massen ihr zuwandten. Die wenigen Protestanten, die sich in der Bewegung engagierten, wurden dort in ähnlicher Weise behandelt, wie CDU-Konvertiten durch die bundesdeutsche Friedensbewegung der 80er Jahre. Gerade weil es nur so wenige Protestanten waren, neigte man dazu, ihre Bedeutung völlig zu überblenden. Die Realität wird schon eher durch eine Umfrage aus dieser Zeit wiedergegeben, die besagt, daß 69% der nordirischen Protestanten gegen ein gesetzliches Verbot der Diskriminierung waren.

Die Beschäftigung mit den Mythen ist deshalb von Bedeutung, weil in der bürgerlichen Betrachtung der vergangenen 20 Jahre — wie sie von der SDLP (Sozialdemokratische Partei) gefüllt und zugleich rezipiert wird — immer wieder zu lesen ist, die Bürgerrechtsbewegung habe als gewaltfreie und überkonfessionelle Bewegung begonnen, sei dann jedoch von der IRA übernommen worden, die diese dann in ein sektiererisches und gewalttätiges Fahrwasser geführt habe. Diese Behauptung ist allein schon deshalb falsch, weil das, was die Bürgerrechtsbewegung seinerzeit an Basis war, sich heute viel eher bei Sinn Féin und der IRA wiederfindet, als bei der SDLP. Und es waren die nordirische Polizei und die britische Armee, die die gewaltsame Eskalation betrieben. Der Aufstieg der Provisional IRA ergab sich nachher von selbst, daß der britische Staat nicht dazu bereit war, für die physische Unversehrtheit der katholischen/nationalistischen Minderheit zu garantieren, sondern das Eintreffen der Armee deren Unsicherheit vielmehr noch verstärkte.

Daß auch noch die wenigen „Vorzeigeprotestanten“ der Bewegung den Rücken zugehrien, hatte die folgenden Gründe. Zum einen hatte ihr Engagement für die Bürgerrechtsbewegung in der Regel kaum Einfluß auf ihre unionistische Position. Die Bewegung entwickelte sich jedoch von einer konstitutionellen, die eine Demokratisierung der Verhältnisse bei

Beibehaltung des nordirischen Staates und dessen Einbindung in das Vereinigte Königreich auswirkte, zu einer nationalisierenden und den gesamten Status Quo zur Disposition stellenden, als dieser Staat und die britische Regierung sich nicht dazu in der Lage und bereit zeigten, ihren Forderungen nachzugeben. Dies war nur logisch, und der Charakter britischer Herrschaft kann der Bewegung kaum zum Vorwurf gemacht werden. Zum anderen sahen sie sich der loyalistischen Reaktion ausgesetzt, die die Transformatoren innerhalb der nordirischen Gesellschaft wieder entlang der Konfessionszugehörigkeit wie der Frage Unionismus/Loyalismus versus Nationalismus zog. Die Rebellion bürgerlicher Loyalistenführer wie Ian Paisley war keineswegs eine Antwort auf die Politik der IRA. Paisley betrat bereits die Bühne, als die Bürgerrechtsbewegung noch eine konstitutionelle Orientierung verfolgte und von der IRA weit und breit nichts zu sehen war. Paisley erlangte seinerzeit eine IRA-Verschönerung, indem er die UVF dazu animierte, Bomben zu legen, die dann der republikanischen Guerilla in die Schuhe geschoben wurden. Auf diese Weise sollten liberale und konzessionsbereitere Elemente im protestantischen/unionistischen Lager unter Druck gesetzt und eine Infiltrierung der „protestantischen Volksgemeinschaft“ mit dem Anliegen der Bürgerrechtler verhindert werden. In mancherlei Hinsicht war die Situation im Nordirland der späten 60er Jahre der heutigen Situation in Südafrika gleich: Eine Regierung versucht den Protest der ausgesperrten Bevölkerungsgrup-

pen, die in deren Richtung unternommen wurden, als geradezu naiv bezeichnet werden. Kaum eine Gelegenheit wurde ausgelassen, um die protestantischen Unterclassen von den Vorteilen einer „workers republic“ und interkonfessioneller Arbeiterereinheit zu überzeugen. Die richtigen Argumente, so der naive Glaube, würden nicht nur den Weg zu den Bürgerrechten, sondern auch zu den Ausgebeuteten und Erniedrigten der anderen Bevölkerungsgruppe bahnen. „Tories out, North and South“ stand für die Absicht, den Establishments in beiden Teilen Irlands den Kampf anzusagen, und sollte unterstreichen, daß man keineswegs daran dachte, die protestantischen Unterclassen in einen katholischen Staat zu führen. Doch die oftmals nur minimalen oder gar lediglich angenommenen Privilegien, die die Union den protestantischen Unterclassen gegenüber ihren katholischen „Klassenkollegen“ garantierte bzw. suggerierte, waren ihnen näher als die ferne Vision einer „workers republic“. Von großen Teilen der protestantischen Arbeiterklasse wie der traditionellen protestantischen Mittelklasse wurde die Forderung nach Gleichstellung der Minderheit vielmehr als bedrohliche soziale Herausforderung begriffen.

Es war ein oftmals schmerzlicher Prozeß, bis die Linken einsahen, daß das Rollen der sektiererischen Trommel durch loyalistische Agitatoren noch immer genügt, um auch nur den kleinsten Ansat von interkonfessioneller Unterklasse-solidarität — und bestand deren Gegenstand auch nur im gemeinsamen Interesse an ei-



• The life which Britain has brought us

nem Gehweg oder einer Fußgängerzone — zu torpedieren. Der bigotte, mehrbaldige Pfaffe Ian Paisley verstand es allemal besser, an die Ängste und Bedürfnisse der protestantischen Unterclassen zu appellieren. Sympathiebekundungen gegenüber dem Anliegen der Bürgerrechtsbewegung kamen eher aus den modernen Sektoren der protestantischen Mittel-schichten.

Es bleibt das Dilemma Sinn Féin und unabhängiger sozialistischer Republikaner, daß sie zwar objektiv nicht nur die Interessen der katholischen, sondern auch der protestantischen Unterschichten vertreten, jedoch nicht deren politische Interessen (Beibehaltung der Union etc.), die diese überlagern. Solange die britische Stütze des Sektierertums in Nordirland nicht restlos beseitigt ist, wird sich hieran kaum etwas ändern. Wie sehr man sich im Herbeireden einer interkonfessionellen Arbeiterbewegung und progressiver Elemente im Denken und Handeln der protestantischen Arbeiterklasse versorgen konnte, dafür stand hierzulande insbesondere der KKW. Seine „AVZ“ schreckte 1974 nicht davor zurück, einen Massenstreik der loyalistischen Arbeiterklasse als emanzipatorischen Akt zu preisen, der von einer beschützten Terrortruppe (UDA) angeführt wurde und der Verhinderung einer autonomen Beteiligung von Katholiken an der Machtausübung in Nordirland galt.

Die Tage dieses Streiks zählen zu den schrecklichsten Ermordungen der katholischen/nationalistischen Ghettobevölkerung Nordirlands, die damals befürchtete, die loyalistischen Paramilitärs könnten einen Generalsangriff auf ihre Wohnbezirke starten, um das „Katholikenproblem“ einer Endlösung zuzuführen. Abgesehen davon, war dieser Streik alles andere als eine authentische Angelegenheit der protestantischen Unterclassen, sondern bezog seine Kraft nicht zuletzt aus der Kolonisation der „Sicherheitskräfte“, die der UDA und ihren Verbündeten für einige Tage die Kontrolle über die Provinz überließ, und einer Rückendeckung durch die reaktionärsten und militaristischsten Teile des britischen Establish-

20 Jahre danach

20 Jahre danach ist das Anliegen der Bürgerrechtsbewegung unverändert aktuell. — Das Mehrheitswahlrecht wurde zwar abgeschafft und eine Neuordnung der Wahlkreise beendete die größten Auswüchse des sogenannten „gerrymandering“ (s.o.). Andererseits blieb der größere Rahmen und die entscheidendste Form des „gerrymandering“ bestehen, nämlich die innerirische Grenze, die so oder so eine künstliche protestantische/probustische Mehrheit garantierte. Desweiteren mit der Einführung der Direktwahlrecht (1972) ohne eine Zentralisierung der Machtausübung, weshalb die Mehrheitsverhältnisse auf kommunaler Ebene an Bedeutung verloren.

An die Stelle des Special Power Act trat 1973 das moderne, indessen nicht weniger repressive Emergency Power Act (nur in Nordirland gültig), das durch das Prevention of Terrorism Act (im gesamten UK gültig) noch ergänzt wurde. Das Ausmaß der Repression seit 1969, dem Jahr des Eintreffens der britischen Truppen, mag aus den folgenden Zahlen ersichtlich werden: Bereits bis 1973 war je des fünfte Haus in Nordirland durchsucht worden. Bis heute stieg die Zahl der Hausdurchsuchungen auf über 300.000 (in einem Land mit 1,5 Millionen Einwohnern, wobei der überwiegende Teil der Hausdurchsuchungen in katholischen/nationalistischen Gebieten stattfand, die Zahl der katholischen Bürger Nordirlands beträgt ca. 400.000. Über 50.000

war alle frei sind, wovon wir alle inhaftiert sind.“

— Zwar wurden in den 70er und 80er Jahren zahlreiche neue Häuser gebaut, doch besteht das Problem der Überbelegung von Häusern noch immer. Die Expansion im Wohnungsbau konnte die Nachfrage nach menschenwürdigem Wohnraum nicht gänzlich befriedigen. Die Wohnungsnot der Unterclassen wird in den nächsten Jahren eine erneute Verschlechterung erfahren, da die Thatcher-Administration unlängst die diesbezüglichen Mittel drastisch gekürzt hat.

Die soziale Diskriminierung hat bestenfalls ihr Gewand geändert. Obgleich die protestantische Arbeitslosigkeit seit 1968 gestiegen ist, ist die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Beschäftigung heute größer als damals. Die männliche katholische Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 38-40%, und das Verhältnis der katholischen zur protestantischen Arbeitslosigkeit beträgt 2,5:1. Es hindert keineswegs nur die traditionellen protestantischen/unionistischen Klein- und Mittelbetriebe, die Katholiken in ihrer Einstellungspraxis diskriminieren. Auch bei den internationalen Firmen, im staatlichen (?) Dienstleistungssektor und bei den nicht erwerbsfähigen (1) industriellen Hauptarbeitgebern Shorts und Harland & Wolff sind Katholiken klar unterrepräsentiert. Dies läßt darauf schließen, daß der britische Staat ein Interesse daran hat, die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Beschäftigung zu bewahren. Würde die britische Regierung die benachteiligte katholische Bevölkerungsgruppe gezielt mit Jobs versorgen, so würde dies Unruhe unter dem traditionellen Klientel provozieren. Denn die Loyalität der Protestanten beruht nicht auf einer angeblichen „britischen Identität“, sondern darauf, daß London für ihre Vorherrschaft garantiert. Für die Entwicklung des protestantischen Bewußtseins in den 70er Jahren war weniger entscheidend, daß die protestantische Arbeitslosigkeit zunahm, denn daß die soziale Kluft zwischen den „common men“ trotzdem bestehen blieb.

Die Zunahme protestantischer Arbeitslosigkeit in den traditionellen Sektoren der nordirischen Ökonomie konnte teilweise durch die Expansion des „Sicherheitssektors“ (RUC, UDR, Gefängniswachen und diesen zugehörige Privatbetriebe), der nahezu ausnahmslos Protestanten beschäftigt, kompensiert werden. Heute arbeitet jeder zehnte Beschäftigte in der „Sicherheitsbranche“. Mit der Politik der „Sicherheitskräfte“ schloß die britische Regierung zwei Fäden mit einer Kloppe. Einerseits entlastete sie mit dem Ausbau der nordirischen „Sicherheitskräfte“ die eigene Armee, während sie dadurch zugleich Arbeitsplätze für ihr protestantisches Klientel schuf.

Die „B-Specials“ hingegen waren aufgelöst, doch trat an ihre Stelle das Ulster Defence Regiment (UDR), eine nordirische Einheit der britischen Armee, die zu über 90% aus Protestanten besteht. Das UDR ist erheblich besser ausgerüstet als die „B-Specials“. Aufgrund seines extrem sektiererischen Charakters (viele ehemalige „B-Specials“ wurden Mitglieder des Regiments) und seiner engen Verquickung mit den loyalistischen Tödeschwadronen ist es bei den nordirischen

Fortsetzung nächste Seite

„Der heroische Kampf der republikanischen Hungerstreiker in den H-Blocks (1) beantwortete mir eine Frage, die ich mir selbst gestellt hatte. Wer sind wir?“

Vor 20 Jahren waren wir Bürger zweiter Klasse, weil wir vor 20 Jahren dachten, wir seien Bürger zweiter Klasse. Vor 20 Jahren fühlten wir uns und benahmen wir uns wie Bürger zweiter Klasse. Aber ihr wißt, was wir heute sind? Wißt ihr, was Maggie Thatcher, Charles Haughey (2), die britische Armee und die RUC tatsächlich aufgeschreckt? Sie wissen, daß wir wissen, daß in unserem Körper und in unserem Geist nicht ein Tropfen von „second class blood“ ist. Als wir als Kinder zur Schule gingen und die Leute uns als Fenians (3) beschimpften, lehrten unsere Mütter uns, den Kragen hochzuschlagen und den Kopf zu senken. Wenn heute Leute unsere Kinder fragen, was sie sind, erzähle ich ihnen. Du bist ein Fenian, unsere Kinder fragen, was sie sind, erzähle ich ihnen. Du bist ein Fenian, unsere Kinder fragen, was sie sind, erzähle ich ihnen.

Vor 20 Jahren hatten wir Angst. Aber heute haben wir keine Angst mehr vor der Regierung, keine Angst mehr vor der Kirche, keine Angst mehr vor der RUC, da sie uns nicht mehr antun können, als sie uns schon angetan haben. Sie haben uns verprügelt, sie haben uns ermordet, sie haben uns beschimpft, sie haben uns getötet. Und wir sind noch immer hier, aber wir sind anders. Wir sind die besten Bürger Irlands. Und wir wissen dies.“

Devlin-McAliskey
Derry, Oktober 1988

1) 1981 starben 10 IRA- und INLA-Gefangene in einem Hungerstreik, der der Erlangung eines politischen Status galt. Die britische Regierung willigte später in die Forderungen der Gefangenen weitgehend ein. Der Hungerstreik führte zur größten Massenmobilisierung in der Republik Irland wie im Februar 1968 der Ausbruch des Kolikles. Der erste der Hungerstreiker Bobby Sands wurde im April 1981 in das britische Gefängnis gewählt. Im Süden gelang zwei Gefangenen ebenfalls der Einzug ins Parlament, was der Stille der ehemaligen Republik Irland zur Folge hatte. 2) Charles Haughey ist Premierminister der Republik Irland. 3) Der Begriff Fenian geht auf die Hungerkatastrophen im Süden und Westen der irischen Insel in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts zurück. Die Hungerkatastrophen wurden durch die englische Kolonialpolitik verschärft. Über eine Million Menschen starben den Hunger und weitere 1,5 Millionen wurden zur Emigration gezwungen. Die Fenians waren ein evolutionäre Geheimbund, der vor allem in die USA emigrierte und unterstützt wurde und 1865 und 1867 vergeblich Aufstandsversuche unternahm. Bis heute ist Fenian ein Schimpfwort mit dem Loyalisten Katholiken belogen.

„Bei der Neuwahl des Bundesvorstandes muß sich die reale Vielfalt politischer Positionen der Partei widerspiegeln. Nicht der machtvolle Durchmarsch einzelner Strömungen ist jetzt gefragt, sondern die Fähigkeit zum produktiven Dialog und zu integrativer Arbeit“, zitiert UZ-Kommentator Henner Michels zustimmend „so ist es“ (UZ, 6.12.88).

Die Rede in diesem Kommentar war von den Grünen, nicht vom bevorstehenden DKP-Parteitag (6.-9. Januar 1989, Frankfurt). Daß dort die reale Vielfalt in der DKP zum Zuge kommt, wird in der Partei bezweifelt. Nachdem auf der 13. Parteivorstandstagung (3./4. September) erstmals in der DKP-Geschichte zwei unterschiedliche Papiere zur Lage und Zukunftsentwicklung der Partei vorlagen, hat sich die Auseinandersetzung in der Partei an der Personalpolitik polarisiert. Die Minderheiten der „Erneuerer“, mit starken Bastionen in den Bezirken Hamburg und Bremen, Widerstand dem Druck der Mehrheitslinie in der Partei, die über die Definition zweier Linien, mit deren „Nebeneinander keine kommunistische Partei auf die Dauer leben“ könne (Herbert Mies), vermeintliche Schadensbegrenzung versuche (vergleiche Darstellung und Dokumente in AK 298).

Mittlerweile hat der Parteivorstand auf seiner 15. Tagung (25.-27.11.) den Fahrplan für Frankfurt festgelegt: das Reformprogramm „BRD 2000“ und das umstrittene Papier „Zur Lage und zukünftigen Entwicklung der DKP“ sollen zwar diskutiert, aber nicht verabschiedet werden. Im Hinblick auf das, „was sich inzwischen in der Partei getan hat“ sei es realistisch, so Herbert Mies vor dem Parteivorstand, zu beschließen, daß die Papiere „nicht zur Verabschiedung stehen, da sich der innerparteiliche Meinungsstreit z.T. noch zugespitzt hat“ (UZ, 30.11.88). Bis spätestens Februar 1990 sollen die Papiere unter Dach und Fach sein. Im Mittelpunkt dürfte, auch wenn dies immer bestritten wird (Erfolgskriterium sei, wie weit Frankfurt „die Handlungsfähigkeit der Partei“ bewerte), die innerparteiliche Machtverteilung stehen. Dabei sieht es für die Neuerer nicht gut aus. Der Parteivorstand wird dem Parteitag einen Vorschlag vorlegen, wonach Herbert Mies und Ellen Weber als Vorsitzender und Stellvertreterin wiedergewählt werden. Entscheidend geschickt werden sollen die Neuerer im eigentlichen Machtzentrum, Präsidium und Sekretariat, die nicht vom Parteitag, sondern dem neu gewählten Parteivorstand unmittelbar gewählt werden. Dort sollen sie bislang mit 4 von 24 Leuten. Im neuen, auf 18 Personen verkleinerten, soll demnach nur noch der Hamburger Wolfgang Gehrecke übrigbleiben. Werner Stürmann (Hamburg) scheitert wie Vera Achenbach aus, der vom gegenwärtigen stellvertretenden Parteivorsitzenden der vom geschlossenen Mehrheitsbezirk Nordbayern (für den sie zuständig ist) das Militärraum ausgesprochen wurde, nachdem ihre Unterstützung des Minderheitspapiers bekannt wurde. „Das ist bisher in politischen Auseinandersetzungen zwischen Bezirken und dem Sekretariat des Parteivorstands noch nicht vorgekommen“ (Vera Achenbach). Ausschließen wird auch die SDAJ-Vorsitzende Birgit Rudow. Die SDAJ wird erstmals in der DKP-Geschichte nicht in der Parteispitze sitzen. Neu ist immerhin, daß auf Druck der Neuerer das erste Mal vorab im Vorstand die geplante Umbesetzung bekannt gegeben wurde.

Der Parteivorstand soll wegen der Erhöhung des Frauenanteils von 93 auf 96 Personen erhöht werden. Der alte Vorstand schlägt dem Parteitag vor, 75 bissherrige Mitglieder wiederzuwählen (2 kamen neu hinzu). Von den 18, die ausscheiden, haben auf der 15. Tagung einige trotzdem wieder kandidiert (u.a. der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt). Dabei gab es eine Reihe kontroverser Abstimmungen, bei denen ein Drittel des Parteivorstands (22-23 Stimmen) gegen die Mehrheit von 45-50 stimmte.

Konflikte

Delegierten-Konferenzen

Auf der 14. Parteivorstandstagung (15./16.10.) prallten die Positionen aufeinander. Dabei wurde auch deutlich, daß die Parteiauseinandersetzung mittlerweile mit harten Bandagen geführt wird, daß auf dieser Ebene die Auseinandersetzung sehr festgefahren ist. Hamburgs DKP-Vorsitzender Gehrecke verwies darauf, daß die „Lernendiskussion in der Geschichte kommunistischer Parteien doch oftmals bei Ausgrenzung, Ausschlüssen, Abspaltung gefahret ist“. Willi Gerns hatte sich in der Abgrenzung von der Minderheit am weitesten aus dem Fenster gehängt, nicht daß von zwei Linien die Rede sei, sondern daß dies erst letzte Schritte, daß der Parteivorstand zugelassen habe, daß sich „erst ein solches explosives Gemisch (...) in unterschiedlichen Papieren niederschlägt und verfestigt“, sei das Problem. Parteipräsidiumsmitglied Gerns, einer der maßgeblichen Ideologen der DKP, wurde von seinem Parteikreis nicht einmal zum Delegierten für die Bremer Be-

DKP: Wählt die Mehrheit durch?

zirksdelegiertenkonferenz (BDK) gewählt.

Nichtsdemotiviert hatte Herbert Mies die Abgrenzung noch einmal verdeutlicht. Die „Linie der Erneuerung durch Bruch“ (statt „Bewahren und Erneuern“) könnte die DKP möglicherweise „sogar in einer reformistischen Partei verwandeln“. Daher dürfe es auch kein „Werk auf der Basis der Ausschluss- und Exklusion“ geben (1).

Nach der Vorbereitung in den Kreisen tagten im November die Bezirksdelegiertenkonferenzen der Partei. Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch warnte in Auswertung der Kreismitgliederversammlungen in gewundenen Worten vor weiteren Personaldebatten und beklagte „Ausgrenzung-

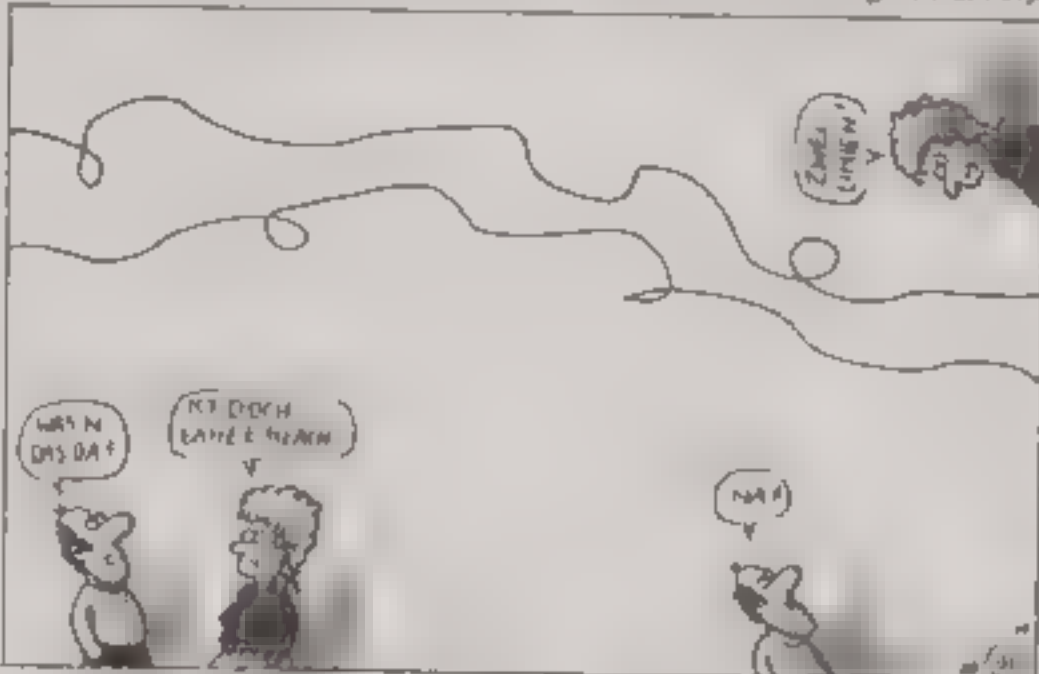
Gefahren zweier Linien. Ohne normenswerte Opposition scheint die BDK im Bezirk Südbayern verlaufen. Die Diskussion war „freimütig und kritisch, aber auch immer fair und kameradschaftlich“, meldet die UZ (15.11.). Eine offenkundig etwa 15% starke Neuerer-Opposition stimmte im Bezirk Baden-Württemberg teilweise anders. Es war „auch zu übersehen, daß der Personalvorschlag des alten Bezirksvorstandes von einem Teil der Delegierten nicht akzeptiert wurde“, berichtet die UZ (22.11.). Im Bezirk Niedersachsen dominierte die Haltung „nicht reden und sitzen, sondern arbeiten und schützen“, lobt der UZ-Korrespondent (22.11.). Westfalstropfen waren für ihn am zweiten Tag das „überproportio-

Der Bezirk Hessen, der in einer Resolution vor unproduktiver Diskussion warnte, wenn verschiedene Positionen „vorschnell zu sich ausschließenden Linien abgegrenzt werden“ und sich dadurch verfestigen könnten. Hervorgehoben wird, daß bis zur Hälfte der Delegierten für Kandidaturen gestimmt haben, die als Basis vorschläge neu aufgestellt wurden.

„Harte“ Neuerer dominierten den Bezirk Hamburg. Der Vorsitzende Wolfgang Gehrecke wurde mit 349 von 359 Stimmen wiedergewählt. Die Anhänger der Parteivorstandsmehrheit stellten zwischen 5 und 8% der Delegierten. Bei etwa 10% dürfte ihr Anteil im Bezirk Bremen gelegen haben, in dem der UZ die Neuerer dominierten. In einer Resolution haben die Delegierten sich von dem Vorwurf zweier Linien in der Gegenüberstellung „revolutionär“ gegen „reformistisch“ gewehrt. Der Vorsitzende Dieter Gautier (einer der sechs Verfasser des Minderheitspapiers in der Partei) wurde mit 137 von 157 Stimmen wiedergewählt. „Gemäßigte“ Neuerer scheinen den Bezirk Rheinland-Pfalz zu dominieren. Die Diskussion sei „streckenweise zugespitzt und kontrovers“ verlaufen. UZ-Korrespondent Labudda hatte „Einflüsse hessischer demokratischer Vorstellungen“ und Anhänger des Mehrheitspapiers entdeckt, die Wahl der UZ-Chefredaktion durch den Parteitag sei beschlossen worden, die Konferenz habe ihre Not mit Initiativträgen gehabt, „die nicht sachlichen, aktuellen Erfordernissen, sondern spontanen Impulsen ihre Entstehung verdanken“ (UZ, 15.11.). Die Mehrheitsanhänger haben nur etwa ein Siebtel der Stimmen gehabt.

Personelle Abstürze

Prominente nichtgewählte Neuerer sind beispielsweise der MdB-Spartakusvorsitzende Thomas Riecke, der Kölner Kreisvorsitzende Steffen Lehnhoff, der bei den Bezirksvorstandswahlen durchfiel und nur knapp Parteitagdelegierter wurde sowie der hessische am Bonn bislang beim Vorstand für Bundespolitik/Friedensliste zuständig. Insbesondere im militärstarken Bezirk Rheinland-Westfalen werden die Neuerer der Parteimehrheit vor, habe diese „durchge-



Stefan Siegert, UZ

gen von zuletzt älteren Genossinnen und Genossen (...) als Signal für den Ernst der Lage der Partei“ (UZ, 3.11.88). Die 12 BDKs verliefen sehr unterschiedlich, sofern nun den recht unterschiedlichen Darstellungen in der UZ folgen kann. Fast alle Konferenzen standen im Zeichen der inhaltlichen und organisatorischen (massive Mitgliederverluste (mehrfach werden 10% und mehr erwähnt) Parteikrise) Eindeutig dominant war der Streit um die beiden Papiere zur Zukunft der Partei. Während die Diskussion um das Reformprogramm „BRD 2000“ offenkundig eine geringere Rolle spielte. Durchgängig haben die DKP-Fraktionen innerparteilich überall dort einen großen Sprung nach vorn gemacht, wo die Neuerer dominierten. Die 50%-Quotierung wurde in allen Bezirken diskutiert und teilweise angenommen. Die 50%-Quotierung wurde in Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen beschlossen und verwirklicht — in Hamburg eindeutig zugunsten der Frauen 39-32 im Bezirksvorstand und sogar 42-28 Männer bei den Parteitagdelegierten. In Rheinland-Westfalen wurde eine 45% Quote beschlossen, 50% scheiterte knapp. In Ruhr-Westfalen wurde mehrheitlich eine Quotierung gemäß Mitgliederanteil beschlossen, aus anderen Bezirken wurden keine Angaben gemacht.

Ca. 20 Prozent Neuerer

Im Mittelpunkt der meisten Konferenzen stand allerdings die Parteidebatte und vor allem erstmalig in dieser Form in der DKP eine zum Teil heftige Personaldebatte um die Besetzung der Bezirksvorstände und der Delegierten für den Parteivorstand. Die streckenweise die Formen eines Machtkampfs angenommen hat. In der innerparteilichen Diskussion ebenso wie in der dominanten UZ-Berichterstattung wird dabei fast als Botschlagargument den Neuerern mehr oder weniger deutlich vorgeworfen, daß sie schuld daran seien, daß zuviel diskutiert und zu wenig gehandelt wurde. Die „Schwächung der Kampfkraft der Partei“ (der Vorwurf) ausstehender Debatten werden in der UZ-Berichterstattung sowie in der Diskussion der wachsenden in der UZ erscheinenden „Diskussionstrübe“ ungewöhnlich oft strapaziert. Einen Überblick über die Verteilung der Delegierten nach den beiden Hauptströmungen können wir nicht geben. Grob ergab sich, soweit die Berichterstattung zugänglich war, folgende Kräfteverteilung in den Bezirken, die nicht identisch ist mit den Delegiertenanteilen für Frankfurt, da nicht anteilig gewählt wurde.

Beinhaltet auf Mehrheitslinie scheint der Bezirk Nordbayern (dort wurden u.a. die Eringer von Völker Linien ausgeschieden). Kontroverse Diskussionen hat es anscheinend nicht gegeben. Keiner der Bezirksvorstandskandidaten erhielt weniger als 90 Prozent der Stimmen, wird hervorgehoben (UZ, 25.10.88). Offenkundig steht der äußerste Norden, der Bezirk Schleswig-Holstein, dem Süden nicht nach. Unangefochten auch der Bezirk Saarland. Vorsitzender Mosler (112 von 115 Stimmen) begrüßte ausdrücklich Herbert Mies' deutlichen Verweis auf die

„aufwendige Verfahren“ bei der Personaldiskussion, offenkundig als Vorwurf an die Adresse einer vermutlich 10% Minderheit adressiert.

Auf Mehrheitslinie mit starker Opposition ist der Bezirk Ruhr-Westfalen. Sein Vorsitzender (der innerparteiliche „Held von Rheinhause“) Heinz Ceynek erhielt bei 354 Ja-Stimmen 120 Gegenstimmen und 25 Enthaltungen. Kontroverse Diskussionen, die „sich auch teilweise in Form von Blöcken bei den Wählergebnissen“ niederschlugen, registrierte die UZ (15.11.). Im größten Bezirk Rheinland-Westfalen hatten die Neuerer ca. ein Viertel der Delegierten hinter sich. Offenkundig „genüßlich“, „zentristisch“ agiert

Bezirksdelegiertenkonferenz in Hamburg, 18.-20. November

Nichts war so, wie man die DKP sonst kennt, kaum Parteitagstrial. Bemerkenswert, daß bei der Eröffnung nicht nur der vorstehenden Mitglieder gedacht wurde, sondern auch der namentlich genannten Hamburger Kommunisten, die in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion umgebracht wurden.

Es ging los wie bei den Grünen: eine etwa viermal so lange GO-Debatte als eingeplant mit reihenweise Abstimmungsniederlagen der Antragskommission. Dann die Rede des Bezirksvorsitzenden Gehrecke, die mich — eingeladen als Redakteur des „Arbeiterkampf“, drei Tage neben Genossen des BWK sitzend — unwillkürlich da an alle Zeiten erinnerte, als er sagte: „innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken Hamburgs sind wir als DKP die einzige organisierte marxistische Strömung“. Man schmunzelt, es war nicht böse gemeint — nur was sind wir eigentlich? Baß erstaunt war ich auch, als — eingebettet in reformpolitische Vorstellungen, die sich in Teilen durchaus mit grünen Real-Vorstellungen messen können — so nebenbei der Bezug auf den Widerstand in der Hafenstraße, gegen das Flora-Theater und, in der Linken nicht unumstritten, der gegen die Schick-Kneipen in Ostensen mit den eigenen Politikvorstellungen verknüpft wurde. Standing ovations für Gehrecke signalisierten, welche Stimmung im Tagungszentrum dominierte, in das die Partei aus solidarischem und demonstrativ ökologischen Gründen (wegen Asbest in der vorgesehenen Gesamtschule) umgezogen war. Jeder hundert Meter auf Linie von der Marx-Verlehnungsschule und der Autobahn entfernt. „Gottgesch“ war das meistbenutzte penetrant kommunistische heutzutage Wort auf dieser Versammlung. Da kommt die GZK nicht mit.

Dann die Parteidebatte: volle Kante gegen Düsseldorf. Axel Lachner vom Bezirksvorstand eröffnete: grenzt sich scharf ab vom Bemühen der Unvereinbarkeit zweier Linien herzustehen. Er kritisiert fehlende Signale für Zusam-

menhalt und Integration in der Partei seitens der Mehrheit. Viel Beifall. Natürlich hat Ellen Weber vom Vorstand keinen leichten Stand. Ihr methodisches Gesetze, daß man keine Kritik an den Tag legen, keine schnellen Entscheidungen treffen solle etc., ist eine Zumutung für die Delegierten, die ja alle wissen, daß es hinter den Kulissen erheblich scharfer zugegangen ist. Häßlicher Beifall gemischt mit Unmut und verhaltenem Lachen. Hierauf haben sich dann wieder die Gegenmeinungen eingestellt. Immer wieder Kritik am Parteivorstand, was soll in Frankfurt passieren werden die Neuerer im kommenden Vorstand berücksichtigt, warum beruht Ellen Weber nicht die Schwachheit der Hamburger Linie, Warnung vor Durchwahl.

Dann Willi Gerns vom Parteivorstand, der angesichts der Mehrheitsstimmung mutig seine Position der Existenz von zwei Linien vertritt, unter Bakuren und Pfiften, wie dies wohl noch keinem Präsidiumsmitglied auf einer Parteiversammlung passiert sein dürfte. Retroaktive mit konkretem Beispiel an die Hamburger Mehrheit, daß sie gegen verdiente ältere Genossinnen durchwählte. Nur eine Minderheit klatscht Beifall.

Ellen Weber beschwert sich, daß man sie nicht auf die Kritik vorbereitet habe. Thomas Harms behauptet, daß die meistgestellte Frage in der Mitgliedschaft die sei, ob man nach Frankfurt noch in der Partei bleiben könne. Peter Schütt schudert seine Ladung zum Parteivorstand, da er nicht mehr auf dem Boden des Parteiprogramms agiere, Kurt Eriebach — endlich ein Hamburger „alter Denker“ — greift die Neuerer an, sie sollten nicht jammern, es werde diskutiert, dann abgestimmt, und die Minderheit ordne sich der Mehrheit unter. Ellen Weber findet Austrittsüberlegungen wenig. Man bleibe auch dann kommunist, wenn man in der Minderheit sei. Heino Hoffmann greift scharf Gerns an, man brauche keine Schiedsrichter für die Vergabe gelber oder roter Karten — viel Beifall, Gerns als Letzter ver-

wählt. Demgegenüber verweist die Mehrheit auf die Nichtwahl Gerns' (Kurt Bachmann dazu: „ein ganz hochqualifizierter, in der Welt anerkannter Kommunist (...) das muß man korrigieren, das darf man nicht zulassen“ (1). Herbert Mies hatte sich in Bremen persönlich für Willi Gerns eingesetzt („ich identifiziere mich, wie große Teile der Partei, mit dem Beitrag von Willi Gerns über das Wesen der unterschiedlichen Linien“ (12).

1) Gerns wurde zumindest zum Delegierten für Frankfurt gewählt. In Leserbriefen an die UZ (10.12.) werfen Hamburger Anhänger der Parteimehrheit den Hamburger Neuerern vor, gegen Mehrheitsanhänger durchzuwählen, u.a. sei VVN-Generalsekretär Eriebach nicht als Parteitagdelegierter (112 von 360 Stimmen) und der Vorsitzende der Schiedskommission, die Bezirkskassiererin und der Hafenarbeiter Kurt Hoff nicht wieder in den Bezirksvorstand gewählt worden. Kritiker des Bezirksvorstands, so ein Schreiber, hätten bei den Delegiertenwahlen 70-100 Stimmen weniger bekommen, „als die, die es wertigen, gegen Düsseldorf (Sitz der Parteizentrale, Ann. AK) zu agieren.“

Verhärtet haben sich die Fronten auch in der Diskussion in der Parteitagshalle der UZ, wo sieben inhaltlichen Einzelbeiträgen und Diskussionsbeiträgen zum Teil sehr scharfe und verletzte/verletzende persönliche Beiträge der Kontrahenten veröffentlicht werden. Neuerer werfen der Parteiführung u.a. vor, daß sie immer wieder Beiträge unterdrückt. Aufmerksam wurde die äußerst knappe Berichterstattung der letzten, 15. Parteivorstandstagung registriert ein uninformatives Kommuniqué, ein karger UZ-Bericht, eine gekürzte Mies-Rede, das ist alles, was der Partei von der Personaldiskussion bekannt wurde, erstmals seit der Einführung der DKP-Informationen vor gut einem Jahr wurden die Diskussionsbeiträge den Mitgliedern nicht bekannt gemacht. Die Klagen über UZ-Zensur laufen sich. Ein Bremer Beitrag, u.a. vom Vorsitzenden Gautier, der sich mit Gerns auseinandersetzt, wurde ebenfalls veröffentlicht, wie der Beschluß des Kölner Kreisvorstands, der Herbert Mies' Vorwurf an die Kölner, gegen den Demokratischen Zentralismus zu verstoßen, protestierte. Der hessische Beschluß zum „Sputnik“-Verbot in der DDR (siehe nebenstehend) ist bislang nicht erschienen. Wolfgang Gehrecke und Dieter Gautier sollen richtig bzw. Gegendarstellungen in der UZ verweigert worden sein.

Anmerkungen

1) Mai 1989: zur 14. Parteivorstandstagung UZ 1. und 16.10. DKP-Informationen 14. Okt. 88

auch Rechtfertigungen und Richtigstellungen. Eine lebhaft, heftige, aber in diesem Zeit relativ einseitige Debatte.

In der mit großer Mehrheit (27 Gegenstimmen bei 350 Anwesenden) verabschiedeten Entscheidung zur Parteidebatte wird die Offenheit der weiteren Debatte auf der Grundlage eines „Marxistischen Meinungspluralismus“ gefordert, wonach auch Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen in der Partei möglich sein müssen und die Richtigkeit einer Position sich in der Praxis zu erweisen habe. Angenommen wurde ein Antrag, daß der Parteitag informiert werden soll, welche Person für welche Funktion in Präsidium und Sekretariat steht, kritisiert wurde bei fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen das Hochtemperaturreaktor-Geschäft BRD/UDSSR beschlossen wurde die Quotierung, für Hamburg und den Parteitag, die Einrichtung von Frauenarbeitskreisen, Frauenkonferenzen vor Parteikonferenzen. Nach langer Diskussion angenommen wurde ein Antrag „Zur zivilen Nutzung der Atomenergie“, der eine alternative Energiepolitik und den „weltweiten Ausstieg“ fordert und die DKP zu ungeheuren Diskussionen mit den sozialistischen Bruderparteien hierzu auffordert. International soll ein Moratorium und AKW-Exportstopp als erster Schritt folgen, national wird das Abschalten aller AKWs als „möglich und notwendig“ sofort beginnen“ angewiesen.

Die DKP Hamburg hat tatsächlich eine interessante und sympathisch-offene Debatte begonnen, offen für andere Linien, aber auch offen für inhaltliche Neubestimmungen — auch wenn die Diskussion derzeit noch nahezu vollständig mit Blick auf die eigene Parteientwicklung geführt wird und nicht, wie vielfach beschworen, als Angebot an die Hamburger Linke. Dies bedeutet eine erhebliche Änderung gegenüber der bisherigen Links-ausgrenzung. Man sollte nach Überschneidungen suchen.

„taz“-intern:

Gefahr erkannt? Gefahr gebannt?

Die Westberliner „Tageszeitung“ hat sich alle Mühe gegeben, den Konflikt um sog. Wortspiele mit NS-Vokabular, die in ihren Spalten mehrfach aufgetaucht waren, rasch zu beenden (siehe AK 300). Auf einem Plenum am 3.12.88 wurde mit großer Mehrheit beschlossen, zwei Redakteurinnen zu kündigen, die solchen Sprachgebrauch („gaskammervoll“, „Faternasie“) rechtfertigten und z.T. zu verantworten hatten. Beinahe zwangsläufig werden bei der eiligen „Bewältigung“ Spuren verwischt und Fronten verengt. Klaus Hartung brachte es fertig, die betreffenden Texte als „Originalprodukte des linken Gettos“ und „O-Ton der linken Szene“ zu bezeichnen, der in Zeitschriften wie „Konkret“, nicht aber in der „taz“ seinen Platz habe (taz, 15.12.88). Andere schlossen sich dieser Sicht an: Otto Kallschen-

er (Rotbuch-Verlag) beispielsweise nennt die Provokationsexperten der „taz“ die „Linksradianten vom Dienst“ (taz, 7.12.88). Hartung stolperte nicht einmal über die eigenen Worte: „Nun aber ist dieser Text in der taz erschienen.“ Nicht in „Konkret“, nicht im AK, nicht in der „taz“. Auch früher sind in diesen Zeitungen solche Texte nicht erschienen. Aber seit 1979 ist Vergleichbares immer und immer wieder in der „taz“ zu finden gewesen. Während in dem aktuellen Streit so gut wie jede Fraktion in der „taz“ zu Wort kam, wurde ausgerechnet der einzige Debattenbeitrag zensiert, der sich ausdrücklich auf ein linkes Selbstverständnis beruft. Oliver Tolmein, der sich ziemlich einsam in der Zeitung findet, hatte sein Ausscheiden aus der „taz“ schon vor diesem Konflikt beschlossen.

Besondere einer Kritik an der deutschen Geschichte stellen sich in der taz und sie werden nicht aus dem Nichts.

Es gibt entstanden während der letzten drei Jahrzehnte in der taz ein umfangreiches Papier „Anmerkungen zur Verbesserung einer linken Tageszeitung“. Es ist von einzelnen Redakteurinnen geschrieben, basiert aber auf einem Konsens über Orientierung und Charakter der taz. Das Papier enthält auch den Grundsatzartikel „Widerstand gegen die deutsche Geschichte“, der dann mit einer Linie der „taz“ gegen „die deutsche Geschichte“ polemisiert und für eine „ausgefeilte Schöpf-Kultur“ plädiert. In dem Artikel wird als wichtige Ursache für die „eigenständige Mieretpetrie“ der taz genannt „die dogmatische Streckpfeife haben fast alle (taz-Machenden, Anm.OT): der eine schleppt die NS-Opfer im Gejoch, die andere 3.000 Jahre Unterdrückung

der Frau, dem dritten gilt Rot/Grün als das große Verbrechen, dem vierten die Unfreiheit in Lateinamerika, wobei eine ganze Herde hochheuliger Kähe werden kann kein rauschendes Schlachtfest stattfinden.“

Daß die Vorliebe für rot/grüne Bündnisse hier in einem Atemzug mit dem Engagement für die Opfer des Antisemitismus genannt wird und beides unter die Kategorie des „dogmatischen Streckpfeife“ hat, ist nicht witzig. Es zeigt vielmehr ein mangelndes Sensibilität und Geschichtsbewusstsein, sondern zu wichtigen Teilen auch in der politischen und ökonomischen Orientierung der taz. Ein in linken Kategorien denkender und das ist ein geschichtsbewußter und antinazistischer, auf Interventionen in der Linken zielender Journalismus hat in der Zeitung nie eine entscheidende Rolle gespielt. Der Schritt zum etablierten bürgerlichen Journalismus, der sich bewußten Antisemitismus verpflügt, ist weit und Tabus kennen, das ist nicht witzig. Es zeigt, wie sie fehlt dem überwiegenden Teil der taz-Redakteurinnen die Überzeugung, für das zweite fehlen subjektiv der kulturelle background und objektiv der Markt. Stattdessen versucht sich die taz als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene. Es zeigt, wie sie fehlt dem überwiegenden Teil der taz-Redakteurinnen die Überzeugung, für das zweite fehlen subjektiv der kulturelle background und objektiv der Markt. Stattdessen versucht sich die taz als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene.

Die taz ist eine Zeitung, die sich selbst als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene. Es zeigt, wie sie fehlt dem überwiegenden Teil der taz-Redakteurinnen die Überzeugung, für das zweite fehlen subjektiv der kulturelle background und objektiv der Markt. Stattdessen versucht sich die taz als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene.

Die taz ist eine Zeitung, die sich selbst als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene. Es zeigt, wie sie fehlt dem überwiegenden Teil der taz-Redakteurinnen die Überzeugung, für das zweite fehlen subjektiv der kulturelle background und objektiv der Markt. Stattdessen versucht sich die taz als „enfant terrible“ im Mediengeschäft, als die „freche taz“ Propagandistin einer nicht mehr ganz so linken Szene.

Stimmung. Ist die Stimmung gut, ist alles erlaubt, wird die Stimmung mies (gemacht) — aber auch wirklich erst dann — wird Einhalt geboten. Deswegen ist es auch keineswegs ein Betriebsunfall oder ein Zufall, daß die tazlerinnen selber weder verhindern konnten, daß die jetzt kritisierten Texte erschienen sind, noch es geschafft haben, die Diskussion darum selbst auf den Weg zu bekommen. Die Reaktion der tazlerinnen ist ein klares Zeichen, daß die tazlerinnen selber weder verhindern konnten, daß die jetzt kritisierten Texte erschienen sind, noch es geschafft haben, die Diskussion darum selbst auf den Weg zu bekommen.

Die Auseinandersetzung um linken Antisemitismus, um sprachliche Verleumdung, die Ausdruck politischer Verleumdung ist, vertritt keine Halbwahrheiten — sie muß konsequent geführt werden. Deswegen ist dieser Konflikt tatsächlich kein „taz-üblicher“, deswegen kann auch gegen Sanktionen, wie beispielsweise die Kündigung, nicht mit dem Verweis darauf, daß es um die lange geplante Ausschaltung der internen Opposition gehe, argumentiert und angegangen werden. Wer feststellt, „wir alle lachen doch auch mal heimlich über Judenwitz“ oder bekannt, „Ich beschäftige mich nicht mit deutscher Geschichte“ hat in einem linken Projekt — und es wird hier in die angebliche Ausgrenzung der Linken kritisiert — nichts verloren, grenzt sich selbst ab.

Konsequenz zu ziehen heißt aber nicht, jede tazlerin zu verurteilen. Es geht auch darum zu klären, warum die tazlerinnen Grundzüge der Kündigungen jetzt ausgesprochen werden, was sie von einer so wohlwollend kritisierten „taz“ aus unterscheidet. Benachteiligt ist, daß hier arbeitsrechtliche Sanktionen gerade von den Leuten propagiert und gefordert werden, die sich ansonsten für eine unbedingte „Ausgrenzungsklasse“ (Streikkultur) stark machen. Die unter antirealistischen (realistischen) der tazlerinnen sind, die aber auch in der Diskussion um die tazlerinnen sind.

gegen jede Form von Repression argumentieren. Gegen eine Verbot antirealistischer Gruppen zu sein, in diesem Bereich ausschließlich auf Überzeugungsarbeit zu setzen und damit auch nazistische Propaganda in Kauf zu nehmen, andererseits aber in der internen Debatte schnell und entschlossen zu formalen Sanktionen wie Schreibverbot und Kündigung zu greifen, scheint mir ein politischer Widerspruch, der nicht stillschweigend übergegangen werden kann, sondern erklärt und diskutiert gehört.

Und noch etwas gehört in die Diskussion, sollte das Engagement wirklich so ernst gemeint sein. Klaus Hartung schreibt: „Wir gebrauchen nationalsozialistische Begriffe, um unsere Gegner zu treffen, um etwas politisch zu klären, um uns zu verteidigen. Wir sind nicht frei. Es kommt alles darauf an, aus dieser Erkenntnis kein psychologisches Phänomen zu machen.“ Ein Kodex wäre absurd, aber wie wäre es mit der Bereitschaft sich auch öffentlich schämen zu können und persönliche Verantwortung für Beschämendes zu übernehmen? Ich gehöre nicht zu dem kollektiven Wir, das Hartung dort behauptet — aber er gehört tatsächlich dazu. 1986, nachdem die Alternative Liste (Westberlin) ihre Kandidatinnen für den Bundestag benannt hatte, hat Klaus in der taz die gewählten vier, die ihm das nötige Profil nicht zu haben schienen, als „Parasiten der öffentlichen Hand“ bezeichnet. Diese Terminologie auf Menschen anzuwenden, das weiß Hartung und darauf ist er hingewiesen worden, ist rassistisch — die Implikationen liegen auf der Hand. Parasiten gehören ausgegrenzt, vernichtet. 1986 war in der taz keine Entschuldigung für diesen, nicht einmal eine Distanzierung von diesem Sprachgebrauch möglich. Heute scheint es mir das Geringste, daß gerade jemand, der in der aktuellen Antisemitismus-Diskussion sich mit großem Pathos in die Rolle des moralischen Gewissens der taz begibt, auch Ernst macht mit seiner Aufforderung: „persönlich Verantwortung für Beschämendes“ zu übernehmen — und sich mindestens entschuldigt.

Oliver Tolmein

Schwierigkeiten des Erinnerns und des Gedenkens

Jutta Oesterle-Schwerin auf dem Antisemitismus-Kongreß, 6.11.88 in Frankfurt

Am 5./6.11.88 fand in Frankfurt ein Kongreß der GRÜNEN gegen Antisemitismus statt. Auf dem Abschlußplenum hielt Jutta Oesterle-Schwerin, Bundestagsabgeordnete für die GRÜNEN, einen Beitrag zum „Erinnern und Gedenken“, in dem sie gleichzeitig begründete, weshalb sie an der Bundestagsgedenkstunde nicht teilnehmen konnte und wollte. Wir bekommen hier im folgenden diesen Beitrag, den sie uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Die Art und Weise, wie die Erinnerung und das Gedenken an 12 Jahre NS-Herrschaft von offizieller oder halboffizieller Seite in der Bundesrepublik inszeniert werden, ist sowohl für die Nachkommen der Täter als auch für die Nachkommen der Opfer fast unerträglich. Sie ist durch drei Negativmerkmale gekennzeichnet:

Erstens durch die Täter-Opfer-Identifikation, zweitens durch die fast völlige Vernachlässigung des Widerstandes und dessen Reduzierung auf die „Männer des 20. Juli“ und drittens dadurch, daß immer nur einem Teil der Opfer gedacht wird und damit auch immer nur ein Teil der Verbrechen anerkannt wird.

Die dritte Möglichkeit ist die Suche nach dem Entlastungseffekt — die Suche nach vermeintlichen Fakten, durch die bewiesen werden soll, daß die Opfer auch nicht viel besser sind als ihre Mörder.

Der vierte Weg, den ich für den gefährlichsten halte, ist die Verinnerlichung, die Täteridentifikation anzunehmen, sich mit den Tätern zu identifizieren und dabei die Bereitschaft zu entwickeln, selbst zum Täter zu werden. In anderen Lebensbereichen kennen wir das „Kriminalisierungs“-

Das Aufklopfen von Schuldgefühlen für die Täter der Vater und Großväter, die Identifikation aller Deutschen mit den Mordern ist für 90 Prozent aller Menschen äußerst kontraproduktiv. Sie verhindert meiner Meinung nach die Distanzierung von den Verbrechen und verbaut jegliche Chance dafür, daß dieses Volk eines Tages dazu in der Lage sein wird, ein neues Unglück zu verhindern. Ich denke, daß diejenigen, die Faschismus und Antisemitismus verhindern wollen, sich das noch mal ganz genau überlegen sollten.

Genauso unerträglich finde ich es allerdings, über längere Zeit hinweg als Opfer identifiziert zu werden. Es passiert nur mindestens zweimal im Jahr, daß ich von gutmeinenden Freundinnen oder Freunden gefragt werde: „Warum bist Du nach Deutschland zurückgekommen“, „Wie kamst Du hier her“, oder „Ich als Jidin

würde das nicht aushalten, hier zu leben, nach allem, was man Euch angetan hat.“ In den ersten Jahren meines Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland reagierte ich noch relativ geduldig auf solche Einwände. Heute ist meine Geduld gewichen, und ich frage zurück: „Habt Ihr denn den Nazis ihre Verbrechen verziehen?“ Wie könnt Ihr denn hier leben und atmen, nach allem, was passiert ist?“

Ein zweites Negativmerkmal des Erinnerns und des Gedenkens ist die fast völlige Ausblendung des Widerstandes. Es hat ja schon wenig genug Widerstand gegeben. Aber es hat nicht gegeben, als nur die „Männer des 20. Juli“. In der Bundesrepublik wird aber ein großer Teil des Widerstandes aus ideologischen Gründen ausgeblendet und ignoriert. Weil es Kommunisten und Sozialdemokraten waren oder aufmüpfige Christen oder Deserteeure oder einfach kleine renitente Leute, die hier und da Gefangenen geholfen oder gar Juden versteckt haben. Dieser Widerstand, den es durchaus gegeben hat, wird von offizieller Seite fast völlig vernachlässigt. Wie man ihn widerstand hat, haben wir.

Wenn man an Kommunisten nichts Positives lassen will, weil Deserteure keine Vorbilder sein dürfen und weil man die Renitenz kleiner Leute gegen die Obrigkeit nicht loben oder gar fördern will.

Das ist das zweite Merkmal, durch das beispielsweise eine Gedenkstunde im Bundestag unerträglich wird: mit oder ohne Heinz Galinski als Redner.

Es ist doch wesentlich mehr als geschmacklos, wenn ein Mensch wie Jennings, in dessen Bundesland Baden-Württemberg erst vor kurzem das Anbringen einer Gedenktafel für Lilo Herrmann (kommunistische Widerstandskämpferin, Stuttgart/Berlin) an der Lilo-Statue ver-

bieten wurde, die Gedenkrede zum November-Pogrom im Bundestag hält. Oder?

Wenn man nur den Opfern gedenkt und nicht auch den wenigen, die Widerstand geleistet haben und dadurch Opfer geworden haben oder selbst zu Opfern geworden sind, dann bringt man dadurch zum Ausdruck, daß man selbst nicht gewillt ist, eine Wiederholung zu verhindern.

Die fast völlige Ausblendung des Widerstandes verhindert die Entstehung von positiven Identifikationsmöglichkeiten.

In Israel, wo ich in die Schule gegangen bin, ist man in dieser Beziehung viel härter. Dort wird z.B. der Warschauer Ghettoaufstand, der innerhalb von 12 Jahren NS-Herrschaft in Wirklichkeit nicht mehr als eine kurze Episode war, überproportional hervorgehoben. Und zwar einfach deswegen, weil israelische Kinder und Jugendliche das Ausmaß des Elends und des Grauens, von dem sie in der Schule erfahren, gar nicht aushalten würden, wenn es nicht auch Figuren wie Mordechai Anielewicz (Führer des Ghettoaufstandes) gegeben hätte. Ich selbst hätte es auch nicht ausgehalten, wenn ich mich als Mädchen nicht auch an Personen wie Channa Senesch und Chawwa Reik hätte orientieren können, die in den 40er Jahren mit ihren Fälschungen über Nazi-Deutschland abgesprungen sind und hier Saboteure verübt und Menschen rausgeholt haben.

Daher ist es doch schon gar nicht aus. Es ist nicht nur die Täteridentifikation, sondern auch die Identifikation als Opfer auf die Opfer unerträglich.

Deswegen finde ich es ganz schrecklich, daß Jugendlichen in der Bundesrepublik die Möglichkeit verweigert wird, sich an Figuren wie Lilo Herrmann zu orientieren.

Das dritte Negativmerkmal, unter dem in der Bundesrepublik gedacht und erin-

nert wird, ist die Reduzierung des Gedenkens auf nur einen Teil der Opfer und die damit verbundene Ignorierung eines großen Teils der Verbrechen.

Die Verbrechen an den Juden werden heute nur noch von den ganz Unverbesserten geleugnet. Ich muß aber immer wieder darüber staunen, wie wenig über das bekannt ist, was sonst noch passiert ist. Ich muß immer wieder feststellen, daß es Menschen meiner Generation gibt, die die Namen Lidice und Oradour nicht kennen.

Auf einer wohnungspolitischen Reise in die Sowjetunion, an der SPDler, SEWler und GRÜNE teilnahmen, stellte sich erst vor ein paar Wochen fest, daß die Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht, die 900 Tage dauerte und bei der 600.000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erfroren oder verhungert sind, nur einem kleinen Teil dieser Linken Reisegruppe bekannt war.

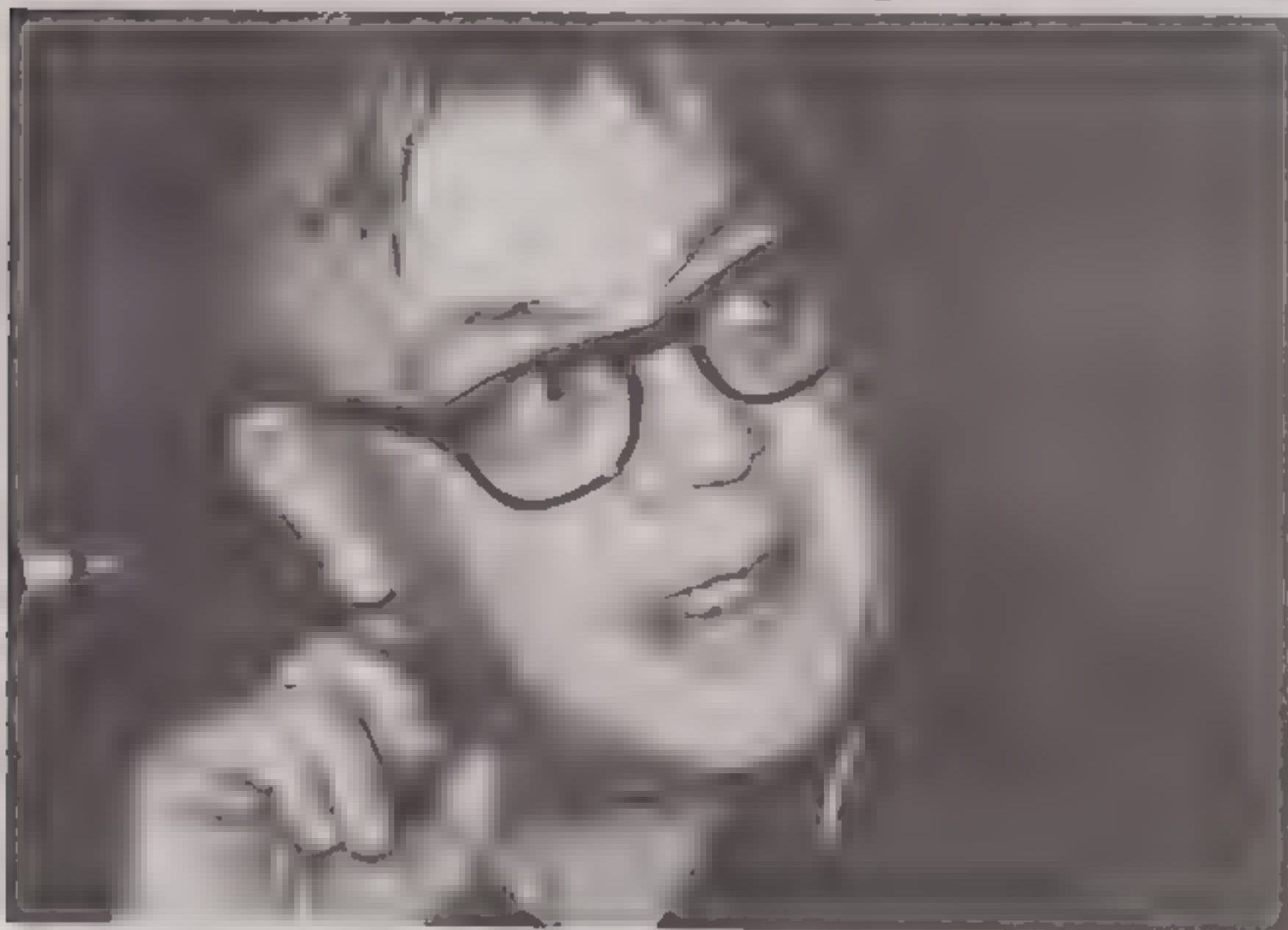
Natürlich hat auch diese Reduzierung des „Erinnerns und Gedenkens“ durch ihre Funktion: Ohne sie wäre beispielsweise der Aufbau der Bundeswehr nicht möglich gewesen.

Das sind die Gründe dafür, warum eine Gedenkstunde im Bundestag für mich unerträglich ist.

In Ulm, der Stadt, in der ich seit fast 20 Jahren lebe, gibt es dagegen die Gedenkstätte „KZ oberer Kuhlberg“. Dort waren Kurt Schumacher und Lilo Herrmann und viele, viele andere eingesperrt, und dort treffen sich jedes Jahr ca. 300 Personen — Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden und deren Kinder und Enkelkinder. Bis vor ein paar Jahren hat auch Inge Scholl an dieser Gedenkfeier regelmäßig teilgenommen. An dieser Gedenkfeier nehme auch ich teil.

Eine Aufforderung, Erich Fried zu lesen

Anmerkungen statt eines Nachrufs



1977 markiert auch eine Veränderung in Frieds Schreiben. Nach seiner Gedichtsammlung „So kam ich unter die Deutschen“ veröffentlichte er noch im gleichen Jahr „Die bunten Getöse“. Es folgten „Liebesgedichte“, ein Band mit dem Titel „Lebensschritte“, „Zur Zeit und Unzeit“, „Wenn es in den Vietnam-Gedichten, mit Zielbewußter Radikalität um die Politisierung der Poesie, um die Erschließung der öffentlichen Dimension gegangen war, so geht es in Frieds Lyrik der achtziger Jahre, in eher vorsichtigen Suchbewegungen um die Erschließung jener Bereiche, die bislang in stillschweigender Übereinkunft auch gerade auf Seiten der Linken aus dem Bereich des Politischen ausgeblendet worden waren. Es geht mit anderen Worten, um einen Begriff des Politischen, der unmittelbar in der Lebenswelt der Menschen entwickelt und auf sie bezogen erscheint und ihr nicht bloß als mehr oder weniger abstrakte Regelsystem gegenübergestellt wird.“ schreibt Hanno Kesting in einer umfassenden Würdigung Frieds 1985. Was Kesting als Abschied von einem alten Konzept und Hinwendung zu einem neuen beschreibt, wirkt bei Lektüre der Gedichtbände seitdem eher wie eine Erweiterung der Themen und Methoden. Fried hat auch in den Jahren nach 1977 immer wieder heftig und engagiert mit seinen Gedichten (und ohne sie, wie beispielsweise durch seine Besuche beim damals noch inhaftierten Michael Kühnen) interveniert und versucht, Zeichen zu setzen.

war nicht euer Unterdrücker / Vergeßt nicht es war kein Kampf gegen alle Türken! Die Israelis sind eure Unterdrücker aber Mordechai Avi Shaul und Israel Shuhak sind Israelis und sind nicht eure Unterdrücker! Vergeßt nicht es ist kein Kampf gegen alle Israelis! Die Imperialisten sind eure Unterdrücker! aber die Imperialisten haben keinen Israel Shuhak! keinen Mordechai Avi Shaul und keinen Nazim Hikmet! Vergeßt nicht es ist ein Kampf gegen alle Imperialisten! (Vergessen wir)

„Darmstadt ist roma-rein“

In Frieds Werk ist die Kritik an Israel nicht der Erinnerung an den deutschen Nationalsozialismus und mit der Aufdeckung bitterer und gefährlicher Kontinuitäten verbunden, sondern vielmehr ein Versuch, die Erinnerung zu aktualisieren und alles zusammen zu fassen, was immer wieder zur Aktivität zur Analyse, zum Angriff gegen Selbstberuhigung getrieben. Hier ist auch der Grund dafür zu suchen, daß Fried allen Ehrungen und allem Respekt zum Trotz, die er empfing, nie zu einem etablierten Schriftsteller wurde. Ihn zu würdigen, blieb für die Würdigen immer ein Risiko. Konventionen nahm Fried zum Anlaß, die dahinter versteckten Interessen und Machtstrukturen zu entdecken. Er ließ seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen nicht institutionalisieren, verbot sich immer dort, wo er durch Vereinnahmung die Spitze gebrochen werden sollte, einen neuen Angriff zu entwickeln.

Zum letzten großen Anlaß kam es, als er 1987 einen der renommiertesten Literaturpreise erhielt, die im deutschsprachigen Raum vergeben werden, den Georg-Buchner-Preis. Er nutzte die Preisrede, um festzustellen, daß Buchner die Gewalt der Revolutionäre als Gegengewicht aufgeführt und gerechtfertigt hatte und „nach wahrscheinlich in unserer Zeit zur ersten Generation der Baader-Meinhof-Gruppe geschoßen hätte ... Buchner hätte das Glück, zu einer Zeit, in der es noch ein barmherzigeres Asylrecht gab als heute, stehen zu können und zu sehen, daß man ... dem bewußten Kampf in einer nicht-revolutionären Zeit nicht weit kommt.“ So wie das in unserer Zeit Peter Jürgen Bock eingesehen hat, dem aber seine mutige Wendung gegen den individuellen Terror wenig genützt hat. Fried thematisierte die Zweifel an der staatslichen Selbstmordversion von Staunheim, griff den wachsenden Antisemitismus in der Bundesrepublik an und ließ die Festveranstaltung beinahe platzen, als er massiv die Darmstädter Stadtverwaltung kritisierte, deren Politik eine systematische Vertreibung der Roma aus der Stadt bedeutete. „Darmstadt“, so Fried, „ist roma-rein.“ Das Wort ist dem Judenrum nachgebildet. Obwohl solche Vergleiche immer hinken. Während die Juden nach 1945 im Widergutmachen bekommen, erhielten die Angehörigen von vergasten Roma nichts dergleichen.

Henryk M. Broder hat vor einiger Zeit im „Spiegel“ das unerträgliche Engagement Frieds als „Trauerarbeit vom lyrischen Heiligtum“ denunziert. „Aus Fried vermittelt, ist das Gefühl an Auseinandersetzungen, Klassenkämpfen und Revolutionen teilzunehmen, immer auf der richtigen Seite der Barrikade und dabei mit tendenz in der alternativen Weiblichkeit mit Che- und Rudi Partnern an der Wand. Er ist die Mutter Teresa für den kritischen Studentenrat mit SDS-Erfahrung.“ Diese herablassende Bewertung, die den Fehler macht, von Frieds Bewusstsein um seine Lyrik zu schweigen und ansonsten vor allem Ausdruck von Broders Bewertung des Friedschen Engagements für die Pazifisten ist, korrespondiert auf depressivste Art und Weise mit der Geringschätzung, die Frieds Engagement und lyrische Arbeit in etlichen der Nachrufe auf ihn erfahren hat. Demnach wäre er in erster Linie ein guter, wahrscheinlich ziemlich harter Mensch gewesen, ein berühmter Lyriker und manchmal treffsicherer Aphoristiker. Dem Versuch der verarmten Vermittlung des beiderseitigen Verständnisses zum Zweifeln äußert streitbaren Lyriker Fried ist seine poetische Arbeit entgegenzusetzen. Diese ist in den letzten Jahren — daran läßt sich kaum rütteln — angesichts vieler von ihm verfaßter und durch ihn unterstützter Klärungen und Resolutionen, Meinungsbekundungen und Diskussionsbeiträge, aber auch aufgrund eines zunehmenden Desinteresses an der Politik der Poesie, an engagierter und nicht nur resignierter, vernünftiger Lyrik viel zu wenig wahrgenommen worden. Statt Frieds Gedichten scheint mehr das Klischee über Frieds Gedichte rezipiert worden zu sein.

Fassanbass

„100 Gedichte ohne Vaterland“ heißt ein kleines, graues, 1978 publiziertes Buch mit gesammelten Arbeiten von Erich Fried. Heimatlos war Fried in mehrfacher Hinsicht: als Österreicher in Deutschland, als Deutscher in der Emigration und als Jude in der Welt. Und auch die Heimat, die Fried nach Meinung des „FAZ“-Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki gefunden hat, die westdeutsche Linke, hat ihm kaum eine zuverlässige Basis und einen angenehmen Unterschlupf geboten — eher war er jemand, auf den nach Bedarf und sehr selektiv zurückgegriffen wurde. Pußte seine scharfe Kritik am Staat Israel ins eigene Konzept, wurden seine Gespräche mit dem Neonazi Michael Kühnen ignoriert; wurde seine Überzeugung, daß Ulrike Meinhof ermordet wurde, zitiert, geriet seine scharfe Kritik an der RAF schnell aus dem Blickfeld; gefielen seine aphoristischen politischen Sentenzen, erschienen die Liebesgedichte als unnütz — und so sehr Frieds Attacken gegen den Imperialismus berechtigt erschienen, so folgenlos blieb zumeist seine Kritik am Umgang unter Genossinnen: „Feinde sind zu weit entfernt und meistens zu gut gesichert// Drum erkenne Freunde/ zu Feinden/ und schlag ihnen/ die Presse ein// Machst du sie dadurch/ erfolgreich/ zu Gegnern/ so kannst du dich rühmen// Ich war der erste/ der aufstand/ und losschlug/ im Kampf gegen sie“ (Anleitung zur Erhaltung der Schlagkraft in: „Unter Genossen“).

In einem Interview mit dem „Arbeiterkampf“ hat Erich Fried 1984 auf die Frage nach seiner Identität in dem „Kuddelmuddel der westdeutschen Linken“ gesagt: „Ich bin nicht identisch mit mir, sondern ich wackele, ich gucke verzweifelt nach überall hin — wo man einen Halt und einen Anhaltspunkt gewinnen könnte, um wirksam zu werden. Aber davon findet man nicht viele. Die ganzen Bestrebungen um eine neue Lebensqualität sind potentielle Rebelltumen, die zum Teil in Handwerkelei und Theoriemangel steckenbleiben, aber nicht unbedingt daran ersticken müssen.“

Frieds außergewöhnliche Offenheit seine Suche in alle Richtungen, seine Kritik an dogmatisch verhärteten Positionen hatte nie etwas mit Unentschlossenheit zu tun — seine Parteilichkeit stand so wenig außer Frage, wie die Intensität seines Engagements. Aber er beharrte auf dem Recht zum Irrtum und der Pflicht zum Zweifel. „Zweifle nicht/ an dem/ der du

sagst/ er hat Angst/ aber hab Angst/ vor dem/ der dir sagt/ er kennt keinen Zweifel“ (aus: „Unter Genossen“). Diese nach Brecht, Arbeit am nächsten Irrtum. Frieds keineswegs feige oder demutvolle, sondern höchst selbstbewußte, permanente Selbstkritik, aber auch seine Lust, andere zu kritisieren und zu korrigieren, machten einen wesentlichen Wert seiner Arbeit aus, das poetische Verfahren und die politische Absicht lassen sich dabei nicht voneinander trennen.

Am offensichtlichsten wurde die Radikalität mit der Fried bereit war, seine eigene Arbeit in Frage zu stellen, als er anläßlich einer Neuveröffentlichung früherer Gedichte 1968 diesen jeweils „Gegengedichte“ entgegensetzte, die alte Positionen revidierten. Wie unheil und die eigene Schreibarbeit genau bewertend Fried denkt, hat er seitdem immer wieder deutlich gemacht. Beispielsweise auf einer Veranstaltung im November 1987 nach der Verleihung des Georg-Buchner-Preises in Darmstadt, als es um ein Gedicht von ihm zum Mond an den Polizisten an der Startbahn-West ging. „Das Gedicht ist nicht gut, und auch das Wort Ausgewogenheit ist schlecht, denn auch die Ausgewogenheit der Gewalt wäre eine Kunststrophe. Ich habe das nur in der ersten Empörung über dieses Rumstap geschrien, damals.“

und Vietnam und

Das Schreiben aus der keineswegs nur reflexartigen, sondern — wie das meist in den Gedichten verarbeitete Material zeigt — reflektierten Empörung heraus hat Fried Mitte der sechziger Jahre zu einem der wichtigsten Autoren der Linken gemacht. Sein Konzept des aufklärerischen, in die politischen Auseinandersetzungen intervenierenden Gedichts, das ästhetische Methoden der gerade modernen konkreten Poesie mit dem Engagement der aufkommenden Revolte verknüpfte, hat eine ganze Generation von Schriftstellerinnen inspiriert und zahllose NachahmerInnen gefunden. Mit dem 1966 veröffentlichten Gedichtband „und Vietnam und“ beschränkt er aber nicht nur literarisches Neuland, sondern trug auch zu einem Gutteil zur Information über die anfangs gelegentlich militärische Aggression der USA in Vietnam bei. Eines der berühmtesten Gedichte ist „17.22. Mai 1966“. „Aus Du Nang! wurde fünf Tage hindurch täglich berichtet! Gelegentlich einzelne Schüsse! Am sechsten Tag wurde berichtet! In den Kämpfen der letzten fünf Tage in Da Nang! bisher etwa tausend Opfer.“

So wie Fried den offiziellen Nachrichten mißtraut, genau hinört, mit seinen Gedichten Widersprüche aufdeckt und dadurch einen Erkenntnisprozeß in Gang setzt, spürt er auch seinem Arbeitsmaterial, der Sprache, und ihren Verankerungen und Implikationen nach: nach dem Nicht-Gesagten im Gesagten und Geschriebenen. „Warum warst du nicht wie der Baum Trung Quang?/ sagt ein Mädchen! Das heißt ihr Geliebter ist einer von den Verbrannten! Die Blätter des Baumes Trung Quang fangen nach Feuer!

wie Bambusstäbe oder wie Menschen haut! Fauler Hand! heißt eine eiserne Kreuzung! von Fliegerbombe und Dumdumgeschloß! Sicherheit! zündet! heißt ein Bauer den man vorantreibt! an einem Strick über ein Murenfeld.“ („Was alles heißt“)

Fried, der sich schon in den Anfängen gegen den Vietnamkrieg der USA engagiert hatte, beschränkte sich auch damals nicht auf Intervention durch das Verfassen von Gedichten. Er verstand sich als Teil der Bewegung, nahm an Veranstaltungen teil, reiste herum, diskutierte auf dem internationalen Vietnam-Kongress 1968. Er kündigte die Solidarität mit den Genossen an und nicht umsonst war er in der RAF, die Motivation der Gruppen, die den bewaffneten Kampf gegen den BRD-Staat aufnahmen, war für ihn allemal ehrenwerter als das Moralisieren der Herrschenden gegen den „Terrorismus“. Als sich über die Jahre, angesichts verstärkter Repression, zunehmender Unsicherheitslosigkeit des bewaffneten Kampfes in der Metropole und fragwürdiger Aktionen der RAF, beispielsweise gegen das Springer Hochhaus in Hamburg, immer mehr Linke von dieser Fraktion distanzieren, nahm sich Fried das Recht, auch weiterhin genau hinzusehen, Feinde als Feinde zu bezeichnen und das staatliche Vorgehen scharf zu kritisieren. „Aber zehrt die Behauptung und ihre verworfene Verwirren und was die Gerichte bezaupert vor die man sie stellt! Seht euch diese Verwechslungen an! die Haftverfehlungen und Bestöße gegen das Grundrecht der Bedrohungen und ausweichenden Verscheiden! dann die Hauptbehauptungen und die begünstigten Verleumdungen und zuletzt die Beurteilungen und die vergnügten Kronzeugen“ (Verstandsaufnahme aus „Fast heuer“). Fried stand als Gesprächspartner, aber auch als Unterstützer abgetauchter Illegalen. „Vor zwei Jahren der selbst vor den nazistischen Mordhabern 1938 nach England geflohen war half jetzt Genossinnen wie Astrid Proll sich der Verfolgung zu entziehen, die ich genug im „Vorbeugemord“ (Fried über die Erschießung Georg von Rauchs durch die Polizei) erlebte.

In der bürgerlichen Öffentlichkeit führte die vermutete Sympathisantenschaft zu wütenden Attacken gegen den „Verschwörungsmisströter“ (Theo Sommer in der „Zeit“), der „Mörderpoesie“ (schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“) nach Frieds Gedicht über den erschossenen Generalsanwalts Buhsack, das auch von der „Zeit“ heftig angegriffen wurde! Als eine Bremer Lehrerin an Deutschunterricht das Fried-Gedicht „Die Anfrage“ diskutierte, kam es zum Eklat. Protestierende Eltern wurden von Vorsitzenden der bremischen CDU Bürgerchaftsfraktion Bernd Neumann unterstützt, der öffentlich äußerte: „Ja, so es war würde ich lieber verbrannt sehen, das will ich Ihnen einmal ganz eindringlich sagen.“ In der lokalen Presse waren über Wochen Überschriften wie folgende zu lesen: „Fried-Gedicht bleibt Streifen für Kinder nach Wochen nach unter Schockwirkung“ oder „Gedicht-Äffäre bringt SPD und Liberale ins Zwielicht“.

„Höre, Israel!“

„Höre, Israel!“

Die Kontinuität seines Interesses ist am deutlichsten nachzulesen in seinen Gedichten gegen die herrschende Politik des Staates Israel. Seine Parteilichkeit gegen das Unrecht an den Palästinensern hat ihm hierzulande heftige Kritik und, wie zu vermuten ist, viele falsche Freunde eingetragen. Fried war sich dieser Position in der öffentlichen Auseinandersetzung nämlich zumeist verkürzt und aus dem Zusammenhang seiner Arbeit gerissen wahrgenommen worden.

Schon in der Einleitung zu „Höre, Israel!“ stellt Fried klar, daß sich seine Gedichte „ebenso gegen den Zionismus wie gegen das Regime in Jordanien oder Saudi-Arabien und gegen alle (wenden), die durch Verfolgung von Juden und arabischen Schikane den Zionismus zuzugewinnen und verzweifelter Menschen schreien“. Auch die von ihm in etlichen Texten gezogenen Parallelen zwischen israelischer und NS-deutscher Politik hält er in der „Einleitung“ für erklärungsbedürftig. „Auch in mir empört sich einiges, wenn ich solche Vergleiche ziehe. Israel hat keine Gaskammern gebaut, auch die Entziehung des Konflikts und die Zahl der bisherigen Opfer entziehen sich dem Vergleich. Aber weil viele Israelis deutliche Zeichen des Übernehmens und Weitergehens von Verhaltensmustern ihrer Todfeinde von gestern zeigen, drängt sich dieser häßliche Vergleich manchmal auf und kann auch in den Gedichten nicht ganz fehlen, gerade weil sie verhindern helfen wollen, daß er in Wirklichkeit immer gültiger und zwingender wird.“

Der Band beginnt mit einem Kapitel über „Judenfragen“ — vor die Kritik an der israelischen Politik stellt Fried Überlegungen zum Antisemitismus und die Erinnerung an die Vernichtung. „Nach neunzehn Jahrhunderten wurde in Rom verkündet: daß Israel nicht Kollektivschuld am Tode Christi trägt! Nur werden auch die toten Juden erklärt: Wir wurden niemals erschlagen von Christenhand“ („Fortschritt“). Hieran schloßen sich Gedichte an, die zionistische Texte von Theodor Herzl und Max Nordau in Verse zerlegen, geknigt von dem titelgebenden Zyklus zum 6-Tage-Krieg: „Nicht als Fremder und nicht als Feind/ vom Haß gegen Euch entzündet/ ich spreche als einer von euch/ der auch Irrwege kennt! In den Gaskammern und in den Öfen/ wo eure Familien vergingen/ wurden auch meine Verwandten/ vergast und verbrannt.“ Im vierten Teil bringen die „Trockenen Gedichte“ neben der Erinnerung an die Massaker an Palästinensern auch ein bemerkenswertes poetisches Selbstverständnis zum Ausdruck: „Ich weiß, daß diese Gedichte trocken sind/ vom Staub des Unrechts bedeckt/ das sie bekämpfen! Aber bleibt mir die Wahl/ von anderen Dingen zu schreiben.“

Fried erinnert durch die Übersetzung eines Gedichts von Mordechai Avi Shaul auch an die innerisraelische Opposition und warnt, wenn auch nicht explizit an die Adresse der westdeutschen Linken gerichtet, vor einer neuerlichen nationalistischen Sicht auf den Konflikt um Israel. „Die Türken waren eure Unterdrücker/ aber Nazim Hikmet war Türke und er

Abwarten bis etwas schiefgeht?

Eine Antwort auf die Kritiken in AK 300 zur Diskussion um die Gentechnologie

Vorweg ein Wort zur Methode:

Nehmen wir Dr. Saedlers, kürzlich namens der Max-Planck-Gesellschaft gestellten Freisetzungsantrag (1):

Die Petunien, an denen er die Wirkung des „springenden Gens“ studieren möchte, scheinen harmlos, ganz wie HH, meist, „nicht per se“ gefährlich. Notfalls werden sie untergepflegt, ließ Saedler verlauten. Inzwischen hat sich erwiesen, daß zum Transport des harmlosen noch ein zweites bakterielles Gen in die Pflanze eingeschleust wurde, dessen Eingreifen in das Stoffwechselgeschehen als mögliche bakterieller Resistenzgen der Petunie auf ihr ökologisches Umfeld das Problem. Vor diesem Hintergrund bekommt Saedlers Antrag, man wolle mit dem Experiment „die Diskussion über den Anbau gentechnologisch veränderter Pflanzen mültern“, erst seinen rechten Klang. Mit der gezielten Schaffung eines Präzedenzfalls kommt so zur ökologischen die politische Dimension. Der Teufel steckt im Detail. Wohl wahr! Aber wie könnte das Detail ohne den Zusammenhang zum Ganzen beurteilt werden? Den Ansatz für einen solchen ganzheitlichen Zugriff zu liefern, war der Sinn meiner „Anregungen...“ in AK 299. (3)

Über den Umgang mit Widersprüchen

In den „Anregungen...“ steht Pro gegen Contra, Ängste gegen Hoffnungen, fundamentale Kritik gegen Kritik von Fundamentalismus, Propagierung eines „sozialistischen Imperativs“ gegen Kritik des Realsozialismus usw. Manches mag auch noch unklar sein. Aber dies alles ist nicht so, um systematisch dramatische Stimmung zu erzeugen, wie Mi. meint, sondern aus der Natur der Sache selbst, deren Widersprüchlichkeit sich hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzt. Und dies landauf, landab, gefährt nach jeweiligen Grundpositionen. Am Thema „Gentechnologie“ kommen so stündlich alle Fragen gesellschaftlichen Seins hoch wie ein Fischernetz am Korken. Hier liegen Problem und Chance der Diskussion nah beieinander. R. Scheller nannte es in der Fragen gesellschaftlichen Seins hoch wie ein Fischernetz am Korken. Hier liegen Problem und Chance der Diskussion nah beieinander. R. Scheller nannte es in der

DKP-Diskussion hoffnungsvoll „produktive Verwirrung“. (5) Ich würde mir wünschen, daß er recht hat. Auch für den KB. Die Widersprüchlichkeit resultiert zum einen aus der materiellen Natur der neuen Entwicklung. Stichwort: Chancen und Risiken. Schon die Menge der Beispiele, die meine Kontrahenten, genauer HH., bringen, zeigt die Breite und die Komplexität des Themas. Dabei decken die Beispiele nicht einmal alle Forschungsbereiche und Anwendungsbereiche ab. Gleichzeitig wird deutlich, wie menschlich auch, ja gerade in der Beschränkung auf die Einzelfalldiskussion in Widersprüche verstricken muß.

So, wenn HH. keine Bedeutung der neuen Technologie für die Energiewirtschaft sieht, weil sie heute „nicht zur Anwendung parat“ stehe, zugleich aber zugestehet, daß heile „natürlich“ nichts über „Forschungen heute und mögliche spätere Zeiten“.

So, wenn er die generelle genetische Menschenverbesserung als nicht machbar einstuft, sich aber damit konfrontiert sieht, daß sie in der Humangenetik „im Einzelfalle möglich“ ist und konsequenterweise vor der Gefahr der Eugenik warnt.

So, wenn er ausgerechnet die Max-Planck-Gesellschaft, berüchtigt für ihre eugenische Vergangenheit und Kontinuität, als Kronzeugen für die Unmöglichkeit der humangenetischen Manipulation zitiert. (6)

So, wenn er genetisches Screening als Scharlatanerie einordnet, zugleich aber als „weitere Methode der Beherrschung der unteren Klassen“ kennzeichnet.

So, wenn er meint, der Auspönerungsprozess der Agrarwirtschaft der Länder der „3. Welt“ sei „nun mal gelaufen“, aber in Klammern dazusetzt, er könne „höchstens beschleunigt“ werden.

So wenn er gentechnisch gewonnene Pharmaka wie Insulin oder Interferon „nur“ wegen der rationelleren Herstellung und der „paar Lebensjahren“, die man unter den gegebenen Bedingungen diesen Medikamenten verdanke, für erwähnenswert hält, andererseits vor „Schindluder“ auf dem Drogenmarkt warnt. Wieso das? Wenn's, doch „nur“ rational ist?

So, wenn er die Manipulation mit Retroviren mit Blick auf AIDS und ähnliche neue Erreger für gefährlich erklärt, dazu aber nicht mehr sagt als: „Gentechnik funktioniert nach dem Prinzip trial and error“. Da kann es denn bei gefährlichen Stoffen eben schiefegehen.

Die Widersprüche resultieren zum Zweiten aus der Schwierigkeit, die Natur des zur Diskussion stehenden Prozesses in die richtigen Begriffe und Kategorien zu fassen, solche vielleicht angesichts der realsozialistischen Realitäten gar neu entwickeln zu müssen.

Begriffe wie „Genetik“, „Gentechnik“, „Gentechnologie“, „Mikrobiologie“, „Biotechnologie“, „Bioenergetik“ werden heute von unterschiedlichen politischen Kräften mit unterschiedlichen, sich z. T. überschneidenden, z. T. ausschließenden Bedeutungen gebraucht, z. T. in verarmlosender Absicht, etwa wenn die Problematik auf Gentechnologie eingeeignet wird, z. T. aus Konfusion, wenn Gentechnik synonym mit Reproduktions-, Zell- oder Immuntechnik, bzw. auch Biotechnik insgesamt benutzt wird. Die Begriffe sind in Bewegung wie die Entwicklung selbst.

Vor dem Hintergrund dieser Begriffsunsicherheit und gegen eine falsche Einengung der Vorstellungen auf „Gentechnologie“ habe ich den Begriff Biokybernetik, gleich technologische Biossteuerung, zur Kennzeichnung des Gesamtprozesses vorgeschlagen. Andere Begriffe wie „Biotechnologie“, „Bioenergetik“ oder sonstwas sind ebenso möglich, wenn damit die wachsende mikroelektronische Steuerungstechnologie biologischer Prozesse gemeint ist und zur Wachsamkeit demgegenüber aufgefördert wird.

Die Widersprüche resultieren zum dritten aus den widersprüchlichen Konsequenzen für die Entwicklung kritischer Strategien zur Sache. Weder im Grundsätzlichen, noch im Konkreten sind die KritikerInnen sich einig. Definitionen, Bewertungen und Schlussfolgerungen gehen in alle Richtungen, von genereller Ablehnung über Modelle demokratischer Kontrolle bis zur Teilung des Problems seitens der Staatssozialisten (und seiner Parteilanger) quer durch die traditionellen linken Lager) in gute = realsozialistische und schlechte = kapitalistische Biotechnologie. Von Einigkeit kann nicht die Rede sein.

Ob aus bloßer Verwirrung „produktive Verwirrung“, aus Einzeluntersuchungen technologische. Von Einigkeit kann nicht die Rede sein.

Ob aus bloßer Verwirrung „produktive Verwirrung“, aus Einzeluntersuchungen ein Gesamtbild, gar ein Impuls zur notwendigen Erneuerung einer marxistischen Strategie entspringt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, den Charakter der neuen Technologie auch theoretisch zu erfassen.

Marxistische Fragestellung erneuern

Worüber sprechen wir? HH. behauptet: „Wissenschaftliche Revolutionen haben traditionell die Gemüter erhitzt (...) Aber beim heutigen Stand der Entwicklung heißt das nicht (mehr) automatisch, daß sie die Gesellschaft, den Imperialismus, den realen Sozialismus und unsere Utopie grundlegend revolutionieren muß“.

Seine und Mi's Argumente dafür: Die Atomwissenschaft habe auch nicht gebracht, was man sich davon versprochen habe. Die atomgetriebene Taschenlampe gebe es bis heute nicht. Das Mondprogramm habe nur bis zur Telefonanlage geführt. Die „kamligen Fantasterien um die Atomenergie“ erscheinen HH. „vollkommen mit der heutigen Debatte um die Gentechnologie vergleichbar“. Auch die Aufregung um die Computerisierung sei der stillschweigenden Akzeptanz gewichen.

Mag sein, mag nicht sein. Darüber wird weiter unten noch zu streiten sein. Aber zunächst frage ich: Wieso beim heutigen Stand „nicht mehr“? Und was heißt „nicht automatisch“? Welche Utopie ist mit „unserer“ gemeint?

Halten wir fest: „Wissenschaftlich-technische Revolution“ ist nichts anderes als der heute übliche, mehr verschleierte als klärende Sprachgebrauch für Produktivkraftentwicklung. Seine Grundlage ist die bereits von Marx skizzierte tendenzielle Verwissenschaftlichung der Produktion im Prozess ihrer objektiven Vergesellschaftung.

Hören wir Marx: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung“, schrieb er 1859 im Vorwort zu seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“, „geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in

Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein.“

Allerdings: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ (7)

„Die Produktivkraft der Arbeit“, so Marx' Definition, „ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse.“ Und genauer: Der Mensch könne in seiner Produktion nur „verfahren, wie die Natur selbst, d.h. nur die Formen der Stoffe ändern. Noch mehr. In dieser Arbeit der Formung selbst wird er beständig unterstützt von Naturkräften.“ (8) Die Produktion schreite von der bloßen Nutzung über die partielle Einbeziehung isolierter Naturkräfte und ihrer Wirkgesetze zur Anwendung komplexer Naturprozesse im Rahmen industrieller Anlagen voran. Der Mensch trete dann „neben den Arbeitsprozess, statt sein Hauptagent zu sein“. Diese Stufe könne auch als Anwendung „industrieller Naturprozesse“ bezeichnet werden, die ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur beschreibe. (9)

Der Weg dahin ist allerdings auch in Marx' Analyse schon steinig: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination der gesellschaftlichen Produktionsprozesse, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (10)

Unsere Frage lautet also: Sind oder werden vor unsern Augen in Gestalt dessen, was ich Biokybernetik genannt habe, neuartige Produktivkräfte ausgebrütet? Stoßen sie an die Grenze der bestehenden Produktionsverhältnisse? Welches wären die Fesseln und ihre Auswirkungen? Wird damit eine Epoche der Revolutionen eingeleitet? Geschieht das „automatisch“ oder nicht? Und schließlich: Was wäre der Inhalt einer solchen Umwälzung, also „unserer“ Utopie? Muß sie sich angesichts der bisherigen sozialistischen Realitäten erneuern oder nicht und wenn nicht? Klar gesagt: Zu sprechen ist über Fragen der Erneuerung revolutionärer Perspektiven auf der Grundlage der Analyse der realen Produktivkraftentwicklung.

Wieso die von Marx formulierten Gesetzmäßigkeiten beim „heutigen Stand nicht mehr“ gelten sollen, wäre nachzuweisen. Der bloße Verweis auf die Atomtechnologie, die auch nicht habe halten können, was sie versprochen, reicht da nicht. Umgekehrt wird ein Schuh draus:

Erstens hat die Atomtechnologie sehr wohl die an sie gehängten „Fantasterien“ erfüllt, ja übertraffen — mit Hiroshima und Nagasaki und der seitdem entstandenen Realität des atomaren „Gleichgewichts des Schreckens“ nämlich! Die Reduzierung auf die atomgetriebene Taschenlampe und die Telefonanlage bekommt da einen zynischen Klang.

Zweitens bauen die „wissenschaftlichen Revolutionen“ mit wachsender Intensität aufeinander auf und verbinden sich mit den neuen Erkenntnissen der Biologie erkennbar zu einer neuen Stufe der Integration von Wissenschaft, Produktion und Naturkräften. Eine evtl. gegenläufige Bewegung müßte auch hier bewiesen werden.

Im Gegensatz zur Atomtechnologie kommt Biokybernetik nicht mit der Bombe zur Welt, der die „friedliche Nutzung“ nur nachgeschoben wurde, sondern sie erscheint zuerst als neue Produktivkraft mit breiten potenziellen Nutzungsmöglichkeiten, die sich auch in der Anwendung schon seit Jahren entwickeln und weiter zu entwickeln versprechen und kann auch zu militärischen Zwecken herangezogen werden. Zudem zielt biokybernetische Produktion bei zentraler Steuerung schon von Anfang her nicht auf großtechnische, sondern auf „dezentrale“ Forschungs- und Produktionsanlagen und vielfältige konkrete Umsetzung bis hinein in den Gesellschaftskörper.

In all dem liegt im Gegensatz zur punk-

tuellen Konzentration der Atomtechnologie einerseits die besondere Schwierigkeit, den aktuellen technologischen Schub sachlich zu erfassen und in konkrete politische Strategie umzusetzen. Dies spiegelt sich in den zerfahrenen, von immer neuen Forschungs- und Anwendungsrealitäten überholten Debatten darum wieder. Hier unterscheidet sich die aktuelle Gentech-Debatte diametral von den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung, die nach relativ schnell erreichtem Ablehnungskonsens in der Frage der Atomtechnologie konzentriert zur Tat schritt. Andererseits werden in dem Charakter der neuen Technologie materielle Chancen sichtbar, die, in Verbindung mit der Angst vor Fehlentwicklung und Mißbrauch unter den gegebenen Verhältnissen, durchaus neue Kräfte für die Debatte um längerfristige, tendenziell sozialistische Perspektiven freisetzen und so den Impuls der Anti-AKW-Bewegung auf einer neuen Stufe vertiefen und verbreitern könnten.

Für die Gewinnung von Klarheit und Abgrenzung ist es sicher fruchtbarer, die Unterschiede zwischen den Technologieschüben herauszuarbeiten, statt sie zu nivellieren. Das schließt die Computerisierung mit ein.

Was die „Automatik“ betrifft: Wann kamen Revolutionen je „automatisch“? Oder soll das nur heißen, es gebe noch genügend Entwicklungsspielraum im Rahmen des Kapitalismus oder Realsozialismus? Dann soll man das konkret benennen, wie es die DKP tut.

Und warum sollte sich „unsere“ Utopie nicht verändern, und sei es nur, daß sie sich über Kapitalismus und Realsozialismus hinaus konkretisieren müßte?

Fragen über Fragen, die sicher nicht mit optimistischen Hochrechnungen aktueller Forschungsprognosen zu Anwendungsrealitäten, aber auch nicht mit bloßer Skepsis gegenüber den Marktchancen der nächsten 5 oder zehn Jahre zu beantworten sind. Es geht wohl mindestens um den für ein Lebensalter überschaubaren Zeitraum? Oder brauchen wir uns als SozialistInnen über die Planungsperspektiven des Kapitals, selbst über die „2000er Programme des Realsozialismus hinaus keine Gedanken zu machen? (11)

Beschleunigung — „banale Tatsachen“?

Beschleunigung — „banale Tatsachen“?

Mi nennt „Biokybernetik“ einen „Orakelbegriff“. Er breitet vor allem den besonderen Zusammenhang zwischen Computer- und Gentechnologie sowie die neue Qualität dieser Verbindung. Das sei „bis auf die banale Tatsache, daß heute Computer sinnvollerweise in jedem Forschungsbereich eingesetzt werden, (...) frei erfunden. Petrischalen, Mikrospritzen, Zentrifugen und Mikroskope sind für die Genforschung viel wichtiger als Computer.“ Ihn erinnern die Debatte um Gentechnologie im übrigen an die „zeiterzeugende Dramatisierung der Computertechnologie, die heute einer genauso unbegründeten Akzeptanz gewichen ist.“

„Unbegründete Akzeptanz“, aber doch „sinnvoll“? Als ob mit der Akzeptanz, noch dazu einer „unbegründeten“, die widersprüchliche Dynamik dieser Technologie erledigt wäre? Das Gegenteil ist der Fall: Diese Dynamik potenziert sich heute in der mikroprozessor-gesteuerten Gen- und weiteren Biotechnologie, in der planmäßigen Robotisierung durch „intelligente Systeme“ zum einen, der Technisierung der Biologie zum andern, der Unifizierung des Bewusstseins durch die Massenmedien und die elektronische Normierung des gesellschaftlichen Wissens zum dritten um. Mi's Kritik, es gebe keine zunehmend integrierte Entwicklung von Mikroelektronik, (Computer) und Gen-, bzw. Biotechnologie, gekoppelt mit der Behauptung ihres genauen Gegenteils, das sei nur „sinnvoll“ und „banal“, spielt gleich doppelt herum: zum einen die Gentechnologie auf das Niveau des Petrischalensperiments, zum zweiten die — selbstverständlich noch von ihm gar nicht zu leugnende (12) — Verbindung von Mikroelektronik und Biotechnologien zur „Banalität“.

Wenn Marx und Engels so an die Phänomene des englischen Frühkapitalismus herangegangen wären, könnten wir heute noch auf „Das Kapital“ warten. Sie begriffen sie aber exemplarisch und bemühten sich, daran die „Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft“ herauszuarbeiten, um die „Geburtswehen“ der neuen Gesellschaft abzukürzen. Für seine deutschen ErstleserInnen betonte Marx,

das industriell entwickelte Land zeige dem minder entwickelten nur das „Bild der eigenen Zukunft.“ (13) Ein bißchen „Spekulation“ schien schon damals zum marxistischen Handwerk zu gehören, wie mensch sieht.

Weiter: Zwar bringt Mi. keine Argumente für die von ihm bestrittene Möglichkeit der Beschleunigung. Dafür aber HH.: Prinzipiell, räumt HH. ein, stünden die Handwerkszeuge der Genmanipulation bereit. Aber letztlich sei es ein Spiel mit zu vielen Unbekannten, eben „trial and error“, es „klappt nicht“. Häufig werde das Versuchsobjekt sogar zerstört. Bei gefährlichen Stoffen könne es „eben schiefegehen“ wie bei Experimenten mit Retroviren u.ä. „Philosophisch gesehen“, folger er, sündeten wir vor der Situation, „daß der Mensch einen achten Schöpfungstag hinten drun hängen kann.“ Das sage aber „rein gar nichts darüber aus, was mit Genmanipulation erreichbar ist.“

Wieso „Philosophisch“? Gemeint ist doch nur: Im Prinzip. Und so ist es! Im Prinzip ist der Übergang von der natürlichen Züchtung lebender Organismen zur künstlichen Mutation unter Umgehung des individuellen Ausreifungsprozesses und Überspringens der biologischen Artenschränken bei gleichzeitiger massenhafter Vervielfältigung genetisch einheitlicher Individuen technisch möglich. Gegenüber herkömmlichen, selbst neueren reproduktionstechnologischen Züchtungsverfahren wie künstlicher Besamung, „Embryotransfer“ uam, bedeutet dies mindestens eine Mutationsbeschleunigung um den Faktor der eingesparten individuellen Reifezeiten von der Entstehung, bzw. Geburt eines Organismus bis zu seiner Fortpflanzungsfähigkeit, von der Umgehung der Artgrenzen und möglichen seriellen Klonierung noch ganz zu schweigen.

Die modernen Zuchttechniken müssen nicht mehr warten, bis ihre jeweilige Kreatur zur Fortpflanzungsfähigkeit ausgewachsen ist, sondern nehmen die Verinderungen bereits im Keim vor. Diverse neue Mikroorganismen, Pflanzen- und Tier-Chimären sind auf diese Weise zunächst als Laborkreaturen erzeugt worden. Transgene Kartoffel-, Tomaten, Weizen-, Reis- und Sojakeimlinge, transgene Schweine und Kühe warten inzwischen auf ihren Einsatz zur „Verbesserung“ der land- und ernährungswirtschaftlichen Erträge. Mehrere hundert Patentanträge auf gentechnisch manipulierte Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere liegen z.Z. allein beim europäischen Patentamt.

Auch wenn die Grenzen dieser Art „Verbesserung“ in der Anfälligkeit der neuen Kreaturen ins Auge fallen, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß es sich in diesem Prozess um eine letztlich in Zahlen gar nicht ausdrückbare Beschleunigung der Evolution durch künstlich hervorverursachte Mutation handelt. Mensch mag sich damit beruhigen, daß es letztlich doch „nicht klappt“, „eben schiefegeht“ u.ä. Aber bruchts' erst ein biotechnologisches Hiroshima, Harrisburg oder Tschernobyl, um den Beweis für die Grenzen der neuen Fähigkeit anzutreten?

Die prinzipiellen Grenzen der möglichen Manipulation sagen zudem nichts über ihre graduelle Nutzung. Im Gegenteil, im Unterschied zu früheren Stadien der Wissenschaftsgeschichte, speziell auch noch der Atomtechnologie wurden Gentechnologie und die übrigen biotechnologischen Mikroverfahren ja bereits im technologischen Verbund mit der Produktion und dies in sich auch jetzt ständig weiter beschleunigender Weise „anwendungsbezogen“, wie es so schön deutsch heißt, entwickelt. Wenn HH.'s Beispiele zu gentechnisch erzeugten „Stoffen“ etwas zeigen, dann dies: Die bisherige Produktion solcher Stoffe wird, im Fall des Wachstumshormons z.B., um das 500.000fache, beschleunigt. Die Beschleunigung wird als das Wesen der neuen Produktivkräfte sichtbar.

„Menschenzüchtung“? — ein Popanz wird erlegt...

Mi Warnungen vor vorgeburtlicher Manipulation und Hinweisen auf das Credo der neuen Eugeniker würde ich, meint Mi., zum „Anhängen einer Position, nach der der Mensch durch seine Gene an die gesellschaftlichen Verhältnisse anpaßbar sei...“ Kal steht damit nicht allein. Es ist merkwürdigerweise gerade auch unter linken Gentechnik-Gegnern üblich, unter

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kritische Etikett an der Restauration eines biologischen Menschenbildes mitzuwirken.

Ähnlich HH., wenn er zuerst vermeintliche Technikgläubigkeit widerlegt. Gentechnische Manipulation „klappt bei den meisten Versuchen nicht, sondern ruft stattdessen Zerstörungen hervor und gezielt ist es auch nicht möglich“, um dann fortzusetzen, es sei „nun wirklich nicht die Aufgabe des Protestes, jetzt päpstlicher als der Papst für den Erhalt des ‚natürlichen‘ oder ‚gottgeschaffenen‘ Lebens einzutreten.“ zumal wenn Menschen „verbessert“ in einer Gesellschaft ohne Unterdrückung „nicht ausgeschlossen“ werde. Laut Mi. wird sie von mir unter solchen Umständen sogar „für etwas durchaus Sinnvolles gehalten“.

Vor allem andern: Die Gene sind es selbstverständlich auch. Mit einem billigen Entwurf oder werden wir nicht davonkommen. Dann aber: gezielte technische „Menschenzüchtung“ halte ich genauso wenig für möglich wie Mi. und HH. Ihre Polemik zu diesem Punkt hat eher den Charakter, sich das Feld für Entdramatisierung durch Umschlagen eines selbstausstufenden Popanzes freizumachen.

Ich halte „Menschenzüchtung“ aber nicht schon deswegen für unmöglich, weil Genmanipulation heute „nicht klappt“ oder die 50.000 – 200.000 Genmarker nicht auf eine Diskette paßen. Das könnte sich ja immerhin ändern.

Nein, prinzipieller: Erstens ist der Mensch Teil der Natur und seine Aktion setzt neben vorhersehbaren auch immer unvorhersehbare Reaktionen in Gang – gleich auf welchem noch so hoch erreichbaren Erkenntnisstand und technologischen Eingriffsfähigkeitsniveau in lebendige Prozesse. Die Visionen der (Neu)genetiker auf eine 100%ige Steuerung einer Natur- und Menschenverbesserung werden sich schon deshalb nicht erfüllen.

Zum zweiten: Selbst wenn die Genmarker von Pflanzen, Tieren und Mensch lokalisiert und auf einer Diskette erfüllt werden könnten, so ist damit noch gar nichts über ihre Wechselwirkung mit den Umweltbedingungen und -kräften ausgesagt, in deren Zusammenhang sich die konkrete Entwicklung der individuellen Lebewesen, im besonderen der Menschen vollzieht, ganz zu schweigen von der Rückwirkung des Bewußtseins auf die Biologie. Dies wie das unter ersten Gesagte gilt für auch für jeden denkbaren Sozialismus. Es erstaunt mich, daß dies unter uns zum Gegenstand von Polemik gemacht wird. Aber es zeigt, wie tief die Unsicherheiten gehen.

Die prinzipielle Unmöglichkeit einer solchen Steuerung kann jedoch so wenig beruhigen, wie die prinzipiellen Grenzen der Pflanzen- und Tierverbesserung, denn der Weg in diese Richtung ist eine Asymptote, d.h. eine sich beschleunigende unendliche Annäherung – die nicht vom großen Durchbruch, sondern von den Annäherungen an das Endziel lebt: von der hektischen Suche nach resistenter Nutzpflanzen bis zur gentechnischen Alltags-Eugenik. Technisch wie biologisch sind es nur graduelle Schritte von der Virus- zur Keimbahnmanipulation an Pflanzen und Tieren und von da zum Menschen.

Es ist kein individuelles, sondern ein statistisches und kollektives, d.h. auch ein den Staat betreffendes Problem. Die Frage nach Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Menschenverbesserung wird nicht schon dadurch beantwortet, ob prinzipiell in die Keimbahn des Einzelindividuums steuerbar eingegriffen wird oder nicht, sondern ob die Erbsubstanz der Menschheit gentechnisch insgesamt grundsätzlich „angehoben“, bzw. auch gezielt gesenkt werden kann – nach welchen Kriterien und von wem und mit welchem Ergebnis! Hier ist es dann schon ein Unterschied, ob Kapitalismus, Realsozialismus oder eine Gesellschaft frei assoziierter Individuen die Eingriffe vornimmt – soweit sie überhaupt machbar sind.

Unter den genannten Gesichtspunkten ist mir HH.'s Spoti über das großsprecherische Genomprogramm der USA zu billig.

Erstens hat dieses Programm inzwischen (ergänzende) Konkurrenz in Japan und der EG. Auch die UdSSR beteiligt sich. Das mit 30 Mio. veranschlagte EG-Programm z. B. projiziert unter Hinweis auf „umweltbedingte Risikofaktoren“, die für absehbare Zeit nicht auszu-schalten seien, und mit Blick auf „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ eine „Art präventiver Medizin“. Es sollen dabei „Aspekte wie die Privatsphäre eines Menschen, einschließlich des Rechts auf Wissen oder Nichtwissen, gegen allgemeine Überlegungen zur Gesundheitsvorsorge abgewogen werden.“ (14) Das ist ein klares eugenisches Programm.

Zweitens: 1986 waren 50 Marker für angeblich genetisch bedingte Krankheiten bekannt (15). „Einzelfälle“, laut HH. Stimmt, aber ab wann wird aus Einzelfällen eine Reihe, aus Quantität eine Quali-

tät? Die Aussage: „Es klappt nicht“ ist nur richtig in Bezug auf die nicht erreichbaren Maximalvorstellungen der „Menschenzüchtung“. In Bezug auf Teilziele stimmt sie nicht. In Bezug auf die Maximalziele ist auch das Problem der Zerstörung (sei es aus Unachtsamkeit, als technischer Fehler oder aus Unwissen) nur von untergeordneter Bedeutung – für die erreichbaren Teilziele dagegen ist es von umso höherer Brisanz, je größer die biologische und soziale Eingriffskapazität wird.

Konkret: Wenn die projizierten Genkarten auch nur zwei oder drei weitere Dutzend angeblich genetisch lokalisierbare Krankheiten erbringen, wird die „humanogenetische Beratung“ damit arbeiten. So ein „Mißerfolg“ ist mir bereits zuviel Erfolg.

Wer vor diesem Hintergrund Manipulations-Befürchtungen äußert, wird dadurch weder gleich zum Technikfeind, noch zum Vertreter eines neuen Biologismus, sondern trägt zunächst der Tatsache Rechnung, daß eine gentechnische Medizin zu einer Anpassung der Menschen an den sozialen Status quo führen könnte, statt der Veränderung dieses Status. Wir haben allen Anlaß zu solchen Warnungen – historisch wie aktuell.

Es besteht natürlich die Gefahr des Abrutschens in eine rechte Lebensschutzargumentation und unfreiwillige Stärkung biologischer Strömungen. Aber Mi's Formulierung, ich arbeite mit an der Restauration des Biologismus, kann ich nur einem Unverständnis für die Funktion von Polemik zuschreiben.

... und dann zurücklehnen?

„Wenn wir wirklich die Position teilen“, lautet Mi's Schlußfolgerung, die ich hier jetzt vollständig zitiere, „daß soziale Ungleichheiten nicht biologisch determiniert sind, wie können wir es dann gleichzeitig für möglich halten, daß soziale Anpassung, geklonte Sklaven oder ein 'vor Unruhe von unten gesichertes Gemeinwesen' (Kat Ehlers) auf genetischem Wege determinierbar sein könnten? Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren persönlichen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen platzen.“

Nein, nein, nein und noch mal nein! Die Realität ist nun einmal widersprüchlich. Soziale Ungleichheiten sind nicht biologisch determiniert, sehr wohl aber durch Geburt, Geographie, Hautfarbe, Geschlecht, körperliche und seelische Ausgangsbedingungen beeinflußt und beeinflusbar. Die Aufhebung gegen die Feindschaft dieser Unterschiede zu sozialen Festlegungen, Klassen-, Rassen-Geschlechtsdiskriminierung usw. ist doch kein Automatismus, sondern immer eine Sache des politischen Kampfes! Da warten wir keineswegs gelassen ab, bis die Planungen an der Realität der gesellschaftlichen Kämpfe zerplatzen, sondern wir versuchen, Bewußtsein für die Notwendigkeit solcher Kämpfe zu schaffen, solche Kämpfe zu initiieren, ihnen eine Richtung zu geben usw., kurz: Wir lassen die Menschenzüchter weder schwelgen, noch ausprobieren „bis eben etwas schiefgeht“ wie HH es mit Blick auf die Viruszüchtung formuliert, sondern wir fallen ihnen in den Arm, soweit wir es können, bevor etwas schiefgeht, damit ihre Pläne zerschellen.

Einzelne man meinen Thesen die „aufgedunsene Dramatik“ und den „Aspekt der Menschenzüchtung“, bilanziert Mi., „bleiben Fragen nach den politischen, militärischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Auswirkungen, deren Beantwortung zum größten Teil im Bereich der Spekulation angesiedelt ist... Hier gelten nach wie vor ausschließlich die Gesetze des politischen Kampfes.“

Laut gebrüllt, Löwe! Nur, welche Gesetze? Welcher Kampf? Um welche Ziele? Wer gegen wen? Warum kommen jetzt keine Argumente? Mi's Artikel endet da, wo er anfangen müßte. Immerhin wäre zu beweisen, warum die „Gentechnologie“ keine Beschleunigung bringt, warum Eugenik keine Gefahr ist und vor allem, was „vorsichtig handhaben“ bedeuten soll.

An HH.'s Beispielen dagegen, auch wenn, ja gerade wenn er sich bei Humangenetik, Krebsforschung und Pharmaproduktion nicht entscheiden kann, ob er vor eugenischen Tendenzen warnen oder ob er entwarnen soll, lassen sich einige Fragen weiter konkretisieren.

— Stichwort: Energie- und Rohstoffgewinnung

HH.'s Behauptung, Bioenergie sei für 30 Jahre nicht in der Vorplanung, aber in der aktuellen Forschung für „mögliche spätere Zeiten“, klärt wenig zur tatsächlichen Entwicklung.

— Stichwort: Energie- und Rohstoffgewinnung

HH.'s Behauptung, Bioenergie sei für 30 Jahre nicht in der Vorplanung, aber in der aktuellen Forschung für „mögliche spätere Zeiten“, klärt wenig zur tatsächlichen Entwicklung.

Nehmen wir Biosprit: Seine Herstellung läge z. Zt. bei 1,30 Mark je Liter. (16) Bei den derzeitigen und mittelfristig erwarteten Ölpreisen bedürfte es ziemlich hoher Subventionen, um ihn konkurrenzfähig zu halten. Damit wäre Biosprit wohl tatsächlich out – wenn ein stabiler Ölmarkt auf Dauer vorausgesetzt und wenn nicht effektivere Verfahren entwickelt werden könnten.

Dazu erzuhen: Mindestens drei Variable des Ölmarkts sind nicht ohne weiteres auf 30 Jahre festzuschreiben: der politische Zugriff der erdölverbrauchenden auf die erdölproduzierenden Länder, der in den letzten Jahren geringere Bedarf durch Energieeinsparungen, die Ertragsfähigkeit der Erdölfelder. Bei ausbleibenden politischen oder wirtschaftlichen Schwankungen kann Biosprit schnell wieder in den Bereich der Konkurrenzfähigkeit, bzw. autarkieorientierten Substitutionsmöglichkeit kommen. Vor diesem Hintergrund werden die Forschungen nach Bioenergie von den großen Ölkonzernen aktuell ja auch betrieben.

Zweitens: Angesichts der wachsenden Beschleunigung, mit der wissenschaftlich-technische Innovationsprozesse heute stattfinden, auch in der „Züchtung“ transgener „nachwachsender Rohstoffe“ für Zucker, Fettproduktion u.s. sind 30 Jahre gleichbedeutend mit einer unüberschaubaren Generationenreihe technischer Verfahrensbesserungen, bzw. -erneuerungen. Das ist die paradoxe Entwicklung: Einerseits werden Planungen heute wichtiger, andererseits verfallen sie schneller. Forschung kann immer weniger als erst für „mögliche spätere Zeiten“ wichtig der Planung entgegengestellt, sondern muß zunehmend als Bestandteil der Planung und mögliche Realität von morgen begriffen werden. Forschungspolitik muß daher mit ins Zentrum der Untersuchung gerückt werden.

— Stichwort: „3. Welt“

Der Prozess der Ausbreitung werde „beschleunigt“, beschleunigt, meint HH. Er wird beschleunigt! Das Ende ist noch keineswegs erreicht!

Beschleunigung heißt Zuspitzung: Vor der „Grünen Revolution“ waren einige Entwicklungsländer durch die Segnungen von „verbesserten“ Hybridweizen, — mais- und -reis betroffen. Die gentechnologische „Verbesserung“ zielt jetzt auf praktisch alle Kulturen, inklusive Hülsenfrüchten, Gemüse, Agro-Exportpflanzen (z. B. Ölpalmen, Vanille, Kakao) Gewürzen in der ganzen Welt. Zur Agrarkomplex der „Verbesserung“ der übrigen Ernährung, insbesondere Viehwirtschaft durch neue „transgene“ Eigenschaften hinzu. Die Konzentration des wissenschaftlich-technischen Know-hows samt Produktionszweig in den Industriemetropolen wird zu einer enormen Verschärfung der Abhängigkeit der jetzt schon abhängigen Länder von den Metropolen und einer Erweiterung der Zahl dieser Länder führen. Schon jetzt hat z. B. die Entwicklung von Süßstoffen den Weltmarkt für Zucker fast zusammenbrechen lassen. Zwischen 15 – 20 Millionen Arbeitsplätze hängen davon ab. (16) Wer behauptet, da sei „schon alles gelaufen“, verharmlost die Entwicklung (17), statt sie zu nutzen, um internationalistische Fragestellungen daran zu erneuern.

— Stichwort: Marktchancen

Nicht zu bezweifeln: Der Gründungsboom, nach Zulassung von Patentierungen durch das oberste US-Gericht 1980 hat sich beruhigt.

Andererseits zeigt z.B. die BRD-Industrie breite Aufbruchstimmung. Anlaß der Verabschiedung des Entwurfs für ein Gentechnologie-Gesetz durch das Kabinett Ende November bezogene Forschungsmittel Riesenhebel. Gentechnologie erneut als „Schlüsseltechnologie“, auch wenn sich die Märkte nicht so schnell entwickelt hätten wie erwartet. (18)

Den Wirtschaftssektoren der Tagespresse entnehmen wir: Zwar werde kühler gerechnet, aber: Boehringer-Tochter Thomae steile seit einem Jahr Herzinfarktmittel her. In Ulm und Hannover startete US-Multi Monsanto, die Insulin-Anlage von Hoechst werde ab März nächsten Jahres produzieren. Fünf weitere Anträge auf Herstellung von Medikamenten lägen beim Bundesgesundheitsamt und seiner Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) vor. Im Mittelpunkt stehe die Pharma- und Chemie-Industrie.

Mit 700 Mio. DM im Jahr 1988 sei letztere dabei, ihren Forschungsrückstand aufzuholen. 230 Millionen lege Bonn dazu, Universitäten und andere Quellen geben weitere Millionen. Aller Augen seien auf Dr. Saedens bevorstehende erste Freisetzung gerichtet. Und mehr: „Doch schon beginnt man bei der Preussag über den Einsatz solcher ‚Biofabriken‘ zum Abbau von Erzen nachzudenken. Bei Henkel sollen die Enzyme aus neuartigen Super-Bräunacher in Waschmitteln produziert und bei Krupp das Abwasser von Schwermetall-Schadstoffen reifigen.“

— Stichwort: Irreversibel

Wenn das Prinzip „trial and error“ schiefgehe, meint HH., dann sei das „absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wenn das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht.“

Einmal freigesetzt, sind alle drei Energien als konkrete Katastrophen irreversibel! Das haben wir fest! Aber als technologische Entwicklung ist allein Biotechnologie irreversibel, während die Atomtechnologie (AKWs wie Atombomben) auf dem – geflühl. erreichten Stand – technisch anzuhalten ist. Die Irreversibilität der neuen Technologie liegt in der Selbstvermehrung unbekannter technobio-logischer Kombinationen begründet, deren Entwicklung in dem Maße weniger kontrollierbar ist wie ihre Komplexität zunimmt.

Hieraus ergibt sich zwingend, daß die „trial-and-error“-Realität des biotechnischen Experiments im Gegensatz zur schon landläufigen und weiter absehbaren Praxis auf keinen Fall unmittelbar in Produktions- und soziale Wirklichkeit übergehen darf, sondern einer gesellschaftlichen Kontrolle angesetzt werden muß, welche die Ergebnisse von Experimenten soweit denkbar machen muß, daß plötzliche Gleichgewichtsstörungen der biologischen und ökologischen Lebensräume, einschließlich der sozialen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft vermieden, im Gegenteil die Angleichung unterschiedlicher Niveaus gezielt

Hoechst will sie in die Zellen von Getreidepflanzen einschleusen, damit diese ihr Super-Pestizid „Basta“ unbeschadet überleben (...). Tatsächlich kaufen Unternehmen wie Shell oder Hoechst sich gegenwärtig weltweit in Saatgutfirmen ein, um Pakete aus herbizidresistenten Pflanzen und den dazu gehörenden Unkrautvernichtern anbieten zu können.“ (16) Konzerne wie Bayer, BASF, Hoechst, Merck u.a. drohen mit Auslandsinvestitionen, um beschleunigte Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren durchzusetzen.

Die Aufzählung zeigt: Der Markt lockt, die Konkurrenz drückt. Verlässliche Zahlen aber gibt es kaum, zumal niemand genau weiß, welcher Markt beschrieben wird: ein gen- oder erweiterter biotechnologischer, ein Pharma- oder Nahrungsmittelmarkt, gar der Markt der Mikro- und der Zellfermentotechnologien! Hier muß Peterak esden. Der Markt ist in Bewegung, nur das ist sicher und bedarf gründlicher Untersuchung.

— Stichwort: Risikoprüfung

Statt Gentechnologie zur „existenziellen Gefahr für die Menschheit“ zu erklären, komme man nicht umhin, meint HH., „die Risiken im Einzelnen und realistisch darzulegen“.

Ja, aber was ist „realistisch“? Dr. Saedens „per se“ ungefähre Petition, ist, wie wir bemerkten, erstens nicht erwiesenermaßen ungefährlich, zweitens wird sie benutzt, um weitere Freisetzung zu legitimieren. Weiter: Die Produktionsgenehmigung für ein „per se“ ungefährliches, ja sogar nützliches Insulin durch Hoechst wird benutzt, um weitere Experimente und Produktionen ohne Prüfungsverfahren nachzuziehen. (19) Oder: eine „per se“ ungefährliche, ja für die Einzelnen sogar u. U. hilfreiche pränatale Beratung wird benutzt, um eugenische Strategien im Alltag der Bevölkerung zu verankern usw. Die isolierte Einzelfallbewertung ist nicht von ungefähr das Lieblingskind der (sozialdemokratischen) Befürworter, der verharmlosenden „Technikfolgenabschätzung“ der Enquete-Kommission u.s. Und nicht von ungefähr wird das Thema von den Medien bis zur Unkenntlichkeit atomisiert. Das alles zeigt: Eben nicht „an sich“, sondern „in Wechselwirkung“ muß das Grundkriterium der Risikoprüfung lauten. Die Frage so zu stellen, ist unser Job.

— Stichwort: Retrosiren

Retrosirenforschung ist gefährlich, meint HH. D'accord! Aber das weiß man offensichtlich eben auch erst seit AIDS! Frage also: ab wann und nach welchen Kriterien werden biotechnologische Manipulationen als gefährlich von uns eingestuft? Halten wir es mit den Richtlinien von Asilomar, nach denen nur Organismen manipuliert werden dürfen, die außerhalb des Labors nicht überleben können und nach denen Rekombinationsforschung mit Krebsviren grundsätzlich ausgeschlossen wurde? (20) Oder halten wir es mit denen von London 15 Jahre später, die mit der Begründung angeblicher bisheriger Unfallfreiheit für die Fortsetzung von Freisetzungsexperimenten eintrat? (19) Angesichts der Tatsache, daß biotechnische Manipulationen die natürliche Evolution nicht nur beschleunigen, sondern mit dem Überspringen der Artengrenzen, der individuellen Reifeprozesse und der individuellen Variationen zugleich neue biologische Realitäten schaffen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit biologischer Zwischenfälle enorm. Ich habe die Richtlinien von Asilomar daher für das Minimum.

— Stichwort: Irreversibel

Wenn das Prinzip „trial and error“ schiefgehe, meint HH., dann sei das „absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wenn das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht.“

Einmal freigesetzt, sind alle drei Energien als konkrete Katastrophen irreversibel! Das haben wir fest! Aber als technologische Entwicklung ist allein Biotechnologie irreversibel, während die Atomtechnologie (AKWs wie Atombomben) auf dem – geflühl. erreichten Stand – technisch anzuhalten ist. Die Irreversibilität der neuen Technologie liegt in der Selbstvermehrung unbekannter technobio-logischer Kombinationen begründet, deren Entwicklung in dem Maße weniger kontrollierbar ist wie ihre Komplexität zunimmt.

Hieraus ergibt sich zwingend, daß die „trial-and-error“-Realität des biotechnischen Experiments im Gegensatz zur schon landläufigen und weiter absehbaren Praxis auf keinen Fall unmittelbar in Produktions- und soziale Wirklichkeit übergehen darf, sondern einer gesellschaftlichen Kontrolle angesetzt werden muß, welche die Ergebnisse von Experimenten soweit denkbar machen muß, daß plötzliche Gleichgewichtsstörungen der biologischen und ökologischen Lebensräume, einschließlich der sozialen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft vermieden, im Gegenteil die Angleichung unterschiedlicher Niveaus gezielt

gefördert werden können. Dies dürfte eins der, wenn nicht das Hauptkriterium sein, an dem künftiger technologischer, insbesondere biotechnischer Fortschritt sich messen lassen muß. Das ist gleichbedeutend mit einem „sozialistischen Imperativ“, weil nur ein gesamtgesellschaftlicher Zugriff, nicht wie auch immer geartete Teilkontrollen „von unten“, letztlich solche Kontrolle gewährleisten kann. Hier ist der Clinch u.a. mit Sozialdemokraten und Realsozialisten zu suchen.

Halten wir fest: HH.'s Beispiele beweisen ebenso wenig wie seine und Mi.'s vorherige Ausführungen, was sie beweisen sollen, nämlich Banalität und relative Ungefährlichkeit der neuen Entwicklung, sondern das genaue Gegenteil: deren Breite sowie widersprüchliche und die soziale Kontrolle unter den gegebenen Verhältnissen tendenziell überrollende Dynamik, die die bereits vorhandenen politischen, sozialen und ökologischen (Welt)Probleme schon jetzt verschärft und weiter erheblich verschärfen wird. Sie beweisen die Unsicherheit und, von HH. ausdrücklich bilanziert, die allgemeine Ratlosigkeit im politischen Umgang mit dieser Entwicklung, auch wenn er dies nur als Argument gegen mich versteht. Kurz: Sie unterstreichen, gerade in ihrem Versuch der Entdramatisierung, daß die politische Auseinandersetzung mit dem Ziel der Erarbeitung einer Strategie zu diesen Fragen zwingend auf der Tagesordnung steht. Das schließt konkrete Untersuchungen am Einzelfall nicht aus, sondern ein. Nicht Abwarten, sondern Eingreifen ist angelegt.

Ich will nur noch anmerken, daß unter den Kritiken von Mi. und HH. eine Auseinandersetzung mit meiner Sicht der neuen Technologie im Realsozialismus ebenso fehlt wie mit dem von mir skizzierten „sozialistischen Imperativ“ einschließlich der darin enthaltenen Forderung nach Entwicklung einer marxistischen Ökologie, die über Kapitalismus und Realsozialismus hinaus weist. Dies wird aber unvermeidlich Bestandteil der Debatte sein müssen.

— Stichwort: Irreversibel

Wenn das Prinzip „trial and error“ schiefgehe, meint HH., dann sei das „absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wenn das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht.“

Einmal freigesetzt, sind alle drei Energien als konkrete Katastrophen irreversibel! Das haben wir fest! Aber als technologische Entwicklung ist allein Biotechnologie irreversibel, während die Atomtechnologie (AKWs wie Atombomben) auf dem – geflühl. erreichten Stand – technisch anzuhalten ist. Die Irreversibilität der neuen Technologie liegt in der Selbstvermehrung unbekannter technobio-logischer Kombinationen begründet, deren Entwicklung in dem Maße weniger kontrollierbar ist wie ihre Komplexität zunimmt.

Hieraus ergibt sich zwingend, daß die „trial-and-error“-Realität des biotechnischen Experiments im Gegensatz zur schon landläufigen und weiter absehbaren Praxis auf keinen Fall unmittelbar in Produktions- und soziale Wirklichkeit übergehen darf, sondern einer gesellschaftlichen Kontrolle angesetzt werden muß, welche die Ergebnisse von Experimenten soweit denkbar machen muß, daß plötzliche Gleichgewichtsstörungen der biologischen und ökologischen Lebensräume, einschließlich der sozialen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft vermieden, im Gegenteil die Angleichung unterschiedlicher Niveaus gezielt

gefördert werden können. Dies dürfte eins der, wenn nicht das Hauptkriterium sein, an dem künftiger technologischer, insbesondere biotechnischer Fortschritt sich messen lassen muß. Das ist gleichbedeutend mit einem „sozialistischen Imperativ“, weil nur ein gesamtgesellschaftlicher Zugriff, nicht wie auch immer geartete Teilkontrollen „von unten“, letztlich solche Kontrolle gewährleisten kann. Hier ist der Clinch u.a. mit Sozialdemokraten und Realsozialisten zu suchen.

Halten wir fest: HH.'s Beispiele beweisen ebenso wenig wie seine und Mi.'s vorherige Ausführungen, was sie beweisen sollen, nämlich Banalität und relative Ungefährlichkeit der neuen Entwicklung, sondern das genaue Gegenteil: deren Breite sowie widersprüchliche und die soziale Kontrolle unter den gegebenen Verhältnissen tendenziell überrollende Dynamik, die die bereits vorhandenen politischen, sozialen und ökologischen (Welt)Probleme schon jetzt verschärft und weiter erheblich verschärfen wird. Sie beweisen die Unsicherheit und, von HH. ausdrücklich bilanziert, die allgemeine Ratlosigkeit im politischen Umgang mit dieser Entwicklung, auch wenn er dies nur als Argument gegen mich versteht. Kurz: Sie unterstreichen, gerade in ihrem Versuch der Entdramatisierung, daß die politische Auseinandersetzung mit dem Ziel der Erarbeitung einer Strategie zu diesen Fragen zwingend auf der Tagesordnung steht. Das schließt konkrete Untersuchungen am Einzelfall nicht aus, sondern ein. Nicht Abwarten, sondern Eingreifen ist angelegt.

Ich will nur noch anmerken, daß unter den Kritiken von Mi. und HH. eine Auseinandersetzung mit meiner Sicht der neuen Technologie im Realsozialismus ebenso fehlt wie mit dem von mir skizzierten „sozialistischen Imperativ“ einschließlich der darin enthaltenen Forderung nach Entwicklung einer marxistischen Ökologie, die über Kapitalismus und Realsozialismus hinaus weist. Dies wird aber unvermeidlich Bestandteil der Debatte sein müssen.

Schrittweise ... — oder nicht?

„Gegen die schrittweise Dramatisierung...“

„Gegen die schrittweise Dramatisierung...“ hat Mi. seine Polemik überschrieben. Aber Ak-LeserInnen fühlen sich an die Parolen von der „schrittweisen Putschierung“ erinnert. Jüngere vielleicht an unsere Auseinandersetzungen um diese Parole seit der sog. Wende.

„Die Furcht vor Eingriffen in das Lebewesen Mensch ist die Quelle der in dieser Debatte hochschwebenden Ängste, Irrationalitäten und der politischen Manipulationsmöglichkeiten. Hier ist Abgrenzung not, statt sich (...) demgegenüber offen zu erliegen“, meint HH. Er wendet sich damit gegen die Aufforderung zum Aufgreifen der Zukunftsängste, die ich meinen „Anregungen...“ in der Form eines Zitates von KB-Kongreß 1982 vorangestellt hatte.

Dagegen setze ich: Die Furcht, daß die neuen Produktivkräfte unter den z. Zt. auf dem Globus gegebenen Verhältnissen noch weiter, bzw. mit katastrophalem Ende in Destraktion umschlagen, ist nur allzu berechtigt. Die Gefährdung ist schon jetzt allgemein und gewinnt durch die neuen Technologien weiter an Sprengkraft. Auf Ganze gesehen, ist die Situation mit „5 vor 12“, wie schon auf dem KB-Kongreß 1982 formuliert, durchaus richtig beschrieben. In Abgrenzung zu früheren (Miß)verständnissen aber füge ich deutlich hinzu: Das meint ebensoviele „automatisch“ eine akute „Faschisierung“, wie eine direkte Weltkriegsvorbereitung, auch nicht die unauffällige Apokalypse. Es kennzeichnet eine Zeit des sich zuspitzenden krisenhaften Übergangs in eine mögliche neue Phase der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft – über die jetzt bekannten Formen von Kapitalismus und Realsozialismus hinaus. Die sichtbare Produktivkraftvermehrung ist die Grundlage dafür. Im dem sich verschärfenden Widerspruch von möglichen Erweiterungen des gesellschaftlichen Reichtums für alle, aber wirklicher Bedrohung des vorhandenen Bestands durch Weisse, seien es Besitzer oder Verfüg, liegt die politische Sprengkraft. Der Übergang, auch wenn er geschafft wird, kann wohl kaum ohne weitere Erschütterungen, geflühl. auch globale Kriege abgehen, aber ohne daß dies z. Zt. nach Zeit, Ort und Ablauf konkreter prognostizierbar wäre.

Statt sich als erstes von den aus dieser Situation resultierenden Ängsten abzugrenzen, gilt es zunächst, die Berechtigung dieser Ängste als spontanen Reflex der Entwicklung anzuerkennen, die Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung aufzuspüren, in der öffentlichen Diskussion zu vertreten und die Suche nach Lösungen theoretisch wie praktisch zu fördern, soweit wir können. Die notwendige Ab-

Fortsetzung nächste Seite



Mehr Dampf im Arbeiterkampf!

Leserbriefe

Schreibt uns, je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Eine Richtigstellung von HOECHST

Im AK 293, S. 9, vom 5.4.88, hatten wir unter dem Titel „Giftgasangriff gegen Kurden“ den irakischen Giftgasangriff in Halabja am 16. und 18.3.88 und die Verwicklung bundesdeutscher Firmen in den Aufbau von Giftgasanlagen im Irak beschrieben. Dieser Artikel wurde dann von „Medico International“ in einem Flugblatt nachgedruckt.

Auch der Iran behauptet seit 1987, Produktionskapazitäten für chemische Waffen zu besitzen. Zu diesem Thema hieß es in dem Artikel: „Inzwischen heißt es auch, daß die Hoechst-Tochter Lurgi entsprechende Anlagen im Iran aufbauen soll.“ Die Quelle für diese Aussage war eine Tageszeitung in der BRD, die wir im Artikel genannt haben.

Die Hoechst-AG erklärt uns nun, daß sie an Lurgi und somit logischerweise an deren Anlagenbau im Iran nicht beteiligt sei. Wir werden bei der entsprechenden Tageszeitung erkunden, was sie dazu zu sagen hat.

HH

Unhistorisch

Betr.: AK 300, „Gegen die schrittweise Dramatisierung ...“

M. hat völlig recht in seiner Kritik an Kai Ehlers bezüglich der unkritischen Übernahme von Jeremy Rifkins Positionen und bezüglich des Glaubens vieler Alternativen, die Genetiker könnten uns Menschen tatsächlich so formen, wie sie es wollen. Er schließt diese Kritik mit dem Satz: „Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gescheitert sind.“

„Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gescheitert sind.“

Davon abgesehen, daß irrealen Planungen (was immer M. darunter verstehen mag) nicht schon allein durch das Vorhandensein gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen zerplatzen, sondern daß es immer noch darauf ankommt, wer in diesen Kämpfen die Oberhand behält und dem Sieg näher ist, abgesehen davon, daß die „Menschenzüchter“ als pervers etikettiert werden und zu beweisen wäre, wo in der Normalität der genetischen Wissenschaft denn die Perversion liegt. M. blendet historische Erfahrungen aus, die seine These widerlegen könnten. Ein paar Beispiele aus dem von Kai Ehlers empfohlenen Buch „Die Gene sind es nicht ...“ von Lewontin/Kamin/Rose (1988) machen

Fortsetzung von vorheriger Seite

grenzung von irrationalen Wendungen der Fortschrittskritiken muß in der Auseinandersetzung, nicht durch Leugnung der von solchen Strömungen benannten Realitätsaspekte erfolgen.

Gegen die manipulative Erzeugung und demagogische Nutzung von Zukunftsängsten seitens der Besitzer der Produktionsmittel im Kapitalismus und seitens deren Verleger im Realsozialismus muß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. Das trifft sowohl die Erzeugung von apokalyptischer Apathie als auch die Propaganda für die besinnungslose Beschleunigung des Fortschritts unter nicht einhaltbaren Zukunftsversprechungen. Beides sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Unsere potentiellen PartnerInnen sind alle KritikerInnen, die sich aktiv für eine gesellschaftliche Kontrolle der Biotechnologien einsetzen. Sie sind nur z. T. aus herkömmlichen Traditionen festschreibbar. Gesellschaftliche Gruppen wie die Bauern, Verbraucherverbände u.a. auch die Frauen kommen in neue Konflikte. Wer

wie in Bewegung kommt, ist offen. Politische Gruppen müssen ihre Positionen erst finden, nicht anders als wir. Und der von mir vorgeschlagene „Minimalkonsens“ konkreter Aktionsziele wäre tatsächlich Unsinn, wenn mensch ihn als Ausgrenzung weitergehender Ziele begriffe.

Die Bündnisfronten, nach denen HH fragt, sind tatsächlich diffus, z. T. sogar konfus. Konkret sind sie beschrieben durch den GRÜNEN und feministischen Fundamentalismus zum einen, zu dem z. Zt. auch Teile der neudeutenden DKP, ja sogar der Gewerkschaften neigen, sowie der sozialdemokratischen, einschließlich realsozialistischen Akzeptanz auf der anderen. Zwischen new age und Realdemokratismus, bzw. Sozialrealismus werden wir unseren Weg in dieser Frage zu suchen haben. Niemand soll sich aber einbilden, eine Abgrenzung vornehmen zu können, bevor die Auseinandersetzung überhaupt begonnen hat! Die Klärchen kann nur am Ende, nicht am Anfang dieser Diskussion stehen.

Kai

Assoziation

Betr.: AK 300, „Peter-Weiss — Kunst als Widerstand“

zu Peter Weiss (und Maria Schneider): Wenn du, P.W., „Schuldgefühle“ hast, weil du „Auschwitz überlebt hast“, ehrt es deine Gefühle, und in der Betrachtung der konkreten historischen Situation muß es Freude, Glück und Last der Verantwortung bedeuten für alle, die überlebt haben. Das ist 40 Jahre her.

Wenn ihr, die ihr alle in Westeuropa lebt, Schuldgefühle hättet, weil ihr vom Hunger, Tod und Elend der Dritten Welt profitiert, würde es den Opfern nichts nützen, und in der Betrachtung der konkreten Situation müßt ihr euch Verrat, Kumperei und Scheinheiligkeit vorwerfen lassen alle, die hier tatenlos überleben. Das ist heute.

Nov., Essen

Sichtweisen

Betr.: AK 300, Leserbrief zur Anti-IWF-Kampagne

(...) H. beschwert sich in seinem Brief über die „Unverfrorenheit“, mit der der KB „durch eine die Tatsachen verdrängende, entstellende Berichterstattung insbesondere Aktionen und Diskussionen von autonomen und antimperialistischen Gruppen abkanzelt“. Dem setzt H. seine Darstellung und Bewertung der Ereignisse, offensichtlich ungetrübt von dem Bedürfnis, über den eigenen Tellerrand zu blicken, entgegen. Solcherart die Welt als Wille und Vorstellung erfüllt, ordnet sich Protest und Widerstand ab und in zwei große Lager: Auf der einen Seite Autonomie und Antimperialismus, auf der anderen Seite Grüne, Jusos, SEW und Ähnliches. „Ne Ausnahme in der Person von T. Übermann“ scheint allerdings einzuwirken zwischen den Welten zu segeln. Solch wohlwollende Betrachtung erfährt der KB seitens H. nun leider nicht. In seiner festgefärgten Blocklogik werden wir unbeschwert den Reformern zugeschlagen: „Im Gegensatz zum KB haben wir bereits vorher gesagt, Schuldenstreichung als Lösung der Weltwirtschaftskrise ist keine Lösung.“ Nanu, wann hätte der KB dies je gesagt oder geschrieben? Abgesehen von der ausführlichen Auseinandersetzung mit Schuldenstreichungskonzepten

von der ausführlichen Auseinandersetzung mit Schuldenstreichungskonzepten in mehreren ak-Artikeln hat der Westberliner KB ein Flugblatt verteilt, das sich kritisch mit dem Bündnis-Demo-Aufruf befaßt und in dem zu lesen ist, daß „die Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ wohl doch etwas „mit dem weltweit notwendigen Kampf gegen die von den Konzernen und Staatsapparaten gemeinsam organisierte globale Unterwerfung von Mensch und Natur unter das grenzenlose Verwertungsinteresse des Kapitals“ zu tun habe (abgedruckt in ak Nr. 298). „Aus diesen kurz angerissenen Gründen“, so nun wieder H., „haben wir die Plattform für die Bündnisdemo und den Gegenkongress nicht organisiert.“ Wir auch nicht, lieber H. Und da wir uns auch sonst nicht Deinem übersichtlichen Weltbild fügen, mag es

zwar fast richtig sein, daß der KB „nun ganz und gar keinen Einfluß auf die linksradikale Bewegung in WB hat“ — daß wir uns „in Westberlin nur in Form von ak-Handveräußerungen und als Unterzeichner von Aufrufen hervortun“ und ansonsten zumeist als U-Boot im AL-Basisstumpf stecken(n)“, ist doch arg verkürzt. Hör Dich doch mal um, denn hinterm Horizont geht's weiter ...

Zurück zur Zwei-Lager-Theorie, denn an ihr ist ja insofern etwas dran, als es im Vorfeld der Anti-IWF-Kampagne tatsächlich (wenn auch nicht alleine) zwei große Lager gab. H. schreibt: „Das (Reformer-)Bündnis wollte mit den (autonomen) Aktionstagen nichts zu tun haben“ (Klammersätze von uns). Dem war leider weitgehend so, genauso wie es auch umgekehrt galt. Im Gegensatz zu uns findet H. das allerdings prima: „So lange also nicht klar wird, gegen wen sich eine „Lösung der Krise“ richtet, welche neuen Klassenbündnisse von unten geschlossen werden müssen ... solange kann es von unserer Seite kein Bündnis geben.“ Und an anderer Stelle: „Wir haben im Vorfeld der Kampagne immer wieder betont: Wir halten ein Bündnis bei den fundamental politischen Gegensätzen für alle Beteiligten ... für alle Beteiligten nur schädlich.“

Gewagt, gewagt. Angesichts der bescheidenen Übermacht von Staat und Kapital war der KB noch niemals begeistert von dem Motto „Wir sind die stärkste der Parteien“ (Zitat! solcherlei Selbstbewußtsein zumeist mit sektiererischen Positionen erkaufte ist, wie sie sich auch bei H. andeuten: „Beständig hat sich leider auch die Skepsis gegenüber einigen Befreiungsbewegungen wie der FMLN oder der FSLN, die, wenn sie sich überhaupt zum IWF äußerten, eher die Positionen von Castro oder der Sozialistischen Internationale übernahmen.“ Auf Grund der ungünstigen Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft (aber nicht nur deshalb) ist der KB ganz eindeutig ein Befürworter von Bündnissen, wenn auch nicht um jeden inhaltlichen Preis. (Siehe dazu auch die Stellungnahme des KB in „Zahltag“ Nr. 7) Dementsprechend haben wir auch im Vorfeld der IWF-Tagung im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten agiert.

Wir haben uns daher auch über die Großdemo am 25.9. und die breite Beteiligung daran gefreut. Von Naturschützern über die Jusos, Mädelamerikagruppen bis zu einem „Antimüll“-Block, in welchem die Genossinnen und Genossen ihre Vermutung durchsetzten, was wirklich alles, was sich als links versteht, dabei. Korrektur ist deshalb die im ak vollzogene Bewertung einer „bunten, phantasiervollen und kämpferischen Demonstration“. H. hingegen beindegelt dies und spricht von einer „Laischdemo“.

Aber am meisten regt sich H. doch darüber auf, daß der ak, wie er meint, den Autonomen den Erfolg der Aktionstage streitig machen wolle. „Eine unbeteiligte Leserin gewinnt den Eindruck, als wenn die Aktionstage auch von den Autonomen

Leserin gewinnt den Eindruck, als wenn die Aktionstage auch von den Autonomen mitgetragen wurden. Ganz schön starker Tobak! Tatsache ist, daß drei Monate ca. 100 Menschen aus dem autonomen/antimperialistischen Spektrum und ca. 50 Frauen und Lesben in der Frauenkoordination die Aktionstage vorbereitet haben.“

Ja, die Welt kann so ungerecht sein! Da ackern sich Frauen und Männer intensiv bei der Vorbereitung der Aktionstage ab, die Aktionen „waren nicht mit dem Bündnis abgesprochen“ — und dann tauchen plötzlich nicht-autonome Menschen und Gruppen auf und beteiligen sich ebenfalls intensiv an Gestaltung und Durchführung der Aktionstage. H. muß feststellen: „Sehr viele Aktionen von sehr vielen, politisch sehr unterschiedlichen Gruppen wurden ohne gemeinsame Plattform organisiert ...“ Nichts anderes hat der ak aus-

fürlichst beschrieben, aber das stört H., weil er offensichtlich nicht gut findet, was nicht nur der ak beobachtet hat: „Das Wichtigste: Während der Aktionstage hat es die gegenseitige Anpisserei, die Abgrenzerei, die Frage, wer das richtige Widerstandskonzept hat usw. nicht gegeben. Autonome, Leute aus sogenannten Soli-Gruppen, die AL, Grüne, Friedensmenschen, Kirchenmenschen haben dazu beigetragen, daß zu einem guten Teil das Konzept aufgegangen ist ...“

Wir Autonome mochten gerade in diesen Aktionstagen lernen, wie blödsinnig es gewesen war, die Reformer abzutun als Leute, mit denen wir nie etwas zu tun haben wollten, weil sie einfach für uns revolutionäre zu wenig revolutionär sind. Die Aktionstage, ursprünglich die Idee der Autonomen in der Widerstandsplanung gegen den Kongress der Schweine, wurden zu einem großen Teil getragen von den Reformern. Nicht, daß nur diese auf der Straße waren, keineswegs, aber gerade Aktionen, wie die zahlreichen des BÜRO für ungewöhnliche Maßnahmen brachten immer wieder viele Leute auf die Beine und initiierten damit mittelbar oder/und unmittelbar weitere Straßenaktionen in der City.“ (Autonome Stellungnahme nach „Insider“ Nr. 24 v. 14.10.)

Diese Tatsachen, die H. nur merkwürdig widersprüchlich zur Kenntnis nehmen kann (Brille absetzen!), werden im ak (wenn auch sehr zurückhaltend, wie manche finden) bewertet, so wie das eben in Zeitungen so üblich ist.

Nun gut, H. mag diese Bewertung nicht, er schreibt: „Weil es keine gegenseitig lühenden Bündnisabsprachen gab, konnten sich so bunte, phantasiervolle, kämpferische Demos (also doch!) und Aktionstage entwickeln. Vielleicht ein Lehrbeispiel für zukünftige Kampagnen.“ Also: Zersplittert werden wir immer stärker? Allein machen sie dich ein, hieß es mal vor längerer Zeit, doch auch H. will ja weiter kommen: „Wenn wir ... dort die Kräfte bündeln können, wo Gemeinsamkeiten in der Praxis sich entwickeln ... dann können wir stärker zusammen sein ...“ Da sind wir ausnahmsweise mal mit H. einer Meinung, aber das liegt wohl daran, daß „bündeln“ und „Bündnis“ denselben Wortstamm haben. Zum Schluß noch einige Richtigstellungen:

1) Unser „Berliner Mitarbeiter D.“ konnte gar nicht „schon im Vorfeld des IWF-Kongresses durch reichlich selektive Artikel über den Stand der Anti-IWF-Kampagne“ glänzen, denn im Vorfeld hat er gar nicht über die Kampagne berichtet.

2) Die Stereotypen, mit denen der ak nach H.s Ansicht die Autonomen bedacht und mit denen der ak sich mit „Siebenmeilenstiefeln“ der taz annähert (orientierungslos, führungslos, im Kopf nix als Rindale, schwarz bekleidet), sind Erfindungen von H., die er aus dem schlichten ak-Zitat ableitet: „In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime, dabei sein ist alles.“ Also nicht der ak hat „mit der taz gleichgezogen“, sondern H.

3) „Völlig ausgegrenzt“ oder „untergeschlagen“ hat der ak weder die Aktionen der Frauen- und Lesbengruppen, als auch die militanten Aktionen gegen Banken, Bankerkarossen usw. Richtig ist sicherlich, daß über den Frauenprotest ausführlicher hätte berichtet werden müssen.

4) „Authentisch“ wiedergegeben werden vom ak allerdings Positionen der Grünen, freilich meistens kritisch kommentiert (was dagegen?). Authentisch war auch der Artikel von D. Hartmann in ak 298, pünktlich zum IWF-Kongress, ohne redaktionellen Vorschub und ohne kritische Kommentierung.

Einige ak-Handveräußerer aus Westberlin

Anmerkungen

- (1) Siehe „ak“ 297, S. 30: „Von der Kritik zur Akzeptanz“.
- (2) Siehe G.I.D., Nr. 37, 1988, S. 2.
- (3) Für mich ist „ganzheitlich“ keine Kampfansage an analytisches oder gar dialektisches Denken, wie M. glaubt, sondern die Aufforderung zur Widerüberwindung von Dualität.
- (4) Eben darum habe ich Bezug genommen auf das Buch: „Die Gene sind es nicht ...“, darin wird „Reduktionismus“ nämlich ganz im Geiste des auch von M. zitierten Engels (4) als Abkehr von der Dialektik durch Ausschluß des Gesamtzusammenhangs, insbesondere der sozialen Realität, einer scharfen Kritik unterzogen — und zwar sowohl gegen den „Holismus“ des new age wie die realsozialistische Trennung von Theorie und Wirklichkeit gewandt.
- (5) Der in dem Buch vorgestellte Angriff auf das zentrale Dogma der herrschenden Genetik, die „ontologische Priorität“ der Gene vor individuellen und sozialen Bestimmungen, ist der zweite, höchst aktuelle Bezug zur „Gentechnologie“, auch wenn, wie M. richtig festgestellt hat, das Wort selbst dort nicht vorkommt. Ich brauchte den Zusammenhang also keineswegs zu „konstruieren“, wie M. meint.
- (6) So wenig wie das Wort „Ganzheitlichkeit“ fürchte ich auch solche wie „Natur“, „Kosmos“, „Sinn des Lebens“ usw., noch die Lektüre nicht-marxistischer (ggf. auch realsozialistischer) AutorInnen, wo ihre Kritik brauchbares Material und Anregungen liefert. So habe ich in ak 295 tatsächlich, wie M. kritisiert, J. Rifkin, in ak 296 G.

Cores empfohlen, soweit es ihre Kritiken des Kapitalismus betrifft. J. Rifkins Entropie- und Evolutionsbegriff, seine Vernunftkritik und Strategie der Rückkehr zum einfachen Leben habe ich dagegen als unannehmbar, G. Cores Kult-Analogie und blinde Feminismus als demagogisch und anti-emancipatorisch kritisiert. Nur blind kann man das überlesen.

- (4) So im „Anti-Döring“, und so in „Dialektik der Natur“, alles MEW, Bd. 20.
- (5) Ruben Schaller, „Fünf Aufgaben einer marxistischen Bewertung der Gentechnologie“ in „Marxistische Blätter“, 1988 und 1988 (wird fortgesetzt in 1989).
- (6) Siehe „Der Griff nach der Bevölkerung — Aktualität und Kontinuität rassistischer Bevölkerungspolitik“, Hrg. von Heidrun Kaupen-Haas, Delphi Politik, Gießen, 1986.
- (7) Die MPG kam Mitte der 80er u.a. gerade wegen ihres Engagements in der Embryo-, d.h. Keimbahnforschung in die öffentliche Kritik. Vor diesem Hintergrund beweist das von HH. vorgebrachte Zitat vor allem eins: die aktuelle Beruhigung der MPG. Genauso gut könnte man sich NUKEM-ALKEM als Kronzeuge für die friedlichen Absichten der Nuklearkraft zitieren.
- (8) Vorwort zur „Kritik der Politischen Ökonomie“, MEW 13, S. 9.
- (9) K. Marx in „Das Kapital“, MEW, Bd. 23, S. 54 und 53/55.
- (10) Karl Marx in „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, DDR, 1953, S. 592 und 593, nach IMFG, Jahrbuch 13, S. 14.
- (11) K. Marx in „Das Kapital“, MEW, Bd. 23, S. 530.

- (11) AK 300, S. 31: „DKP und Gentechnologie“, einschl. Dokumentation zur Praxis der Biotech-Programme in RGWDDR.
- (12) Ich verzichte hier auf Details, verweise stattdessen exemplarisch auf das in ak 300, S. 31 im Anhang zum Artikel „DKP und Gentechnologie“ abgedruckte DDR-Dokument zur Entwicklung der „Biotechnologien“.
- (13) K. Marx im Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital“, MEW 23, S. 17.
- (14) siehe G.I.D., Nr. 38, 11/88, S. 2 R.
- (15) Siehe F. Hansen, „Probleme der Humangenetik an der Grenze zwischen Prävention und Selektion“, in „Humangenetik — medizinische, ethische, rechtliche Aspekte“, Reihe: Gentechnologie — Chancen und Risiken 8, Hrg. v. Akademie Hofheim/J. Schweitzer Verlag, München, 1987, S. 26/1188.
- (16) siehe LzW, S. 88: „Biotechnologie für die Dritte Welt — Nutzen oder Bedrohung?“ und G.I.D., 35/88, „Schwerpunktthema: Dritte Welt“, Joachim Spangenberg.
- (17) siehe div. Tagespresse vom 12.8.88.
- (18) siehe AK 298, 9/88, S. 25: „Gentechnik: Herbstvorles“.
- (19) Zur Konferenz von Asilomar siehe „ak“ 297, S. 30: „Von der Kritik zur Akzeptanz“.
- (20) Zur „ersten internationalen Konferenz über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt“, kurz REGEN: siehe „ak“ 298, S. 25: „Gentechnik: Herbstvorles“.



